

Politik 20 Jahre Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:

Michael Hüther
Claudia Kemfert
Katja Petrowskaja
Claudia Roth
Deniz Yücel
und viele andere

Kulturwirtschaft

Wie stark hat die Coronapandemie den Kulturbereich belastet? Der Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2021 legt konkrete Daten vor. [Seite 3](#)

Grüne Kulturpolitik

Erweiterte Erinnerungskultur, Gesellschaft der Vielen & mehr: Welche Schwerpunkte setzt die neue Kulturstaatsministerin Claudia Roth jetzt? [Seite 4](#)

Nachhaltigkeit

Der Bericht des Club of Rome wird 50 Jahre: Wo liegen heute die Grenzen des Wachstums in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur? [Seiten 5 bis 11](#)

China

Die chinesische Gegenwarts-kultur ist eine Internetkultur: Es geht nicht nur um technische Infrastruktur, sondern um Einfluss und Kontrolle. [Seite 12](#)

Naiv

Lebt nicht wie wir.
Lebt ohne Furcht.

Mit diesen beiden Sätzen endet das berühmte Gedicht »Postkarte an junge Menschen« von Walter Bauer. Mich hat dieser Text in meiner Jugend elektrisiert. Er war für mich mitentscheidend, den Dienst an der Waffe zu verweigern und stattdessen Zivildienst zu leisten. Die 1980er Jahre haben mich politisch sozialisiert. »Frieden schaffen ohne Waffen« war das Motto.

Und jetzt, wieder Krieg in Europa. Brutal, unmenschlich, dumm, wie alle Kriege. Aber dieser Angriff Russlands auf die Ukraine ist auch eine Zeitenwende. Viele Fragen stellen sich. Waren wir naiv, zu glauben, man könnte Frieden ohne Waffen erreichen? Waren wir naiv, als wir glaubten, dass durch Annäherung, durch Gespräche, durch Kontakte, durch Freundschaften ein Wandel zum Besseren erreicht werden kann?

Am 27. Februar, an einem Sonntag, gab Bundeskanzler Olaf Scholz bei einer Sondersitzung des Bundestages bekannt, dass als eine Reaktion auf den Krieg in der Ukraine ein Sondervermögen Bundeswehr von 100 Milliarden Euro eingerichtet wird und mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investiert werden wird. Das amtliche Protokoll des Deutschen Bundestages verzeichnet penibel die Reaktion der Abgeordneten: »Anhaltender Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der AfD – Abgeordnete der SPD, der CDU/CSU und der FDP erheben sich.« Standing Ovationen? Mich hat das sprachlos gemacht.

Das Leid der Menschen in der Ukraine ist unermesslich, die Brutalität der Angreifer monströs. Wie können wir diesem Wahnsinn Einhalt gebieten?

Die Aufrüstung der Bundeswehr wird dazu wohl nicht beitragen können, denn sie wird erst in Jahren abgeschlossen sein. Möglicherweise wird die NATO doch noch in den Krieg direkt eingreifen, mit unabsehbaren Folgen. Vielleicht werden unsere Sanktionen doch Wirkung zeigen, aber sicher ist, wir werden irgendwann wieder miteinander reden müssen. Der Kulturbereich, die engen Beziehungen von Künstlerinnen und Künstlern, von Kulturverantwortlichen aller künstlerischen Bereiche in die Ukraine, aber auch nach Russland sind eine Chance. Wir dürfen diese Beziehungen jetzt nicht abreißen lassen.

Ja, ich will auch weiterhin meinen Glauben an das Gute im Menschen behalten. Frieden in der Welt ist möglich, eine Welt ohne Waffen ist möglich, eine Welt ohne Furcht ist möglich. Trotz alledem. Ist das naiv?

Olaf Zimmermann
ist Geschäftsführer
des Deutschen
Kulturrates und
Herausgeber von
Politik & Kultur



Krieg in der Ukraine ...

... und die Reaktion der Kultur. [Seiten 14, 16, 19 bis 34](#)

FOTO: FLORIAN BACHMEIER

Agenda für ein modernes Einwanderungsland

Mehr Aufbruch, Fortschritt und Respekt in der Integrationspolitik

REEM ALABALI-RADOVAN

Uns verbindet das Verständnis von Deutschland als vielfältige Einwanderungsgesellschaft« heißt es in der Präambel des Koalitionsvertrages der neuen Regierungsparteien. Noch nie in der Geschichte Deutschlands haben sich die Partner einer neuen Bundesregierung so klar zum Einwanderungsland Deutschland bekannt. Damit werde der »gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung« getragen, heißt es weiter. Zu Recht! Denn Einwanderung, kulturelle Vielfalt, Integration – das waren und sind in der Geschichte unseres Landes der Normalfall. Mitten in Europa gelegen, prägt Einwanderung unser Land seit Jahrhunderten: von den Hunenotten im 17. Jahrhundert über die Ruhrpolen im 19. Jahrhundert, die »Gastarbeiter« und »Vertragsarbeiterinnen« ab den 1950er Jahren, die Aussiedlerinnen und Spätaussiedler bis hin zu EU-Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das ist Teil unserer Geschichte, aber lange hat sich Deutschland nicht als Einwanderungsland begriffen, obwohl das längst Realität war. In einem früheren Koalitionsvertrag war tatsächlich vereinbart: »Deutschland ist kein Einwanderungsland« – das war 1982 und auch da schon eher Wunschdenken der Koalitionäre statt Realität. Bis heute begreifen einige die Einwanderung nicht als Normal-, sondern als Problemfall. Darum ist es gut, dass wir in dieser Legislaturperiode den realistischen, pragmatischen Blick auf Einwanderung und gesellschaftliche Vielfalt weiter schärfen und konsequent auf mehr Teilhabe für alle Menschen im Land setzen. Das ist nicht nur für unseren Zusammenhalt wichtig, dazu mahnen auch Demografie und Fachkräftemangel.

Unser Land steht vor der Aufgabe, mit seiner gesellschaftlichen Vielfalt umzugehen und sie zu gestalten. »Zusammenhalt in Vielfalt« lautet auch das Motto der 15 Thesen, die die Initiative kulturelle Integration unter Moderation des Deutschen Kultur-

rates 2017 erarbeitet hat. Gerade in Zeiten von Unsicherheit und Krisen ist es wichtig, sich grundlegender Fragen zu vergewissern: Wie kann man gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen und erhalten? Wie entsteht ein gemeinsames Wir in einer pluralistischen Gesellschaft?

Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann weder verordnet werden, noch ist er allein die Aufgabe der Politik. Vielmehr können alle hier lebenden Menschen dazu beitragen. Vielfalt wird vor Ort gelebt, in unseren Städten und Gemeinden, in unseren Nachbarschaften, mit alten wie mit neuen Nachbarinnen und Nachbarn. Politik kann und muss aber den Rahmen gestalten und die besten Bedingungen schaffen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann weder verordnet werden, noch ist er allein die Aufgabe der Politik

Dazu brauchen wir eine Agenda für Deutschland als modernes Einwanderungsland: Die neue Bundesregierung will mehr Aufbruch, Fortschritt und Respekt, auch in der Integrations- und Migrationspolitik. Wir wollen den alten Streit, das Mauern und Blockieren hinter uns lassen. Drei Beispiele, die jetzt auf unserer Agenda stehen:

Erstens: mehr einbürgern! Rechtlich ist die Zugehörigkeit zu unserem Land im Staatsangehörigkeitsrecht geregelt. Wer ist deutsch? Wer gehört dazu? Wer darf wählen? Die Frage der Staatsbürgerschaft ist somit eine urdemokratische Frage. Keine demokratische Gesellschaft wird gut funktionieren, wenn ein großer Teil der dauerhaft hier lebenden Bevölkerung von der politischen Partizipation ausgeschlossen ist und nicht alle Rechte hat. Heute gibt es viele Stadtteile in Deutschland, in denen ein Drittel, manchmal sogar die Hälfte, der Einwohnerschaft nicht mitwählen und mitbestimmen darf. Viele sind seit Jahrzeh-

ten Teil dieser Gesellschaft, aber sie gehören politisch und rechtlich nicht dazu. Das Statistische Bundesamt geht von rund fünf Millionen ausländischen Frauen und Männern aus, die seit über zehn Jahren hier leben, die Voraussetzungen für ihre Einbürgerung erfüllen dürfen, aber diesen Schritt nicht gehen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum kommunalen Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer bereits 1990 aufgezeigt, dass der Weg zur Lösung in der Einbürgerung liegt. Genau dort wollen wir ansetzen. Die Einbürgerung soll im Regelfall zukünftig bereits nach fünf statt acht Jahren möglich sein, in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollen leichter von Geburt an Deutsche sein, und wir bauen weitere Einbürgerungshürden ab. Eine große Hürde ist die Ausbürgerung aus der alten Staatsbürgerschaft, denn in unserem Staatsangehörigkeitsrecht gilt immer noch der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Von diesem Grundsatz gibt es heute schon viele Ausnahmen und wir werden einen großen Schritt weitergehen: Wir wollen Mehrstaatigkeit grundsätzlich anerkennen. Denn sie ist keine Bedrohung, sondern längst Normalität in unserer Einwanderungsgesellschaft. Wir haken damit die leidigen, auch verletzenden Diskussionen der Vergangenheit ab. Das Kriterium für Einbürgerung und Erwerb der Staatsangehörigkeit soll voll und ganz in der Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands und dem Bekenntnis zu den demokratischen Grundregeln unserer Gesellschaft liegen. Das entspricht einem modernen, demokratischen Staat. Dazu trägt ein inklusives Staatsangehörigkeitsrecht bei, das die Menschen auch rechtlich einbindet. Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat und sich einbringt, soll auch [Fortsetzung auf Seite 2](#)

Nr. 4/2022
ISSN 1619-4217
B 58 662



EDITORIAL

Naiv	
Olaf Zimmermann	01

LEITARTIKEL

Agenda für ein modernes Einwanderungsland	
Reem Alabali-Radovan	01

SEITE 2

Kulturmenschen	02
----------------	----

AKTUELLES

Kultur- und Kreativwirtschaft: Genaues Hinsehen lohnt sich	
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	03

INLAND

»Demokratie und Kultur sind zwei Seiten einer Medaille«	
Claudia Roth im Gespräch	04

Dienst an der Demokratie	
Günther Bachmann	05

Von der Notwendigkeit einer kulturellen Revolution	
Mojib Latif und Andreas Huber	06

Auf Neues setzen	
Michael Hüther	07

Wie viel kostet unsere Zukunft?	
Fünf Fragen an Claudia Kemfert	08

Ende des Wachstums?	
Matthias Schmelzer	09

Kunst und Kultur als Hebel für die große Transformation	
Carolín Baedeker, Manfred Fischedick und Christa Liedtke	10

Immer mehr	
Olaf Zimmermann	10

Ein neues Wohlstands-verständnis	
Reiner Hoffmann	11

Claussens Kulturkanzlei: Soziale Ächtung	
Johann Hinrich Claussen	11

INTERNATIONALES

Chinternet	
Kultur global mit Klaus-Dieter Lehmann	12

Das erste Archiv seiner Art	
Ace Le	13

Möller meint: Zwei Wahrheiten	
Johann Michael Möller	14

Verwilderung der Baukunst	
Natascha Meuser	15

MEDIEN

Jede Information kritisch hinterfragen	
Helmut Hartung	16

KULTURELLES LEBEN

Die Menschenforscherin	
Andreas Kolb	17

Neuer Vorstand des Deutschen Kulturrates	17
Personen & Rezensionen	18

UKRAINE

Einleitung: Wendepunkt – Krieg in der Ukraine	
Olaf Zimmermann	19

Krieg als Erwachen aus Stereotypen?	
Andrii Portnov	20

»In einem großnationalen Traum gefangen«	
Hans-Henning Schröder im Gespräch	21

»Die Stunde, zu spüren, was Frieden und Menschlichkeit bedeuten«	
Katja Petrowskaja im Gespräch	22

»Jetzt ist der Zeitpunkt für Austausch«	
Lena Gorelik im Gespräch	23

Koordinieren, verbinden, unterstützen	
Gitte Zschoch	24

Zeitenwende	
Drei Fragen an Gabriele Woidelko	24

»Solange es geht, arbeiten wir weiter«	
Johannes Ebert im Gespräch	25

»Die Zerstörung von Kulturdenkmälern trifft uns alle ins Herz«	
Hermann Parzinger im Gespräch	26

»Der Krieg hat unsere 30-jährige Zusammenarbeit schlagartig unterbrochen«	
Jörg Morré im Gespräch	27

Rettungsanker für Kulturszene und Kulturgüter	
Beate Reifenscheid-Ronnisch	27

Science Diplomacy nach der Zeitenwende	
Joybrato Mukherjee	28

Kiew als Kultur- und Friedenshauptstadt Europas	
Drei Fragen an Sonja Anne Lange und Kristina Marion Jacobsen	28

Zu den Bildern	28
----------------	----

Solidarisch	
Markus Lewe	29

Pauschale Diskriminierung von Russen: njet	
Berndt Schmidt	29

Preis der Macht	
Moritz Eggert	30

Gesinnungsprüfungen?	
Gerald Mertens	30

Unterstützung von Demokratie und Meinungsfreiheit	
Barbara Lison	31

Seriöse Quellen zugänglich halten	
Barbara Schleihagen	31

Europa zwischen Kobane und Kiew	
Deniz Yücel	32

Gegen mediale Düsternis	
Christian Mihr	32

Gegen Propaganda, für Dialog	
Peter Limbourg	33

»Medial abgebildete Realität wird im staatlichen Auftrag verzerrt«	
Vier Fragen an Frank Überall	34

Mit Rückgrat gegen Desinformation	
Drei Fragen an Claus Grewenig	34

DOKUMENTATION

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates	35
--	----

DAS LETZTE

Kurz-Schluss	
Theo Geißler	36

News aus der P&K-Prawda	36
-------------------------	----

Karikatur	36
-----------	----

Impressum	36
-----------	----

DER AUSBLICK

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Mai 2022. Im Fokus steht das Thema »Modekultur«.

Fortsetzung von Seite 1

das Recht haben, vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft zu werden. Dafür brauchen wir mehr Einbürgerungen, dazu werden wir enger mit den Ländern und Kommunen zusammenarbeiten und mit einer Einbürgerungskampagne um die Menschen werben.

Zweitens: mehr Repräsentanz und Teilhabe! Es muss endlich normal sein, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft in allen Bereichen angemessen vertreten ist, dass alle teilhaben: in der Politik, in den Vorstandsetagen der Unternehmen, in den Medien und der Kultur, bei Polizei und Bundeswehr. Auch im öffentlichen Dienst muss sich die Realität unserer Vielfalt widerspiegeln, dort müssen wir Vorbild sein. Heute hat jede und jeder Vierte im Land eine familiäre Einwanderungsgeschichte, im öffentlichen Dienst – dem größten Arbeitgeber – aber nur jede und jeder Achte. Diese Lücke müssen wir schließen! Ich werde dafür eine ganzheitliche Diversitätsstrategie mit konkreten Fördermaßnahmen, Zielvorgaben und Maßnahmen für einen Kulturwandel gemeinsam mit der gesamten Bundesverwaltung auf den Weg bringen. Staat und Verwaltung haben die Aufgabe und Verpflichtung, Dienstleister und Arbeitgeber für unsere gesamte und vielfältige Bevölkerung zu sein. Das ist eine Frage der Chancengerechtigkeit, der Legitimation unserer Institutionen und auch eine Frage von Zukunftsfähigkeit: Wir können es uns schlicht nicht leisten, auf kluge Köpfe gleich welcher Herkunft zu verzichten. Weder in der Wirtschaft noch in den Bundesministerien und der öffentlichen Verwaltung.

Drittens: Rassismus und Diskriminierung entschieden bekämpfen! Eine vielfältige, offene Gesellschaft muss auch wehrhaft sein. Dass Rassismus tötet, zeigt die Anschläge in Halle und Hanau oder der Terror des NSU.

Für unser Land ist Rassismus eine große Gefahr, denn er greift unsere Einheit in Vielfalt und unsere Demokratie an. Und wer diskriminiert wird, kann sich nicht zugehörig fühlen. Der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung geht uns daher alle an, nicht nur die Betroffenen. Wir brauchen dazu eine aktive Zivilgesellschaft und einen starken Staat. Darum ist es gut, dass wir mit dem Demokratiefördergesetz endlich die vie-

Eine demokratische und pluralistische Gesellschaft muss sich immer wieder über gemeinsame Werte verständigen

len Initiativen in der Zivilgesellschaft gegen den Hass stärken werden. Aus meinem neuen Amt als Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus werde ich diesen Kampf mit ganzer Kraft unterstützen. Zudem will ich einen Perspektivwechsel im Umgang mit den Betroffenen von Rassismus schaffen: Sie brauchen mehr Schutz, Unterstützung und Respekt, sie müssen im Fokus unserer Anstrengungen stehen. Als zentrale Ansprechpartnerin der Bundesregierung will ich ihnen mehr Gehör und Stimme geben. Ein zentrales Vorhaben, das ich vorantreiben werde, ist die Einrichtung eines Beratungszentrums, mit dem erstmals eine bundesweite, mehrsprachige Anlaufstelle für von Rassismus Betroffene und ihre Angehörigen entstehen wird. Ebenso erarbeite ich einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus und werde neue Pro-

jekte für mehr Prävention, Bildungsarbeit und Forschung etablieren.

Mehr Einbürgerung, mehr Repräsentanz und Teilhabe und der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung bilden die Schwerpunkte meiner Agenda für unser modernes Einwanderungsland. Dazu braucht es Kraft und Ausdauer. Denn eine demokratische und pluralistische Gesellschaft muss sich immer wieder über gemeinsame Werte verständigen, diese vertreten und verteidigen. Das gelingt am besten, wo alle – Einheimische wie Eingewanderte – den Prozess der kulturellen Integration gemeinsam gestalten: im demokratischen Streit auf Augenhöhe, mit Verständigung und Kompromiss und natürlich immer auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dafür setze ich mich ein, dafür tritt die Bundesregierung an.



FOTO: BUNDESREGIERUNG / BERGMANN

Reem Alabali-Radovan ist Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Am 23. Februar 2022 wurde sie zudem vom Bundeskabinett zur Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus berufen

Kulturmenschen



FOTO: PICTURE ALLIANCE / SZ PHOTO | JENS SCHTICKE

Erstversorgung für Geflüchtete am Berliner Hauptbahnhof

Mit großer Sorge verfolgen wir alle den Krieg in der Ukraine. Klar und unmissverständlich stehen wir dabei an der Seite der Menschen, die in der Ukraine für Freiheit und Unabhängigkeit eintreten und kämpfen. Bei all den aktuellen schrecklichen Nachrichten ist es schön, zu sehen, wie viele Helferinnen und Unterstützer täglich zur Stelle stehen: mit einer Unterkunft für Geflüchtete, an Bahnhöfen, als Spendensammlerin oder Spender, als Übersetzerin oder Transporterfahrer, in der Berichterstattung und vieles mehr. All diesen Menschen – unseren Kulturmenschen – möchten wir an dieser Stelle DANKE sagen! DANKE für Ihren Einsatz, DANKE für Ihre Solidarität! Auch die Solidarität und die Hilfsbereitschaft aus dem Kultur- und Medienbereich ist sehr groß. Ob Benefizkonzerte, -versteigerungen oder -filmvorführungen, die Koordination von Informationen und Hilfsmaßnahmen, direkte Unterstützungsprogramme für Kulturschaffende aus der Ukraine, freier

Eintritt in Museen, Stellenangebote, Solidaritätsaufrufe, Spendensammlungen, Maßnahmen für den Schutz von Kulturgütern, steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung, Nothilfeprogramme und -fonds, Schutzmaßnahmen für Journalistinnen und Reporter und vieles weitere mehr – es gibt zahlreiche Aktionen und Initiativen, die Hilfe für die in Not geratene Kulturszene und Kultureinrichtungen organisieren und Hilfe für geflüchtete Menschen aus dem Kulturbereich anbieten. Ein großes DANKESCHÖN ebenso an alle Helferinnen und Helfer aus dem Kulturbereich!

Auf der Webseite des Deutschen Kulturrates werden unter kultur-rat.de/ukraine die Informationen zu Hilfsmaßnahmen aus dem Kulturbereich aktuell gebündelt. Staatliche wie auch zivilgesellschaftliche Förderer aus allen kulturellen Bereichen werden von uns in den Blick genommen. Melden Sie uns Ihre Informationen gern unter post@kulturrat.de.

Kultur- und Kreativwirtschaft: Genaues Hinsehen lohnt sich

Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2021 liegt vor

OLAF ZIMMERMANN UND
GABRIELE SCHULZ

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat Mitte März dieses Jahres den aktuellen »Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2021«, im Folgenden: Monitoringbericht 2021, veröffentlicht (bit.ly/3ubWo24). Er reiht sich damit in die jährlich erscheinenden Monitoringberichte Kultur- und Kreativwirtschaft ein. Mit Blick auf die Wirkungen der Coronapandemie auf die Kultur- und Kreativwirtschaft liegen erstmals handfeste Daten hinsichtlich der Umsatzentwicklung und Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen vor. Zuvor wurden vom Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos im Auftrag des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft jeweils Szenarien, also Vorausschätzungen, zur Entwicklung der Branche vorgestellt.

Methodisch bietet der Monitoringbericht 2021 einiges Neues. Neben den bereits eingeführten Daten zur Umsatzentwicklung und der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in der Kultur- und Kreativwirtschaft insgesamt sowie in den Teilbranchen werden zusätzlich die Szenarioanalysen von Prognos und Einschätzungen von Verbandsvertreterinnen und -vertretern aus den verschiedenen Teilbranchen vorgestellt. Die Leserinnen und Leser gewinnen dadurch einen relativ umfassenden Eindruck von der Branchenentwicklung insgesamt. Gleichzeitig wird auch deutlich, dass nicht alle Teilmärkte gleichermaßen von den Auswirkungen der Coronapandemie betroffen sind. Das intensivere Eingehen auf die Teilmärkte unterscheidet diesen Bericht von seinen Vorgängern und macht ihn besonders wertvoll. Im Folgenden sollen cursorisch einige Ergebnisse des Berichtes vorgestellt werden.

Branchenvergleich

Als Erstes geht es wie immer im Monitoringbericht um den Vergleich mit anderen Branchen. Dieser Vergleich offenbart, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft im ersten Pandemiejahr etwas mehr Federn lassen musste als andere Branchen. Die Bruttowertschöpfung der Kultur- und Kreativwirtschaft ging um 12,8 Prozent zurück, die des Fahrzeugbaus und die des Maschinenbaus um 10,2 Prozent. Nach wie vor liegt im Branchenvergleich die Bruttowertschöpfung der Kultur- und Kreativwirtschaft vor der der Chemischen Industrie, vor der Energieversorgung, vor den Finanzdienstleistern und vor dem Maschinenbau. Allein im Fahrzeugbau wird eine höhere Bruttowertschöpfung erreicht.

Umsatzverluste

Der Gesamtumsatz der Kultur- und Kreativwirtschaft sank im Vergleich zum Jahr 2019 um 9 Prozent. Die verschiedenen Teilmärkte waren und sind allerdings sehr unterschiedlich von der Pandemie bzw. coronabedingten Umsatzrückgängen betroffen. Grob lassen sich vier Gruppen bilden:

- Gruppe 1 mit einem Umsatzverlust von über 80 Prozent. Hierzu zählt der Markt für darstellende Kunst (Umsatzverlust 81 Prozent)
- Gruppe 2 mit einem Umsatzverlust um die 40 Prozent. Hierzu gehören der Musikmarkt (Umsatzverlust

- 44 Prozent), Filmmarkt (Umsatzverlust 41 Prozent) und der Kunstmarkt (Umsatzverlust 39 Prozent)
- Gruppe 3 mit einem Umsatzverlust zwischen 5 und 10 Prozent. Hier befinden sich der Rundfunkmarkt (Umsatzverlust 10 Prozent), die Designwirtschaft (Umsatzverlust 9 Prozent) und die Werbewirtschaft (Umsatzverlust 7 Prozent)
- Gruppe 4 mit einem Umsatzverlust unter 5 Prozent. Hier sind der Buchmarkt (Umsatzverlust 3 Prozent), der Pressemarkt (Umsatzverlust 3 Prozent), der Architekturmarkt (Umsatzverlust 1 Prozent) und der Software/Games-Markt (Umsatzverlust 1 Prozent) zu finden

Diese von uns vorgenommene Gruppierung zeigt, dass die verschiedenen Kultur- und Kreativwirtschaftsbranchen sehr unterschiedliche Umsatzverluste im Vergleich zum Jahr 2019 hinnehmen mussten. Geht es bei den einen um Umsatzverluste von unter 5 Prozent, die auch bei »normalen« konjunkturellen Schwankungen auftreten, muss bei anderen von Umsatzeinbrüchen gesprochen werden, die an die Substanz gehen. Das trifft auf jene Teilmärkte zu, die Umsatzverluste um die 40 Prozent erlitten haben und natürlich in besonderer Weise um den Markt für darstellende Kunst mit einem Umsatzeinbruch von 81 Prozent.

Der höchste Umsatz insgesamt wurde im Jahr 2020 im Teilmarkt Software/Games mit 50,2 Milliarden Euro erzielt. Danach kommt lange nichts. Der zweitgrößte Teilmarkt mit einem Umsatz von 28,5 Milliarden Euro ist die Werbewirtschaft, dicht gefolgt vom Pressemarkt mit 27,0 Milliarden Euro Umsatz. Darauf folgt mit 19,2 Milliarden Euro Umsatz die Designwirtschaft und dann mit 15,0 Milliarden Euro der Buchmarkt. Im Architekturmarkt wurde ein Umsatz von 12,5 Milliarden Euro erzielt und im Rundfunkmarkt von 8,5 Milliarden Euro. Der Filmmarkt erreicht einen Umsatz von 5,8 Milliarden Euro und der Musikmarkt von 5,0 Milliarden Euro. Die beiden kleinsten kulturwirtschaftlichen Märkte sind der Kunstmarkt mit 1,4 Milliarden Euro und der Markt für darstellende Kunst mit 1,1 Milliarden Euro. Gerade die mit Blick auf den Umsatz kleineren Märkte mussten im Vergleich zum Jahr 2019 die höchsten Umsatzverluste verkraften.

Erwerbstätige

Die Zahl der Erwerbstätigen in der Kultur- und Kreativwirtschaft ging gegenüber dem Jahr 2019 um 1,3 Prozent zurück. Insgesamt werden für die Kultur- und Kreativwirtschaft 1.811.721 Erwerbstätige ausgewiesen. Der größere Teil (68,9 Prozent) hiervon sind sogenannte Kernerwerbstätige. Dazu zählen als größte Gruppe die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 989.230 Personen, das sind 54,6 Prozent aller Erwerbstätigen. Weiter gehören hierzu die Selbständigen mit einem Umsatz über 17.500 Euro im Jahr. Das sind 259.320 Selbständige bzw. 14,3 Prozent aller Erwerbstätigen. Die zweite Gruppe der Gesamterwerbstätigen sind die geringfügig Erwerbstätigen. Sie stellen 563.171 Personen bzw. 31,1 Prozent der Gesamterwerbstätigen. Von den geringfügig Erwerbstätigen sind 297.182 sogenannte Miniselfständige, also Selbständige mit einem Jahresumsatz unter 17.500 Euro. Sie machen 16,4 Prozent der Gesamterwerbstätigen aus. Die 265.989 geringfügig Beschäftigten



Der Markt für darstellende Kunst verzeichnete in der Coronapandemie einen Umsatzeinbruch von 81 Prozent

stellen einen Anteil von 14,7 Prozent der Gesamterwerbstätigen.

D. h. der weitaus größte Teil der Erwerbstätigen in der Kultur- und Kreativwirtschaft ist abhängig beschäftigt. Um die Beschäftigten während der Coronapandemie und insbesondere während der Lockdowns zu halten, konnten die Unternehmen Kurzarbeitergeld beantragen. An Selbständige und Miniselfständige richten sich die verschiedenen Überbrückungshilfen des Bundeswirtschaftsministeriums sowie an Künstlerinnen und Künstler die Stipendien, die von den Ländern oder auch im Rahmen von NEUSTART KULTUR vom Bund ausgereicht wurden. Besonders schwierig war und ist die Situation der geringfügig Beschäftigten.

Werden die verschiedenen Teilmärkte betrachtet, so ist das Bild mit Blick auf die Erwerbstätigkeit wiederum sehr vielschichtig. Die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weisen Software/Games auf. Hier sind 452.673 Erwerbstätige im Jahr 2020 beschäftigt gewesen, das ist fast die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der gesamten Kultur- und Kreativwirtschaft. Danach folgen der Werbemarkt (124.952 Angestellte), der Pressemarkt (106.946 Angestellte), der Architekturmarkt (100.946 Angestellte) und der Designmarkt (91.505 Ange-

stellte). Gefolgt vom Buchmarkt (49.747 Angestellte), Filmmarkt (41.218 Angestellte) und Musikmarkt (39.320 Angestellte). Der Markt für darstellende Kunst hat 26.725 Angestellte und der Rundfunkmarkt 25.042 Angestellte. Das Schlusslicht bildet der Kunstmarkt mit 5.125 Angestellten. D. h. der mit Blick auf den Umsatz kleine Markt, der Markt für darstellende Kunst, weist noch relativ viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf.

Was die Zahl der Selbständigen betrifft, liegt der Designmarkt vorn. Und zwar sowohl mit Blick auf die Selbständigen, also diejenigen, die mehr als 17.500 Euro Umsatz im Jahr erreichen, mit einem Wert von 60.725, als auch hinsichtlich der Miniselfständigen mit 63.754. D. h. im Designmarkt sind die Mehrzahl der Selbständigen Miniselfständige. Ähnliches gilt mit Ausnahme des Architekturmarktes, des Pressemarktes und des Werbemarktes für die anderen Teilbranchen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Oder um es konkret zu machen: Im Musikmarkt stehen 14.988 Selbständigen 20.054 Miniselfständige gegenüber, im Buchmarkt 17.022 Selbständigen 28.821 Miniselfständige, im Kunstmarkt 12.500 Selbständigen 27.023 Miniselfständige, im Filmmarkt 20.164 Selbständigen 38.583 Miniselfständige, im Rundfunkmarkt

16.946 Selbständigen 21.475 Miniselfständige, im Markt für darstellende Kunst 21.315 Selbständigen 40.883 Miniselfständige, im Software/Games-Markt 43.094 Selbständigen 46.557 Miniselfständige. Oder anders gesagt: Die Mehrzahl der Selbständigen sind in den meisten Teilbranchen der Kultur- und Kreativwirtschaft Miniselfständige. Dieser Umstand muss bei möglichen Förder-, Existenzgründungs- oder auch Stabilisierungsprogrammen für die Kultur- und Kreativwirtschaft zwingend bedacht werden. Der hohe Anteil an Miniselfständigen zeigt an, dass sich viele in einer prekären Selbständigkeit befinden.

Fazit

Der Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2021, erstellt von Goldmedia, der Hamburg Media School und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, ist wieder eine Fundgrube an Daten zur Analyse der Kultur- und Kreativwirtschaft. Genaues Hinsehen lohnt sich!

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

FOTO: PICTURE ADOBE STOCK / GURUXOX

»Demokratie und Kultur sind zwei Seiten einer Medaille«

Claudia Roth im Gespräch

Welche Akzente setzt die neue Kulturstaatsministerin Claudia Roth? Wie »grün« wird die deutsche Kulturpolitik jetzt? Hans Jessen fragt bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien nach.

Hans Jessen: Frau Roth, direkt vor Ihrer Ernennung zur Kulturstaatsministerin haben Sie das Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma besucht. Was sagt diese Geste über Ihre Auffassung des Amtes aus?
Claudia Roth: Mir ist wichtig, zwei Bereiche zusammenzubringen: Demokratie und Kultur. Während der letzten Jahre haben wir erlebt, dass unsere Demokratie nicht immun ist. Sie wird angegriffen: auf Straßen und auf Plätzen, in den sozialen Medien und auch im Bundestag durch die AfD. Wir dürfen nie vergessen, dass Demokratie nichts Selbstverständliches ist – sie muss jeden Tag gestärkt und verteidigt werden. Genau dafür brauchen wir die Erinnerungskultur.

Weil dieses Thema für mich als Kulturstaatsministerin sehr wichtig ist, habe ich zum Einstieg in mein neues Amt das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma besucht. Dieses Denkmal des israelischen Künstlers Dani Karavan im Herzen Berlins ist ein sehr wichtiger Ort unserer Erinnerungskultur, weil hier einer Opfergruppe gedacht wird, die die Nazis auslöschen wollten. Der Besuch zu Beginn meiner Amtszeit bedeutet: Erinnerungskultur ist immer auch Erinnern in die Zukunft. Zugleich wollte ich damit zeigen, dass Demokratie und Kultur zwei Seiten einer Medaille sind.

Der Tag ging dann noch weiter: Am Abend nach der Ernennung habe ich im Gorki-Theater eine Ausstellung über die Verbrechen des NSU besucht, in der Arbeiten aus Migrationsperspektive gezeigt wurden. Ein Plakat war zu sehen, auf dem »Kein Schlussstrich!« stand. In diesem Moment ist bei mir etwas passiert: »Schlussstrich« – diesen Ausdruck hatte ich vorher immer mit Gaulands AfD-Perspektive auf die Nazi-Verbrechen verbunden. In diesem anderen Kontext bekam der Ausdruck aber dann eine ganz neue Bedeutung. Durch die Ausstellung ist mir deutlich geworden, dass es immer noch viele offene Wunden in unserer Gesellschaft gibt. »Kein Schlussstrich!« kann somit als Motto einer neuen Erinnerungskultur verstanden werden. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit dem NS-Terror genauso wie die Dekolonialisierung unseres Denkens – und gerade auch die offenen Wunden unserer Einwanderungsgesellschaft. Erst gestern Abend war ich in Mölln, wo vor 30 Jahren durch einen Brandanschlag von Neonazis drei Türkinen ermordet wurden. Die Angehörigen dieser Frauen sagten mir: »Wir als Opfer kommen im nationalen Gedenken nicht vor.« Das hat mich tief bewegt. Deshalb sage ich: Wir brauchen auch eine Erinnerungskultur in die Einwanderungsgesellschaft und aus der Einwanderungsgesellschaft hinaus.

Erinnerungskultur galt doch aber für alle, die dieses Amt bisher innehatten als wichtige Aufgabe ...
Ja, aber dazu gehören auch Mölln, Hanau und Halle – und der konsequente Umgang mit dem Kolonialismus. Die Rückgabe der Benin-Bronzen ist

wichtig, aber in der breiten gesellschaftlichen Debatte spielt die Frage des kolonialen Unrechts bislang keine große Rolle. Die Tendenz war eher zu sagen: »Das ist eine Aufgabe für Belgien, Frankreich, Spanien und Portugal. Und mit Namibia ist von unserer Seite aus doch alles geregelt.« Ich sage aber: Mitnichten ist alles geregelt, und in der gesellschaftlichen Breite haben wir noch nicht einmal angefangen, uns richtig mit unserer kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ich mache nichts in Abgrenzung zu meinen Vorgängerinnen und Vorgängern, aber ich will bei den Themen Erinnerungskultur und Kolonialismus eine sehr viel breitere Perspektive haben.

Rückgaben sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt, aber wir müssen mit den Herkunftsgesellschaften viel mehr in den Dialog kommen. Ich weiß aus Nigeria, dass dort gefordert wird, die Kunstwerke hier in Deutschland weiter auszustellen, um uns mit der Bedeutung dieser Kunst zu konfrontieren. Darüber hinaus müssen wir grundsätzlich zu einer Kooperation auf Augenhöhe mit afrikanischen Museen kommen. Auf europäischer Ebene passiert da gerade etwas, das ist auch eine Aufgabe für uns.

Als zweiten Schwerpunkt nannten Sie »die Gesellschaft der Vielen« – was bedeutet das konkret für die Amtsführung? Ist das ein anderes Wort für »Multikulti«, von konservativen Kräften oft genug als gescheitertes Konzept bezeichnet?
Multikulti ist nicht gescheitert. Das behaupten nur diejenigen, deren Blickrichtung auf die Gesellschaft nichts mit der Realität zu tun hat. Multikulti ist nicht out, sondern mega in – auch wenn wir jetzt nicht mehr »Multikulti« sagen, sondern »Gesellschaft der Vielen«. Damit sind alle Heimaten gemeint, die unsere Gesellschaft ausmachen. In Literatur, Malerei und Musik sind dadurch viele neue Stimmen, Farben und Klänge entstanden. Aber das Bewusstsein, dass all diese Kulturen zu unserer Gesellschaft essenziell dazugehören, ist noch zu wenig ausgeprägt. Vieles findet in Nischen oder Silos statt, wie z. B. im Rap.

Beim Thema Diversität geht es auch um die Frage, wie Institutionen und Gremien zusammengesetzt sind. Bei den vielen Juries im Kulturbereich muss man z. B. fragen: Wie kommt dort die Realität unserer vielfältigen Gesellschaft zum Ausdruck? Frauen, Equal Pay, Diversity – wo finden wir das? In einem sehr guten Teil des Koalitionsvertrags dieser Regierung geht es darum, die Realität unserer Einwanderungsgesellschaft endlich auch demokratisch zu gestalten. Das gilt natürlich auch für die Kultur.

Zur »Gesellschaft der Vielen« in der Kultur gehören auf der institutionellen Ebene Plattenläden genauso wie Poetry Slams, die Philharmonie genauso wie der Club – das alles ist Kultur. Ich habe auch schon die Frage nach E- oder U-Kultur gehört: »Frau Roth, Sie setzen sich doch bestimmt für die U-Kultur ein.« Und dabei gab es immer diesen Unterton, dass ich von »wirklicher« Kultur wenig verstehen würde. Das ist Unsinn. Mein Interesse gilt der Kultur in all ihrer Vielfalt.

Schließlich wollen Sie Kultur im Kampf gegen die Klimakrise mobi-

lisieren – was heißt das konkret? Emissionseinsparziele für Kultureinrichtungen oder politische Statements?
Es geht wieder um Form und Inhalt. Diese Bundesregierung will eine Klimaregierung sein, das betrifft jedes Ressort – auch die Kultur. Viele Einrichtungen treibt das Thema Klimaschutz schon jetzt um. Es gibt zahlreiche Museen, Theater, Konzerthäuser, die aktiv werden wollen und sich z. B. die Frage stellen, wie sie ihren Energieverbrauch senken können. Sie bitten um technische Hilfe bei der Umsetzung. Deshalb arbeiten wir z. B. mit dem Umweltbundesamt zusammen, um die Infrastruktur von Kultureinrichtungen in ökologischer Hinsicht zu verbessern. In diesem Zusammenhang gab es auf der Baustelle des neuen Museums der Moderne am Kulturforum ein spannendes Gespräch über ressourceneffiziente und energiesparende Lösungen für dieses Gebäude. Ganz klar ist für mich: Man kann heute keinen Museumsneubau mehr ohne Nachhaltigkeitskriterien machen.

Ich weiß auch von Konzertveranstaltern, die intensiv daran arbeiten, den hohen Energieverbrauch von großen Konzerten zu reduzieren. Die Veranstaltungswirtschaft ist sehr daran interessiert, und das nicht nur aus Klimaschutzgründen – sondern auch um Kosten zu sparen.

Stolz bin ich darauf, dass es im Filmbereich gelungen ist, Klimaschutz und Nachhaltigkeit voranzutreiben. Gemeinsam mit den Filmförderungen der Länder, der FFA und dem Arbeitskreis Green Shooting haben wir beschlossen, einheitliche ökologische Mindeststandards zu schaffen. Diese sollen ab dem 1. Januar 2023 dann verpflichtend gelten – in der Filmförderung und bei allen Akteuren, die Teil des Arbeitskreises Green Shooting sind, also z. B. bei Medienunternehmen, Plattformen und Sendern. Darüber hinaus wird ein »Green Culture Desk« ins Leben gerufen, also eine Anlaufstelle zur besseren Vernetzung. Und wir werden bei der BKM ein eigenes Referat für das Thema »Kultur und Nachhaltigkeit« etablieren, das gab es bislang nicht.

Sie haben kulturpolitische »Großbaustellen« sozusagen geerbt, eine ist das Humboldt Forum. Haben Sie einen Plan zur Ausgestaltung?
Der Plan lautet erst mal: Mit ganz vielen Menschen reden, die in diesem Zusammenhang jetzt schon eine wichtige Rolle spielen oder eine solche Rolle spielen können. Die Ausgangsfrage ist: »Wie schaffen wir es, dass das Humboldt Forum ein weltoffenes Forum wird und nicht ein Forum, das für Dominanzkultur steht?« Ich sage das so direkt, weil das Konzept des Humboldt Forums für mich noch nicht schlüssig ist. Mit der Inschrift und dem Kreuz auf der Kuppel fällt es mir sehr schwer, das Humboldt Forum als »weltoffen« zu sehen.

Sollten Kreuz und Inschrift entfernt werden?
Ich hätte beides nicht gemacht. Jetzt sind Kreuz und Inschrift da, wir müssen also entscheiden, wie wir damit umgehen und in welchen Zusammenhang wir beides stellen. Im Humboldt Forum sollen die Benin-Bronzen ausgestellt werden. Auch da stellt sich die Frage, in welchem Kontext sie gezeigt werden sollen. Ich glaube, das wird der Gradmesser sein, wie

ernst es uns mit der Weltoffenheit ist. Wenn das Humboldt Forum das große, weltoffene Forum werden soll, dann gibt es noch großen Reformbedarf.

Zweite geerbte »Großbaustelle« ist die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) ...
Ich glaube, das Potenzial der SPK ist gigantisch. Die Museen müssten eigentlich weltweit in der allerersten Liga spielen. Im Hinblick auf Attraktivität kann es die Neue Nationalgalerie zweifellos mit einem Museum wie der »Tate« in London aufnehmen. Doch aktuell nutzt die SPK ihr Potenzial nicht voll aus. Wenn man bedenkt, was alles zur SPK gehört, dann leuchtet mir nicht ein, warum dieser große Schatz teilweise vor sich hin ruht. Deshalb läuft da ein intensiver Reformprozess. Ich möchte jetzt zuallererst einmal alle Museumsleute an einen Tisch holen. Trotz Corona und Ukraine soll das jetzt bald passieren. Die grundsätzliche entscheidende Frage lautet doch: Wo ist der Gesamtzusammenhang? Eine Reform, in der es um Strukturen geht – schön und gut, man braucht Strukturen. Aber was ist das Verbindende? Welche Funktion hat ein Museum heute? Es geht ja nicht nur darum, Gegenstände zu verwahren. Wie sieht die Vermittlung in die Gesellschaft aus, gerade im Hinblick auf die großen globalen Herausforderungen?

Bei der SPK müssen wir die Einbindung der Länder dringend überdenken. Die machen sich schon ihre Gedanken, was sie von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz haben könnten, was also der Mehrwert für sie ist. Ehrlich gesagt, fängt das ja schon beim Namen an. Wenn du in Bayern »Preußischer Kulturbesitz« sagst, dann gehen die eher in ein anderes Museum. Ich habe gerade gelernt, dass die finanzielle Beteiligung der Länder an der Stiftung nicht nach dem Königsteiner Schlüssel geregelt ist, sondern nach einer historisch abgeleiteten »Preußennähe«. Das heißt, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein zahlen wesentlich mehr ein als Bayern, das demnach weniger Preußenbezug hat. Das arme Schleswig-Holstein zahlt mehr als das reiche Bayern – da muss man doch ran, nicht nur wegen finanzieller Beteiligung. Auch hier gilt: Wir sollten uns in die Zukunft erinnern und einen Neustart beginnen.

Seit zwei Jahren leidet die Kulturszene ganz besonders unter der Pandemie, jetzt werden Restriktionen zurückgenommen – entfällt damit auch der Pandemiefolgen-Bekämpfungsmodus, in dem sich Ihr Ressort zwei Jahre lang befand?
Die Pandemie ist leider noch nicht vorbei. Wir wissen nicht, was im Herbst und Winter passieren wird. Wir müssen daher weiter überlegen: Wie können wir die kulturelle Infrastruktur schützen? Was ist gut gelaufen in den letzten zwei Jahren? NEUSTART KULTUR funktioniert jedenfalls sehr gut: 74 Einzelprogramme, die zielgenau unterstützen. Wir haben Sonderfonds, Überbrückungsmaßnahmen und Ausfallregelungen. Bei allem Schrecken und allen Lasten für den Kulturbereich – ich denke, das Schlimmste konnte verhindert werden.

Unabhängig von Corona habe ich mir aber vorgenommen, zusammen mit den Bundesländern sehr ernsthaft an die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler heranzugehen. Wir prüfen deshalb eine weitere eigenständige Säule sozialer Absicherung für Künstlerinnen und Künstler, die deren eigenständige Lebensrealität anerkennt. Neben der sozialen Absicherung der Künstlerinnen und Künstler wollen wir eine Art Mindestlohn für Gagen und Honorare bei Förderun-

gen des Bundes. Auch auf Länderseite wird gerade eine Matrix hergestellt, wie das aussehen kann.

Ich glaube, wir haben aus der schlimmen Pandemie heraus ein anderes Verständnis für solche Vorhaben. Wir haben durch Corona alle erfahren, wie wichtig Kunst und Kultur für unsere Demokratie sind. Was verlieren wir, wenn es keine Theateraufführungen oder Konzerte mehr gibt, wenn die Museen zu sind? Wenn das alles wegbricht, dann hat die Demokratie keine Stimme mehr.

Wie sollen die Kulturszene und die Kulturpolitik auf Putins Krieg gegen die Ukraine reagieren?
Am Tag nach dem Kriegsbeginn habe ich ukrainische und russische Künstlerinnen und Künstler ins Kanzleramt eingeladen. Dieses Treffen hat mich sehr bewegt. In unseren TV-Sendungen wird ja manchmal die Frage diskutiert, ob Putin nicht vielleicht doch recht hat, wenn er die Ukraine dem großen russischen Reich zuordnet. Diese Frage haben die eingeladenen Künstlerinnen und Künstler im Kanzleramt sehr eindeutig beantwortet: »Nein, wir haben unsere Sprache, unsere Literatur, unsere Kultur – gebt uns eine Stimme.«

Im Anschluss an diesen Termin haben wir erstens alle deutschen Kultureinrichtungen dazu aufgerufen, der ukrainischen Kultur eine Stimme zu geben. Zweitens entwickeln wir ein Soforthilfeprogramm, um Flüchtenden aus der Ukraine, aber auch aus Russland und Belarus die Möglichkeit zu geben, weiter journalistisch oder künstlerisch zu arbeiten und sich zu äußern. Aus dem Haushalt der BKM stehen eine Million Euro zur Verfügung, damit wollen wir gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt Journalistinnen und Künstlerinnen und Künstler unterstützen. Um ein Hilfsprogramm möglichst rasch auf den Weg zu bringen, sind wir hierzu mit verschiedenen Partnern im engen Austausch. Drittens haben wir eine Taskforce eingerichtet, weil ganz viele Akteurinnen und Akteure sowie Kultureinrichtungen sich jetzt melden und etwas tun wollen. Und wir beraten weiter im Haus, was wir tun können und welche Unterstützung von uns aus möglich ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal ganz klar sagen: Es darf keinen Boykott russischer Kultur geben! Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass sich die Stadt München von Waleri Gergijew getrennt hat. Er ist ein herausragender Dirigent, aber er hat schon 2016 in Damaskus Konzerte zu Ehren von Baschar al-Assad gegeben. Er steht eben auch politisch für Putin, und er hat seine Musik klar in dessen Dienste gestellt. München ist Partnerstadt Kiews. Dass sie Gergijew nicht weiter beschäftigen wollen, finde ich richtig.

Allerdings darf es keinen Generalverdacht gegen russische Künstlerinnen und Künstler geben. Wenn russische Tanzensembles oder Chöre eingeladen werden, wenn sogar in Buchhandlungen russische Werke aus den Regalen verschwinden, dann ist das eine gefährliche Reaktion. Russische Künstlerinnen und Künstler, von denen viele jetzt selbst unter dem Putin-Regime leiden, auch weil sie ihre Stimme dagegen erheben, sind gerade in dieser Situation unentbehrlich als Brückenbauer und Botschafter eines anderen Russlands.

Vielen Dank.

Claudia Roth ist Staatsministerin für Kultur und Medien beim Bundeskanzler.
Hans Jessen ist freier Publizist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

Dienst an der Demokratie

50 Jahre nach der Studie »Grenzen des Wachstums«

GÜNTHER BACHMANN

Das Jahr 2022 ist das Jahr der 50: Vor einem halben Jahrhundert begann der moderne Umweltschutz und das, was wir heute nachhaltige Entwicklung nennen. 1972 nahmen die Vereinten Nationen erstmals das Thema Umweltzerstörung auf die Agenda. Westdeutschland brachte ein erstes Umweltprogramm auf den Weg, Ostdeutschland ein Umweltministerium. Hunderte Bürgerproteste schlossen sich zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammen. Und im März 1972 erscheint das Buch

ger nicht verändert: Spott, Hohn, Ideologievorwürfe begegnen Nachdenklichkeit und der Suche nach Alternativen. Ein Grund mag sein, diese Vermutung sei hier angestellt, dass der Streit viel tiefer geht als »nur« um die eine oder andere Grenze. Der Titel der Studie – und nicht die Zahlen und Berechnungen – macht die kulturelle Wirkungskraft der Studie aus. Die Tatsache wiegt schwer, gerade weil die gesamte Tragweite der kulturellen Dimension von Nachhaltigkeitspolitik noch nicht erschlossen ist. Und das schreibe ich nicht nur, weil dieser Aufsatz in einer kulturpolitischen Zeitung erscheint.

politische Nachhaltigkeitsstrategien, Investitionen in die Wissenschaft – wenig beeindruckt.

Erst langsam, und jedenfalls viel später, dämmerte mir, dass seine Frage um das Selbstbild einer Generation kreiste, der Generation Greta der 1970er Jahre. Egal, ob auf der Kommandoebene von Behörden und Unternehmen oder im Maschinenraum, in der Wissenschaft oder in der Öffentlichkeit – damals brach eine Generation auf. Sie hat gemahnt und gewarnt, und war erfolgreich: etwa in den ersten Schritten zur Kreislaufwirtschaft; sie hat das Ozonloch wieder geschlossen; Natio-

heit und wurde so zum selbstverständlichen Besitzstand, quer durch alle Einkommensgruppen.

Die »Grenzen des Wachstums« überraschten mit einem harten Einspruch und luden diesen zudem mit allen Insignien höherer Bedeutung auf. Der Club of Rome galt damals als Hort höherer, gediegener Einsichten. Das Massachusetts Institut für Technologie (MIT) war das Mekka des Fortschritts. Mit Computern komplexe Rechnungen anzustellen war so, als würde man heute mit Elektroantrieben zum Mond fliegen. Mehr Dominanz der kulturellen Signale war kaum möglich. Den Volkswirtschaften

ganz abgesehen von Ausgaben für z. B. Rüstung oder Krankheiten, die Wachstum nur dem Anschein nach antreiben. Dieses Weglassen ist wie ein kultureller Klebstoff, es ähnelt der dunklen Materie, die das Universum zusammenhält. Das Weglassen externer Kosten hält die Illusion vom Wachstum zusammen. Würde man sie dagegen ehrlich bilanzieren und einbeziehen, würde die »Börse vor Acht« völlig anders aussehen. Mit anderen Worten: Wir wachsen uns arm. Von allen Wachstumsgrenzen ist das die bedrohlichste. Seit 50 Jahren ist das rituelle Widerlegen der Berechnungen der »Grenzen des Wachstums«



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

zur Epoche: »die« Fundamentalkritik am Wirtschaftswachstum, die Studie im Auftrag des Club of Rome »Grenzen des Wachstums«. Sie ist Weckruf, wissenschaftliche Exzellenz und Glaubensfrage zugleich, aber darüber hinaus ist sie vor allem eines ganz sicher, nämlich ein Dienst an der Demokratie und an der Kultur. Sie entreißt den Lauf der Wirtschaft dem Mantra eines unantastbaren Sachzwangs. Sie befähigt Wachstum und Wirtschaft zum Diskurs. Wer nach Grenzen des Wachstums fragt, stellt die Machtfrage, weil Wachstum zum Gegenstand von politischer und kultureller Gestaltung wird. Das ist heute dringlicher denn je nötig.

Bis heute findet diese Studie im Wesentlichen in zwei diametralen Lagern Aufmerksamkeit. Die einen widerlegen die Annahmen zur Knappheit von Ressourcen, um leicht triumphierend zu folgern, dass der Planet Erde überhaupt keine Grenzen habe. Die anderen sehen sich bestätigt und verweisen auf längst noch enger werdende Grenzen durch globale Erwärmung, Schwund an Biodiversität und Überkonsum. Das dritte Lager bilden diejenigen, die sich für die Sache nicht groß interessieren, solange sie etwas vom Wachstum abbekommen. Nach und nach traten zwar ergänzende Ideen, Konzepte und Berechnungsmethoden hinzu, aber das hat die La-

Die Meadows-Frage

Dennis L. Meadows, einer der Hauptautoren der Studie, fragte mich vor ein paar Jahren nicht nach Zahlen, sondern nach Ethik: Warum ich noch an Nachhaltigkeit glaubte, wo doch die energieintensiven Gesellschaften seine vor 50 Jahren aufgezeigten Optionen der Grenzen des Wachstums ignoriert hätten. Das Ergrünen des Wachstums sei daher jetzt keine Option mehr, es gehe um die Rückführung auf ein Niveau, das der Planet verkraften könne. Meadows hatte sich selbst in mein Büro eingeladen, für mich eine völlig überraschende Ehre. Er hatte nur diese eine Frage – die er offenbar einer ganzen Reihe von Menschen stellte: Warum mache ich, was ich mache – an die Verantwortung in Politik und Wirtschaft zu appellieren, als damaliger Generalsekretär des Rates für Nachhaltigkeit – und woher nähme ich den Glauben, dass die Gesellschaft bereit wäre, die Fantasiewelt ewigen Wachstums zu verlassen? Ich meinte herauszuhören, dass er selbst diesen Glauben verloren habe. Jedenfalls haben ihn meine Stichworte – Ressourcenproduktivität, Entkoppeln von Ressourcenverbrauch und Wirtschaft, Energiewende, breiter werdende Zustimmung zur Nachhaltigkeit, Pioniere in Wirtschaft und Gesellschaft,

nalparks gegen alle Widerstände aufgebaut; sie hat das Abschlagen der Wale und Berggorillas gestoppt; sie hat Umweltschutz in Gesetze gefasst, Institutionen gegründet, Methoden entwickelt und Technologien erfunden. Aber heute – und das ist entscheidender als alle Erfolge – sieht sie sich mit leeren Händen dastehen: Die Natur degeneriert weiter, Arten sterben aus und die Atmosphäre erwärmt sich schneller als je zuvor. Diese Generation erlebt sich selbst als die letzte, die von dem Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg profitiert und es zugleich fundamental kritisiert hat, ohne damit nach eigenen Ansprüchen wirksam genug zu sein. Das kratzt am Selbstwertgefühl und frustriert so manche. Es kränkt, wenn das Lebenswerk infrage steht. Auch deshalb findet der frische Wind aus der jungen Klima-Generation so bereitwillig Unterstützung.

Illusionäres Spielzeug

Aber auch wer ein entgrenztes Wachstum befürwortet, spürt durch die Studie eine Kränkung. »Wachstum« war für die Gesellschaft der frühen 1970er Jahre »die« Grunderfahrung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Bundesrepublik steigerte das Wirtschaftswachstum wie China heute. Wachstum war Gewohn-

wurde ihr liebstes Spielzeug weggenommen. Das kränkt auch heute noch alle, deren Karrieren, Lebensläufe oder deren praktisches (Über-)Leben vom Mythos Wachstum profitieren. Die wenigen verdanken ihm ihre Fantastilliarden und die vielen freuen sich über stetig wachsende Wohnfläche, Fernurlaube oder über den Luxus von ungetragenen Kleidungsstücken, die sie in den Schränken anhäufen – es sind Milliarden. Allen voran geht die Bundesregierung, wenn sie die Menge an elektrischer Energie fast endlos anwachsen lassen will. Sie bettet die Wachstumsmagie in ihre regierungsamtliche Transformation ein.

Diese Magie ist indessen hohl. Die Kalkulation von allem, was wir für »bare Münze« halten – Preise, Profite, Kredite, Zinsen, »Werte« – beruht letztlich auf Ignoranz. Weggelassen werden z. B. ökologische Kosten, die bei der Abholzung oder der Wasserverschmutzung entstehen. Soziale Kosten können durch menschenrechtliche Übergriffe, Unter- und Fehlernährung, Bildungsmangel oder durch die Nichtbeachtung von Eigentumsrechten ins Gewicht fallen. Die ökonomischen Bilanzen entsorgen all dies gekonnt als »externe Effekte«. Diese Kosten findet man in keinem Kaufvertrag und in keiner Lebensversicherung. An der Kasse im Supermarkt hängen sie nicht aus. Einmal

ungebrochen. Das ist aber maximal uninteressant. Denn unendlich ist nichts und Grenzen sind real. Um das Prinzip zu erkennen, braucht man keine höhere Mathematik.

Die »Grenzen des Wachstums« erschüttern vor 50 Jahren das gesellschaftliche Selbstverständnis. Seit Kopernikus und Darwin kennen wir die Folgen. Gesellschaften nehmen solche Wahrheiten zunächst übel und geben sich gekränkt, bevor sie sich daran gewöhnen. Man könnte einfach auf Zeit setzen. Aber ob so viel Zeit vorhanden ist, ist mehr als fraglich. 1972 waren wir im Holozän – jetzt gelten schon die Regeln des Anthropozäns. Antworten müssen anders ausfallen als bisher. Für Alternativen bestehen eigentlich gute Voraussetzungen. Ja, es besteht nach 50 Jahren Anlass zum pessimistischen Frust. Aber, nein, weiter hilft der allein nicht. Das täte eine neue Erinnerungskultur zur nachhaltigen Entwicklung, die sich der langen Strecke versicherte, die hinter uns liegt, und gleichermaßen die kurzen Zukunftsetappen ins Auge nimmt, in denen Transformation gelingen muss und kann.

Günther Bachmann ist seit 1974 im Umweltschutz aktiv und arbeitet heute als unabhängiger Experte und Berater für nachhaltige Entwicklung



Von der Notwendigkeit einer kulturellen Revolution

Der Club of Rome
Deutschland stellt
24 neue Fragen

MOJIB LATIF UND
ANDREAS HUBER

Was wissen Sie darüber, was passieren wird, wenn Sie einen Ball in die Luft werfen? Sie wissen, er wird nach oben steigen. Und Sie wissen, er wird irgendwann aufhören zu steigen und beginnen zu fallen. Sie wissen, dass der Ball weder unendlich steigen wird, noch, dass er um die Erde fliegen wird. Das, was sie über einen hochgeworfenen Ball wissen, ist die grundsätzliche Verhaltensweise eines in die Luft geworfenen Balls, die auf der Basis der physikalischen Gesetze vorhergesagt werden kann.

In dem Bericht »Die Grenzen des Wachstums« wurden Szenarien veröffentlicht. Die Medien und die Öffentlichkeit verstanden diese oftmals als Vorhersagen oder Prognosen. Das waren sie nicht. Heute würde man von

Die Interpretation des Berichts als Vorhersage der Zukunft hält sich bis heute

Projektionen sprechen, d. h. von Wenn-dann-Rechnungen. Dennoch waren die vorgestellten Szenarien das Resultat von etwas bis dahin nie Dagewesenem: Mit der damals neuen Technologie des Computers wurde unsere Welt als ein zusammenhängendes Weltmodell dargestellt. Mit dem Weltmodell konnte simuliert werden, wie sich das Gesamtsystem unter Veränderung bestimmter Parameter – wie z. B. Bevölkerungswachstum, industrielle Produktion oder Umweltbelastungen – verhalten würde. Das Ergebnis waren die veröffentlichten Szenarien.

Sie waren damit das Resultat der Bemühungen, das Systemverhalten des Weltmodells herauszuarbeiten. Analog zu dem Ball-Beispiel also wissen zu wollen, wie die Flugbahn des Balls ungefähr aussehen könnte. Würden Sie jedoch exakt wissen wollen, wie sich die Geschwindigkeit des Balls verlangsamt oder ab welcher Höhe sich seine Flugbahn umkehrt, müssten Sie viel komplexere und individuellere Berechnungen unter Berücksichtigung der Anfangsgeschwindigkeit und der Maße des Balls, der Stärke des Windes usw. anstellen. Übertragen auf das Weltmodell und die Szenarien hieße das, dass wesentlich mehr Daten und viel komplexere Zusammenhänge zwischen den Komponenten des Modells hätten berücksichtigt werden müssen. Darauf wiesen die Autoren des Berichts an mehreren Stellen hin.

Die Interpretation des Berichts als eine Art Vorhersage der Zukunft hält sich jedoch bis heute. Versteht man »Die Grenzen des Wachstums« als solche, sind Fragen wie: »Hat sich der Club of Rome geirrt?« oder »Wann geht das Öl aus?« nachvollziehbar. Sie sind jedoch nicht zielführend und verkennen, wofür der Bericht geschrieben wurde und was wir tatsächlich aus ihm lernen können: systemische Verhaltensweisen, die zeitlos und grundsätzlicher Natur sind:

Erstens: Die Dynamiken exponentiellen Wachstums: Obwohl exponentielles Wachstum ein natürliches und in der Natur häufig vorkommendes Phänomen ist, kann unser Gehirn mit ihm nicht wirklich umgehen.



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Zweitens: Risiken, die durch Zeitverzögerungen im System entstehen: Entscheidungen, die wir heute treffen, führen oft erst zu sichtbaren Veränderungen in Wochen, Jahren oder gar Jahrzehnten. Es ist damit nicht nur äußerst schwierig zu erkennen, was wirksam ist, sondern erschwert zudem die Akzeptanz von heute beschlossenen Maßnahmen, da sie für die meisten Menschen nicht von Belang erscheinen.

Drittens: Die Undurchschaubarkeit und limitierte Vorhersagbarkeit komplexer Systeme, wie das Erdsystem eines ist: Wenn verschiedene Prozesse gleichzeitig ablaufen und sich gegenseitig – und ggf. auch noch zeitlich verzögert – beeinflussen, dann wird es außerordentlich schwierig, das Systemverhalten in Ursache-Wirkungs-Beziehungen zu durchschauen, insbesondere wenn es sich um nichtlineare Beziehungen handelt, die etwa zu abrupten Veränderungen ohne Vorwarnung führen können.

Aurelio Peccei – einer der beiden Gründer des Club of Rome – beschrieb 1976 in seinem Buch »Die Qualität des Menschen« die Hoffnung, die er persönlich mit »Die Grenzen des Wachstums« verbunden hatte: »Es kam darauf an, dass alle einen großen Schritt des Verstehens machten«. Ein solcher Schritt des Verstehens komplexer Systeme und der Dynamiken exponentiellen Wachstums hätte uns vielleicht auch in den letzten beiden Pandemie-Jahren oder bei der Vermeidung der Klimakrise geholfen.

Eine zentrale Erkenntnis aus der Analyse des Systemverhaltens ist für die Gestaltung der Zukunft bis heute sehr bedeutend. Sie wurde von Dennis L. Meadows – dem Hauptautor von »Die Grenzen des Wachstums« – jüngst in einem Interview erneut hervorgehoben: »Wenn man im Modell z. B. die Ressourcenknappheit beseitigt, indem man unendliche Ressourcen oder fabelhafte

Technologien voraussetzt, dann taucht ein anderes Problem auf.« Das heißt, die Autoren des Berichts und die Mitglieder des Club of Rome erkannten bereits vor 50 Jahren, dass selbst bei optimistischeren Annahmen und damit verbundenen Änderungen der Parameter, der eingeschlagene Entwicklungspfad – früher oder später – in dieselbe Sackgasse führen würde: Das wirtschaftliche Wachstum wird zuerst langsamer und geht dann zurück – »Die Grenzen des Wachstums«.

Gaya Herrington, Direktorin beim Finanzdienstleister KPMG, verglich im letzten Jahr den aktuellen globalen Entwicklungsstand und die Szenarien aus »Die Grenzen des Wachstums«. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die aktuellen Daten am ähnlichsten zu zwei

Mit »Die Grenzen des Wachstums« hatte der Club of Rome der Welt die Augen geöffnet

Szenarien sind: BAU2 – »Business-as-usual« (wir machen wie gewohnt weiter) – und CT – »Comprehensive Technology« (wir erzielen große technische Fortschritte). Das optimistischste Szenario »Stabilized World«, zu Deutsch: Welt im Gleichgewicht, ist das, welches am allerwenigsten der tatsächlichen Entwicklung entspricht.

Herrington betont, wie auch bereits die Autoren von »Die Grenzen des Wachstums«, dass unklar ist, wie unsere Gesellschaft, die auf Wachstum fußt, mit einer solchen Entwicklung umgehen will. Und genau hier liegt auch die Hoffnung für eine Trendumkehr: Es sind wir Menschen, die entscheiden, wie unsere Reaktionen aussehen. Und wir sind es auch, die grundsätzlich einen anderen Entwicklungspfad einschlagen könnten.

Doch Technologie und regulatorische Maßnahmen allein werden nicht die Lösung sein. Der Schlüssel oder die unbedingte Voraussetzung für eine ausbalancierte Entwicklung wird auf der letzten Seite von »Die Grenzen des Wachstums« genannt: »Der Mensch muss sich selbst – seine Wertevorstellungen und Ziele – erforschen«. Jeder Versuch und jede Maßnahme, einen dauerhaften Gleichgewichtszustand zu erreichen, sei letztlich »nur bei grundsätzlicher Änderung der Wert- und Zielvorstellungen des Einzelnen und auf Weltebene von Erfolg gekrönt«. Aurelio Peccei schrieb später im Vorwort eines weiteren Berichts an den Club of Rome – »No limits to learning«: »Die Lösungen sind einzig in uns selbst zu suchen«. Peccei bezeichnete diese Voraussetzung als nichts weniger als eine kulturelle Revolution.

Mit »Die Grenzen des Wachstums« hatte der Club of Rome der Welt die Augen geöffnet. Leider haben wir sie zu schnell wieder geschlossen. Statt einer kulturellen Revolution und Entwicklung in Richtung einer lebensfördernden Zukunft und den damit verbundenen Werten, wie Empathie, Verantwortung, Demut, Respekt und Wertschätzung für das Lebendige und was Lebendigkeit erzeugt, müssen wir Verhaltensweisen wie Gier, Egoismus oder Neid erleben, die nicht nur die Ökosysteme, sondern auch unsere Gesellschaft langsam an die Grenzen bringt.

Wir müssen Lehren aus Versäumnissen der Vergangenheit ziehen. Wir brauchen nicht mehr allein ein zukunftsfähiges Wachstum, sondern auch ein neues gesellschaftliches Klima.

Hierfür braucht es einen Perspektivwechsel, weg vom sinnlosen Kampf um den Erhalt des Status quo hin zu einem Klima, das Lust macht auf Veränderung, das die Schwachen einbindet, das konstruktiv nach vorne blickt, unterschiedliche Interessen transpa-

rent macht und auf einen fairen Ausgleich bedacht ist. Die Gestaltung der Zukunft beginnt mit dem Blick auf die Möglichkeiten, auf das Morgen und die Wertschätzung dessen, was da ist – und davon gibt es (noch) unglaublich viel.

Zu den Lehren der Vergangenheit gehört aber auch der Mut und die Klarheit, Neues auszuprobieren. Wir haben das 50. Jubiläum von »Die Grenzen des Wachstums« zum Anlass genommen, selbst eine neue Rolle einzunehmen und Fragen zu stellen, statt uns allein darauf zu konzentrieren, den Finger in die Wunde zu legen und Antworten geben zu wollen. Fragen, die unsere Denkweisen und Narrative herausfordern und auf die jeder Mensch für sich eine Antwort finden kann. Vielleicht berührt Sie persönlich eine der Fragen auf ganz besondere Weise?

Was empfindest du, wenn dir ein guter Freund sagt: »Angesichts der bevorstehenden Klimakrise setze ich lieber keine eigenen Kinder in diese Welt«?

Stellen Sie sich vor, es ist kein guter Freund, der Ihnen das sagt, sondern eines Ihrer eigenen Kinder. Was empfinden Sie dabei? Welche weiteren Fragen wirft das bei Ihnen auf?

Wir haben 24 weitere solcher Fragen definiert und wir laden Sie ein, einige der Fragen für sich zu beantworten, mit anderen zu diskutieren, sie zu iterieren oder selbst Fragen zu stellen. Welche Erfahrungen machen wir, wenn wir anfangen, Fragen zu stellen, statt Meinungen zu vertreten? Vielleicht brauchen wir für eine kulturelle Revolution – die so existenziell ist, um die Lebensgrundlagen nicht zu zerstören – nicht noch mehr Antworten, sondern bessere Fragen?

Mojib Latif ist Präsident der Deutschen Gesellschaft Club of Rome. Andreas Huber ist Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft Club of Rome

Auf Neues setzen

Innovationsförderung, Investitionsstärkung und Bildungsexpansion für die Klimapolitik

MICHAEL HÜTHER

Als vor 50 Jahren der Bericht »Die Grenzen des Wachstums« von dem Club of Rome veröffentlicht wurde, traf dieser auf ein geteiltes öffentliches Echo. Zum einen kam methodische Kritik aus den Fachdiskursen, zum anderen war die mediale Reaktion aufrüttelnd. Im Jahr 1973 wurde der Club für den Bericht mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet, bis heute gilt er als die Programmschrift der Wachstumskritik. Deshalb lohnt sich ein Blick darauf und auf die daraus folgenden Debatten, will man die heutigen Herausforderungen einordnen. Berücksichtigt wurden in der Studie die Industrialisierung als vorherrschende Form der Wertschöpfung, das Bevölkerungswachstum als Treiber des Wachstums, die Unterernährung als eine Kehrseite des dynamischen Anstiegs der Bevölkerung sowie die begrenzende Wirkung endlicher natürlicher Ressourcen und der Zerstörung des Lebensraums. Es wurden eine Vielzahl von Konstellationen durchgespielt, indem die Rohstoffvorräte variiert, der Einsatz von Technik skaliert, die Bedeutung zunehmender Geburtenkontrolle und ein steigender Umweltschutz berücksichtigt wurde.

Da Rückkopplungen und damit Korrekturprozesse, die insbesondere durch die Veränderung relativer Preise als Ausdruck von Anpassungen sowie veränderter Knappheiten in Gang kommen, nicht abgebildet werden konnten, war eine pessimistische Weltsicht zwingend angelegt. Dazu trug ebenso bei, dass die Bedeutung technischen Fortschritts und von Innovationen nicht einbezogen werden konnte. Die Endlichkeit der Ressourcen führte so zu der Einschätzung, dass die Endlichkeit des Wachstums absehbar und unvermeidbar sei.

Die methodische Kritik ändert aber nichts an der Bedeutung des Berichts, denn spätere Aktualisierungen haben immer wieder die grundlegende Gefahr einer globalen Übernutzung der Ressourcen sowie der Umweltsenken beschrieben. Als der Report »Die Grenzen des Wachstums« vorgelegt wurde, traf er auf eine entsprechende Diskussion über die Frage nach den individuellen und gesellschaftlichen Kosten des Wachstums, die in den Wirtschaftswissenschaften bereits in den 1960er Jahren populär geworden war. Dabei ging es um den Konflikt zwischen einer Orientierung am Pro-Kopf-Einkommen und den spezifischen Voraussetzungen menschlichen Wohlbefindens.

Damit wurde der Blick bewusst auf die Umwelt und deren Beeinträchtigung durch die Ökonomie gerichtet. So forderte im Jahr 1966 Kenneth Ewart Boulding besondere ökonomische Grundsätze für das »Raumschiff Erde« und plädierte für eine Politik, welche die sich verändernden Bedingungen antizipiert und durch gezielte Eingriffe – beispielsweise steuerlicher Art – negative Externalitäten korrigiert. Tatsächlich wurde dieser Impuls angesichts erkennbarer Umweltschäden politisch aufgenommen. Die Bundesregierung legte im September 1970 ein erstes »Umweltschutz-Sofortprogramm« vor, 1971 das erste »Umweltprogramm«.

Die Metapher »Raumschiff Erde« erscheint eingängig. Die Möglichkeit, über technischen Fortschritt neue Handlungschancen und höhere Leistungskraft auch unabhängig von natürlichen Ressourcen zu begründen, wurde dabei allerdings stets geringer eingeschätzt als der Effekt begrenzter Ressourcen. Dies mündete in Überlegungen einer stationären Ökonomie mit minimiertem Ressourcen- und Materialumsatz und konstanten Produk-

tionsfaktoren. Diese sehr prinzipielle Wachstumskritik wurde seit den späten 1980er Jahren dann im Konzept der Nachhaltigkeit aufgehoben.

Maßgeblich war dafür der Bericht der Brundtland-Kommission, der den Begriff der Nachhaltigkeit in die breitere Öffentlichkeit hineintrug. Im Jahr 1998 wurde es zum Thema einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. In diesem Konzept werden die ökologische, die ökonomische und die soziale Entwicklung gemeinsam betrachtet. Zugleich etablierte sich damit angemessen das Konzept der Generationengerechtigkeit, indem die Lebensräume künftiger Generationen als berechnete Ansprüche an jeweils heute Lebenden verstanden wurden.

Dadurch kam es zu dem umweltpolitischen Paradigmenwechsel, der auf

Die Frage, welche Natur wir schützen sollen, erweist sich als nicht trivial

der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro vollzogen wurde: Umweltpolitik wird als vorsorgende Politik verstanden, die zukunftsbezogen Umweltqualitätsziele entwickelt, aus denen – und nicht mehr nur aus einem feststehenden Schadensbefund – sich umweltpolitischer Handlungsbedarf ableitet. So wurde aus den »Grenzen des Wachstums« die Perspektive einer »dauerhaft umweltgerechten Entwicklung«, damit ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen nicht voneinander getrennt oder gar gegeneinander ausgespielt werden.

Konzeptionell bietet der Philosoph John Rawls mit dem »Sparprinzip« eine angemessene Grundlage, mit dem die Gesellschaft als »ein faires System der langfristigen Kooperation zwischen den Generationen« funktionieren kann: »Es stützt berechnete Beschwerden über unsere Vorgänger und berechnete Erwartungen an unsere Nachfahren.« Mit der Sicht auf drei Generationen wird die Überforderung der mittleren vermieden, denn aus der Pfadabhängigkeit der Vergangenheit entkommt man nur gemeinsam. So kann man das Sparprinzip von Rawls als zeitgemäße Deutung der Grenzen des Wachstums verstehen, die damit weniger statisch erscheinen und gestaltbar werden.

Gefordert wird eine Wirtschaftsweise, die den langfristigen Substanzerhalt ökologischer Potenziale in den Vordergrund stellt und die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft adressiert. Letztlich muss es eine dauerhafte Ausrichtung sich fortschreitend entwickelnder Volkswirtschaften an den Belastungsgrenzen der Umweltmedien und der kritischen Ressourcenbestände geben. Die Frage, welche Natur wir schützen sollen, erweist sich als nicht trivial. Die Wahrnehmung, ob ein Lebensraum ökologisch intakt ist, hängt von den spezifischen Bedürfnissen und Interessen derjenigen ab, die diesen Lebensraum heute als ihre Umwelt betrachten. Die zu schützende Natur ist Resultat einer Interpretation, in die neben die ökologischen Daten die Präferenzen der Menschen eingehen.

Derzeit erleben wir, dass die Spannung zwischen den Anforderungen künftiger Generationen und den Möglichkeiten der heutigen nicht einfach aufzulösen ist. Späte Erkenntnis und verzögerte Einsicht erhöhen den Druck; so erleben wir es beim Klimawandel. Veränderte Bedingungen und individuelle Anpassungen begründen Anpassungspfade; so erleben wir es bei der

demografischen Alterung. Die besondere Herausforderung besteht nun darin, dass diesen Megatrends im Strukturwandel gleichzeitig Rechnung getragen werden muss. Das führt dazu, dass wir uns noch weniger Umwege und Ineffizienzen leisten können. Anders gewendet: Für den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter benötigen wir unter den Bedingungen der Bevölkerungsalterung unausweichlich die Schnelligkeit, die Innovationskraft und die Effizienz der Marktwirtschaft.

Nur durch die Mobilisierung des dezentral vorhandenen Wissens und der Findigkeit aller kann es uns gelingen, die vielfach so benannte große Transformation zu leisten. Denn es muss an allen Stellen der Volkswirtschaft Beiträge zur Klimaneutralität geleistet werden. Die Anreize dafür werden am wirksamsten durch einen einheitlichen CO₂-Preis gesetzt, wie es in Europa mit dem Zertifikatehandel für die Industrie und die Energieerzeugung seit Langem der Fall und für Verkehr und Wohnen nun ergänzt werden soll. Wir benötigen aber ebenso Technologien für die Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre, nur dann sind die Ziele für 2045 (Deutschland) bzw. 2050 (Europäische Union) erreichbar.

Bei einem schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzial, wie es für Deutschland ab Mitte dieses Jahrzehnts der Fall sein wird, stellen sich zusätzliche Fragen. Wie kann der alterungsbedingten Produktivitätsabschwächung entgegen-



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

gewirkt werden? Wie erhöhen wir das Arbeitsvolumen – also die gesamtwirtschaftlich verfügbaren Arbeitsstunden – zusätzlich, um den Ausfall durch die ansteigende Verrichtung auszugleichen? Es wird deutlich, dass die Klimapolitik um eine Strategie der Innovationsförderung, Investitionsstärkung, Bildungsexpansion und Beschäftigungsausweitung ergänzt werden muss. Um den Grenzen des fossilen Zeitalters zu entgehen, muss zugleich die Limitierung unserer Möglichkeit durch die demografische Alterung ernst genommen werden.

Tatsächlich hat die ökologische Debatte, welche die Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums durch Naturkapital und Sozialkapital thematisiert, in den vergangenen Dekaden wichtige Impulse für eine vorausschauend res-

sourcenorientierte Ökonomie gegeben. Wünschenswert wäre es, wenn wachstumskritische Diskurse gleichermaßen offener und bewusster mit ihren freiheitsskeptischen Aspekten umgingen.

Denn das steht dem entgegen, was wir an Innovation und technischem Fortschritt benötigen. Hier darf es keine Grenzen geben, sondern wir müssen unbegrenzt auf Neues setzen. Das fordert eine offene Gesellschaft, die im öffentlichen Raum – also im Miteinander des realen Lebens, was nach der Pandemie neu zu erringen ist – kulturell und politisch darum ringt, was sie schützen und wie viel Anpassungsdynamik sie dafür mobilisieren will.

Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft

kultur stellen markt

www.nmz.de/stellenmarkt
Print & Online
seriös – aktuell
seit 71 Jahren

www.nmz.de neue musikzeitung

Wie viel kostet unsere Zukunft?

Fünf Fragen an Claudia Kemfert

Welchen Preis zahlen wir für unsere Zukunft? Die Energieökonomin Claudia Kemfert forscht an Antworten auf diese Frage und mehr. In Politik & Kultur gibt sie einen Einblick in essenzielle Fragen unserer Zukunft.

Frau Kemfert, Sie beschäftigen sich unter anderem mit der Frage: Wie teuer wird die Zukunft? – Wie finden Sie eine Antwort darauf und wie lautet diese?
Derzeit bewahrheitet sich auf sehr schmerzvolle Weise, wie hoch die Kosten des Nichthandelns werden können, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Seit über 17 Jahren warne ich vor

15 Jahren die Abhängigkeit zu russischen Energielieferungen deutlich erhöht statt verringert haben, zahlen wir heute die Quittung für diese Entwicklung. Wir hätten heute einen Anteil von über 80 Prozent an erneuerbaren Energien im Energiesystem haben können, hätten wir die Energiewende nicht ausgebremst. Nun müssen wir in kürzester Zeit fossile Heizungen austauschen, die Industrie dekarbonisieren und mehr Elektromobilität auf Straße und Schiene bringen. Die Szenarien dafür liegen seit über 20 Jahren vor. Und auch die Warnung, dass die volkswirtschaftlichen Kosten explodieren, wenn nicht ausreichend frühzeitig gegengesteuert wird. Der jüngste Bericht

auf fossile Energien basiert, nicht nachhaltig und zukunftsfähig. Wir brauchen ein neues Verständnis von Wirtschaftswachstum – nämlich eines, das den Planeten belebt, statt ihn zu zerstören. Wir brauchen ein Wirtschaftswachstum, das Schäden an Mensch, Umwelt und Klima nicht als heimliche Schulden künftiger Generationen anhäuft, sondern gleich heute denen aufbürdet, die sie verursachen. Dazu müssen wir das Wirtschaftswachstum vom fossilen Energieverbrauch entkoppeln und eine Kreislaufwirtschaft entwickeln, die im Gleichgewicht ist und in der es um qualitatives und nicht um quantitatives Wachstum geht.

Aufgrund des Nichthandelns steigen die Kosten des Klimawandels unaufhörlich an. Wir erleben zunehmende Kosten durch Klima-Ereignisse, Dürren, Wasserknappheiten und Brände.

All dies wissen wir seit Jahren. Die Gesellschaft und die Industrie sind startklar. Das Einzige, was uns aufhält, ist der fehlende politische Wille. Die Politik lässt sich bremsen von unsinnigen Gespensterdebatten, die uns an die Vergangenheit ketten. Stattdessen brauchen wir endlich ein Booster-Programm für die konsequente Energiewende.

Sie befassen sich intensiv mit den wirtschaftlichen Potenzialen des Klimaschutzes. Worin liegen diese?
Die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende mit einer Abkehr von fossilen Energien hin zu mehr erneuerbaren Energien, Energiesparen und den Umstieg hin zu einer nachhaltigen Mobilität schaffen enorme wirtschaftliche Chancen. Dies alles sind wirtschaftliche Chancen des Klimaschutzes. Alle Branchen können letztendlich davon profitieren, sei es die Unternehmen der erneuerbaren Energien, Unternehmen, die Energieeffizienzmaterialien herstellen, die nachhaltige Mobilitätskonzepte erarbeiten oder im Fahrzeugbau tätig sind. Energiedienstleistungen werden genauso benötigt wie der energetische Umbau von Gebäuden. Die Industrie kann, wenn gut gemacht, von diesem Boom massiv profitieren. Es werden Investitionen in Zukunftsbranchen getätigt, die wiederum Wertschöpfung und Arbeitsplätze liefern. Dabei handelt es sich um zukunftsweisende Arbeitsplätze. Die wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes, der Energiewende, der Verkehrswende, dem Energiesparen sowie der nachhaltigen Mobilität sind gigantisch. Wir müssen sie auch endlich nutzen.

Die Industrie rund um das Thema Nachhaltigkeit wächst immer weiter. Wie kann dies weiter unterstützt werden? Wie schätzen Sie die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten der »grünen Branche« ein?
Wenn wir Klimaschutz ernst nehmen und das Klimaabkommen von Paris umsetzen wollen, darf es heute keine Investitionen in fossile Energien und Infrastrukturen geben, sondern ausschließlich in erneuerbare Energien und klimaschonende Antriebstechniken und Infrastrukturen. Seit Langem leidet die deutsche Wirtschaft, vor allem die Industrie, an Investitionsschwäche. Dieser Investitionsstau kann nun durch gezielte Allianzen durch Wirtschaftshilfen überwunden werden. Es sollte das Geld gezielt für Klimaschutz bereitgestellt werden, etwa für Digitalisierung, Smart Grids, Ladeinfrastruktur, klimaschonende Treibstoffe, Batterie- und Solarzellenproduktion oder für Wasserstoff für die Schwerindustrie. Auch der Schienenverkehr muss gestärkt werden. Nur dann wird der Umbau hinzu einer klimaneutralen Wirtschaft, wie wir es im Rahmen internationaler Vereinbarungen verbindlich festgelegt haben, gelingen. Aber auch die Finanzbranche selbst steht unter Zugzwang. Um Greenwashing zu vermeiden, müssen strenge Nachhaltigkeitskriterien für alle Investitions- und Finanzströme angewendet werden, die sich an sozial-ökologisch-ethischen Maßstäben orientiert. Die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten der grünen Branche sind riesig. Es werden überall Fachkräfte benötigt, daher sind Umschulungs- und Ausbildungsprogramme sehr wichtig. Bis zu 500.000 neue Jobs können durch die grüne Transformation entstehen. Die Zukunftsaussichten sind glänzend, wenn wir nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen und zu lange am fossilen Geschäftsmodell festhalten.

Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

den Kosten des Nichthandelns, einerseits bezogen auf den Klimaschutz, aber andererseits auch bezogen auf Energieversorgungssicherheit. Nichthandeln treibt die Kosten der Zukunft immer weiter in die Höhe. Aufgrund des Nichthandelns steigen die Kosten des Klimawandels unaufhörlich weiter an. Wir erleben global immer weiter zunehmende Kosten durch extreme Klima-Ereignisse, durch Dürren, Wasserknappheiten und Brände, die erhebliche volkswirtschaftliche Schäden nach sich ziehen. Und derzeit zahlen wir ebenso den exorbitant hohen Preis einer verschleppten Energiewende. Wir haben den Ausbau der erneuerbaren Energien zu lange behindert, und das Energiesparen gerade im Gebäudebereich und auch in der Industrie sträflich vernachlässigt. Entgegen aller Warnungen haben wir Abhängigkeiten zu geopolitisch schwierigen Handelspartnern verstärkt, anstelle Frühindikatoren für Energieversorgungssicherheit zu entwickeln und die Abhängigkeit zu verringern. Da wir in den vergangenen

des Weltklimarates macht nochmals sehr deutlich, dass wir eine sehr düstere Zukunft vor uns haben werden, die ebenso zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden führen wird. Nur eine komplette Abkehr von fossilen Energien stärkt die Versorgungssicherheit, die Resilienz, Demokratie und Frieden und gleichzeitig Klimaschutz. Nur eine Energiewende basierend auf erneuerbaren Energien und Energiesparen sichert den Frieden. Die Kosten des Nichthandelns sind deutlich höher als die Kosten des Handelns.

Der grundsteinlegende Bericht des Club of Rome wird in diesem Jahr 50 Jahre alt. Wo liegen heute die Grenzen des Wachstums – wirtschaftlich und gesellschaftlich?
Das jetzige Wirtschaftswachstum, welches auf Ausbeutung und Zerstörung des Planeten, des Klimas und der Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen ausgerichtet ist, ist in keiner Weise mit dem Klimaschutz vereinbar. Dabei ist das Wirtschaftswachstum, welches

Welche Weichen muss die Politik jetzt endlich stellen, um das Klima zu schützen?
Wir müssen so schnell wie möglich weg von fossiler Energie, und zwar durch den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir benötigen mindestens eine Vervierfachung des jetzigen Ausbautempos. Es müssen Flächen für Windenergie ausgewiesen, Genehmigungsverfahren erleichtert und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen verbessert werden. Solarenergie gehört auf jedes Dach. Wir müssen die Wärmepumpe fördern, gerade im Zusammenhang mit der energetischen Gebäudesanierung. Die Industrie muss energieeffizienter werden, auch hier bieten sich die industrielle Wärmepumpe und der Einsatz von erneuerbaren Energien an. Im Verkehrssektor müssen wir so schnell wie möglich weg von Benzin und Diesel hin zu mehr Elektromobilität. Der Schienenverkehr muss gestärkt werden. Es geht um Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -optimierung.

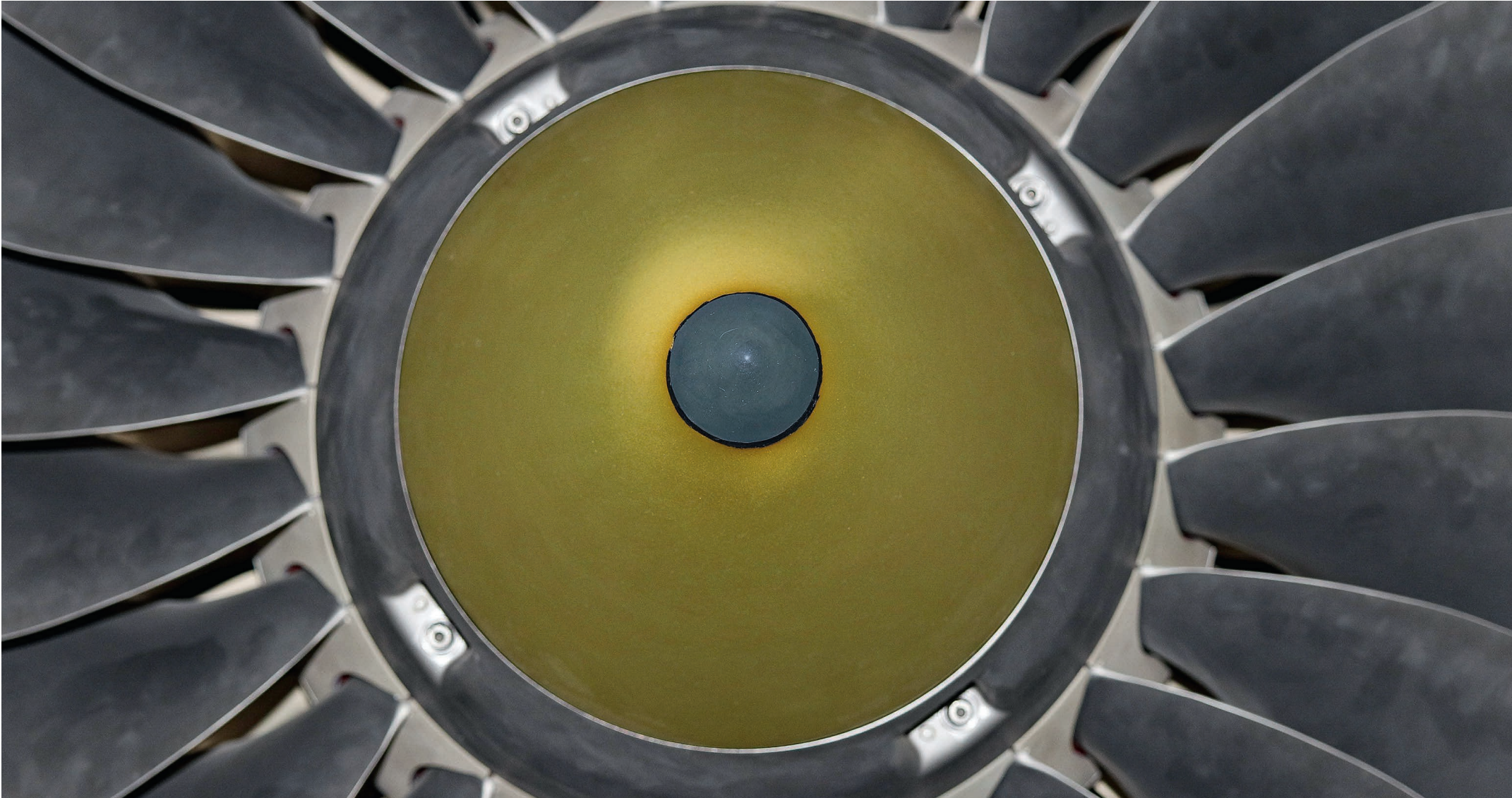


FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Ende des Wachstums?

Vorschläge für eine Postwachstumsgesellschaft

MATTHIAS SCHMELZER

Die Kritik am Wirtschaftswachstum ist fast so alt wie das Phänomen selbst. Eine neue Dimension bekam sie durch die verstärkte Wahrnehmung der Endlichkeit der Ressourcen auf diesem Planeten. So ist die durch den ersten Bericht an den Club of Rome von 1972 begonnene breite gesellschaftliche Diskussion über »Die Grenzen des Wachstums« bis heute nicht abgerissen. Aber 50 Jahre später und in einer drastisch veränderten krisengeschüttelten Welt liegt der Fokus zunehmend weniger auf der Kritik am Wachstum und mehr auf der Frage nach möglichen Alternativen – nach Vorschlägen für eine solidarische Postwachstumsgesellschaft. Die Geburt des Wortes »décroissance« in seiner heutigen Bedeutung kann auch auf das Jahr 1972 zurückdatiert werden. Der Sozialphilosoph André Gorz fragte bereits damals: »Ist das Gleichgewicht der Erde, für das Null-Wachstum – oder sogar décroissance der materiellen Produktion notwendige Bedingung ist, vereinbar mit dem Überleben des kapitalistischen Systems?« Der wichtigste Impuls im 21. Jahrhundert kam von der Décroissance-Bewegung, die sich in den vergangenen zehn Jahren von Frankreich über Spanien und Italien aus ausgebreitet hat. In den Ursprüngen war diese Bewegung stark in anarchistischen Umweltgruppen und Kampagnen für auto- und werbefreie Städte, gegen industrielle Großinfrastrukturen und für den lokalen Aufbau von Alternativen verwurzelt, hatte aber immer auch eine akademische und internationalistische Ausrichtung auf globale Umweltgerechtigkeit. Die erste internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit fand 2008 in Paris statt und etablierte den englischen Begriff »Degrowth« in der internationalen wissenschaftlichen Debatte. Seitdem finden regelmäßig internationale Konferenzen

statt, mit teils sehr großem Zulauf – so kamen zur Konferenz 2014 nach Leipzig über 3.500 Menschen, bei der wegen Corona online stattfindenden Degrowth-Konferenz in Wien 2020 waren es noch mehr. In den letzten zehn Jahren hat sich unter dem Schlagwort Décroissance, Degrowth oder Postwachstum eine vor allem europäische Bewegung von wissenschaftlich arbeitenden und aktivistisch orientierten Menschen versammelt, die das vorherrschende Entwicklungsmodell des kontinuierlichen kapitalistischen Wachstums kritisiert und nach Alternativen sucht. Degrowth – was so viel heißt wie Wachstumsrücknahme oder Entwachstum – ist dabei vor allem ein politischer und provozierender Slogan, der die Hegemonie des Wachstumsparadigmas infrage stellt. Die Kernidee ist eine sozial-ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise, die das Wohlergehen aller zum Ziel hat und die daher – angesichts der ökologischen Krisendynamiken sowie anderer wachstumsbezogener Krisen – für den globalen Norden eine demokratisch organisierte Reduktion von Produktion und Konsum auf ein global gerechtes und nachhaltiges Niveau bedeutet.

Degrowth oder Postwachstum – beides lässt sich weitgehend synonym verwenden – führt dabei ziemlich vielfältige und teils widersprüchliche Strömungen und Positionen zusammen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie alle den Technikoptimismus des seit den 1990er Jahren vorherrschenden Nachhaltigkeitsdiskurses mit seinem Versprechen der Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch kritisieren. Ökologische Gerechtigkeit, so ein Kernargument dieser grundlegenden Kritik am »grünen Wachstum«, kann nur erreicht werden, wenn die »imperiale Lebensweise« des globalen Nordens mit ihrem nicht nachhaltigen Wohlstand auf Kosten des globalen Südens und der Umwelt überwunden wird. Es geht also um die Deprivilegierung derjenigen, die ak-

tuell auf Kosten anderer leben und diese Kosten in Raum und Zeit externalisieren. Weil eine absolute Entkopplung von Umweltverbrauch und Wirtschaftswachstum ein Ding der Unmöglichkeit ist, impliziert dies ein Ende des Wachstums im globalen Norden und eine Verringerung der biophysikalischen »Größe« der Wirtschaft. Die zweite wesentliche Gemeinsamkeit liegt in dem Versuch, konkrete Utopien als Alternativen zum Wachstumsdiktat zu entwerfen, sich mit der Möglichkeit wachstumsunabhängiger Institutionen und Infrastrukturen auseinanderzusetzen und dies mit widerständigen Praktiken und alternativen Lebensweisen im Hier und

Postwachstum heißt nicht, die Wirtschaft zu schrumpfen

Jetzt zu verbinden. Überlegungen zu einer Postwachstumsgesellschaft sind dabei nicht isoliert und losgelöst von bisheriger Theorie und Praxis entstanden, sondern basieren auf einer Vielzahl von Denktraditionen und knüpfen an konkrete soziale Auseinandersetzungen an. Wichtige Impulse kommen vor allem aus der politischen Ökologie und Bioökonomik, der feministischen Ökonomie, den postkolonialen und Postdevelopment-Studien sowie der Kapitalismus- und Technikkritik. Im Kern geht es um das Zurückdrängen des Ökonomischen als Sphäre verselbstständigter Rationalität und des ökonomischen Kalküls als alleiniger Entscheidungsgrundlage – und damit ebenso um die Repolitisierung und Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen wie um das Erkämpfen von selbstbestimmten Freiräumen. Dabei bezieht sich Postwachstum ausdrücklich auf die frühindustrialisierten Länder des globalen Nordens, auch wenn soziale Bewegungen aus dem Süden wichtige Bündnispartner sind. Mit dem starken

Fokus auf systemische Alternativen hat sich Postwachstum nicht nur zu einem Kernkonzept lebhafter intellektueller und wissenschaftlicher Debatten entwickelt, sondern auch zu einem interpretativen Rahmen für vielfältige alternativökonomische Strömungen und soziale Bewegungen. Auch wenn fraglich ist, ob von einer Degrowth-Bewegung gesprochen werden kann, hat dieses politische Schlagwort neue Akteure hervorgebracht, Nachhaltigkeitsdiskussionen politisiert und vor allem ein breites Feld von sozialen Bewegungen und praktischen Alternativprojekten vernetzt – von der Care-Bewegung über solidarische Ökonomie und Commons bis hin zu Protesten gegen Braunkohle, Flughäfen und SUVs.

Die Reduktion der Wirtschaftsaktivität ist dabei nicht das Ziel, sondern eine Konsequenz eines als notwendig erachteten Transformationsprozesses. Postwachstum heißt nicht – auch wenn dies oft missverständlich so interpretiert wird – die Wirtschaft innerhalb der bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen und Verteilungsverhältnisse zu schrumpfen. Ein alleiniger Fokus auf einen Schrumpfungsimperativ ist verkürzt und gefährlich, wie nicht zuletzt neoliberale und konservativ-neofeudalistische Spielarten von Wachstumskritik insbesondere in der Bundesrepublik zeigen, die Wachstumskritik zum Rechtfertigungsinstrument und Hebel von Austerität und Sozialabbau machen. Im Gegensatz dazu zielt Postwachstum auf eine demokratisch ausgehandelte Transformation, die nicht nur Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen mit einbezieht, sondern grundlegend auch Lebensweisen und Vorstellungswelten. In Abkehr von ewiger Beschleunigung, Steigerung und Überforderung geht es darum, den Übergang hin zu einer reduktiven Moderne zu gestalten. Die Kernfrage der Postwachstumsdebatte lautet daher, wie materielle, gesellschaftliche, mentale und ökonomische Institutionen so verändert werden können, dass sie zum einen nicht mehr wachstumsabhängig und wachstumstreibend sind und zum anderen ohne Wirtschaftswachstum soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und ein gutes Leben für alle ermöglichen. Beson-

ders charakteristische Vorschläge, die dazu diskutiert werden, sind eine radikale Arbeitszeitverkürzung für alle sowie eine gesellschaftliche Stärkung der Care-Arbeiten, ein Grund-, aber vor allem auch ein Maximaleinkommen, der Ausbau sozialer Infrastrukturen und nichtmonetärer, commonsbasierter Formen der Daseinsvorsorge sowie ökologische Steuerreform kombiniert mit radikaler Umverteilung von Vermögen und Einkommen.

Postwachstum hat in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen, wachstums- und technikfokussierte Zukunftsnarrative zu hinterfragen, die Suche nach grundlegenden und systemischen Alternativen zu stärken und vielfältige Akteure aus sozialen Bewegungen und alternativökonomischen Strömungen zusammenzuführen. Für die nächsten Jahre stellen sich grundlegende Herausforderungen auf allen diesen Ebenen. Auch wenn die Entwicklung von Postwachstum als wissenschaftlichem Forschungsparadigma besonders beeindruckend ist, ist es noch ein weiter Weg, bis die Degrowth-Hypothese – dass es möglich ist, in einem anderen Gesellschaftssystem ohne Wachstum gut zu leben – im Mainstream unterschiedlichster Fachdisziplinen, besonders auch der Wirtschaftswissenschaft, bearbeitet wird. Auf der konzeptionellen Ebene gibt es eine Vielzahl offener Fragen und es steht vor allem an, diese als gesellschaftspolitische und dadurch politisierende Debatte zu führen – und nicht als individualisierende Verzichtsdiskussion. Schließlich steht Postwachstum vor der Herausforderung, angesichts von Krieg, fossilem Rollback und exportorientierter Wachstumspolitik gesellschaftlich Mehrheiten für ein politisches Projekt zu organisieren, das auf universalistischen Werten basiert, internationalistisch ausgerichtet ist und dominanten Interessen oft diametral entgegensteht.

Matthias Schmelzer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig. Zusammen mit Andrea Vetter ist er Autor des Buches »Degrowth/Postwachstum zur Einführung«



Kunst und Kultur als Hebel für die große Transformation

Das Wuppertal Institut öffnet sich verstärkt der künstlerischen Forschung

CAROLIN BAEDEKER,
MANFRED FISCHEDICK
UND CHRISTA LIEDTKE

In einer Zeit sich verschärfender globaler Herausforderungen mit fortschreitendem Klimawandel, Artenschwund, Übernutzung begrenzter Ressourcen sowie tiefgreifender Auswirkungen der Coronapandemie gilt es mehr denn je, Nachhaltigkeit als kulturelles Konzept zu verstehen, das die Menschen mitnimmt, ihre Kompetenzen und Kreativität für die Gestaltung einer friedvollen Zukunftsgestaltung nutzt. Dabei kommt der Kultur als Umsetzungshebel zugute, dass sie historisch, gegenwärtig und zukünftig zugleich ist. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) spricht von einem Gemeinschaftswerk, das notwendig ist. In einer Demokratie gehört hierzu gemeinsames Gestalten und geteilte

Nachhaltigkeit ist vor allem eine kulturelle Herausforderung

Verantwortung, damit Teilhabe, Ausgleich und Diskurs. Die seit Jahrzehnten international geforderte nachhaltige Entwicklung, welche – nach Volker Hauff, 1987 – »die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«, gehört zu den wesentlichen Herausforderungen der Menschheit. Dieser intra- und intergenerationale, multikulturelle, zugleich lokal wie international ausgerichtete Handlungsansatz ist tiefgreifend und zukunftsweisend.

Eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung wird immer dringlicher, wenn man die globale soziale und ökologische Lage betrachtet und die Folgen der Übertretung der planetaren ökologischen Belastbarkeitsgrenzen berücksichtigt. Bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten zeigt sich deutlich, wie sehr ein Über- und Umdenken von Gewohnheiten, Werten und alltäglichen Praktiken in Produktion und Konsum gefragt ist. Hierdurch materialisiert sich unsere Haltung – wie wir Technikentwicklung, Wirtschaften und Leben denken und umsetzen. Es geht darum, die Gesellschaft als Ganzes mitzunehmen, mit ihrer Diversität und Interkulturalität, um gemeinsam die »Große Transformation« zu gestalten, die »tiefgreifende Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystemen und Lebensstilen sowie ein neues Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft« umfasst, so der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen bereits 2011.

Es bedarf einer »Zukunftskunst«, die dieses Zusammenspiel in den Fokus nimmt und Zukunftsgestalter und -gestalterinnen, die die notwendigen Transformationskompetenzen einbringen. Zukunft kann nur global gedacht und gestaltet werden. Nachhaltige Transformation ist dabei kein Ursache-Wirkungs-Prozess, sondern ein systemisch-komplexer Prozess, der weiß, mit Unwissen und Vorsorge umzugehen. Die geopolitische Weltlage führt uns dies gerade sehr deutlich vor Augen.

Kunst und Kultur stellen Fragen, konstruieren, rekonstruieren, demon-

strieren und gestalten. Forschung stellt auch Fragen – hier ist eine Schnittstelle. Doch folgt sie anderen Handlungslogiken und Rahmensetzungen – im Bereich Nachhaltigkeit ist sie normativ im Fundament. Die Sustainable Development Goals (SDGs) bilden den Kompass. Die Forschung des Wuppertal Instituts ist auf die Gestaltung der notwendigen Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen, gerechteren, vielfältigen und lebenswerten Gesellschaft ausgerichtet. Die Pariser Klimaziele geben einen klaren Rahmen – das ist hilfreich, aber noch keine Kultur und löst allein noch keine neue Haltung aus. Eine Ressourcen-

darum geht, Neues zu wagen, Grenzen zu überschreiten und Unbekanntes zu erkunden. Kunst und Kultur verkörpern eine Haltung und liefern einen Raum, in dem Bilder und Symbole der Nachhaltigkeit entstehen können. Veränderungsprozesse haben etwas mit Aufbruch, Motivation und Chancen zu tun, aber auch mit Ängsten, Barrieren und Herausforderungen. Veränderungen werden durch Kunst und Kultur ganz anders angesprochen als über die Wissenschaft. Insofern ist eine aktive und vielfältige Kunst- und Kulturszene, die sich einbringt, ein wichtiger Motor für Transformationsprozesse. Die Auseinandersetzung mit einer



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

kultur – also die Wertschätzung der der Natur entnommenen Materialien, um unser Leben und unsere Entwicklung lebenswert zu gestalten – ist notwendig, um vom Wissen zum Handeln zu gelangen. In dieser Lücke verbergen sich Haltung, Moral, Emotionen und Wertschätzung.

Die Nachhaltigkeitsherausforderungen ökologisch, ökonomisch und sozial reichen weit in die Gesellschaft hinein. Nachhaltigkeit ist vor allem eine kulturelle Herausforderung, in der es gilt, alte Muster und Gewohnheiten zu hinterfragen und sich auf Neues einzulassen. Es geht dabei darum, kulturelle Traditionen zu beleben und neue Verbindungen zu schaffen, die Anknüpfungspunkte für Innovationen sein können. Die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit ist im Hinblick auf die Bedeutung der Künste und des Ästhetischen also auch des Künstlerischen im Nachhaltigkeitsdiskurs und der Nachhaltigkeitsforschung bisher zu wenig berücksichtigt.

Kunst und Kultur sind prädestiniert für Veränderungsprozesse, in denen es

nachhaltigen Entwicklung aus künstlerischer Sicht bedeutet Irritation und Offenheit für nicht vorab definierte Zukunftsvisionen und neue Lebensmodelle.

Das Wuppertal Institut möchte hierzu Ziel-, System- und Transformationswissen bereitstellen. Bisherige Anstrengungen haben keine Wenden erreicht – eine Konzertierung und Allianzen, wie der Leiter des Umweltbundesamtes Dirk Messner es formuliert, sind notwendig, um Transformation ins Gelingen zu bringen. Die transformative Forschung am Wuppertal Institut orientiert sich an konkreten gesellschaftlichen Problemlagen und zielt darauf ab, Gestaltungsmöglichkeiten für Veränderungsprozesse besser zu verstehen und zielorientierte Transformationsprozesse zu gestalten. Zentral ist dabei die aktive Einbindung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren.

Das Wuppertal Institut öffnet sich in den letzten Jahren verstärkt der künstlerischen Forschung und integriert diese in ihre Transformations-

Immer mehr

Kommentar zu den Grenzen des Wachstums in der Kultur

OLAF ZIMMERMANN

Der Bericht »Grenzen des Wachstums« des Club of Rome war für mich in vieler Hinsicht wegweisend. Er machte eindringlich deutlich, dass das Handeln der Menschen, wenn nicht rechtzeitig umgesteuert wird, in eine weltweite Umweltkatastrophe führt. Sie war ein Weckruf, die Umweltzerstörung zu beenden, und sie war ein Aufruf, das Bevölkerungswachstum mit mehr Geburtenkontrolle zu bremsen. Ein Thema, das in heutigen Debatten erstaunlicherweise kaum noch eine Rolle spielt. Als ich geboren wurde, 1961, lebten auf der Erde etwas mehr als drei Milliarden Menschen. Im Jahr, in dem der Bericht »Grenzen des Wachstums« erschien, 1972, waren es schon fast vier Milliarden Menschen. Heute, 50 Jahre später, leben fast acht Milliarden Menschen auf der Erde. Neben dem schonungslosen globalen Wirtschaften ist die Bevölkerungsexplosion einer der zentralen Auslöser der Umweltkrise, in der wir uns befinden.

Die Auseinandersetzung mit der Natur und damit auch mit den Folgen der Umweltzerstörung beschäftigt mich als leidenschaftlichen Naturbeobachter bereits mein gesamtes Leben. Und obwohl unbestritten in den vergangenen 50 Jahren einiges erreicht wurde, scheint es so zu sein, als würde die Zeit zum Handeln immer schneller ablaufen. Ähnlich dem Sand in einer Sanduhr, der, wenn sich das Ende nähert, immer schneller durch den Trichter zu laufen scheint. Wer mit offenen Augen die Natur beobachtet, sieht die dramatischen Veränderungen.

Bei allem Einsatz gegen Naturzerstörung und dafür, Grenzen des Wachstums zu markieren, muss sich auch der Kulturbereich fragen, ob das Wachstum nicht auch hier seine Grenzen hat. Immer mehr Menschen wollen von der Kultur leben. In der Kultur- und Kreativwirtschaft ist das Umsatzwachstum das Kriterium, um Erfolg zu messen. Es wird sich vergleichen mit dem Fahrzeugbau und der Maschinenbauindustrie, um die eigene Relevanz am Umsatzvolumen und vor allem am Beitrag der Bruttowertschöpfung aufzuzeigen. Mehr Spielstätten, mehr Zuschauerinnen und Zuschauer, mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer, mehr Verkäufe sind scheinbar die Kriterien, um Erfolg zu beschreiben. Fast jede Messe

muss mit einem Publikums- und Umsatzgewinn enden. Öffentliche Kultureinrichtungen brauchen mehr und am besten ungewöhnliche Orte, um die Arbeiten zu zeigen, Orte zu transformieren, sie umzunutzen. So manche alte Fabrikhalle, die unter Klimagesichtspunkten längst verschrottet sein sollte, öffnet ihre Türen für die Kultur bzw. wird zu einem neuen Kultort. Designerinnen und Designer entwerfen immer neue Formen für Produkte, die niemand braucht. Einige Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft gehören in das perfide Spiel um immer mehr Wachstum – mehr Modekollektionen pro Jahr, mehr Werbung, mehr neue Verpackung für das immer Gleiche.

Ja, auch die Nachhaltigkeitsdebatte hat im Kulturbereich Einzug gehalten. Nachhaltigkeitsagenten sollen in Kulturinstitutionen beim Umdenken und vor allem verändertem Handeln helfen. Betriebsökologische Ziele waren schon in der letzten Wahlperiode Teil der Erfolgskontrolle bei von der Kulturstatsministerin geförderten Institutionen. Die Kulturstiftung des Bundes hat das Programm »Zero« aufgelegt, das Kultureinrichtungen die Chance bietet, sich mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen und vor allem das eigene Handeln stärker an ökologischen Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Die Kulturstatsministerin will zusätzlich mit »Green Culture« einen eigenen Akzent zu dem Thema in dieser Wahlperiode setzen.

Vieles wird derzeit auf den Weg gebracht, für mich gehört zu dieser Reflexion dazu, selbstkritisch zu fragen, ob es nicht auch Wachstums-grenzen für den Kulturbetrieb gibt – und so es denn so sein sollte, wie damit umgegangen werden sollte. Ich bin fest davon überzeugt, dass ein immer mehr auch in der Kultur infrage gestellt werden sollte.

Während ich diesen Kommentar schreibe, melden die Agenturen, dass im Osten der Antarktis in den vergangenen Tagen ungewöhnlich hohe Temperaturen gemessen wurden, die, Experten zufolge, fast 40 Grad Celsius höher waren als für die Jahreszeit üblich. So ist die Lage, die Zeit läuft ab.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur. Seine Naturbeobachtungen stellt er hier vor: olaf-zimmermann.de/natur

und Reallaborforschung. Reallabore sind ein wichtiger Ansatz zur Förderung einer reflexiven Wissensgesellschaft, die Innovation, Partizipation und gesellschaftlichen Machtausgleich integriert. Sie stellen als Kooperationsformate zwischen Forschenden und Praxisakteuren das gegenseitige Lernen in einem experimentellen Umfeld in den Vordergrund. Transdisziplinäre und transformative Elemente der Nachhaltigkeitsforschung werden kombiniert und durch Realexperimente gesellschaftliche langfristige Lernprozesse angestoßen.

Künstlerische Forschung ist mit ihrem problemorientierten Fokus nicht streng wissenschaftlich, da sie nicht methodisch strikt ist, aber sie kann zu Lösungen oder Problemlösungsansätzen beitragen, die Wissenschaft bisher nicht in ihrem Handlungsfeld gesehen hat. Die derzeitige Forschungsförderung mit Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung und Transformation

hat die künstlerische Forschung bisher zu wenig im Blick. Die Forschungsprogramme müssen sich öffnen und zukünftig den Bereich der künstlerischen Forschung sowie Kunst und Kultur stärker adressieren und integrieren. Dann wird Kultur zum noch größeren Hebel der Transformation.

Carolin Baedeker ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren am Wuppertal Institut.

Manfred Fischedick ist Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts und Professor an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Bergischen Universität Wuppertal.

Christa Liedtke ist Leiterin der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren am Wuppertal Institut und Professorin Design and Sustainability/Design for Circularity an der Bergischen Universität Wuppertal



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Ein neues Wohlstandsverständnis

Gleichgewicht ins globale Kräfteverhältnis bringen

REINER HOFFMANN

Am 2. März 1972 veröffentlichte der Club of Rome den Bericht »Die Grenzen des Wachstums«. Erstmals wurde systematisch untersucht, welche Auswirkungen die Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und die Übernutzung endlicher Ressourcen auf Mensch und Natur haben. Das Ergebnis war erschütternd und alarmierend zu gleich. Ein »Weiter-so« würde katastrophale Folgen für unsere Gesellschaft haben.

Neue Form des Wirtschaftens

Dieser Report hat auch 50 Jahre nach Veröffentlichung nichts an seiner Bedeutung verloren. Seine wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Auswirkungen des Klimawandels sind mit dem jüngst veröffentlichten IPCC-Bericht ein weiteres Mal untermauert worden. Schon heute sind die Folgen des menschengemachten Klimawandels rund um den Globus spürbar. Um die größten Gefahren für Mensch und Natur noch abzuwenden, brauchen wir eine

wirkliche Trendumkehr beim Ausstoß von Treibhausgasemissionen. Und wir haben nur ein kleines Zeitfenster dafür. Unsere Art zu wirtschaften spielt dabei eine zentrale Rolle. Indikatoren wie der »Earth Overshoot Day« zeigen, dass unsere aktuelle Wirtschaftsweise die Ressourcen dieser Erde deutlich überschreitet.

Die Gewerkschaften haben erkannt, dass Gute Arbeit nur auf einem intakten Planeten möglich ist. Mit der Forderung »There are no Jobs on a dead Planet« hat sich beispielsweise der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) 2015 bei der Pariser Klimakonferenz deutlich positioniert. Es braucht ein deutliches Umsteuern in unserer Art zu wirtschaften und zu konsumieren, um zu ökologischem sowie sozialem Gleichgewicht zu kommen. Hier sehen die Gewerkschaften Deutschland auch als Vorbild für andere Länder: Deutschland muss die Transformation zu nachhaltiger und wettbewerbsfähiger Wirtschaft so gestalten, dass soziale Gerechtigkeit, Gute Arbeit und gute Lebensbedingungen unter Einhaltung der planetaren Grenzen für alle erreicht werden.

Zukunft der Arbeit

Klar ist, dass der damit einhergehende Strukturwandel enorme Auswirkungen auf die Arbeitswelt haben wird. Schon heute sehen wir, dass gut organisierte Branchen und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze zunehmend unter Druck geraten. Die digitale und ökologische Transformation stellt etablierte Geschäftsmodelle, Produktionsverfahren, Wertschöpfungsketten und damit verbundene Arbeitsplätze in Frage. Die bisherige Globalisierung hat die weltweite Arbeitsteilung maßgeblich verändert, was auch zu einem verschärften Wettbewerb um die Ansiedlung von Wertschöpfung und Zukunftstechnologien geführt hat. Ob Beschäftigungsabbau und neue Arbeitsformen zu einer positiven oder negativen Bilanz führen, wird stark von der Gestaltung der großen Transformation abhängen. Der digitale und ökologische Umbau unserer Arbeitswelt wird maßgeblich Auswirkungen auch auf die Qualifikationsanforderungen der Beschäftigten haben und so das Potenzial besitzen, die sich heute schon abzeichnende Fachkräftenachfrage zu verstärken.

Gewerkschaften gestalten Transformation

Der gewerkschaftliche Anspruch ist klar. Wir wollen diese Veränderung gestalten. Schon heute sind wir dabei, auf betrieblicher, regionaler und nationaler Ebene die Transformation aktiv voranzutreiben. In Betrieben sorgen wir mit Tarifverträgen und Mitbestimmung für engagiertes Handeln und zukunftsorientierte Unternehmensentwicklung. Das sorgt für mehr Nachhaltigkeit in den Unternehmen, führt zu Beschäftigungsentwicklung und sichert die Standorte, auch und gerade gegenüber reinen Kapitalinteressen. Tarifverträge und Mitbestimmung geben Sicherheit im Wandel und garantieren wirtschaftliche und soziale Teilhabe für Männer und Frauen – gerade in Zeiten von Veränderungen. Damit steigt auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Transformation. In Transformationsräten setzen wir uns konkret mit den Bedürfnissen vor Ort auseinander. Gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten wir Maßnahmen, um belastbare Perspektiven für betroffene Regionen zu entwickeln. Dazu gehören strukturpolitische Maßnahmen genauso wie zielgenaue Aus- und Weiterbildungsanforderungen.

In seiner Transformationscharta hat der DGB 2021 die zentralen Handlungsfelder beschrieben, durch die das Land sozial, ökologisch und demokratisch zum Besseren verändert werden kann. Dabei wird eines deutlich: Es braucht ein gemeinsames gesamtgesellschaftliches Agieren. Nur wenn wir über unsere Branchen- und Organisationsgrenzen hinaus an einem Strang ziehen, können wir gemeinsam die Zukunft erfolgreich gestalten.

Die Transformation darf nicht dem Markt überlassen werden

Eines sollten wir aus der Vergangenheit gelernt haben: Allein aus dem Markt heraus können wir keine Verbesserung der sozialen oder ökologischen Lage erwarten. Eine Politik, die nur Marktversagen korrigiert, wird die notwendige Trendumkehr nicht einleiten können. Vielmehr brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der mutig den Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung vorgibt. Wir brauchen eine ambitionierte öffentliche Investitions-offensive entlang der gesellschaftlichen Bedarfe für eine nachhaltige Modernisierung unserer Wirtschaft. Damit müssen wir die Grundlagen schaffen, um klimafreundliches und ressourcen-

schonendes Wirtschaften von der erneuerbaren Energiegewinnung über eine ressourcenschonende Lebensmittelindustrie bis hin zu geschlossenen Stoffkreisläufen voranzutreiben. Dazu braucht es auch die Unterstützung privater Investitionen, um unsere industrielle Wertschöpfungsketten zukunftsfest zu machen. Zudem müssen vorhandene arbeitsmarktpolitische Instrumente besser genutzt und das industrie- und strukturpolitische Instrumentarium transformations- und krisengerecht ausgebaut werden. Mobilitätshemmnisse auf dem Arbeitsmarkt sind zu beseitigen. Nur im Zusammenspiel betrieblicher Beteiligungsprozesse, wirksamer Mitbestimmung, tariflicher Aushandlungen und staatlicher Verantwortung können die Brücken in die Arbeit der Zukunft gebaut werden.

Wir brauchen ein neues Wohlstandsverständnis

Mit neuen Produktions- und Konsummustern stellt sich immer stärker auch die Verteilungsfrage. Nicht nur zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden oder zwischen Generationen, sondern zunehmend zwischen Kapital und Arbeit. Wenn in Zukunft umweltfreundlich konsumiert und produziert wird, kann quantitatives Wirtschaftswachstum, jedenfalls nach dem konventionellen Verständnis, nicht als Hoffnungsträger für Verteilungsgerechtigkeit angeführt werden.

Vielmehr müssen wir begreifen, dass das »Wachstum« der Zukunft auf Nachhaltigkeit und einer gerechteren Verteilung beruht. Einige Konzepte abseits des aktuellen Wohlstandsverständnisses »BIP«, wie der »Human Development Index« der Vereinten Nationen oder der »Better Life Index« der OECD, zeigen, dass ein umfassendes Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand möglich ist.

Wollen wir also zu einer inklusiveren und nachhaltigeren Gesellschaft kommen, ohne die planetaren Grenzen zu sprengen, müssen wir das, was wir haben, gerechter verteilen. Dazu ist die Besteuerung großer Vermögen, die Beseitigung der wachsenden Einkommensungleichheit, die Stärkung der staatlichen Einnahmenseite durch Steuer- statt Finanzmarktfinanzierung und Guter statt prekärer Arbeit unausweichlich. Nur so können wir das globale Kräfteverhältnis ins Gleichgewicht bringen.

Reiner Hoffmann ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Soziale Ächtung

Ein legitimes Mittel?

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Die gegenwärtige Diskussion, wie mit Putin-nahen Künstlern aus Russland umzugehen sei, erinnern mich an ein Gespräch, das ich vor einigen Jahren mit einem alten Bankkaufmann geführt habe. Wir sprachen über die Finanzkrise 2008, ihre Gründe, Abgründe und Folgen. Der alte Mann war entsetzt über das, was sich da in seinem ehemaligen Arbeitsfeld abspielte, und fühlte sich durch die skandalösen Vorgänge in seiner Berufsehre verletzt. Nicht zuletzt empörte ihn, dass die Hauptverantwortlichen mehr oder weniger ungeschoren davongekommen waren. Weder seien sie für ihre Verfehlungen bestraft worden, noch hätten sie Vermögensverluste hinnehmen müssen. Den Schaden hatten andere – ganze Volkswirtschaften und ungezählte Einzelpersonen. Mit einer Mischung aus Resigna-

tion und Trotz erklärte er schließlich: »Da bleibt dann nichts anderes übrig als die soziale Ächtung.«

So scheint es dann auch gekommen zu sein. Die meisten, die die Schuld an der Finanzkrise trugen, wurden von keinem Gericht bestraft, mussten keine Entschädigungen zahlen, verloren zwar ihre Posten, blieben aber immer noch sehr vermögend. Doch viele von ihnen wurden sozial geächtet. Einstmals verehrte und gefürchtete Banker und Finanzjongleure wurden nicht mehr eingeladen, hofiert, auf renommierte Positionen berufen, von ihren früheren Kollegen angerufen oder auch nur begrüßt. Sie waren draußen. Ihr vorzeitiger Ruhestand wurde einsam, eine chronische narzisstische Kränkung. War das eine angemessene und gerechte Strafe? Brachte sie den Geschädigten Genug-tuung? Hatte sie eine abschreckende Wirkung auf andere? Und schließlich:

Wäre diese Art sozialer Ächtung ein Modell für den Umgang mit Künstlern, Sportlern, Politikern und Wirtschaftsführern, die weithin sichtbar als Werbefiguren für den russischen Diktator auftraten und sich hiervon nicht distanzieren wollen?

Man kann soziale Ächtung als den Versuch verstehen, dort für Gerechtigkeit zu sorgen, wo der Rechtsstaat ausfällt – weil das Vergehen keine Straftat im präzisen Sinne war, weil seine Mittel hier nicht wirken oder weil der politische Wille fehlt, ihm die geeigneten Mittel zur Verfügung zu stellen. Dann ist soziale Ächtung eine Art Notrecht der Schwachen und Geschädigten: Wo die Staatsanwaltschaften und Gerichte untätig bleiben oder nicht vorankommen, distanzieren wir uns von diesen Personen, brechen wir den Kontakt ab, nehmen wir ihre Arbeit nicht mehr wahr, hören wir ihnen nicht mehr zu. Wenn viele das tun, wird die Ächtung zu einem sehr wirkungsvollen Instrument – im Notfall.

Die Problematik der sozialen Ächtung allerdings liegt offen zutage. Ihr geht eben kein rechtsstaatliches Ver-

fahren voraus. Hier sind Anklage und Urteil eins, eine Verteidigung ist nicht vorgesehen oder wird nicht gehört. Das öffnet das Tor zu Willkür und neuen Ungerechtigkeiten. Häufig entscheiden zufällige, medial aufgeputschte Stimmungen, wen es trifft und wen nicht. Ein Konformismus der Aggression übernimmt die Macht: Wenn sich alle auf eine Person eingeschossen haben, braucht es großen



CLAUSSENS KULTURKANZEL

Mut, um für Mäßigung oder gar Schonung zu plädieren. Nicht selten begegnet man dann Wellen der Heuchelei: Nicht wenige, die lautstark Ächtung einfordern, haben noch vor Kurzem tiefe Diener gemacht. Das ist kein schöner Anblick. Und schließlich kann die soziale Ächtung Menschen in Mitleidenschaft ziehen, die mit der umstrittenen Sache gar nichts zu tun haben.

Dennoch ist die soziale Ächtung ein Mittel, sich gegen einen Feind und dessen Unterstützer zur Wehr zu setzen. Es in einem Notfall, einem Verteidigungsfall einzusetzen, kann gerechtfertigt sein. Nur sollte man dieses dabei bedenken: Man sollte vorher ruhig und kühl nachgedacht haben, man sollte überzeugende Gründe besitzen, man sollte keiner Gruppendynamik folgen und keinem Jagdrausch verfallen, man sollte sich am Erfolg des eigenen Engagements nicht erfreuen, man sollte am Anfang schon über das Ende nachdenken und überlegen, wie für den Geächteten ein Weg zurück möglich sein könnte. Oder wie der Weisheitslehrer Jesus Sirach geschrieben hat: »Verdamme niemanden, ehe du die Sache untersucht hast; denke erst nach und tadle dann. Du sollst nicht urteilen, ehe du die Sache gehört hast, und lass die Leute ausreden. Misch dich nicht in eine fremde Sache, und sitze nicht zusammen mit Sündern zu Gericht.«

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

Chinternet

Ein kulturelles Phänomen

KLAUS-DIETER LEHMANN

China hat mit erstaunlicher Dynamik und einem breiten Veränderungsprozess in nur drei Jahrzehnten eine neue Lebenswirklichkeit geschaffen, vom vorindustriellen zum postindustriellen Zustand, vom rückständigen Entwicklungsland zur Weltmacht. Lange Zeit wurde die Entwicklung gestärkt durch ein ausgeprägtes Wettbewerbsdenken gegenüber dem Westen. Dabei eignete man sich die Elemente westlichen Denkens in einem selektiven Prozess an, von denen man sich eine erfolgreiche Erneuerung versprach. So sah man in der konsequenten Anwendung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse für technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt, der zielorientierten Kommerzialisierung und dem Erstarren eines einheitlichen Nationalismus Chancen für das Erreichen einer Wiedergeburt der chinesischen Nation. Das Vertrauen in die Wirkmächtigkeit dieser Vorgehensweise wurde ideologisch gefestigt durch die Unterordnung aller Lebensbereiche gegenüber Staat und Partei. Dabei findet der erzieherische Auftrag der Kultur quer durch die Gesellschaft Zustimmung.

Ohne einen breit akzeptierten Konsens zu diesem kompromisslosen Ansatz zur Modernisierung wäre die Realisierung nicht möglich gewe-

sen. Modernität spielt auch in allen Bereichen der Kultur eine wesentliche Rolle.

Der radikale Ansatz zur Modernisierung ist nicht zuletzt der traumatischen Erfahrung geschuldet, die sich im 19. Jahrhundert aus dem überlegenen Auftreten des westlichen Imperialismus ergab und das feudale Erbe Chinas infrage stellte. Als Folge beschäftigte sich der gesellschaftliche und kulturelle Diskurs immer wieder mit der Frage des Überwindens der eigenen Schwäche und des Gewinnens einer neuen Stärke. Es kam zur Ablehnung der eigenen Kultur, zu tiefgreifenden Kampagnen gegen die Eliten, zur großen Proletarischen Kulturrevolution von Mao Zedong, zur Vernichtung von etwa 80 Prozent des materiellen kulturellen Erbes. Es begann eine geschichtslose Zeit mit einer der größten Binnenmigrationen, es entstanden riesige Städte mit einem Nebeneinander von Stilen, Formen und Entfremdungen, eine Umwidmung der bäuerlichen Gesellschaft in städtische Strukturen.

Dieses Schielen nach den jeweils erzielten Ergebnissen im Vergleich mit dem Westen, das Ringen um Anerkennung innerhalb der Weltgemeinschaft ist inzwischen wohl einem neuen Selbstbewusstsein gewichen. China hat es nicht mehr nötig, sich der Welt zu beweisen. Das zeigte sich aktuell bei der Durchführung der Winterolympiade 2022, bei der China seine technischen und organi-

satorischen Fähigkeiten, die Beherrschung der Pandemieauswirkungen und seine sportliche Entwicklung unter Beweis stellte. War die Olympiade im Sommer 2008 in Peking noch ganz auf eine eindrucksvolle Außenwirkung ausgerichtet, so galt die Ausrichtung dieses Mal dem Erfolg nach innen. Die junge chinesische Mittelklasse sollte erreicht werden, nicht mit Parteiparolen, sondern mit populären gesellschaftlichen Ereignissen.

Inzwischen ist in China eine neue Generation herangewachsen, die sich durch das positive Technologieklima der letzten Jahrzehnte in fast gläubiger Weise im und mit dem Internet eingerichtet hat. Das ganze Leben lässt sich über Apps organisieren und man spricht inzwischen von Chinternet. China beherrscht die maßgeblichen Technologien der Hardware, der Netzwerkstruktur und der Steuerung und Kontrolle. Weibo ist der größte chinesische Kurznachrichtendienst mit 340 Millionen Nutzern, Wechat vergleichbar WhatsApp, Alipay, das Online-Bezahlsystem mit mehr als 520 Millionen Nutzern, Kuaishou das Portal für Kurzvideos und Livestreaming, TikTok, das sich am schnellsten verbreitende Videoportal, mit täglich 150 Millionen Nutzern. Das Internet hat für die Gesellschaft eine revolutionäre Bedeutung, nochmals gesteigert durch Social Media. Influencer auf Weibo haben weit über 100 Millionen Follower. Sie sind geschäftlich erfolgreich.

Chinas inoffizielle Gegenwartskultur ist heute vor allem eine Internetkultur. Das gilt ganz besonders für den kulturellen Diskurs, Pod-

casts haben eine enorme Bedeutung. Nach wie vor gilt aber auch für die Internetkultur, sie ist ein Instrument der Politik, im Dienst von Partei und Staat, gedacht zur Stärkung von Chinas Softpower. Deshalb gibt es für den Anwendungsbereich strenge Kontrollen durch den Staat. Es wird ein gigantischer staatlicher Aufwand betrieben, um Eingriffe der Zensur und schnelles Reagieren zu ermöglichen. Zugleich werden aber alle Mög-

lichkeiten genutzt, um seitens der Staatsmacht Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. In Chinas sozialen Medien tauchen täglich neue Trends, Themen und Bewegungen auf, die ebenso schnell wieder verschwinden. Die Kräfte der Zensur regen die Kreativität genauso an, wie sie sie einschränken. Manche dieser Trends schaffen es aber auch, zu wahrgenommenen Online-Gemeinschaften zu werden, die gewollte Entwicklungen stärken. So gibt es in den sozialen Medien derzeit massive nationalistische Angriffe gegen Auslandskorrespondenten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine oder Boykottaufrufe gegen westliche Modelabels im Zusammenhang mit der Baumwolle aus Xinjiang oder das Verdammnis der Schriftstellerin Fang Fang mit ihrem Tagebuch von Wuhan über den Beginn von COVID-19. Es

ist eine immer wieder neu austarierte Balance zwischen Duldung und Restriktion, ein eigener Kosmos, ein Wett-eifer, der sich teilweise selbst überholt. Der Einfluss auf das menschliche Zusammenleben in China ist nicht zu unterschätzen. Und es ist noch nicht abzusehen, welche Entwicklung langfristig dadurch genommen wird und was es mit den Menschen macht. Das gilt insbesondere für die flächendeckend geplante Einführung eines digitalen Sozialkreditsystems, bei dem je nach Verhalten Punkte hinzukommen oder abgezogen werden und so jedem Individuum eine spezifische Vertrauenswürdigkeit bescheinigt wird, die Privilegien oder Sanktionen bedingt.

Obwohl derzeit die Internetanwendung in China aufgrund des eigenen potenziellen digitalen Wirtschaftsraumes von rund 1,4 Milliarden Menschen, der gegenwärtigen Abschottung im Gegensatz zu der westlichen Internetauffassung und der starken Stellung der lokalen Szenen, zunächst stark chinesisch geprägt ist, ist zu erwarten, dass China das nicht als Sonderweg betrachtet, sondern seine Kenntnisse und Fähigkeiten in eine exportorientierte Erweiterung in Konkurrenz zur westlichen Welt ausbaut. Dann geht es nicht nur um technische Infrastruktur, sondern auch um Einfluss und Kontrolle.



Obwohl derzeit die Internetanwendung in China aufgrund des eigenen potenziellen digitalen Wirtschaftsraumes von rund 1,4 Milliarden Menschen, der gegenwärtigen Abschottung im Gegensatz zu der westlichen Internetauffassung und der starken Stellung der lokalen Szenen, zunächst stark chinesisch geprägt ist, ist zu erwarten, dass China das nicht als Sonderweg betrachtet, sondern seine Kenntnisse und Fähigkeiten in eine exportorientierte Erweiterung in Konkurrenz zur westlichen Welt ausbaut. Dann geht es nicht nur um technische Infrastruktur, sondern auch um Einfluss und Kontrolle.



Zeitraum 17.03. – 07.06.2022

Prämierung im Oktober 2022

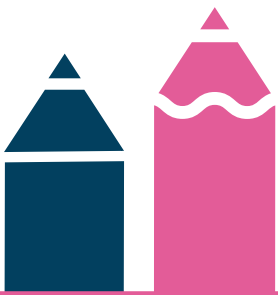
- Preise
- 1. Preis: 5.000 €
 - 2. Preis: 3.000 €
 - 3. Preis: 1.000 €
 - 4. bis 10. Preis: je 500 €

schreibwettbewerb-lchaim.de
#jüdischerAlltag

Schreibwettbewerb

L'Chaim: Schreib zum jüdischen Leben in Deutschland!

Jetzt mitmachen!





Teil des Vietnam Art Archive: die Fotoinstallation »The Colony« von Dinh Q Lê

Das erste Archiv seiner Art

Das Vietnam Art Archive des Heritage Space

ACE LE

Das Vietnam Art Archive (ViAA) des Heritage Space wird das erste seiner Art sein und systematisch die gesamte Szene der vietnamesischen Gegenwartskunst abdecken, sowohl was den Zeitraum als auch die geografische Reichweite betrifft. Soziale Distanzierung während der Pandemie hat gezeigt, welche Möglichkeiten digitale Archive bieten können. Dieses ehrgeizige und längst überfällige Projekt konnte dank der gemeinsamen Förderung durch den Internationalen Hilfsfonds für Organisationen in Kultur und Bildung des Goethe-Instituts und des British Council ermöglicht werden.

Seit den Anfängen der zeitgenössischen vietnamesischen Kunst in den 1990er Jahren nach den in Vietnam initiierten marktwirtschaftlichen Đổi mới-Reformen hat die lokale Kunstszene

rien und Publikationen aufbewahrt werden, sie haben jedoch Mühe, mit der zeitgenössischen Kunst Schritt zu halten – sie wird noch nicht einmal im Unterricht behandelt. Ähnlich verhält es sich mit den staatlich finanzierten Kulturforschungsinstituten, die zwar ausgewählte Kunstliteratur sammeln und dokumentieren, deren Arbeitsweise jedoch stark veraltet ist. Unabhängige Kunstzentren und Kollektive – z. B. San Art, Nha San Collective, Manzi, Factory of Contemporary Art Center und VCCA – archivieren nur ihre eigenen Werke und nicht alle Informationen sind öffentlich zugänglich oder gar digitalisiert. Das in Hongkong ansässige Asian Art Archive (AAA) hat hervorragende Arbeit geleistet, indem es bestimmte wichtige Bereiche aus der Anfangszeit der zeitgenössischen vietnamesischen Kunst abgedeckt hat – wie das Salon Natasha Archive und das Blue Space Contemporary

Art Archive – aber noch nichts darüber hinaus. Im Vergleich zu unseren südostasiatischen Nachbarn – wie Indonesien mit dem Indonesian Visual Art Archive (IVAA) oder Myanmar mit dem Myanmar Art Resource Center and Archive (MARCA) – liegt Vietnam bei der Kunstarchivierung weit zurück.

Es besteht dringender Bedarf und die Zeit ist jetzt. Als Nguyen Anh-Tuan, der Direktor des Heritage Space, mir im vergangenen Jahr seine Vision vom Bau des ViAA erläuterte, konnte ich mir vorstellen, dass das Projekt aufgrund der offensichtlichen Vorteile, die es mit sich bringen würde, problemlos die Unterstützung der Kunstszene

in im ganzen Land bekommen würde. Zum ersten Mal würde es ein umfassendes, öffentlich zugängliches Archiv für zeitgenössische vietnamesische Kunst geben, das vom Norden bis zum Süden und von den 1990er Jahren bis heute reicht. Wenn man es richtig anstellt, könnte dies zu einer Fundgrube für Autorinnen, Forscher und Kuratorinnen wie mich sowie für die Kunstszene, den Kunstmarkt und die Öffentlichkeit im Allgemeinen werden. Da es sich beim ViAA um eine digitale Plattform handelt, ist die Zugänglichkeit im Gegensatz zu physischen Archiven wie Bibliotheken oder »Räumen der Tradition« auch immun gegen soziale Distanzierung. Hier wurden neue Möglichkeiten durch die Pandemie geschaffen, die noch mehr Menschen zusammenbringen können und einen Zugang aus unterschiedlichen Orten ermöglicht.

Auch wenn der Zeitplan des Projekts durch die Pandemie etwas in Mitleidenschaft gezogen wurde, ist es dem ViAA-Team gelungen, noch vor Ende 2021 eine Beta-Version zu veröffentlichen. Nach Rücksprache mit Expertinnen und Experten hat das ViAA seine Metadaten so gestaltet, dass sie nach Feldern sortiert werden können, wie beispielsweise Zeit, Geografie, Künstler, Disziplin, Medium und Thema. Mehr als 30 Kunstschaftende wurden für diese Version in die engere Auswahl genommen und jedes Jahr soll eine neue Gruppe hinzukommen. Es gibt ebenfalls eine Seite mit den Profilen der wichtigsten Ausstellungen, die seit den 1990er Jahren stattgefunden haben und eine weitere Seite

mit einem Verzeichnis prominenter Kunstorganisationen – bisher wurden 17 aufgelistet – in jeder Stadt.

Die Pandemie hat mehr Möglichkeiten geschaffen, Menschen zusammenzubringen

Diese erste Liste von Künstlerinnen und Künstlern deckt zwar ein breites Spektrum an Zeiträumen von Pionieren wie Vũ Dân Tân bis zu Künstlern der Gen Z wie Phạm Hải Yến, Orten von Trần Lương in Hanoi bis zu Lê Brothers in Huế und Dinh Q. Lê in Ho-Chi-Minh-Stadt und Arbeitsweisen von Installation und Performance bis hin zu Digitaltechnik und Sound ab, stellt in ihrem jetzigen Zustand jedoch immer noch eine eher begrenzte Menge des angestrebten ehrgeizigen Umfangs der langfristigen Vision des Archivs dar. Um die Neutralität und die kunsthistorische Bedeutung des Archivs zu gewährleisten, ist es für den Arbeitsausschuss empfehlenswert, den kuratorischen Rahmen und die Kriterien für die Auswahl der Künstlerinnen und Künstler und ihrer spezifischen Projekte für jede Gruppe öffentlich zu kommunizieren.

Da eine der wichtigsten Säulen des Projekts der Bereich Forschung und Bildung ist, sind Outreach-Programme und Kampagnen interessant, um das Bewusstsein für zeitgenössische Kunst in der vietnamesischen Öffentlichkeit zu steigern und die Zusammenarbeit mit dem ViAA zu fördern. Da das ViAA das erste Projekt dieser Art in Vietnam ist, ist eine erfolgrei-

che Umsetzung notwendig, um andere zu inspirieren, diesem Beispiel zu folgen und hoffentlich ihre eigenen Archivierungsinitiativen zu entwickeln. Unser Kunst-Ökosystem braucht sehr viel mehr Projekte wie dieses – und die Unterstützung durch internationale Kulturfonds wie den Internationalen Hilfsfonds des Goethe-Instituts spielen eine entscheidende Rolle bei der Stärkung des Ökosystems, auch im Hinblick auf die Infrastruktur.

Ace Le ist Kunsthistoriker und Kurator. Er ist Gründungsdirektor der Lân Tinh Foundation, einer gemeinnützigen Organisation, die sich der Erforschung, Archivierung und Ausstellung moderner und zeitgenössischer vietnamesischer Kunst widmet. Er ist Chefredakteur der Art Republik Vietnam und Mitbegründer des in Südostasien ansässigen Kuratorenkollektivs Of Limits

GOETHE WELT

In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut veröffentlicht Politik & Kultur in jeder Ausgabe einen gemeinsamen Beitrag. Dieser Text entstand im Rahmen des Internationalen Hilfsfonds 2021, einer Initiative des Goethe-Instituts und des Auswärtigen Amtes, und wurde gemeinsam mit weiteren Partnern aufgelegt, um die Auswirkungen der Coronapandemie auf Organisationen im Kultur- und Bildungsbereich abzumildern. Die Artikel im Rahmen des Projekts werden versammelt unter goethe.de/hilfsfonds.

Vietnam liegt bei der Kunstarchivierung weit zurück

zahlreiche Phasen mit mindestens drei Generationen von Künstlern und Aktivitäten durchlaufen. Bisher gab es jedoch keine gemeinsamen Bemühungen, ein geeignetes Archiv aufzubauen, um all dies zu dokumentieren. Öffentliche Einrichtungen wie die Nationalbibliothek oder das Nationalarchiv haben diesbezüglich nur sehr eingeschränkten Zugang. Zwar verfügt jede Kunstuniversität über einen »Raum der Tradition«, in dem kunsthistorische Mate-



FOTO: DINH Q LÊ

Zwei Wahrheiten

Krieg in der Ukraine: Die gewohnte Perspektive dreht sich um

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Der Krieg in der Ukraine geht jetzt in die fünfte Woche und wir lernen schmerzhaft in zwei Wahrheiten zu denken. Die eine Wahrheit ist die des Mitleids mit den Menschen in der Ukraine. Der wäre doch kein Mensch, den diese täglichen Bilder nicht erschüttern würden, Bilder von verzweifelten Frauen und vor Angst reglos gewordenen Kindern; von Alten, die sich in ein Schicksal ergeben, das sie bis in ihre letzte Lebensetappe verfolgt; und die Jungen mit ihrem lakonischen Überlebensmut. Man möchte sie in die Arme nehmen; und viele tun es ganz selbstverständlich. Und dann gibt es die andere, die bittere Wahrheit: nicht helfen zu können und mit zurückgebundenen Händen verfolgen zu müssen, wie ein tapferes Volk um sein Überleben ringt.

Auch die Schlaumeier haben in den letzten Tagen wieder zu ihrer Sprache gefunden; reden über Waffensysteme und Eskalationsszenarien, als ob es nichts Selbstverständlicheres gäbe. Und im Deutschen Bundestag verteidigen die Grünen den neuen Rüstungs-etat. Wir leben in einem Moment, in dem nichts mehr so ist, wie es war und alles möglich erscheint. Zeitenwenden seien »komplexer als es auf den ersten Blick erscheint«, hat der Münchner Osteuropahistoriker Martin Schulze Wessel kürzlich bemerkt, was eine Binsenweisheit ist und doch wieder nicht. Aber wollen wir die Erläuterungen wirklich alle hören, wann den ei-

nen die Munition ausgeht und den anderen das Benzin?

Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie schnell die akademische Osteuropaforschung die Geschichte dieser beiden sich auf Leben und Tod bekriegenden Völker – Andreas Kappeler hat sie ungleiche Brüder genannt – nicht mehr aus der Moskauer Zentralperspektive, sondern von ihren ukrainischen Rändern her zu erzählen beginnt. Die Kiewer Rus, so liest man etwa bei Schulze Wessel, der auch Ko-Sprecher der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission ist, habe ihre historische Fortsetzung nicht etwa in Wladimir und Moskau gefunden, sondern »in ihren westlichen Territorien, das heißt in Galizien und Wolhynien und später in der Adelsrepublik Polen-Litauen«. Das ist schon deshalb erstaunlich, weil wir nicht nur einen akademischen Paradigmenwechsel erleben, sondern auch hautnah dabei sind, wie sich die ukrainische Nation gerade selbst erfindet – und ihre eigenen Traditionslinien dazu.

Wir lernen gerade ein Land kennen, von dem wir kaum etwas wussten; und wir hören von der Zerstörung von Städten, die es auf unserer mentalen Landkarte schon gar nicht mehr gab. Im Moment ihrer größten Bedrohung scheint eine Welt vor uns auf, von der selbst Karl Schlögel, der große Kenner des Ostens, sich eingestehen musste, dass man sich ein Leben lang mit Russland oder der Sowjetunion beschäftigt haben konnte, »ohne eine genauere Kenntnis von der Ukraine besitzen zu müssen«. Das ändert sich gerade dramatisch. Un-

sere gewohnte Perspektive dreht sich um. Sie ist nicht mehr, wie Schlögel das nennt, »imperial fokussiert«. Wir blicken nicht mehr von Moskau aus auf die Ukraine, von Wien, Krakau oder heute Berlin. Diese Ukraine blickt jetzt auf uns zurück; und sie liegt für Europa plötzlich nicht mehr an der geografischen Peripherie. Sie ist zum gefühlten Zentrum geworden.

Man kommt der Wahrheit dieses Krieges wohl näher, wenn man auch einkalkuliert, dass hier nicht nur eine junge, moderne Generation und deren westliche Lebensweise zerstört werden soll, sondern auch das nationale Gedächtnis. Kiew gilt heute eben nicht nur als das neue, »zweite Berlin«, sondern auch als die ewige »Mutter der russischen Städte«, so Schlögel.

Was es heißt, eine solche Stadt zu ermorden, hat Bogdan Bogdanović, der legendäre Bürgermeister von Belgrad im Anblick der Trümmer des Jugoslawienkriegs formuliert. Man will »ihre physische Kraft ersticken, ihren metaphysischen Eros auslöschen, ihren Lebenswillen, ihr Gedächtnis, ihr Selbstbewusstsein«. Es ginge diesen Städtemördern darum, »die Erinnerung in alle sieben Winde zu zerblasen«, zu beweisen, nicht nur, dass es eine Stadt nicht mehr gibt, sondern, »dass es sie nie gegeben hat«.

Kaum weniger leidenschaftlich formuliert das der ukrainische Historiker und Präsidentenberater Wasil Pawlow, der Putin vorwirft, das historische Gedächtnis der Ukraine zerstören zu wollen. Derzeit, so sagt er, werde nicht nur um Mauern gekämpft, sondern »um

Identität, um historische Erinnerung, um die äußeren Symbole, mit der die Welt die Ukraine identifiziert«. Alles, was Putin tut, zielen darauf ab, »den Menschen die Erinnerung zu nehmen«.

Vielleicht ist es genau das, was uns Beobachter an diesem Kriegsgeschehen so überrascht, dass wir nicht nur die schweigende Zerstörung er-

ten Blickrichtungen dramatisch vertauscht haben.

Wir westlichen Bürger werden es lernen müssen. Es kommen jetzt keine versprengten Menschen zu uns mit »Myriaden wirrer Erinnerungen und aufgezwungener Geschichten«, so Bogdanović. Es kommt der beweglichste Teil dieser erwachten Nation und er wird sich in einer selbstbewussten Diaspora wiederfinden. Es wird dafür Räume brauchen und geeignete Medien. Und es wird der Wunsch an uns herangetragen werden, in der neuen Heimat ankommen zu können, ohne die eigene dabei zu verlieren. Und wir? Wir werden wohl wieder lernen müssen, was es heißt, am eigenen Schicksal zu hängen.

Aber was für diese jungen Ukrainer gilt, gilt für die aus Putins Russland Flüchtenden nicht minder. Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, wächst der Strom derer, die ihr Land jetzt verlassen. Auch sie haben, wie Gerd Koenen so eindringlich schreibt, »eine Entscheidung getroffen, deren existenzielle Schwere wir uns kaum vorstellen können«. Koenen nennt auch das eine »zivilisatorische Katastrophe«, die an die »lange Geschichte einer immer neuen, gewaltsamen Verstümmelung der eigenen reichen humanen Potenziale Russlands anschließt«. Auf die erste und die zweite russische Emigration folgt jetzt die dritte. Die russische Geschichte beginnt im alten Elend wieder von vorn. Auch das müssen wir erst noch lernen.

Johann Michael Möller ist Publizist und Ethnologe



leben und den fernen Tod unschuldiger Menschen, wie im Fall Grosnys oder Aleppos; sondern dass wir diesmal der Selbsterklärung eines bedrohten Volkes zuhören müssen, die durch ihr Medium, durch ihren Präsidenten fast täglich und immer eindringlicher zu uns spricht. Dass ist der große Unterschied dieses medial gewordenen Krieges, dass seine wahre historische Bedeutung nicht mehr allein im »Blick der Außenstehenden« entsteht, wie es einst Kant für die Französische Revolution geschrieben hat; sondern das blinde Geschehen zu seiner eigenen, symbolischen Repräsentation findet, so Boris Buden. Die Opfer blicken zurück, sprechen für sich und haben das Urteil über ihr Schicksal selbst gefällt. Vielleicht war das peinliche Schweigen des Deutschen Bundestags nach der Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auch das insgeheime Eingeständnis, dass sich die al-

PanelImpulseDialogräume

Kolo

Die Kunst der Demokratie

11. Kulturpolitischer Bundeskongress, Berlin

Aquino Tagungszentrum, digitale Teilnahme an einzelnen Formaten möglich

Kulturpolitik als Demokratiep politik

9. – 10.6.22

www.kunstderdemokratie.de

Vernstalter

K> KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V.

bbp: Bundeszentrale für politische Bildung

In Kooperation mit Deutscher Städtetag

Gefördert durch Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Verwilderung der Baukunst

Architektur wird als Markenzeichen von Zoologischen Gärten immer wichtiger

NATASCHA MEUSER

In Tiergärten oder Aquarien zu bauen, gehört nicht mehr zu den Sonderaufgaben des Planens und Entwerfens. Zoodirektoren haben längst erkannt, dass Architekturwettbewerbe zwar zu einer höheren Qualität der Bauten führen. Aber zwischen dem Ansatz eines Zoos als Kirmesplatz oder als Museumsort liegt ein völlig gegensätzliches Verständnis eines modernen Tierparks. Dies zeigen gerade internationale Vergleiche. Besonders in den USA bedienen die Zoologischen Gärten ein Freizeitverhalten, das auf Belustigung und Gewinnmaximierung ausgerichtet ist. Dagegen haben Zoos in Deutschland erkannt, dass der Denkmalschutz historischer Bauten inzwischen auch zu einem Aspekt gehört, sich von konkurrierenden Freizeiteinrichtungen zu unterscheiden. In Leipzig, Köln oder Berlin etwa wird dem Neubau und dem Bestand eine gleiche Wertschätzung entgegengebracht. Sofern sich alte Gehege nicht in artgerechtere Anlagen umbauen lassen, dienen sie immerhin als naturkundlicher Museumsbau oder der Vermittlung von Natur- und Klimaschutzthemen. Auch im städtebaulichen Maßstab rüsten die Einrichtungen auf. Die Zoos in Zürich, Stuttgart oder Magdeburg haben jüngst Rahmen- und Masterpläne aufgestellt, um ihren Anlagen eine erforderliche Neuausrichtung zu ermöglichen oder bestehende Konzepte zu vervollständigen.

In beiden Extremen – gesteigerter Kommerz einerseits, anspruchsvoller Wissenstransfer andererseits – dient Architektur als Vehikel für die Botschaft, die in den Zoos und Aquarien vermittelt werden soll. Aber um welche Art von Baukultur geht es dabei? Der Vergleich mit einem Kunstmuseum verdeutlicht diese gegensätzliche Auffassung: Seit dem Kunst in eigenen Bauten präsentiert wird, stellen sich Architekten und Kuratoren die Frage, ob das Kunstmuseum selbst ein Objekt sein darf, oder ob es sich neutral zu den in ihm ausgestellten Objekten verhalten muss. Auf die Zooarchitektur übertragen hieße das: Muss ein Panzernashorn wie etwa im Berliner Zoo zusammen mit einer indischen Pagode ausgestellt werden? Die derzeit im Bau befindliche Anlage orientiert sich an Vorbildern aus Kolonialzeiten und bedient das Klischee eines Tieres, das laut Pressemitteilung ein »neues Zuhause erhält«. Die zoologische Tradition, Tieren in Gefangenschaft einen Namen zu geben, unterstreicht diese Vermenschlichung. Aber der Berliner Zoo ist seit Kurzem auch ein gutes Beispiel dafür, wie sich die Themen Denkmalschutz und Ausstellungsdidaktik mit einer Architektur der Verwilderung verbinden lassen. Im Februar 2022 eröffnete Zoodirektor Andreas Knieriem die modernisierte Großkatzenanlage, in der die Tiere zwischen Kunstfelsen vor der Silhouette der westlichen Innenstadt präsentiert werden. Der 1975 von Hans Schäfers geplante Altbau dient nun als Raum für eine Ausstellung im Charakter eines Naturkundemuseums. Für die neue Anlage zeichnen die Büros Rasbach und HJW + Partner verantwortlich.

Internationale Trends

International setzen derzeit Aquarien neue Akzente. An der mexikanischen Pazifikküste stellt die Architektin Tatiana Bilbao in Mazatlán bis 2022 ein spektakuläres Zentrum für Meeresforschung fertig, und in China übertreffen sich die Städte derzeit mit immer größeren Neubauten für Aquarien. Ebenfalls in diesem Jahr wird ein Meeresmuseum mit Aquarium am Jangtse-Fluss

bei Shanghai nach einem Entwurf des New Yorker Büros Ennead Architects fertiggestellt – zwei Bauten, die Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Das von der mexikanischen Architektin Tatiana Bilbao entworfene Gebäude ist ein aktuelles Beispiel für den auch dort zu beobachtenden Trend einer Verwilderung der Zooarchitektur. Das Meeresforschungszentrum im Nordwesten Mexikos ist ein Ort, an

und des Jangtse-Glattschweinswal mit dem Engagement der Öffentlichkeit verbindet.

Baukunst mit Botschaften

Die gesellschaftliche Wertvorstellung vom optimalen Zusammenleben von Mensch und Tier hat sich grundlegend gewandelt. Die Erkenntnis, dass Tiere nicht reine Schauobjekte, sondern We-



Verwilderung, Denkmalschutz und Ausstellungsdidaktik: Die jüngst modernisierte Großkatzenanlage im Zoo Berlin verbindet drei wichtige Trends der aktuellen Zooarchitektur

dem die pazifische Küstenlandschaft mit der menschlichen Zivilisation zusammentreffen. Gebäudehohe fensterlose Wände sind orthogonal zueinander angeordnet und sollen nach Vorstellung der an der Yale University lehrenden Architektin von wild wachsenden Kletterpflanzen überwuchert werden. Die Gebäudeteile wirken in der Vogelschauerspektive wie Piet Mondrians abstrakte Kompositionen. Das Aquarium ist Teil eines Regenerationsplans für das Meer von Cortez, von dem berühmten Ozeanographen Jacques-Yves Cousteau seinerzeit als »das Aquarium der Welt« bezeichnet. Dieser Naturraum ist eines der biologisch vielfältigsten Gewässer der Erde.

Auch China setzt mit den zahlreichen Neubauten von Aquarien neue Akzente, besonders an der Ostküste. Das New Yorker Büro Ennead Architects gewann 2019 den international ausgelobten Wettbewerb für das »Yangtze River Estuary« in Shanghai, einem Meeresmuseum mit Aquarium, das sich unter anderem für den Schutz des Chinesischen Störs einsetzt. Das in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsarchitekturbüro Andropogon geleitete Projekt ist die architektonische Hülle für ein weit ehrgeizigeres Projekt. Es geht um nichts weniger als die Rettung von vom Aussterben bedrohter Arten und um die Wiederherstellung der Artenvielfalt eines Lebensraums, der von Verschmutzung und den Auswirkungen früherer Baumaßnahmen betroffen ist. Auf einer Insel an der Mündung des Jangtse-Flusses gelegen und in eine 17,5 Hektar große Landschaft eingebettet, umfasst das 427.000 Quadratmeter große Naturschutzgebiet ein Aquarium mit Doppelfunktion und eine Forschungseinrichtung, die die Bemühungen um die Wiederansiedlung der schwindenden Bestände des Chinesischen Störs

sen mit eigenen Rechten sind, etabliert sich immer mehr. Der kürzlich im Arizona-Sonora Desert Museum in Phoenix veranstaltete Kongress »A Wilder Kingdom. Rethinking the Wild in Zoos, Wildlife Parks, and Beyond« erörterte solche Aspekte ebenso wie die Frage, wie viel Wildheit man den Besuchenden in einem Zoo eigentlich zumuten dürfe. »Was steht für den Begriff der Wildheit? Ist es die Größe eines Tieres? Oder ist es das Füttern einer Schlange mit einer lebenden Maus?«, fragte Irus Braverman von der University at Buffalo die Anwesenden. Die Expertinnen und Experten aus den USA und Europa blieben bei ihren Antworten zwiespalten. Dürfe man einer Familie mit kleinen Kindern einen solchen inszenierten Tötungsdelikt an einem Sonntagnachmittag überhaupt präsentieren? Wie weit lassen wir das Wissen zu, dass sich ein Großteil unserer Nahrung auf der Aufzucht und Schlachtung von Nutztieren basiert?

Dieser Wandel in der Einschätzung eines optimalen oder zumindest angemessenen Zusammenlebens von Mensch und Tier ist immer schon ablesbar in der historischen Entwicklung der Zoos, insbesondere auch in der dort versammelten Architektur. Denn sie übernimmt eine zusätzliche pädagogische Aufgabe, indem sie im Zoo dabei helfen soll, welche ökologischen Zusammenhänge zum Funktionieren der Welt als Ganzes führen. Über einen Spaß-Erlebnis-Raum hinaus muss moderne Zooarchitektur wie ein modernes Museum zum Nachdenken und vor allem zur Aktion animieren: Wie wertvoll ist mir die Natur – und was kann ich selbst tun? Hierdurch fungiert der Zoo als Schnittstelle zwischen dem Erlebnis des Zoobesuchs, dem lebendigen Tier und der Wissenschaft und deren Vermittlung.

Der Zoologische Garten hat sich von einer lebenden Trophäensammlung über ein Museum mit lebendigen Exponaten hin zu einem Erlebnispark mit moralischem Auftrag gewandelt. Die Zooarchitektur ist hierbei die sichtbare Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Menschen und Tieren. Wie man den Auftrag der Arterhaltung in Zoos und eines moralisch vertretbaren Mensch-Tier-Verhältnisses durch Baukultur unterstützen kann, ist eine Aufgabe, an der sich künftige Generationen Zoologischer Gärten messen lassen müssen – ob es die zahlreichen Neugründungen nicht zuletzt des ostasiatischen Raums sind oder die teils bit-

betrachtet. Das bringt der Philosoph Richard David Precht immer wieder zur Sprache. Dieses neue Naturverständnis spiegelt sich aber auch in der Zooarchitektur wider. Was zunächst nach einem Nischenthema für Architekten klingt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als eine grundlegende Aufgabe unserer Gesellschaft.

Das Bauen für Zootiere wird zu einer Endlosschleife in dem Sinne, dass die Zooarchitektur seit jeher angestrengt versucht, für den Zoobesucher eine ebenso wilde Umgebung zu schaffen wie für die Tiere. Charles Darwin zufolge passen sich die Tiere an die Umgebung an, in der sie sich befinden. Nach mehr als 100 Jahren Erfahrung mit modernen Zoologischen Gärten stellt sich nun die Frage: Was wird eigentlich gebaut und für wen? Um den Aufgaben Zoologischer Gärten gerecht zu werden gilt es, neben Wissensvermittlung, Entertainment, Arterhaltung und Forschung auch die Baukultur im Zoo als einen wesentlichen Auftrag zu etablieren.

Wer heute durch einen Zoologischen Garten geht oder im Aquarium die Becken und Schaukästen bewundert, wird eine neue Tendenz beobachten, die in den USA ihren Anfang gemacht hat. Es geht darum, die Habitate in ihrer größtmöglichen Authentizität zu gestalten und der Natur mit ihren eigenen Gesetzen mehr Raum zu lassen. Denn eine moderne Zooarchitektur muss nach Ansicht des in Phoenix, Arizona, lehrenden Ethikprofessors Ben A. Minteer nicht nur ein Erlebnisraum sein, sondern auch zum Nachdenken und vor allem zum Handeln anregen.

Einerseits könnte die Verwendung gemeinsamer zoologischer und architektonischer Terminologien dazu führen, dass das Bauen für Tiere dazu beiträgt, einen Standort für den Menschen im Kontext der Fauna zu bestimmen. Denn die Gestaltung eines Zoos ist immer auch ein Hinweis auf den Status unserer Beziehung zu Tieren. Andererseits kann das Nachdenken über die Zoologie der Architekturdiskussion einen neuen Impuls geben. Denn wie die Natur kommt auch die Architektur mit wenigen Grundformen aus, die die Kreativität dann unendlich variieren kann.

Von Tieren gebaute Nester und Höhlen oder von Meeresbewohnern geprägte Beckenböden in Aquarien tragen dazu bei, diese simulierte Verwilderung zu schaffen. Wenn es damit gelingt, mit dem Verhältnis von Architektur und Zoologie, von Baukultur und Natur einen Baustein für eine architektonische Debatte über zeitgemäße, verwilderte Habitate zu legen, dann ist ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht. In der Zoologie-Konferenz in Arizona diskutierten die vom Pandemiebedingten Besucherschwund gebeutelten Betreiber auch über die Finanzierung der immer teurer werdenenden Tierhäuser und Gehege. Die Besuchenden gäben sich längst nicht mehr damit zufrieden, einen Löwen irgendwo in einem Außengehege suchen zu müssen.

Zoos bedienen dieses Verlangen, die Großkatzen hautnah hinter einer Acrylwand zu präsentieren, um so viel Tier wie möglich zu zeigen. »All the real without risk« lautet das Schlagwort in den USA – möglichst viel Wirklichkeit und Adrenalinschub bei geringstmöglichem Risiko. Wohl auch aus diesem Grund werden wir in naher Zukunft das eine oder andere Gebäude im Zoo als verwilderte Hütte bewundern können. Aber wie viel Wildheit darf Architektur zulassen, wenn sie zugleich sicher, stabil, dicht und repräsentativ sein soll?

Natascha Meuser ist seit 2020 Direktorin des Instituts für Zooarchitektur an der Hochschule Anhalt. Im Sommer erscheint ihr neues Buch zur Planung von Großaquarien

Stützenfreie Hallen und fugenlose Scheiben

Der Zoo steht vor einem Dilemma: einerseits seiner Verantwortung gerecht zu werden und eine Sensibilisierung für die Natur zu schaffen, andererseits eine angenehme Szenerie für die Besucher zu schaffen, die Kinderbetreuung, Reiseersatz und Eventgastronomie zugleich bietet. Der Fokus vor allem auf Kinder verlangsamt dabei die Transformationsfähigkeit der Zoos. Mit anderen Worten: Solange der Zoo mit Spielgeräten und Attraktionen Besucher anlockt und nur indirekt auf Naturschutz hinweisen möchte, braucht es mindestens 20 Jahre, bis diese Kinder in ihrer persönlichen und beruflichen Verantwortung ein neues Umweltbewusstsein umsetzen können. Was das für den Zoo heißt, beschreibt der Direktor des Kölner Zoos Theo Pagel: »Wir müssen unseren Worten Taten folgen lassen. Das bedeutet, Zoos sollten bis hin zu ihren gastronomischen Angeboten Vorbild in Sachen Ökologie sein. Man kann nicht Umweltbewusstsein predigen und dann im Zoo-Laden Stofftiere aus Billigproduktion verkaufen«. Und die Zoos haben das erkannt. Sie wollen kein Freizeitpark sein. Es fällt auf, dass in großen Zoos im deutschsprachigen Raum derzeit ein Transformationsprozess stattfindet.

Tierrecht, Zooarchitektur und Verwilderung

Neue Themen erweitern die Debatte über moderne Zoos. Tiere werden zunehmend als Lebewesen mit Rechten

Jede Information kritisch hinterfragen

Bilder und Berichte über den Ukraine-Krieg in sozialen Medien können nur schwer verifiziert werden

HELMUT HARTUNG

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist auch ein Krieg um die Wahrheit. Desinformationen, gefälschte Bilder und Dokumente, Manipulation von News sind seit Jahrhunderten Bestandteil von Kriegen. Carl von Clausewitz hat in seinem militärischen Grundlagenwerk »Vom Kriege« bereits 1824 ein kleines Kapitel den Nachrichten im Krieg gewidmet. Doch Smartphones, Bildbearbeitungssoftware und soziale Netzwerke haben den Propagandakrieg und seine Auswirkungen entscheidend verändert. Seit der Besetzung der Krim, den Kriegen im Irak und Syrien finden militärische Konflikte, Krisen und Kriege auch in den sozialen Medien statt, sind uns Videos von Kampfhandlungen oder Drohnenaufnahmen von Panzerabschüssen auch in der friedlichen Heimat geläufig. In den sozialen Netzwerken hat der Krieg sein mediales Äquivalent gefunden. Hunderte Videos zeigen z. B. mit Smartphones und Videokameras ausgestattete ukrainische Soldaten. Sie filmen Hinterhalte, Gefechtsfelder und erbeutete Fahrzeuge, aber auch die Auswirkungen von Kampfhandlungen, tote und verwundete Russen sowie ukrainische Zivilisten. Über Social-Media-Plattformen wie TikTok und Telegram werden sie in alle Welt verschickt. TikTok verzeichnet in der Ukraine ein rasantes Wachstum und hatte Anfang März 10,55 Millionen Nutzerinnen und Nutzer, in Russland gar 36 Millionen.

»Jeder Krieg ist nicht nur ein Kampf um Territorien, um Ideologien, Machtansprüche und Deutungshoheiten, sondern immer auch ein Krieg um und mit Informationen. Grundsätzlich muss also jede Verlautbarung, jede Meldung an die Öffentlichkeit kritisch hinterfragt werden«, stellt dazu der Medienhistoriker Markus Krajewski von der Universität Basel gegenüber der NZZ fest. »Durch die Smartphones hat sich nicht nur eine Allgegenwart von Augenzeugenschaft und ihrer Dokumentation durch Bilder und Videodokumente ergeben. Der große Unterschied zur klassischen Kriegsberichterstattung liegt vielmehr in der ungefilterten Möglichkeit zur Übertragung in Echtzeit. Jeder, der sein Smartphone über die Fensterbrüstung hält, um den Einmarsch der Invasoren zu zeigen, wird so zu einem Kriegsreporter, der diese Bilder sofort, ohne Zensur einer Öffentlichkeit zuspiesen kann. Das Kriegsgeschehen erhält durch diesen stetigen Bilderstrom einen neuen Wahrheitswert, es gewinnt an Authentizität«, so der Wissenschaftler. Doch inwieweit kann man dieser Bilderflut trauen? Wie »authentisch« ist sie?

»Viele Bilder und Videos lassen sich verifizieren – andere wirken zweifelhaft. Auf den ersten Blick ist oftmals nicht sofort erkennbar, ob das Material tatsächlich zeigt, was es vorgibt zu zeigen. Die meisten Bilder und Videos lassen sich verifizieren – durch sogenannte OSINT-Recherchen. Dabei werden der Aufnahmeort identifiziert und die Aufnahme mit anderen Bildern verglichen. So konnte beispielsweise nachgewiesen werden, dass bereits vor dem Befehl von Wladimir Putin zum Angriff spezielle Minenräumsysteme in der Ukraine unterwegs waren«, stellt dazu Patrick Gensing von der ARD-Faktenfinder-Redaktion fest.

Es existieren inzwischen viele Fake News über den Ukraine-Krieg, die über soziale Netzwerke millionenfach geteilt wurden. So zeigte ein Video auf Twitter Kampfflugzeuge, die angeblich über ein Wohngebiet in der Ukraine flogen. In Wirklichkeit stammen sie von einer Flugshow bei Moskau im Jahr 2020. Ein

Video über russische Fallschirmspringer aus dem Jahr 2016 beim Training wurde auf vielen Kanälen verbreitet und als aktuell ausgegeben. Auch Kriegsszenen, die aus Videospielen wie »Arma 3« oder »DCS World« stammen, wurden in den sozialen Kanälen als Kampfhandlungen aus der Ukraine bezeichnet.

Bewertung mit Sachverstand und Kenntnis vor Ort

Die sozialen Netzwerke vermitteln ein vielfältiges, oft aber auch ein von beiden Kriegsparteien interessengeleitetes Bild dieses ungleichen Kampfes um die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine. Deshalb ist es wichtig, dass die klassischen Medien mit eigenen Korrespondenten und Experten das Kriegsgeschehen und die Auswirkung schildern und bewerten. Seit dem 24. Februar befinden sich die aktuellen Redaktionen in einem Ausnahmezustand. An diesem Tag rückten um vier Uhr morgens russische Militärfahrzeuge von Norden, Osten und Süden auf ukrainisches Staatsgebiet vor. Von dieser Stunde an informieren Tageszeitungen, Hörfunk- und TV-Sender sowohl über die klassischen Verbreitungswege als auch auf ihrer Webseite und in sozialen Netzwerken nahezu rund um die Uhr aktuell und ausführlich über diesen Überfall durch Russland.

Eine wichtige Rolle bei der Information über den Krieg, die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Auswirkungen, die Einordnung in unseren gesellschaftlichen Wertekanon kommt dabei den überregionalen Tages- und Wochenzeitungen zu. So berichtete die FAZ beispielsweise am 17. März in 32 längeren oder sogar seitenlangen Beiträgen über die aktuelle Situation in der Ukraine, die Position der russischen Regierung, die internationale Reaktion und die Auswirkungen dieses Krieges auf deutsche Politik, Wirtschaft und Medien. Dabei kann sich die Zeitung auf ein weltweites Korrespondentennetz stützen und auch auf Berichtersteller in der Ukraine und bisher auch in Moskau. Diese Journalisten verifizieren und analysieren die Informationen mit Sachverstand und der Kenntnis vor Ort. Dazu stellt Bernhard Kohler, Herausgeber der FAZ, fest: »Um eine sachlich richtige Berichterstattung über den Ukraine-Krieg sicher zu stellen, arbeiten wir nicht anders als sonst auch: mit größtmöglicher Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit beim Recherchieren, Schreiben und Redigieren. Wir bauen vor allem auf unser eigenes dichtes Korrespondentennetz mit sehr erfahrenen Kollegen in Mittelost- und Osteuropa, bedienen uns zusätzlich aber auch freier Journalisten, die für uns aus der Ukraine schreiben. Zudem haben wir Reporter aus der Frankfurter Zentrale bzw. aus unserem Berliner Büro in die Ukraine geschickt.« In der ersten Woche hatte die FAZ doppelt so viele Visits auf faz.net wie vor Ausbruch des Krieges. Gegenwärtig seien die Zugriffszahlen um ein Drittel bis um die Hälfte höher. Es würden täglich immer noch doppelt so viele F+ Abonnements abgeschlossen wie zuvor.

Wahrheitsgetreu, aber nicht neutral über den Krieg in der Ukraine berichten

Er wolle wahrheitsgetreu, aber nicht neutral über den Krieg in der Ukraine berichten, erklärt der stellvertretende Bild-Chefredakteur Paul Ronzheimer, der zurzeit in Kiew ist, gegenüber dem Deutschlandradio. Er plane, weiterhin in der Ukraine zu bleiben. Es habe sich in den vergangenen Tagen als »absolut richtig« erwiesen, vor Ort zu sein, sagt

Ronzheimer. »Ich würde mir für die Ukraine wünschen, dass noch mehr deutsche Reporter hier sind. Es gibt so viele amerikanische Journalisten hier, englische Journalisten, französische Journalisten. Also es ist möglich, von hier zu arbeiten. Am Ende sind Journalisten auch menschliche Schutzschilde. Solange berichtet wird und die Wahrheit gezeigt wird, gibt's eine Möglichkeit, dass der Krieg zumindest weniger brutal und grausam geführt wird, obwohl wir natürlich sehen, wie grausam er bereits ist.«

Auch die ARD, das ZDF sowie die privaten Sender berichten mit eigenen Korrespondenten vor Ort und gehen mit allen Informations- und Bildquellen sehr kritisch um. So berichtet für das ZDF das in Kriegs-

pen so hoch. So machten in der Spitze 1,83 Millionen 14- bis 49-jährige Zuschauer den »Brennpunkt« im Ersten zur meistgesehenen Sendung des Tages. Das Erste hat neben »Brennpunkten« und Extra-Ausgaben der Nachrichten- und Sondersendungen auch am Sonntag das ARD-Morgenmagazin in das Programm genommen. Ein umfassendes Nachrichtenangebot finden die User auch auf tagesschau.de und in der tagesschau-App sowie auf den Social-Media-Kanälen der Tagesschau. In der ARD-Mediathek sind gebündelt Aktuelles und Hintergründe zum Ukraine-Krieg abrufbar. Die gestiegene Informationsnachfrage führt nach Angaben der Pressestelle des Ersten zu einer verstärkten Nutzung der ARD-Angebote im Ersten. Sowohl die Nach-

dauer wurden von den Zuschauerinnen und Zuschauern sehr nachgefragt. Auch beim ZDF waren die Nachrichtensendungen stärker eingeschaltet als in den Tagen zuvor – die »heute«-Ausgabe um 19:00 Uhr verzeichnete im Schnitt 18,8 Prozent Marktanteil, d. h. 4,72 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer. Die »ZDF spezial«-Ausgaben erreichten Marktanteile zwischen 13 und 17 Prozent. Die Rubrik Nachrichten in der ZDF-Mediathek hat ihre Visits im Zeitraum ab dem 24. Februar 2022 um plus 140 Prozent gesteigert. Live-Sendungen direkt vom Ort des Kriegsgeschehens in der Ukraine hält der neue Intendant Norbert Himmler nicht für die beste Wahl, wie er gegenüber dpa sagte: »Analysen und Einordnungen macht man besser mit kühlem Kopf aus Mainz oder Berlin. Es hat schon gute Gründe, dass es Nachrichtensendungen und Magazine gibt, die sich Zeit nehmen, um Ereignisse einzuordnen und für das Publikum aufzubereiten.« Es sei wichtig, dass Aufnahmen aus dem Netz, deren Herkunft unklar ist, eingeordnet werden, dass die Moderatoren sagen, wenn nicht sicher ist, wie und zu welcher Zeit diese Bilder entstanden seien, so Himmler.

RTL und n-tv haben zwischen dem 24. Februar und 2. März in über 80 Stunden Sondersendungen und zudem rund um die Uhr auf den digitalen Angeboten aktuell und journalistisch unabhängig über die dramatische Lage in der Ukraine informiert – damit wurden allein im TV 31,19 Millionen verschiedene Zuschauerinnen und Zuschauer ab drei Jahren erreicht. Auch digital sind seriöse und glaubhafte Informationen sehr gefragt. So ist beispielsweise ntv.de seit dem 24. Februar mit bis zu 25,56 Millionen Visits (IVW) täglich das meistgenutzte digitale Nachrichtenangebot Deutschlands – noch vor BILD.

Laut den Expertinnen und Experten läge der Anteil der Desinformationen bei rund 25 Prozent. Wolf-Ulrich Schüller, Chefredakteur Vertical RTL News: »Die Arbeit des Teams Verifizierung ist essenziell für unsere Ukraine-Berichterstattung. Ein Krieg wurde schon immer und wird auch jetzt mit Bildern und Informationen ausgetragen. Deshalb ist die Pflicht von Journalisten, nicht nur herauszufinden, was ist – sondern auch, was nicht ist. Mit der Arbeit unseres Teams rund um die Uhr sichern wir die Stärke und Vertrauenswürdigkeit unserer Marken. Wir spüren, dass diese Zuverlässigkeit den Zuschauerinnen und Zuschauern, aber auch unserem Publikum im Netz sehr wichtig ist.«

Auch ProSiebenSat.1 berichtet umfangreich über den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Die Sondersendung »Ukraine Spezial« lief mehrmals um 20:15 Uhr auf ProSieben und in SAT.1. Das SAT.1-Frühstücksfernsehen wurde um eine Stunde bis 11:00 Uhr verlängert. Darüber hinaus informieren ProSieben und SAT.1 in täglichen Newsflashes sowie in ihren Magazinen wie taff, Galileo und akte. die Zuschauer über das Geschehen in der Ukraine. Dabei verzeichnet die Sendergruppe, nach eigenen Angaben, ebenfalls ein großes Interesse der Zuschauer an dem stark ausgebauten News-Angebot. Für die Journalisten der Sendergruppe gehe Genauigkeit vor Geschwindigkeit: Dabei setze man auch in Unterföhring auf die journalistischen Grundregeln. »Und da in diesem Krieg sehr gezielt mit manipulierten Bildern gearbeitet wird, ist die präzise Überprüfung der jeweiligen Nachrichtenquelle elementar wichtig«, so ein Pressesprecher der Gruppe gegenüber medienpolitik.net.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net



FOTO: WDR/ANNIKA FÜRWINDEL

Im ARD-Brennpunkt informiert Moderatorin Ellen Ehni über den Krieg in der Ukraine

und Krisenberichterstattung sehr erfahrene Team um Reporterin Katrin Eigendorf aus der Ukraine. In der West-Ukraine, in Lwiw/Lemberg, ist ein Team im Einsatz. Darüber hinaus sind freie Journalisten in der Ukraine unterwegs. Schon seit den ersten russischen Angriffen auf die Ukraine haben verschiedene ARD-Korrespondenten aus der Ukraine über aktuelle Entwicklungen und Hintergründe berichtet. Gleichzeitig geben ukrainische Kolleginnen und Kollegen Unterstützung. Anfang März hat die ARD ihre Präsenz in der Ukraine weiter verstärkt. Seitdem sind gleichzeitig drei Korrespondenten im Land.

Auch die RTL-Gruppe, inklusive n-tv, war Mitte März mit drei Reportern in der Ukraine vor Ort: in Lemberg, Odesa und Iwano-Frankiwsk. Eine wahrheitsgemäße Berichterstattung aus Russland über den Ukraine-Krieg wurde unlängst unter Strafe gestellt, so dass einige deutsche Reporter das Land verlassen haben und aus Nachbarländern berichten.

Die Präsenz in dem umkämpften Land, so notwendig sie für eine glaubwürdige Information ist, ist nicht ungefährlich. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs sind nach Angaben aus Kiew mindestens fünf Berichtersteller getötet und mehr als 30 verletzt worden.

Der Ukraine-Krieg ist seit Wochen Schwerpunktthema von Nachrichten- und Sondersendungen

Der Krieg gegen die Ukraine ist seit nahezu vier Wochen Schwerpunktthema der Nachrichten- und Magazinsendungen sowie täglicher Sondersendungen der TV-Sender. Die höchste informierende Tagesreichweite verzeichnet gegenwärtig das Fernsehen, gefolgt von Internet und Radio. Das Informationsbedürfnis über die russische Invasion ist auch in den jüngeren Altersgrup-

pen so hoch. So machten in der Spitze 1,83 Millionen 14- bis 49-jährige Zuschauer den »Brennpunkt« im Ersten zur meistgesehenen Sendung des Tages. Das Erste hat neben »Brennpunkten« und Extra-Ausgaben der Nachrichten- und Sondersendungen auch am Sonntag das ARD-Morgenmagazin in das Programm genommen. Ein umfassendes Nachrichtenangebot finden die User auch auf tagesschau.de und in der tagesschau-App sowie auf den Social-Media-Kanälen der Tagesschau. In der ARD-Mediathek sind gebündelt Aktuelles und Hintergründe zum Ukraine-Krieg abrufbar. Die gestiegene Informationsnachfrage führt nach Angaben der Pressestelle des Ersten zu einer verstärkten Nutzung der ARD-Angebote im Ersten. Sowohl die Nach-

Die Menschenforscherin

Die Fotografin und Autorin Herlinde Koelbl im Porträt

ANDREAS KOLB

Bereits in jungen Jahren verließ Herlinde Koelbl ihre Heimatstadt Lindau und nahm in München ein Modestudium auf. Sie heiratete früh und zog vier Kinder groß. Dass der Text an dieser Stelle nicht aufhört, sondern erst richtig anfängt, hat damit zu tun, dass Herlinde Koelbl mit Ende 30 beschloss, noch einmal komplett neu anzufangen. Eine Phase großer Produktivität hatte begonnen. Am Anfang standen nicht ausschließlich die eigenen Foto- und Buch-Projekte, für die sie heute bekannt ist. Das Konzept hieß zunächst: Aufträge annehmen, um ihre freien Projekte zu finanzieren. Koelbl arbeitete als Fotografin für den Stern, das ZEITmagazin und die New York Times.

1979 erschien ihr erstes Buch im Verlag Hugendubel, »Bayerische Märkte«, danach folgten Bücher und Projekte fast im Jahresrhythmus. 1980: »Das Deutsche Wohnzimmer« (Bucher), 1982: »Dienst am Volk« (Bucher), 1984: »Männer« (Bucher), 1986: »Feine Leute. Photographien der Jahre 1979 bis 1985« (Greno), 1998: »Im Schreiben zu Haus« (Knesebeck) und 2012: »Kleider machen Leute« (Hatje Cantz) ... Die Liste lässt sich bis 2021 fortsetzen.

Die Freiheit, an einem Projekt zu arbeiten, ohne dass einem jemand sagt, was man anders machen oder noch berücksichtigen sollte oder bis zu welcher Deadline man fertig sein musste – diese große Freiheit, ein Projekt zu erkunden, war der spätberufenen Autodidaktin zentral wichtig. Herlinde Koelbl hatte nie einen Vertrag, sondern arbeitete

erster, zunächst ernüchternder Kontakt mit Verlagen. Das erste Buch »Deutsche Wohnzimmer« kam dann beim Bucher Verlag heraus, weitere folgten und aus den Büchern wurden zahlreiche Ausstellungen an verschiedenen Galerien und Ausstellungshäusern.

Das Fotografieren hatte sie nie gelernt, Vorbilder gab es keine, und sie ist fest überzeugt davon, dass ihr Modestudium keinen Einfluss auf ihre Fotografie hatte. Gerade dass sie so ganz aus sich selbst heraus angefangen hat, ist Teil der Faszination, die die Person und Künstlerin Koelbl ausstrahlt. Unbestritten fand ihr langjähriges Interesse für Verhaltensforschung Eingang in ihre Fotografie. In den 1970er Jahren las sie alles, was es darüber an neuerer Forschung gab: Humanpsychologie vor allem, aber auch Arbeiten der US-amerikanischen Ethnologin Margaret Mead oder des österreichischen Verhaltensforschers Irenäus Eibl-Eibesfeldt. Und so wurde die Verhaltensforschung für sie ein Schlüssel zu ihren Bild-Motiven. Die menschliche Körpersprache zu verstehen, lernte Koelbl aber auch in der Beschäftigung mit Stücken des österreichischen Pantomimen Samy Molcho oder des Franzosen Marcel Marceau. Mit moderner Verhaltensforschung hat ihre Arbeitsweise als Fotografin gemeinsam, ihre Objekte einer sozialen Deutung zu unterziehen. Über das mimische und gestische Verhaltensrepertoire der jeweiligen von Koelbl porträtierten Menschen hinaus interessiert sie sich insbesondere für den sozialen Kontext der abgebildeten Situation.

»Ich sehe mich als Menschenforscherin. Mich hat von Anfang an mehr interessiert als nur die Fotografie. Ich wollte nicht nur das Physische der Menschen abbilden, sondern mich hat auch der Geist interessiert. Wie denken die Menschen, wie ticken sie? Haben sie Visionen? Beim »Deutschen Wohnzimmer« sind schon sehr treffende Texte dabei. Wobei natürlich das Physische immer der erste Blick ist in der Fotografie, das andere kommt dann dazu.« Keine Regel ohne Ausnahme: Bei dem Buch »Feine Leute« gibt es keine Texte, sondern nur die Körpersprache. Koelbls Kunst richtet sich nach dem Thema.

Ein Schlüsselwerk im Schaffen von Herlinde Koelbl war der Bildband »Jüdische Portraits: Photographien und Interviews« (S. Fischer, 1989). Zwischen 1986 und 1989 traf Herlinde Koelbl deutsch-jüdische Persönlichkeiten, welche die Shoah überlebt hatten. Die Foto-Serie umfasst 80 großformatige

Porträts von so bekannten Personen wie Grete Weil, Marcel Reich-Ranicki oder Simon Wiesenthal. Auch bei diesem Projekt legte sie großen Wert auf Text: Den Fotos hat Herlinde Koelbl Interviews, die sie mit den Porträtierten geführt hat, zur Seite gestellt. So fügen sich Gesichter und Aussagen zu einer einzigartigen Studie über Trennendes und Verbindendes zusammen.

»In diesen Gesichtern sieht man die Lebensspuren in ganz beeindruckender Weise. Bei den jüdischen Porträts

Auf der Suche nach den Spuren der Macht

habe ich damals nicht so sehr nach dem persönlichen Schicksal gefragt, sondern nach Grundsätzlichem: nach jüdischer Identität. Nach Heimat. Nach Glaube an Gott nach Auschwitz. Was es bedeutet, dass der Messias wiederkommen soll, ein wichtiger Aspekt der jüdischen Religion. Ich wollte die Gesichter noch einmal zeigen und auch das, was Deutschland ausgelöscht und verloren hat.«

Mitten in ihre Karriere als international wahrgenommene Fotografin musste auch sie den digitalen Wandel durchlaufen. Das hieß für sie: »Lernen. Das muss man einfach lernen! Da ich meine Filme immer selbst entwickelt hatte und viele Jahre selbst im Labor gestanden bin, wusste ich sehr genau, was man tun muss, um Fotos auf gute Weise zu verbessern. Das heißt, ich kannte die Laborarbeit und konnte die Arbeit am Computer dadurch sicherlich schneller lernen.«

Zum Film kam Koelbl durch ihr Projekt »Spuren der Macht« im Jahr 1991, wo sie von Anfang an nicht nur Interviews führte und fotografierte, sondern auch filmte. Und zwar allein, ohne Team: »Das habe ich ganz bewusst so entschieden, denn jegliches Team verändert die Atmosphäre zwischen zwei Menschen.« Damals, als man noch nicht mit digitaler Filmkamera oder gar mit Handy-Kamera Profi-Ergebnisse erzielen konnte, war das Pionierarbeit.

»Spuren der Macht« wurde das, was man in der Musik als Hit bezeichnen würde. Für das Projekt suchte Koelbl mehrere Persönlichkeiten aus, die neu in ein hohes öffentliches Amt gekommen waren und mit Zukunftschancen rechnen durften, darunter Joschka Fischer, Gerhard Schröder, Angela Merkel,



FOTO: JOHANNES RODACH

Hat keine Angst vor der Freiheit: Herlinde Koelbl

Arnold Vaatz, Frank Schirrmacher, Renate Schmidt, Monika Hohlmeier und Irmgard Schwaetzer. Die Fragestellung der Münchener Foto-Forscherin hieß, wie verändert Macht die Menschen? »Spuren der Macht« war als eine Langzeitstudie auf mindestens acht Jahre angelegt. Während zweier Legislaturperioden beobachtete sie, wie Menschen auch mit Krisen umgehen, etwa wenn sie ihr Amt verlieren. Koelbl begann 1991, 1998 war das Vorhaben abgeschlossen. 2005, als Angela Merkel Kanzlerin wurde, führte sie das Projekt mit ihr allein weiter. 2021 ist dann der letzte Fototermin gewesen. Koelbl begleitete die Kanzlerin von Anfang an bis zum Ende ihrer politischen Ära. Das Ergebnis liegt als Buch unter dem Titel »Angela Merkel. Porträts 1991–2021« (Taschen) vor.

»Ich hatte mir von Anfang an überlegt, wie ich diese Menschen möglichst objektiv begleiten kann, damit sichtbar wird, wie die Öffentlichkeit und die Macht die Körpersprache eines Menschen und ihn selbst verändern. Deshalb fotografierte ich immer ein Kopfporträt und ein Körperporträt. Denn die Körpersprache sieht man natürlich nur am Körper und im Gesicht dann die Spuren der Veränderung. Erst überleg-

te ich, die Machtsymbole einzubeziehen, also große Zimmer, Schreibtische, Bilder und alles, was so zu sehen ist. Dann wurde ich minimalistisch, bis auf eine weiße Wand und einen simplen Stuhl habe ich alles verworfen. Sodass man konzentriert ist auf den Menschen, darauf, wie er aussieht und wie er sich verhält. Ganz bewusst war das auch in Schwarz-Weiß, weil sonst die Farbe der Kleidung zu sehr ablenkt.«

Auch jetzt ist die Menschenforscherin Koelbl produktiv. Von Mai bis September wird eine große Ausstellung mit allen Bildern von Angela Merkel im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen sein. Dazu macht sie in diesen Tagen noch ein kurzes Video mit der Kanzlerin a.D. Außerdem bereitet sie gerade das Thema »Faszination Wissenschaft« (Knesebeck Verlag) auf. Für dieses Buch-Projekt von 2019 besuchte sie die Elite der Naturwissenschaft auf der ganzen Welt. Das Fotobuch ist inzwischen auf Englisch, Chinesisch und Koreanisch erhältlich. Dazu gibt es jetzt eine Ausstellung in Baltimore und noch in diesem Jahr auch in Heilbronn, Halle, Münster und Tokio.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

In eigener Sache: Neuer Vorstand des Deutschen Kulturrates

Christian Höppner, Boris Kochan und Dagmar Schmidt wurden für die Amtszeit 2022 bis 2025 gewählt

Am 23. März 2022 wählte der Sprecherrat des Deutschen Kulturrates für die Amtszeit 2022 bis 2025 einen neuen Vorstand. Zum Präsidenten wurde der Cellist Christian Höppner, Deutscher Musikrat, gewählt. Er war bereits von 2013 bis 2019 Präsident des Deutschen Kulturrates. Christian Höppner sagte in seiner Bewerbungsrede: »Kraftfelder für das Kulturleben bündeln und stärken: Dafür möchte ich mich in dieser von gesellschaftlichen Umbrüchen geprägten Zeit einsetzen.«

Der Designunternehmer Boris Kochan, Deutscher Designtag, wurde

zum zweiten Mal in Folge zum Vizepräsidenten gewählt. Er führte in seiner Bewerbungsrede aus: »Ich bin zu tiefst davon überzeugt, dass die Arbeit des Deutschen Kulturrates entscheidend dazu beiträgt, die Vielfalt kulturpolitischer Möglichkeiten fundiert zu ergründen und kollegial zu diskutieren.«

Die Bildende Künstlerin Dagmar Schmidt, Deutscher Kunstrat, wurde als neue Vizepräsidentin gewählt. Sie erklärte bei ihrer Bewerbung: »Gerade während der unerwarteten Herausforderungen durch die Pandemie hat sich die Stärke dieses Verbunds gezeigt.

Die Krise hat uns zusammenrücken lassen.« Im Anschluss an die Wahl erklärten die Vorstandsmitglieder: »Wir freuen uns auf drei spannende kollegiale Jahre und auf Debatten innerhalb des Deutschen Kulturrates sowie mit vielen anderen kulturpolitischen Akteuren. Es gibt vieles zu tun. Wir sind gesprächsbereit!«

Der neu gewählte Vorstand dankt herzlich Susanne Keuchel, die dem Deutschen Kulturrat von 2019 bis 2022 als Präsidentin vorstand und Ulrike Liedtke, die in diesem Zeitraum Vizepräsidentin war, für ihre Arbeit. Beide kandidierten nicht wieder.



FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

Der neue Vorstand des Deutschen Kulturrates: Christian Höppner, Dagmar Schmidt und Boris Kochan (v.l.n.r.)

ZUR PERSON ...

Neuer Bundesvorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbandes
Volker Heller, Generaldirektor der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin, wurde zum neuen Bundesvorsitzenden des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv) gewählt. Zudem haben die Mitglieder für die Amtszeit 2022 bis 2025 sechs weitere Bundesvorstandsmitglieder bestimmt. Wahlberechtigt waren Vertreterinnen und Vertreter von über 2.000 Mitgliedsbibliotheken des dbv. Am 3. Mai tritt Heller die Nachfolge von Andreas Degkwitz, Direktor der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin an, der den Verband von 2019 bis 2022 geführt hat.

Olga Neuwirth bekommt den Siemens Musikpreis
Die österreichische Komponistin Olga Neuwirth erhält den internationalen Ernst von Siemens Musikpreis 2022. Die Ernst von Siemens Musikstiftung würdigte die 53-Jährige als »eine der einflussreichsten Komponist_innen ihrer Zeit«, die in ihren Arbeiten feministische Anliegen mit einer multimedialen Praxis verbinde. Zu Neuwriths Werken zählen beispielsweise die Oper »Lost Highway« nach dem Film von David Lynch oder das Musiktheaterstück »Orlando«, das 2019 an der Staatsoper Wien uraufgeführt wurde. Am 2. Juni wird Neuwirth die renommierte, mit 250.000 Euro dotierte, Auszeichnung in München überreicht.

Amelie Deuffhard erhält Theaterpreis Berlin
Der Theaterpreis Berlin 2022 der Stiftung Preußische Seehandlung geht an die Theatermacherin und Intendantin von Kampnagel in Hamburg Amelie Deuffhard. Den mit 20.000 Euro dotierten Preis wird die Berliner Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey im Rahmen des 59. Berliner Theatertreffens, das vom 6. bis 22. Mai stattfindet, verleihen. Auch in den Sparten Kunst und Literatur wurden die Preisträger verkündet: Der Autor Steffen Mensching erhält den Berliner Literaturpreis und der Schriftsteller und Schauspieler Hanns Zischler den Friedlieb Ferdinand Runge-Preis für unkonventionelle Kunstvermittlung.

Neue Intendantin der Oper Wuppertal
Die US-Amerikanerin Rebekah Rota wird ab der Spielzeit 2023/24 die Leitung der Opernsparte bei den Wuppertaler Bühnen übernehmen. Rota bringt 28 Jahre internationale Theaterfahrung auf und hinter der Bühne mit nach Wuppertal. Sie hat als Regisseurin gearbeitet und außerdem als Sopranistin in über 40 Rollen gesungen. Seit April 2020 ist Rota stellvertretende Operndirektorin sowie seit September 2021 Opernmanagerin am Staatstheater Karlsruhe. Der derzeitige Wuppertaler Opernintendant Berthold Schneider verlässt sein Amt im Sommer 2023 auf eigenen Wunsch.

Preis der Leipziger Buchmesse für Tomer Gardi
Der in Israel geborene Schriftsteller wurde in der Kategorie Belletristik für seinen Roman »Eine runde Sache« ausgezeichnet. Fremdheitserfahrungen, Identität und das Leben als Künstler sind die Themen des Romans. Der Preis der Leipziger Buchmesse ist insgesamt mit 60.000 Euro dotiert. Preisträgerin in der Sparte Sachbuch ist Uljana Wolf mit ihrem Buch »Etymologischer Gossip: Essays und Reden«, Preisträgerin in der Sparte Übersetzung ist Anne Weber für ihre Übersetzung von Cécile Wajsbrots »Nevermore« aus dem Französischen.

Deutsch-russischer Museumsdialog

Ein stockender Austausch

Unser aller kulturelles Gedächtnis ist aufgrund zahlreicher Krisen und Kriege in der Welt durch Raub und Plünderungen akut bedroht, etwa in der Ukraine, Afghanistan, Syrien oder Jemen. Der Sammelband, herausgegeben von der Dezernentin der Kulturstiftung der Länder und Projektleiterin des »Deutsch-Russischen Museumsdialogs«, bietet nun eine detaillierte historische Betrachtung und Bestandsaufnahme der von Verlagerung betroffener Kulturgüter durch die deutsche Wehrmacht in der UdSSR und der deutscher Kulturgüter in die Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Studie dokumentiert die Protagonisten, die penibel dokumentierten Wege der Verlagerungen und exemplarisch die Verlustgeschichte einiger Sammlungen und Objekte. Den breitesten Raum nimmt dabei das Schicksal der Berliner Museen ein.

Historisch von großer Bedeutung sind die an die ehemalige Sowjetunion von amerikanischen und britischen Kulturoffizieren restituierten 534.120 Exponate. Und die Russen ihrerseits gaben über 1,5 Millionen Objekte an die ehemalige DDR zurück. Dies führte im Anschluss zu einem enormen Aufschwung beim Neuaufbau der deutschen Museumslandschaft. Eine längst vergangene Erfolgsgeschichte, die jäh unterbrochen wurde, nicht erst seit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine in unseren Tagen. Hat doch 1999 die Duma das Gesetz auf Verstaatlichung aller »Beutekunst« durch das russische Verfassungsgericht

bestätigt. Und als tragisch erweist es sich, dass Akten im Russischen Staatsarchiv für Literatur und Kunst für weitere Nachforschungen verschlossen bleiben. Durch Putins Krieg ist nun bis auf unbestimmte Zeit der Dialog ganz verëist, von dem die zahlreichen Autoren noch nichts ahnen konnten.

Der Band zeigt eindringlich, wie wichtig es sein kann, Kunst- und Kulturgüter möglichst rechtzeitig in Bunkern oder Stollen zu sichern oder gar außer Landes zu bringen. Sehr empfehlenswert!

Thomas Schulte im Walde

Britta Kaiser-Schuster (Hg.). Kulturelles Gedächtnis. Kriegsverluste deutscher Museen. Wege und Biografien. Köln 2021



Suchtpotenzial mit »Couple of«

Eine Hörempfehlung

Vor einigen Wochen schickt mir meine Schwester ein TikTok-Video: zu sehen sind zwei junge Menschen, darüber steht »Couple of«. »Kennst du sicherlich«, schreibt sie dazu, »die beiden machen einen Podcast zusammen«.

Ich hatte davon zwar noch nichts gehört, war aber neugierig. Also direkt die neueste Folge mit der Überschrift »Motivations« heruntergeladen und angehört. Der Titel verrät es schon: Es ging um Antriebs- und Motivationslosigkeit, um das Finden neuen Ansporns sowie um Depression und Mental Health im Allgemeinen – unter anderem vor dem Hintergrund der Coronapandemie.

Beendet wurde die Folge mit einer griechischen Sage über den Gott des Feuers Hephaistos, der immer wieder neuen Ansporn aufgrund der Widrigkeiten des Lebens finden musste. Ich war direkt begeistert, habe den Folgen-Button geklickt und begonnen, alle Episoden von Anfang an nachzuhören, parallel immer die neueste Folge dazwischengeschoben.

Hinter dem Podcast stecken zwei kreative, kluge und humorvolle Köpfe: die PR-Beraterin Iris Gavric und der gelernte Schauspieler Matthias Renger. Gemeinsam haben sie die Kreativ-Agentur Arouse gegründet, betreiben mehrere Social-Media-Kanäle und starteten im Juni 2021 den Podcast »Couple of«. Zu Beginn einer jeden Folge werden aktuelle Fragen und Themen diskutiert, anschließend wird in das Haupt-



thema der Folge übergeleitet. Im Outro folgt eine zur Thematik passende Geschichte, ein Song, eine Anekdote – etwas, das sich die Zuhörenden noch einmal durch den Kopf gehen lassen können. Diese sind übrigens nicht »nur« Zuhörer, sondern werden durch eingespielte Sprachnachrichten in die Episoden eingebunden.

Die beiden finden zwischen Ernsthaftigkeit und Humor immer die treffendsten Worte, bringen einen zum Nachdenken, zum Schmunzeln, zum Recherchieren, zum Weitererzählen. Absolute Hörempfehlung mit Suchtpotenzial, ein Podcast zum »Verlieben«!

Kristin Braband

Couple Of. Der Podcast von und mit Iris Gavric & Matthias Renger. 2022

Wie sagt man wo?

Sprachvielfalt von Amrum bis ins Zillertal

Anstösser oder Anlieger? Führt man in den Urlaub, auf Urlaub oder in Urlaub? Schubbündel, Schuhsenkel oder gar Schuhriemchen? Grillen oder grillieren? Hier stehen mehrere Varianten nebeneinander, doch die Bedeutung ist dieselbe. Der Unterschied: Die eine Variante wird in einer Region des deutschen Sprachraums – im Fall des »grillieren« in der deutschsprachigen Schweiz – bevorzugt, die andere in den anderen Regionen.

Denn die deutsche Sprache ist reich an Variationen in Wortwahl, Grammatik und regionalen Ausprägungen. Dabei muss es sich keinesfalls nur um Dialektwörter handeln, sondern um alternative Ausdrucksmöglichkeiten.

Dieser sprachlichen Vielfalt widmet sich das im Duden Verlag erschienene Buch »Wie sagt man wo?« von Christa Dürscheid. Die Reise geht dabei nicht nur von Amrum bis ins Zillertal – wie der Titel weiter verspricht –, sondern über mehrere Landesgrenzen hinweg auch nach Luxemburg, Lichtenstein, nach Südtirol in Italien, in die Schweiz oder die Deutschsprachige Gemeinschaft in Ostbelgien – also alle Regionen, in denen Deutsch unter anderen als Amtssprache in Gebrauch ist.

Dank einer alphabetisch geordneten Liste mit kleinen Texten, Karten und Illustrationen zur sprachlichen Vielfalt im Deutschen macht es Spaß, in dem Buch zu stöbern und nichtunützes Wissen aufzubauen. Was ist ein Spaghettiplausch? Wann ist der



Bercholdstag? Und hatten Sie dieses Jahr schon einen Pfnüsel? Hilfreich sind dabei die Kürzel an jedem der über 300 Einblicke in die deutsche Sprache, die anzeigen, zu welchem Themenbereich das jeweilige Phänomen gehört: Grammatik, Wortschatz, Kommunikationsverhalten oder (Recht-)Schreibung. Dank eines alphabetischen sowie eines thematischen Registers am Ende des Buches lassen sich auch gezielt Begriffe nachlesen. Empfehlenswert für alle Sprachbegeisterten!

Maïke Karnebogen

Christa Dürscheid. Wie sagt man wo? Erstaunliche Sprachvielfalt von Amrum bis ins Zillertal. Berlin 2021

Wer wir sind

Mehr als eine Familiengeschichte

Im Mai 1992 kommt Lena Gorelik mit ihren Eltern, dem älteren Bruder und ihrer Großmutter nach Deutschland. Um 23.55 Uhr fuhr der Zug in Sankt Petersburg los, es geht über Berlin weiter nach Stuttgart. Ihre Hündin Asta musste sie beim Cousin zurücklassen – Tiere sind im Asylantenwohnheim nicht erlaubt, sagte man ihr, so stand es im Brief der deutschen Behörden. Doch das ist nicht das Einzige, das die 11-jährige Lena in der damaligen Heimat zurücklässt. Sie lässt ihre gesamte sowjetische Kindheit zurück, die Sommer in der Datscha der Großeltern, die Erinnerungen an den verstorbenen Opa, die Plattenbauten mit den identischen Spielplätzen dazwischen. Zuhause – wo und was ist



das eigentlich? Darauf wusste sie, als sie damals in der Schule in Baden-Württemberg gefragt wurde, auch keine Antwort. Sie wusste nur eins: »Dazugehören, ein Wunsch, größer als alle Geburtstage zusammen«. Mit teils nur fragmentartigen bis hin zu glasklaren Erinnerungen erzählt Lena Gorelik in ihrem autobiografischen Roman »Wer wir sind« auf so derart einfühlsame Weise die Geschichte ihrer Familie; geht auf glückliche Stunden, neutrale Beobachtungen und schmerzliche Erinnerungen ein: »So ist die Erinnerung manchmal, hält sich am festesten, was wir zu vergessen versuchen, krallt sich gerade daran mit Absicht und Kraft.« Lena Gorelik erzählt eine Geschichte, die ihr und ihrer Familie gehört, bündelt Erinnerungen und lässt zwischen den Zeilen Platz für vieles mehr. Sie schreibt mit so viel Reflexion, Kraft und Gefühl, dass man das Buch einfach nicht weglegen kann und die Seiten nach und nach verschlingt.

Kristin Braband

Lena Gorelik. Wer wir sind. 4. Auflage. Berlin 2022

PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur



FOTO: FLORIAN BACHMEIER - LWI, 2014

Wendepunkt: Krieg in der Ukraine

Kultur im Mittelpunkt der Debatte zu einer neuen differenzierten Ostpolitik

OLAF ZIMMERMANN

Der 24. Februar 2022 markiert einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte. Nach den sogenannten Balkankriegen im ehemaligen Jugoslawien, speziell dem Bosnienkrieg, erleben wir nach den unglaublichen Verwüstungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges wieder Krieg auf unserem Kontinent.

Schon in den ersten Wochen in diesem Jahr lag der sprichwörtliche Pulvergeruch in der Luft. Immer lauter waren die Töne aus Moskau. Unübersehbar die Truppenaufmärsche an der ukrainischen Ostgrenze und an der belarussischen Grenze. Einen Tag nach dem Ende der Olympischen Spiele überfiel Russland die Ukraine.

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe verteidigen die Ukrainer seit vier Wochen ihr Land. Vier schreckliche Wochen, in denen viele Menschen ihr Leben im Krieg verloren. Vier Wochen, in denen immer mehr Menschen auf der Flucht sind. Vier Wochen, in denen Familien auseinandergerissen wurden, Ehemänner, Söhne, Väter zurückblieben, Frauen und Kinder auf dem Weg nach Westen sind. Vier lange Wochen, in denen Städte in Schutt und Asche gelegt werden. Vier Wochen, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit in Russland immer mehr beschränkt wird.

Das Wort »Krieg« darf im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Ukraine in Russland nicht verwendet werden. Wer es dennoch wagt, dem drohen drakonische Strafen. Der Zugang zum Internet und vor allem zu Plattformen wie Facebook oder Instagram wird in Russland massiv eingeschränkt bzw. vollständig abgestellt. In Russland sind unabhängige Informationen so gut wie nicht erhältlich.

Und bei uns? Zunächst einmal ist eine überwältigende Hilfsbereitschaft festzustellen. Menschen spenden Geld bzw. Zeit, um den nach Deutschland kommenden Geflüchteten zu helfen oder auch im Rahmen der humanitären Hilfe Hilfsgüter in die Ukraine zu bringen.

Der Krieg hält aber auch in deutschen Kulturinstitutionen Einzug

Benefizkonzerte werden veranstaltet, um Spenden zu sammeln. Seien es Konzerte in Kirchengemeinden, an kleinen Veranstaltungsorten, in Konzerthäusern und Theatern bis hin zum großen Ereignis »Sound of Peace« am 20. März 2022 vor dem Brandenburger Tor in Berlin, bei dem rund zwölf Millionen Euro an Spenden eingesammelt wurden.

Viele Kulturverbände haben unmittelbar nach dem Angriff auf die Ukraine reagiert. Unisono wurde der Angriff verurteilt und Partei für die Menschen in der Ukraine ergriffen. Viele haben sich schnell und unkompliziert bereit erklärt zu helfen. Sei es durch die Zusammenstellung von Informationen über die Ukraine, sei es durch Jobportale für ukrainische Künstlerinnen bzw. im Kulturbereich Tätige, sei es durch Stipendien oder Residenzen und vieles andere mehr. Die Kulturstiftung des Bundes und das Goethe-Institut haben in Windeseile einen Nothilfefonds ins Leben gerufen. ICOM Deutschland koordiniert zusammen mit ICOMOS, der Deutschen UNESCO-Kommission, der Deutschen Nationalbibliothek und dem Bundesarchiv Maßnahmen zur Kulturgutsicherung in der Ukraine und viele andere Maßnahmen lassen sich aufzählen. Allein die Zahl und die Schnel-

ligkeit in der Bereitstellung der Hilfen beeindrucken. Die Kulturstatsministerin hat eine Taskforce eingerichtet. Der Deutsche Kulturrat informiert und koordiniert bereits seit Kriegsbeginn Hilfsmaßnahmen aus dem Kulturbereich. Es bedarf allerdings eines starken Ukraine-Hilfsprogramms, analog von NEUSTART KULTUR, dem zwei Milliarden starken Coronahilfsprogramm.

Der Krieg hält aber auch in deutschen Kulturinstitutionen Einzug. Russische und ukrainische Musikerinnen und Musiker musizieren teils seit Jahren gemeinsam in einem Orchester, ukrainische und russische Tänzerinnen und Tänzer tanzen in einem Ensemble. Was bedeutet es für die Künstlerinnen und Künstler, die hier vor Ort bislang friedlich zusammenlebten und arbeiteten, wenn möglicherweise Familienangehörige von ihnen sich an der Front jetzt feindlich gegenüberstehen?

Während der Jugoslawienkriege wurden auch in Deutschland aus Freunden plötzlich Feinde. Es muss jetzt darum gehen, diese Feindlichkeit in Deutschland zu vermeiden. Nicht jeder Russe oder jede Russin ist ein Freund des Putin-Regimes. Und wir sollten uns meines Erachtens auch sehr davor hüten, von Künstlerinnen und Künstler, die in Deutschland arbeiten und aus Russland kommen, jetzt eine öffentliche Positionierung zu verlangen. Nicht nur, dass dies der im Grundgesetz verbrieften Kunst- und Meinungsfreiheit widersprechen würde, es würde in letzter Konsequenz bedeuten, von Menschen, deren Familie oder auch Freunde nach wie vor in Russland leben, zu verlangen, diese in unkalkulierbare Gefahr zu bringen. Das kann niemand ernsthaft wollen. Aktuell drängt die Nothilfe am meisten. Doch vollkommen unklar ist, wie lange die Kriegssituation andauern

wird. Natürlich, die Geflüchteten, die hier ankommen, hegen die Hoffnung, möglichst schnell in ihre Heimat zurückzukehren, sich dort für den Wiederaufbau des Landes, für Kunst und Kultur einzusetzen. Die eilig angebotenen Integrationskurse oder auch Willkommensklassen in den Schulen für die ukrainischen Kinder und Jugendlichen werden von Geflüchteten teils kritisch gesehen, da es ihnen nicht um das Hierbleiben, sondern um die schnelle Rückkehr geht. Doch ist dies einzulösen? Müssen nicht dennoch jetzt Anstrengungen unternommen werden, um ein Ankommen in Deutschland, und dazu gehört das Erlernen der deutschen Sprache sowie für Kinder und Jugendliche der Kontakt mit Gleichaltrigen, zu ermöglichen? Gerade Angebote der kulturellen Bildung können helfen, das Erlebte zu verarbeiten, Selbstbewusstsein zu entwickeln und neue Freundschaften zu schließen. Dies alles wird es nicht zum Nulltarif geben. Es wird erforderlich sein, hierfür beträchtliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die deutsche Politik hat sich innerhalb weniger Wochen grundsätzlich verändert

Bei NEUSTART KULTUR haben die Bundeskulturfonds und Verbände gezeigt, dass sie sehr wirkungsvoll und zielgerichtet Mittel weiterreichen können. Diese Expertise sollte jetzt zurate gezogen und genutzt werden, um Unterstützungsstrukturen in Deutschland aufzubauen und zu etablieren. Die Auseinandersetzung mit dem Krieg und das Verhältnis zu unseren osteuropäischen Nachbarn muss aber über die aktuelle Situation hinausgeführt werden. Wie

kann es sein, dass die Osteuropastudien nach dem Ende des Kalten Krieges so sträflich vernachlässigt wurden? Wurde in Deutschland vielleicht viel zu lange nur auf Russland geschaut und gerieten dabei die ehemaligen Sowjetrepubliken, die inzwischen selbständige Staaten sind, ins Hintertreffen? Wurde zu lange die Hoffnung geschürt, dass sich Russland durch den Ausbau der Handelsbeziehungen in die Völkergemeinschaft einbinden lassen würde, und wurde, um den Handel nicht zu gefährden, bewusst übersehen, wie die Spielräume der Zivilgesellschaft und der Medien in Russland immer enger wurden und ein Krieg gegen ein Nachbarland geplant wurde? Die Auseinandersetzung mit diesen und anderen Fragen steht erst noch an. Dabei wird es nicht um schnelle Antworten, sondern um eine gründliche Reflexion und einen neuen Anfang der Beziehungen mit osteuropäischen Ländern und auch mit Russland gehen. Es ist gut, dass sich der Deutsche Städtetag dafür ausspricht, die bestehenden Städtepartnerschaften mit russischen Städten nicht aufzukündigen. Die Begegnungen auf der kommunalen Ebene tragen den Keim für Verständigung in sich.

Die deutsche Politik hat sich innerhalb weniger Wochen grundsätzlich verändert. Dieser notwendige Wendepunkt darf nach meiner festen Überzeugung aber nicht nur die Aufrüstung unserer Armee zur Folge haben, er muss zugleich den Anlass zu einer neuen differenzierten Ostpolitik bieten. Die Kultur kann dabei nicht nur ein wichtiger Transmitter sein, sie ist der Mittelpunkt der Debatte.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

Krieg als Erwachen aus Stereotypen?

Einordnung zum Verhältnis Ukraine-Russland-Europa

ANDRII PORTNOV

Der Einmarsch der Russlän- dischen Föderation in die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, kam für vie- le in Europa völlig überraschend. Das Undenkbare schien geschehen zu sein. Putins Aggression und die Reaktion der ukrainischen und weltweiten Gemein- schaft darauf haben uns alle vor eine Reihe äußerst schwieriger, manchmal unbequemer und wirklich schmerz- hafter Fragen gestellt. Hier soll auf drei eingegangen werden: Warum hat Putin einen massiven Krieg gegen die Ukraine begonnen? Warum hat sich die Ukraine nicht nur gegen den Aggressor gewehrt, sondern mit Würde zurückgeschlagen? Wie erklärt sich die zurückhaltende und vorsichtige Haltung der meisten west- lichen Länder, einschließlich Deutsch- lands, gegenüber der aggressiven Poli- tik Russlands?

Wie ist Putins Logik zu verstehen?

Der Krieg gegen die Ukraine ist kei- neswegs die erste militärische Invasi- on des postsowjetischen Russlands. Im August 2008 marschierten russländi- sche Truppen in Georgien ein. Im Win- ter und Frühjahr 2014 wurde die Krim unter direkter Beteiligung der russlän- dischen Armee annektiert. Im Sommer 2014 beteiligte sich die reguläre russ- ländische Armee an den Kämpfen im Donbas. Was war der Sinn all dieser mi- litärischen Operationen?

In erster Linie ging es darum, die neue politische Legitimität der rus- sischen Regierung und von Präsident Putin persönlich als »Sammler von Ländern« zu bekräftigen. Die Ukraine nimmt in dieser Logik einen besonde- ren Platz ein. Putins ständige Verwei- se auf »historische Argumente«, dass Russen und Ukrainer angeblich »ein Volk« seien, wiederholen das gängi- ge Konzept der imperialen Propagand- a der zweiten Hälfte des 19. Jahrhun- derts über das sogenannte »dreieini- ge russische Volk«, das angeblich alle Ostslawen vereint.

Solche Behauptungen von Präsident Putin und einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung Russlands lassen sich mit den Schwierigkeiten des postsowjeti- schen Russlands erklären, eine neue, nicht imperiale Version seiner Identität zu finden. Im Jahr 1997 betrachteten 56 Prozent der russländischen Bürge- rinnen und Bürger Ukrainer und Rus- sen als eine Nation (2002 waren es 76%, 2004 79%). Im Jahr 2005 wurde die Idee der »Wiedervereinigung« der Ukraine und Russlands zu einem Staat von 61 Prozent der russländischen Bürgerin- nen und Bürger positiv bewertet.

Wie Dmitri Furman bereits 2010 feststellte, hat sich das russische Na- tionalbewusstsein weder aus der im- perialen noch aus der sowjetischen Gefangenschaft befreit und betrach- tet die postsowjetischen Grenzen der Russländischen Föderation als unna- türlich und historisch ungerecht. Es er- laubt den politischen Eliten Russlands, die autoritäre Entwicklung ihres Lan- des mit der Behauptung zu rechtferti- gen, dass andernfalls – bei mehr poli- tischer Freiheit, Wahl der lokalen Be- hörden usw. – die Gefahr eines Staats- zerfalls bestünde. Dies erklärt auch die unglaubliche (mehr als 80%) Unterstüt- zung innerhalb Russlands für die An- nexion der Krim.

Putin und seine Begleiter, die sich der postsowjetischen Situation der rus- sischen Gesellschaft offenbar sehr wohl bewusst sind, haben sich als völlig un- fähig erwiesen, die Dynamik der post- sowjetischen Ukraine angemessen zu beurteilen.



Odessa, 2014

Vielfalt als Stärke

1991 wurden alle in der Ukraine leben- den Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen, religiösen oder sprachli- chen Herkunft, zu vollwertigen Bürge- rinnen und Bürgern des neuen Landes. Damals sagten viele den baldigen Zu- sammenbruch des Landes voraus und verwiesen auf die regionalen »Spaltun- gen«. Die These von den »zwei Ukrai- nern« und die Überzeugung, dass die russischsprachige Bevölkerung poli- tisch loyal zu Russland stehen würde, schienen für viele selbstverständlich zu sein. Nun die ersten Tage von Pu- tins Krieg haben endgültig gezeigt, wie simpel und weit hergeholt diese Vor- stellungen sind. Andernfalls wären die russischsprachigen Bürgerinnen und Bürger der Ukraine massenhaft auf die Seite der Besatzer übergelaufen. An- dernfalls wäre die Macht in einem so »tief gespaltenen« Land schon in den ersten Tagen der Aggression gefallen. Warum ist es nicht passiert?

Es war Putins Krieg gegen die Uka- raine, der endgültig gezeigt hat, dass sich in dem Land eine politische Na- tion als spezifisches Modell politischer Loyalität und Identität herausgebildet hat, die nicht auf Sprache oder Reli- gion reduziert werden kann. Die Einheit der Ukraine angesichts der Invasion von außen wurde nicht durch religi- öse – ich erinnere daran, dass es drei orthodoxe Kirchen im Land gibt – oder sprachliche Unterschiede beeinträch- tigt. Um Letzteres zu verstehen, muss man sich von vereinfachenden Über- tragungen des schweizerischen oder

kanadischen Modells auf die ukrai- nische Realität befreien.

In der Ukraine gibt es keine klare geografische oder historische Grenze zwischen Russisch und Ukrainisch. Ver- schiedenen soziologischen Erhebungen zufolge sprechen etwa 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung nur oder überwiegend Russisch oder nur Ukrainisch, und etwa 20 Prozent gaben an, Ukrainisch gleich- berechtigt mit Russisch zu verwenden. In der Ukraine kann man ein besonde- res Modell der »situativen Zweispra- chigkeit« beobachten, bei dem das Uka- rainische im Bildungswesen dominiert und das Russische in Politik und Wirt- schaft vorherrscht. Am wichtigsten ist, dass in der Ukraine kein direkter Zu- sammenhang zwischen der bevorzugten Sprache und der politischen oder geopolitischen Ausrichtung der konkre- ten Person besteht. Insbesondere der letztgenannte Umstand macht Putins sprachliche »Argumente« völlig losge- löst von den ukrainischen Realitäten.

Die ukrainische Vielfalt – nicht nur auf die sprachliche Vielfalt reduziert – braucht eine neue, angemessene Spra- che, um sie zu beschreiben. Anstelle stereotyper Phrasen über eine »drohen- de Spaltung« ist es an der Zeit, sie als entscheidende Quelle des politischen Pluralismus neu zu überdenken. Im Ge- gensatz zu den Nachbarländern Bela- rus und Russland hat sich in der Uka- raine im Laufe der postsowjetischen Ge- schichte eine Tradition des politischen Wettbewerbs und des ständigen Macht- wechsels entwickelt. Seit 1991 hatte das Land sechs Präsidenten, und nur einer von ihnen, Leonid Kutschma, schaffte

es, für eine zweite Amtszeit wiederge- wählt zu werden. Der derzeitige Präsi- dent Wolodymyr Selenskyj wurde mit einer absoluten Mehrheit in der gesam- ten Ukraine gewählt. Und während des Krieges erwies er sich ohne Übertrei- bung als wahrer nationaler Staatsmann.

Immer zu spät?

Im Mai 2004 fand eine große Osterwei- terung der Europäischen Union statt. Die drei ehemaligen baltischen Re- publikken der UdSSR sowie Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn wurden unter anderem in die EU aufgenommen. Ebenfalls im Jahr 2004, allerdings im Oktober, be- gann in der Ukraine die Orangene Re- volution als eine Form des friedlichen Massenprotests gegen gefälschte Prä- sidentschaftswahlen. Nach dem Sieg des pro-europäischen Kandidaten Wik- tor Juschtschenko weigerte sich die EU strikt, die Aussicht auf eine Mitglieds- chaft der Ukraine anzuerkennen. Die gleiche Ablehnung folgte 2014 nach dem Euromaidan, bei dem Europa als Hauptbezugspunkt und Symbol für Demokratie, Freiheit und Wohlstand fungierte. Die Aussicht auf eine Mit- gliedschaft der Ukraine in der EU wur- de von der Union in der ersten Woche der russländischen Aggression im Jahr 2022 endgültig anerkannt. Hätte man das nicht früher tun können?

Wie lässt sich der Rückstand Europas erklären? Insbesondere nach der An- nexion der Krim und der direkten militä- rischen Intervention Russlands im Don- bas. Die Abhängigkeit des Kontinents

von russländischen Energieressourcen? Angst vor einer Atommacht? Histori- sche Komplexe und Wahrnehmung ei- ner besonderen historischen Verant- wortung gegenüber Russland (aber nicht Belarus oder die Ukraine)? Of- fenbar ist es eine Kombination all die- ser Faktoren. Hinzu kam die allzu offe- nsichtliche Tendenz, die ukrainische Ge- schichte auf »Faschismus und Kollabo- ration« zu reduzieren, sowie die Zweifel an der Existenz der ukrainischen Na- tion selbst.

Ich bin davon überzeugt, dass es an der Zeit ist, offen über die Fehler und Verantwortlichkeiten ganzer akademi- scher Disziplinen und die Notwendig- keit einer systematischen Entwicklung der Ukrainistik zu sprechen – nicht als Negation der Russistik, sondern als kre- atives Umdenken, als Chance, endlich neue Perspektiven sowohl für die Rus- sland- als auch für die Sowjet-Studien zu sehen. In diesen Studien, wie auch in der internationalen Politik, hat die Ukraine die volle Anerkennung als voll- wertiges Subjekt der europäischen und internationalen Geschichte verdient. In den schrecklichen Tagen eines ver- heerenden und unmenschlichen Krie- ges kommt ein Moment der Wahrheit, ein Moment des Überdenkens sowohl des Völkerrechts als auch der europä- ischen Werte und Konzepte der kollek- tiven Sicherheit.

Andrii Portnov ist Professor für »Entangled History of Ukraine« an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und Mitglied des Ukrainischen PEN-Clubs

FOTO: FLORIAN BACHMEIER

»In einem großnationalen Traum gefangen«

Hans-Henning Schröder im Gespräch

Der Russland-Experte Hans-Henning Schröder spricht mit Ludwig Greven über die tieferen Gründe für Putins Krieg gegen die Ukraine, über seinen möglichen Sturz und weshalb der Kahlschlag in der deutschen Osteuropa-Forschung nach 1989 verhängnisvoll war.

Ludwig Greven: Sie beklagen, wie andere schon lange, dass die früher hohe wissenschaftliche Expertise und Forschung in Deutschland zu Osteuropa und Russland nach dem Ende des Kalten Kriegs und des Sowjetimperiums sträflich abgebaut wurde. Hätte mehr Wissen der deutschen Politik geholfen, besser zu verstehen, was sich in Russland verändert hat und was Wladimir Putin vorhatte?

Hans-Henning Schröder: Das hängt auch daran, was Politiker bereit sind, von Wissenschaftlern und aus der Gesellschaft zu lernen. Bis in die 1990er Jahre hatten wir an den Universitäten viele Lehrstühle, die sich mit der Sowjetunion und dem sowjetischen System befassten, wir hatten eine außeruniversitäre Forschung, die massiv mit Bundesmitteln finanziert wurde. Das alles ist weggebrochen. Die Lehrstühle wurden umgewidmet. Gehalten haben sich nur Regionalforscher, Slawisten und Osteuropa-Historiker.

Russland ist aber nicht irgendein Land, sondern eine bedeutende europäische und wie wir nun endgültig wissen sehr aggressive Macht. Weshalb ist dazu nicht weiter intensiv geforscht worden? Der Bund hat massiv gekürzt. 2000 wurde das von mir geleitete Ostwissenschaftliche Institut in Köln aufgelöst. Und es gab von außen keine Nachfrage. Politiker sagten mir: Jetzt ist dort Demokratie, da brauchen wir euch nicht mehr, wir fragen die jetzt selbst.

Dennoch gab es viele Kontakte zu Russland, auch durch den Bergerdorfer Gesprächskreis und andere deutsch-russische Foren, und die Medien. Und es gibt den BND. Weshalb wurde die Politik trotzdem so überrascht, warum wurde Putin so falsch eingeschätzt? Ich weiß nicht, was der BND gesagt hat. Die US-Geheimdienste haben jedenfalls sehr konkret gewarnt. Bei den russlandnahen Foren und den Parteistiftungen gab es ein unterschiedliches Bild. Spätestens seit 2010/11 war klar, dass die russische Zivilgesellschaft stark unter Druck geriet und Russland abglitt in ein autoritäres repressives System. Die Stiftungen sind damit nicht an die Öffentlichkeit gegangen, weil sie ihre Gesprächsfäden behalten wollten und weil sie selbst unter Druck gerieten. Im wissenschaftlichen Austausch gab es ebenfalls zunehmend Probleme. Wissenschaftler haben die Veränderungen gesehen, aber das sagt ja noch nichts darüber aus, wie sich ein Staatschef verhält und ob er einen großen Krieg beginnt.

Wie haben Sie es gesehen? Auch ich habe bis zum 23. Februar nicht erwartet, dass Putin eine solche Gewaltorgie starten würde. Wie andere Kollegen habe ich beobachtet, dass die russische Seite in den vergangenen Jahren immer weniger gesprächswillig war, dass sie Forderungen aufstellen, aber nicht bereit sind, Kompromisse einzugehen – in den Monaten vor dem Einmarsch verschärft. Auch die Politiker und Diplomaten in Washington und Europa mussten er-

kennen, dass Verhandlungen nichts mehr brachten. Deshalb scheiterten alle Gespräche, auch von Emmanuel Macron und Olaf Scholz mit Putin.

Was ist der Grund für diesen tiefen Wandel? Entscheidend waren die Proteste 2010 und 2011 gegen die Wahlfälschungen. Sie waren für die russische Führung ein Schock. Ab da hat sie begonnen, den Westen als Feind zu betrachten. Nicht weil er Russland militärisch bedroht, sondern weil er die Gemüter der jungen Menschen mit demokratischen, freiheitlichen Gedanken zersetzt. Schon vorher gab es die Farben-Revolutionen in Georgien und der Ukraine. Es begann daraufhin eine

Das russische Denken und die russische Kultur sind ganz anders geprägt als bei uns. Es gibt dort kaum eine demokratische liberale Tradition. Mit den sowjetischen Führern konnte man hart verhandeln und Kompromisse erzielen. Bei Putin gibt es keine Verhandlungsbereitschaft. Er und die anderen Herrschenden in Russland hatten offensichtlich in den vergangenen Jahren das Gefühl, dass sie mit dem Rücken an der Wand standen, auch ökonomisch und technologisch. Dazu kam die internationale Finanzkrise, die bewirkte, dass die Reallöhne in Russland sanken und die latente Unzufriedenheit wuchs. Und dann die Internet-Revolution. Plötzlich hatte mehr als die Hälfte der Rus-

der Ölpreis einbrach. Da war nichts mehr zu verteilen, die Spannungen in der Gesellschaft nahmen zu, die großen sozialen Unterschiede begannen zu knistern. Putin versucht dagegen zu integrieren durch seine nationale Erzählung und indem er Kritiker und Oppositionelle einsperrt oder umbringen lässt, um zu verhindern, dass die Gesellschaft und das politische System auseinanderfliegen.

Die Aggression nach außen ist also im Grunde innenpolitisch getrieben? Ja. Dazu kommt, dass er sich von westlichen Politikern nicht ernst genommen fühlte. Er sagte, die Nato soll nicht erweitert werden –



Odessa, 2014

massive nationalistische Propaganda. Rechtsnationale Propheten wurden ausgepackt, der Unterschied zwischen dem Westen und »uns Russen« wurde ständig hervorgehoben. 2014 folgte die Eroberung der Krim. Der größte Patriot war nun Putin, mit gewaltiger Unterstützung in der Bevölkerung. Das hat also funktioniert und schrie nach Fortsetzung. Wenn man sich die Reden von Putin seitdem anschaut, hat sich das immer weiter verfestigt. Er begann zurückzudenken an das Zarenreich und eine Geschichte zu konstruieren, in der sich von Wladimir dem Heiligen bis heute eine Linie durchzieht. Historisch betrachtet völliger Unsinn. Aber es wirkte. Er bläute den Russen ein, »wir waren immer die Größten, seit Peter dem Großen sind wir ein Weltreich, wir haben Hitler-Deutschland niedergedrungen«. Aus diesem Selbstbild entstand der Anspruch, wieder eine Großmacht mit Interessenssphäre zu sein. Dazu gehören Belarus, Kasachstan und vor allem die Ukraine.

Steckt neben der Angst vor dem eigenen Machtverlust dahinter eine Art nationale Kränkung, dass Russland in Wahrheit nur noch eine Regionalmacht und wirtschaftlich ein Zwerg ist? Das kann man so sehen. Jedenfalls ist es wohl ein Motiv, das Putin antreibt.

Tun sich Wissenschaftler und westliche Politiker auch deshalb so schwer mit Putin, weil sie es gewohnt sind, internationale Konflikte rational zu betrachten, als Auseinandersetzung um nationale und geostrategische Interessen, wie auch im Kalten Krieg, nicht um großnationale Wunschträume?

sen ein Smartphone und war mit der Welt verbunden. Vorher konnte die Führung durch die Presse und das staatliche Fernsehen die Öffentlichkeit kontrollieren. Nun begannen Nawalny und andere, Korruption aufzudecken und über Blogs und soziale Medien alternative Informationen zu verbreiten. Das führte dazu, dass die Zustimmung zu Putins Partei »Einig Russland« auf 30 Prozent sank. Deshalb mussten Wahlen gefälscht werden, Bürger gingen dagegen auf die Straße. Als Reaktion wurden das Internet kontrolliert und Trollfabriken gegründet. Und es wurde eine nationalistische Ideologie geschaffen, die anknüpft an eine lange russische Geschichte von Slawophilen und Rechtsnationalisten auch in der Sowjetzeit. Jetzt haben wir es mit einer Schicht von Herrschenden zu tun, die in ihrem eigenen Traum gefangen ist und da nicht mehr rauskommt.

Als Putin 2000 an die Macht kam und in seiner Rede im Bundestag 2001 hat er noch anders geredet. Weshalb hat er sich so verändert, oder hat er sich gar nicht geändert? Da kamen zwei Dinge zusammen. Unter Boris Jelzin ist in Russland binnen weniger Jahre eine extrem ungerechte Gesellschaft entstanden. Wenigen Oligarchen gehörte mehr als Hälfte des Volksvermögens. Putin wurde dadurch populär, dass er gegen einige der Oligarchen vorging und dass ab 2000 der Ölpreis stark stieg. Geld floss in die Staatskasse, er konnte Wohltaten verteilen. Der Sozialvertrag hieß ab da: Ihr mischt euch nicht in die Politik ein, wir versorgen euch. Dieses Herrschaftsmodell endete mit der Finanzkrise 2008, als

wir haben sie erweitert. Das wollten vor allem die Sicherheitspolitiker, und die Polen und anderen Osteuropäer wollten unter den Schirm des westlichen Bündnisses. George W. Bush hat das Abkommen über die strategischen Atomwaffen aufgekündigt, das Abschreckungssystem funktionierte nicht mehr. Barack Obama nannte Russland eine Regionalmacht – was der Realität entspricht, aber unklug war. Und Donald Trump kündigte den INF-Vertrag über die Mittelstreckenraketen. Das waren alles Punkte, bei denen man in Moskau den Eindruck hatte, der Westen knallt uns vor den Koffer.

Ist Putin Alleinherrscher? Gibt es noch Leute, die ihn beeinflussen, stoppen, gar stürzen können? Putin war bis zum Kriegsbeginn der einzige Politiker, der in der russischen Bevölkerung breites Vertrauen und Akzeptanz genoss. Das hat er gewonnen vor allem durch die fetten Jahre 2000 bis 2008. Und er ist der Einzige, der das Elitenkartell, das Russland seit der Jelzin-Zeit beherrscht, integrieren konnte. Dazu gehören Banker, Öl-, Gas- und Nickel-Fürsten, die Leiter der Geheimdienste, die Führer des Militärs und Gouverneure großer Regionen. Die handeln die Politik intern aus. In der Ukraine ist es ähnlich, nur wurden da die Konflikte öffentlich ausgetragen. In Moskau hat Putin diesen kleinen Zirkel lange Zeit intelligent moderiert und eine Balance zwischen den verschiedenen Fraktionen hergestellt. Das hat sich verschoben, es sind immer mehr Geheimdienstler und Beamte hineingekommen. Seit Corona hat sich Putin immer mehr isoliert.

Wenn nun aber Teile der Führung zur Überzeugung kämen, er müsse abgelöst werden, weil er Russland zugrunde richtet: Wer könnte ihm nachfolgen? Ein Nachfolger müsste erstens vom Volk akzeptiert werden. Da sehe ich im Moment niemanden, auch weil die Bevölkerung sehr unzufrieden ist und unter den Folgen des Kriegs und der Sanktionen massiv leidet. Und er müsste zweitens einen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Fraktionen der Elite herstellen. Das wird ebenfalls schwierig.

Kann Putin das noch? Er hat kaum noch Kontakte und trifft offensichtlich immer einsamer Entscheidungen. In Moskau wird kolportiert, dass selbst führende Leute im Präsidialamt nichts wussten von seinem Einmarschbefehl.

Müssten die Oligarchen und die Militärführung nicht rebellieren, weil er ihren finanziellen Interessen massiv schadet, da Russland nun bald ganz von der Weltwirtschaft abgeschnitten ist und die russische Armee in der Ukraine starke Verluste erleidet, ihr sogar eine Niederlage droht? Früher hätte Putin abgefragt, was der Krieg für die Exporte und die Finanzmärkte bedeuten würde. Das hat er offensichtlich nicht gemacht. Er hat weder den Wirtschaftsminister noch die Chefin der Zentralbank konsultiert, sondern mit seinem Generalstabschef einen schnellen Sieg geplant. Nun ist er politisch im Grunde tot, er weiß es nur noch nicht. Man hat den Kadaver noch nicht weggetragen. Eine Reihe von Oligarchen hat durchblicken lassen, dass sie den Krieg für verhängnisvoll halten. Das sind klare Signale. In der Führung und bei denen, die ökonomisch das Sagen haben, ist klar, dass sie den Krieg verloren haben, selbst wenn Putin ihn militärisch gewinnen sollte, weil er Russland wirtschaftlich an die Wand gefahren hat.

Wie und wann könnte er stürzen? Erst wenn der Krieg vorbei ist. Jeder, der ihn vorher stürzt, würde für die Niederlage verantwortlich gemacht. Es braucht dann einen neuen Führer, der im Westen Vertrauen gewinnt und dafür sorgt, dass die Sanktionen zurückgenommen werden. Das wird nicht leicht, auch weil niemand zu erkennen ist, der das Machtkartell in Moskau wie Putin einigen kann.

Kann es sein, dass Putin, wenn er auch intern in die Enge getrieben wird, zu Atomwaffen greift? Die Frage, ob er sich zu einem kollektiven Selbstmord entschließt, wenn er merkt, dass er am Ende ist, ist berechtigt. Ich weiß nicht, wie viel Ratio er noch besitzt. Was uns retten könnte ist, dass Russland wie die Sowjetunion und USA ein abgestuftes System hat für das Auslösen eines Atomkriegs. Ich hoffe inständig, dass Generalstabschef Waleri Gerassimow, der den letzten Knopf drücken muss, ihn verhindern würde.

Vielen Dank.

Hans-Henning Schröder war bis 2014 Wissenschaftlicher Direktor am Deutschen Institut für internationale Politik und Sicherheit in Berlin und lehrte Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa an der Freien Universität Berlin. Er war Mitherausgeber der »Russland-Analysen«. Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor

»Die Stunde, zu spüren, was Frieden und Menschlichkeit bedeuten«

Katja Petrowskaja
im Gespräch

Die Schriftstellerin und Journalistin Katja Petrowskaja wuchs in Kiew auf. Seit 1999 lebt sie in Berlin. Sandra Winzer spricht mit ihr über den Krieg in ihrem Geburtsland.

Sandra Winzer: Frau Petrowskaja, wie geht es Ihnen im Moment?
Katja Petrowskaja: Es ist solch eine Katastrophe, dass man sich gar nicht richtig selbst fühlt. Ich und die Menschen um mich herum, wir sind alle im Schockzustand und arbeiten durchgehend, um den Krieg anzuhalten und Menschen zu helfen.

In Ihren Werken haben Sie sich auch in der Vergangenheit immer wieder mit politischen Konflikten beschäftigt. Erst vor wenigen Tagen schrieben Sie in der FAZ über den »Ukrainischen Widerstand«. Welche Art von Widerstand wünschen Sie sich für die Ukraine?
Es geht um Krieg. Der Widerstand in der Ukraine ist beispiellos. Dabei geht es nicht nur um Armee und territoriale Verteidigung. Die Menschen wollen nicht zu Sklaven werden, sie möchten nicht Teil des Imperiums von Putin sein. Meine Freunde sind noch in Kiew, niemand von ihnen möchte fliehen. Es ist ein Widerstand, und sie helfen allen, die geblieben sind. Trotz der voranrückenden ich kann nur schwer darüber sprechen.

Was bekommen Sie aktuell mit?
Die Menschen in der Ukraine verstehen nicht, was die russische Armee dort zu suchen hat. Mittlerweile ist seit 22 Tagen Krieg – und obwohl man meinen könnte, es trete Gewöhnung ein, ist jeder Moment so schlimm wie am ersten Tag. Und es eskaliert weiter. Geburtshäuser und Wohnhäuser werden beschossen, das ist kaum zu erklären, sogar das Theater im Mariupol mit tausend Frauen und Kindern! Es gibt Menschen, die sagen: »Die Ukraine muss kapitulieren, dann wird alles gut.« Russland wird aber nicht stoppen, das zeigt die Kette der bisherigen Ereignisse, und Russland ist für all die Opfer verantwortlich. Dieser Krieg handelt von irrationaler Gewalt. Niemand möchte unmenschliche Monster an der Macht haben, niemand möchte Versklavung. Das meine ich weder pathetisch noch heldenhaft: Die Menschen in Kiew stehen dort für ihr freies Leben ein.

Bisher hat, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, nur ein Bruchteil der ukrainischen Menschen das Land verlassen. Sie stehen mit Freunden und Verwandten in Kontakt. Auf welche Weise versuchen Sie, ihnen eine Stütze zu sein?
Seit dem ersten Tag des Krieges habe ich das Gefühl, dass wir eine gemeinsame Mühe aufbringen müssen. Alle arbeiten an Frieden, es entstand eine Art dezentralisierte Kreativität. Ruft eine Familie nach Hilfe? Hat eine alte Frau keine Medikamente? Oder muss ein Waisenhaus evakuiert werden? Wir kämpfen für den Erhalt des Lebens. Ich habe Medikamente besorgt, auch Rettungswesten für Journalisten; habe Geld gesammelt, Übersetzer und Krisenpsychologen gesucht. Ich habe einen Brief in den Vatikan verschickt, alte einsame Menschen kontaktiert. Es gibt tausendfach verrückte Aufgaben.

Ein paarmal war ich am Bahnhof in Berlin und war so erstaunt, wie viele Menschen dort halfen. Menschen, die nie in der Ukraine waren oder mit dem Land etwas zu tun hatten. Dabei geht es nicht um Mitleid, sondern um aktive Hilfe. Es ist überwältigend. Ich sehe es als meine Aufgabe, die Menschen auch in Deutschland zu unterstützen. Denn dieser Krieg und die Folgen werden uns noch lange begleiten. Der Groll ist unermesslich. Bei mir zu Hause leben auch Geflüchtete, auch meine Mutter kommt bald. Und niemand weiß, wann man zurückkann.

Und Ihre Freunde in Kiew?
In der Ukraine selbst rücken die Menschen zusammen. Freunde von mir – eine Flamencotänzerin, eine Kunstmanagerin, eine Ärztin, eine Psychologin – sie alle sind in der Ukraine gerade zusammen in einer Wohnung. Sie rücken zusammen, um den Krieg zu überstehen und um weniger Angst

Stärke«. Damit meinten Sie allerdings nicht die absolute Eskalation, oder?
Was ich sehe: Putin braucht keine Anlässe unsererseits, um zu eskalieren. Er geht den Weg der ständigen Eskalation aufgrund von Vermutungen und Lügen; so beschießt er friedvolle Städte, weil er dort Faschisten vermutet. Ist Putin nicht längst in einem Krieg mit der Nato angekommen? Wir alle, auch ich, haben Angst vor sinnloser Eskalation. Gleichzeitig bin ich sicher: einfach »auf den Knopf« zu drücken, ist sehr schwierig. Trotzdem sieht Putin, dass wir Angst haben. Wir müssen unsere Städte schützen. Dafür gibt es auch juristische und völkerrechtliche Optionen. Russland, USA und Großbritannien haben 1994 das Budapester Memorandum unterschrieben, das die Souveränität und die Sicherung der ukrainischen Grenzen garantieren soll. Jetzt hat Russland den Krieg initiiert und die USA und Großbritannien, was machen sie?



Bachtschyssaraj, 2014. Ausreisende nach der Annexion der Krim

zu haben und sie alle arbeiten als Freiwillige und beliefern Bedürftige mit Lebensmitteln.

Aktuell werden Sie von vielen Medien zum Krieg befragt. Kommt es Ihnen merkwürdig vor, sich von hier, aus der »Wiege der Sicherheit«, zu äußern? Oder empfinden Sie sich als Sprachrohr? Wie geht es Ihnen damit?
Jede Form von Hilfe ist wichtig, auch, wenn es »nur« Aufklärung ist. Ich arbeite gerade als Informationsquelle, verbinde viele Menschen und finde konkrete Hilfe wichtiger als das Wort. Doch Interviews sind wichtig, besonders für Aufklärung. Ich beschäftige mich gerade mit vielen Menschen, die unheimlich viel Einsatz zeigen. Nicht nur bei uns im Land zeigt sich eine große ethische Haltung. Ich spüre, dass wir als Bevölkerung auf der höchsten Stufe versuchen, alles zu geben, um den Krieg zu stoppen. Manchmal äußere ich mich scharf gegenüber der Politik, eventuell zu scharf. Das ist aber ab und an nötig, um Veränderung anzustoßen.

Bei »Anne Will« etwa haben Sie vor wenigen Tagen gesagt: »Jetzt sind wir alle mehr oder weniger in der Falle«. Dabei riefen Sie dazu auf, nicht zu zögern, wortwörtlich sagten Sie: »Putin versteht nur

Sie sollten die Ukraine schützen, das wäre ihre Pflicht nach dem Abkommen. Ich glaube aber, zumindest der Himmel über der Ukraine sollte geschlossen werden.

Auch Waffen fehlen in der Ukraine sagten Sie in einem Interview ...
Ein weiterer Punkt, ja. Es fehlen sogar kugelsichere Westen an der Front; teilweise sogar einfachste Hauben. Freunde von mir – Umweltschützer, Fotografen, Dichter – stehen an der Front oder in lokaler Verteidigung, manche nur mangelhaft geschützt. Zwar hilft der Westen, aber es kann noch mehr passieren, etwa das komplette Embargo von Öl und Erdgas. Wir müssen Putin zwingen, die Truppen zurückzuziehen.

Ein Satz von Ihnen aus einem Zeitungsartikel blieb mir im Gedächtnis: »Es war noch nie so klar, was gut und was böse ist.« Beschreiben Sie bitte das Gute und das Böse.
Für diesen bösen Krieg gibt es keinen Grund. Er bedeutet reinen Machterhalt für Putin. Ein Mann, der im Namen des Antifaschismus ein friedliches Land angreift, die Zivilbevölkerung beschießt und dabei Kinder sterben, ist für mich das Böse. Weil er die Existenz eines freien Landes angreift, das Leben an sich.

Das Gute sehe ich in den ukrainischen Menschen. Hierbei ist wichtig: Es geht nicht um meine persönliche Ideologie; die Menschen in der Ukraine möchten selbst bestimmen, wie sie leben sollen. Putin beschießt nun Geburtshäuser, Wohnhäuser oder schickt Raketen in historische Orte. Das bedeutet für mich Missbrauch all der Toten des Zweiten Weltkrieges; jener Menschen, die uns unser Leben geschenkt haben. Viele haben ihr Leben gelassen, um den Nachkommen Frieden zu schenken. Putin hat quasi alle Werte der humanistischen Kultur missbraucht.

Wie sieht ein Tag bei Ihnen aktuell aus? Mit welchen Gedanken stehen Sie morgens auf, wie entstehen Ihre Hilfsaufgaben und was können andere tun?
Viele Menschen kommen auf mich zu und fragen mich nach Dingen. Das können Nachtsichtgeräte sein, Netzwerkverbindungen, Transporte für

fen, die russisch sprechen, weil sie aus dem Osten der Ukraine kommen. Es muss egal sein, welche Sprache die Menschen sprechen. Sie alle suchen Schutz und Hilfe. Auch Menschen aus Russland können wir zeigen, was gerade für eine Tragödie passiert und dass es Chancen gibt, Menschen zu helfen.

Sie haben in der Vergangenheit auch für verschiedene russische Medien geschrieben ... das heißt, einen Bruch zu Russland empfinden Sie nicht?
Doch, es gibt einen Bruch. Ich habe, wie viele, gehofft, dass mehr Menschen in Russland auf die Straße gehen, auch wenn es gefährlich ist. Dass neue Formen von Protest gefunden werden. Ich warte aber wohl auf ein Wunder.

Haben Sie Situationen erlebt, in denen es Angriffe auf scheinbar russische Menschen gab?
Nicht direkt, nein. Ich habe aber einige Geschichten von provokanten Kommentaren gehört. Manche hören eine slawische Sprache und verbinden sie gleich mit Russland. Ich glaube, dass Aufklärungsarbeit hier unerlässlich ist, auch in der Schule. Es geht nicht um »Hass gegen Russen«. Es gibt viel Propaganda, aber es gibt auch nicht propagierende Menschen oder sogar bereits früher vor Putin geflüchtete. Diese Menschen können nichts für den Krieg.

Was können wir tun, um die aktuellen Schreckensszenarien zu durchbrechen?
Hilfe leisten und hoffen, dass der Krieg sich nicht weiter ausbreitet. Was ich am Berliner Bahnhof gesehen habe: Viele der geflüchteten Menschen waren noch nie im Ausland. Sie kommen teilweise mit nur einem Rucksack und Kleidung aus den 1960er Jahren. Wir brauchen jetzt noch viel Ausdauer, auch hier. Ich hoffe, dass all das bald vorbei ist und viele Ukrainerinnen und Ukrainer wieder zurück nach Hause können. Denn das wünschen sie sich. Und dafür wünsche ich ihnen und uns Kraft.

Abschließend – was möchten Sie noch sagen?
Von der Hilfsbereitschaft in Europa bin ich überwältigt. Viele Menschen, auch viele Politiker, nehmen sich den Krieg zu Herzen und geben sich Mühe. Die Geschehnisse werfen aktuell Gedanken zum Zweiten Weltkrieg auf. Und leider funktionieren parlamentarische Methoden nicht mehr. Demokratie muss sich mit Waffen schützen und die Ukraine schützt nun auch Europa. Wir müssen den Himmel über der Ukraine schließen, mit Waffen helfen, uns für das totale Embargo einsetzen. Wenn die Ukraine dem standhält, ist der Frieden auch hier gesichert. Ich glaube, jetzt ist die Stunde, zu spüren, was Frieden und Menschlichkeit wirklich bedeuten. Das ist das, was jetzt wirklich auf dem Prüfstand steht.

Vielen Dank.

Katja Petrowskaja ist Ukrainerin, deutsche Schriftstellerin, Literaturwissenschaftlerin und Journalistin. Sie ist in Kiew aufgewachsen und lebt seit 1999 in Deutschland. Sie arbeitet unter anderem als Kolumnistin der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Sandra Winzer ist ARD-Journalistin beim Hessischen Rundfunk



Wylkowe, 2014

FOTO: FLORIAN BACHMEIER

»Jetzt ist der Zeitpunkt für Austausch«

Lena Gorelik im Gespräch

Die Autorin Lena Gorelik wurde 1981 in Sankt Petersburg geboren, kam 1992 zusammen mit ihrer russisch-jüdischen Familie als »Kontingentflüchtling« nach Deutschland, wo sie in Baden-Württemberg zur Schule ging. Nach ihrer Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München absolvierte sie an der Ludwig-Maximilians-Universität den Studiengang »Osteuropastudien«. Heute lebt sie mit ihrer Familie in München. Sven Scherz-Schade spricht mit ihr über den Krieg in der Ukraine.

Sven Scherz-Schade: Die Ukraine ist in einem Angriffskrieg von Putin-Russland überfallen worden. Die Menschen in der Ukraine erfahren großes Leid. Es gibt Verletzte, Tote, viele sind auf der Flucht. Wie nehmen Sie die Nachrichten auf und haben Sie Kontakte zu Betroffenen?

Lena Gorelik: Momentan bin ich mittdrin, über verschiedene Kontakte und Quellen Menschen aus der Ukraine irgendwie herauszubringen, zu helfen und bei der Unterbringung zu vermitteln. Ich habe mich gewissermaßen in einen Aktionismus gestürzt. Der wurde wohl dadurch ausgelöst, dass ich nach drei Tagen blindem Nachrichtensehen etwas tun musste. Ich kann nicht wochenlang zuschauen. Wo ich helfen kann, helfe ich. Ich habe eine Familie untergebracht, die ein Kind mit einer Beeinträchtigung hat. Daraufhin hat sich sofort jemand, den ich gar nicht kannte, gemeldet, der sagte, dass er eine weitere Familie mit einer taubstummen Person habe, die auch untergebracht werden müsse; so führt ein Kontakt, eine Vermittlung zur nächsten. Ich habe selbst keine Verwandten in der Ukraine, habe aber Freunde mit vielen Verwandtschaften dorthin. Die habe ich auch gefragt, ob sie Hilfe brauchen. Bei einem Transport von Flüchtlingen habe ich übersetzt. Ich spreche russisch und die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer sprechen auch russisch. Es war ja – wenn man das so sagen kann – »lange genug« Landessprache in der Ukraine. Gestern habe ich deutsche Familien besucht, die Flüchtlinge aufgenommen haben und sich aber, weil sie kein russisch sprechen, nur schwer verständigen können. Also bin ich hin und habe geholfen, die gerade wichtigsten Fragen zu klären.

Welche Rolle spielt im Zusammenhang mit dem Krieg gegenwärtig für Sie das Schreiben?

Zum Aktionismus gehört auch, dass es das einzige ist, worüber ich thematisch schreiben kann. Ich habe schon vor Wochen für diese Tage eine Buchbesprechung zugesagt. Aber es erscheint mir jetzt so unsinnig, dieses Buch zu besprechen, das so gar nicht mit dem Thema Ukraine zu tun hat. Ich habe vom ersten Tag des Überfalls an geschrieben und versuche einerseits, die Lage mit meinem Wissen zu erklären als jemand, die aus Osteuropa stammt, andererseits versuche ich, das Geschehen emotional zu erfassen, soweit das eben geht in diesem Ausnahmezustand.

Die deutsche Kulturszene – und generell die in der EU – hat mit großer Solidarität für die Ukrainerinnen und Ukrainer reagiert. Man ist gegen Putins Aggression. Gibt es Statements oder Texte von Schriftstellerkollegen, die Sie besonders erfreut oder auch enttäuscht haben?

Tatsächlich habe ich keine Stimmen pro Putin wahrgenommen. Was es aber in der Kulturszene durchaus gibt, ist eine Pauschalisierung. Es werden russische Künstlerinnen und Künstler pauschal ausgeladen. Das finde ich problematisch und kontraproduktiv für jegliche Entwicklung. Es gibt Stimmen, die direkt in die Cancel Culture führen: Wer sich nicht von Putin distanziert, wird sofort ausgeladen! Das den Menschen abzuverlangen, die in Russland leben, ist hochproblematisch. Sie müssen bei ihrer Rückkehr nach Russland mit Verhaftung oder anderen Repressionen rechnen. Russische Kunstschaaffende sind Menschen, die in Russland Familie, Kinder, Freunde haben, die dann in der Folge auch Repressionen erfahren können. Ich halte es für ganz schön privilegiert, in Deutschland zu sitzen und zu fordern, jeder solle sich öffentlich von Putin distanzieren. Ich bin nicht Veranstalterin, aber ja – ich würde auch niemanden einladen, der sich pro Putin äußert. Aber eine Distanzierung vorab – wie so eine reine Weste, die man vorzuzeigen hat – abzuverlangen, kann man nicht einfordern. Ich weiß nicht, was deutsche Künstlerinnen und Künstler sagen

würden, wenn man ihnen in den USA ein Blatt vorlegt mit der Aufforderung »Jetzt bitte einmal unterschreiben, dass Sie gegen die Anschläge von Halle und Hanau sind. Ansonsten dürfen Sie nicht auf die Bühne«. Dieses Pauschalisieren, Russinnen und Russen gleich Putin, ist falsch und verhindert jeden Dialog, jedes zukunftsorientierte Denken. Gerade jetzt muss man Künstlerinnen und Journalisten, die ihre Stimme in den vergangenen Wochen noch so gut es ging erhoben haben, unterstützen. Es ist die einzige demokratisierende Hoffnung für Russland. Russland ist ein sehr großes Land mit einer sehr großen Macht. Es ist im Interesse der ganzen Welt, dass dieses demokratische Aufkeimen nicht gänzlich erstickt wird.

Wie könnte so etwas aussehen? Sollte man gerade jetzt russische Künstler besonders hören?

Ja. Beispielsweise ein deutsch-russisch-ukrainisches Festival oder Ähnliches. Man darf sich nicht auspielen lassen von Putins Machenschaften, die dahin polarisieren, wer für die Ukraine ist, wäre gegen Russland.

Die Kontakte nach Russland sind aber momentan abgebrochen, auch in der Kultur, obwohl in Deutschland viele wissen, dass ja gerade in der russischen Kulturszene sich demokratische und antiautokratische Leute aufhalten. Müssen die jetzt den Preis bezahlen, den Putins blutige Rechnung aufgemacht hat?

Ja. Ganz viele sind geflohen. Ein paar aber wollen nicht fliehen. Sie sagen, wenn sie gehen, gibt es niemanden mehr, der für ein freies, demokratisches Russland kämpft. Diejenigen, die geflohen und jetzt in Georgien, Lettland, Litauen und anderswo sind, sagen »Ich habe kein Land mehr«. Sie wollen nicht in ein Land zurückkehren, in dem man einen Krieg nicht »Krieg« nennen darf. Das sind Menschen, die in den vergangenen Jahren auf eine unglaublich mutige Weise gekämpft haben, immer in dem Wissen, es kann sie und ihre Familie treffen. Sie stehen jetzt vor einem Scherbenhaufen und haben kein Zuhause mehr.

Kann die Kultur, insbesondere Publizistik und Belletristik, trotz Krieg zivilgesellschaftliche Kräfte stärken, um weiterhin Austausch zu ermöglichen? Die Türen der Diplomatie sind ja bis auf Weiteres erst mal zugefallen.

Ich glaube, dass genau jetzt der Zeitpunkt für diesen Austausch ist. Wenn ich jetzt »Nein« sagen würde, würde ich auch nie wieder etwas schreiben. Ich glaube an die Kraft des Wortes, die Kraft des Erzählens und an die Empathie, die daraus entsteht. Gerade das Literarische ermöglicht ja etwas, was sich oft nicht in einem objektiv angelegten Zeitungstext formulieren lässt, nämlich Emotionen zu vermitteln. Kultur bringt Menschen auf eine Weise zusammen, die über der Politik steht, weil es dabei um Schönheit der Kunst geht, um Abstraktionen, um Denken abseits von Konventionen, und auch um Fragen, die offene Antworten zulassen. Kultur schafft eine andere Begegnungsebene. Jetzt müssen Geschichten erzählt werden, und jetzt wären Festivals der Begegnung wichtig. Die Stimmung jetzt, heute – dass so viele am Bahnhof stehen und die Flüchtenden freundlich empfangen – wird sich, das befürchte ich, auch wieder drehen. Auch deshalb muss man mit solchen Festivals jetzt beginnen und nicht erst, wenn es zu spät ist.

Dass ich Sie interviewe, hängt damit zusammen, dass Sie in St. Petersburg geboren wurden und ich die Vorstellung habe, Sie hätten dadurch eine besondere Beziehung zu dem russisch-ukrainischen Krieg. Ist dem so? Oder unterstelle ich Ihnen da etwas?

Ich äußere mich ja häufig zu politischen und gesellschaftlichen Debatten. Der Krieg nimmt mich sehr mit und das würde er auch, wenn ich nicht von dort käme. Aber er betrifft mich natürlich auf eine andere Weise: Ich bin in einem sowjetimperialistischen Denken aufgewachsen. Dazu gehörte einerseits die Erzählung, dass wir alle Sowjetmenschen sind, eben nicht Russinnen oder Ukrainer, aber eben auch dass wir Schwestern und Brüder sind. Für mich fühlt sich der Krieg manchmal so absurd an, als würden die Bayern die Hessen angreifen. Putin zerstört ja nicht nur die Ukraine. Er zerstört gerade auch Russland. Jede

demokratische Erfahrung, die in den vergangenen Jahren gemacht wurde, wird kaputt gemacht. Die unabhängige Presse gibt es einfach nicht mehr. Menschen haben Angst, sich zu äußern. Menschen verarmen.

Was macht dieser Krieg jetzt mit Ihrem Migrationshintergrund?

Ich kenne auch Fluchterfahrung. Ich bin zwar unter ganz anderen Umständen – nicht im Krieg – geflüchtet, aber ich kenne das Gefühl, irgendwo anzukommen, die Sprache nicht zu beherrschen, nichts zu haben, nichts zu wissen. Die Schicksale der Flüchtenden berühren mich deshalb auf einer anderen, sehr persönlichen Ebene. Russland ist nicht mein Land. Aber es ist das Land, aus dem ich herkomme. Es trifft mich deshalb persönlich, dass all der Putin-Terror im Namen Russlands geschieht.

Alle sind gegen den Krieg. Bei der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine jedoch trennen sich die Meinungen bereits, da stehen nicht mehr alle bedingungslos dahinter. Von George Orwell stammt ein Zitat: »Am schnellsten beendet man einen Krieg, indem man ihn verliert.« Haben Sie dazu eine Meinung oder halten Sie sich aus solchen militärtaktischen Überlegungen lieber raus?

Ich halte mich bei dieser vereinfachten Diskussion pro/contra zurück. Die Frage, wer welche Waffen in welcher Form und welchem Umfang liefert, ob man dafür oder dagegen ist, wird oft sehr polemisch und überhaupt nicht differenziert diskutiert. Ich glaube allerdings, dass die gegenwärtigen Sanktionen nicht ausreichen. Ich schätze Putin so ein, dass er sich überhaupt nicht darum kümmert, ob es innenpolitisch Unzufriedenheit gibt. Sanktionen, die die Bevölkerung treffen, üben auf Putin keinen Druck aus, der internationale Geldfluss vielleicht aber schon. Deshalb sollte Deutschland die Gasimporte dringend stoppen.

Vielen Dank.

Lena Gorelik ist Autorin und Essayistin. Sven Scherz-Schade ist freier Journalist und arbeitet unter anderem zum Thema Kultur für den Hörfunk SWR2

Koordinieren, verbinden, unterstützen

Das ifa-Engagement zur Ukraine

GITTE ZSCHOCH

Ich möchte von Yvor Smirnow erzählen. Seit Beginn des Krieges haben er und sein Team viel zu tun, weil endlich Verwendung findet, woran sie seit Jahren arbeiten: Mit seiner NGO sammelt er akribisch belegbare Informationen zu Vermögenswerten, ausländischen Fonds und Konten der Mitglieder der russischen Regierung und anderer Menschen aus Putins Umfeld. Dass die Sanktionen schnell und zielgerichtet beschlossen werden konnten – das ist auch möglich Dank der Arbeit von Yvor Smirnows NGO.

Es sind zivilgesellschaftliche Akteurrinnen und Akteure wie diese, die Veränderungen in Gesellschaften anstoßen, die Verbindungen zwischen Menschen und über Ländergrenzen hinweg

sprachen vom Handeln. Manche Künstlerinnen und Künstler, so erfuhr man, greifen zu den Waffen. Andere beobachten, dokumentieren. Manche haben das Metier gewechselt und machen Kinderbücher. Fragt man, was die Kolleginnen in der Ukraine derzeit brauchen, antworten manche: kugelsichere Westen. Waffen. Flugverbotszone. Alle Verbindungen zu Russland kapfen. Auch zu Kunstschaaffenden. Was können, sollen Institutionen jetzt tun? Darauf sollte ich antworten. Wir wollen den Ereignissen nicht vorgereifen, keine dauerhaften Programme entwickeln. Gleichzeitig verlassen Menschen das Land, sie kommen hier an, sind da. Oxana Matiychuk, die aus ihrem Keller in Czernowitz zugeschaltet war, brachte es auf den Punkt: Eine gute und geordnete Integration von Geflüchteten in Europa sei nicht die Integration in Europa, für die die Ukrainer seit dem Maidan kämpfen.

werden wir gemeinsam mit den ukrainischen Künstlerinnen und Kulturarbeitern erarbeiten. Außerdem müssen wir klären, wie wir ein Handeln für und in der Ukraine weiterhin ermöglichen können, von Deutschland aus, aber auch aus den Nachbarländern, von überall her. Denn mit den Herzen und Köpfen werden die Menschen weiterhin in ihrem Herkunftsland sein und dort wirken wollen.

Einzelnen Akteurinnen und Akteuren möchten wir daher die Möglichkeit eröffnen, gesichert, von hier aus, die Arbeit in ihren Ländern – in der Ukraine, aber auch Belarus und Russland – fortzusetzen.

Unser Vorschlag, für Journalistinnen, Kunstschaffende und Engagierte, die sich aktiv und unter oft enormen Risiko für Menschenrechte, Demokratie, Antirassismus, Antidiskriminierung und eine offene Gesellschaft einsetzen, ein Schutzprogramm aufzusetzen, ist von



FOTO: FLORIAN BACHMEIER

Mariupol, 2014. Unterkunft für Kriegsflüchtlinge aus dem Donbass

schaffen. Wo es starke Zivilgesellschaften gibt, können Regimes nicht einfach durchregieren. Es sind Menschen wie Yvor Smirnow – den Namen habe ich geändert, um ihn zu schützen –, die ihr Leben dafür einsetzen, das Putin-Regime zu Fall zu bringen. Menschen wie ihn unterstützen wir seit Jahren in ihrer Arbeit in und außerhalb von Russland.

Warum fange ich mit Russland an, wenn es um die Ukraine geht? Vor wenigen Tagen haben wir uns am ifa mit mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen darüber ausgetauscht, wie wir reagieren auf den Angriffskrieg in der Ukraine. Immer wieder wurde ein Punkt stark gemacht: dass wir als internationale Kulturorganisation eine besondere Verantwortung darin haben, den Blick weiter zu fassen. Herauszuzoomen auf die weltweite Situation: Wie helfen wir unseren Partnerinnen und Partnern in Afghanistan, das Land sicher zu verlassen und hier anzukommen? Was ist mit den Menschen in Syrien, Jemen? Was ist mit den Menschen, die die Ukraine verlassen haben – ohne ukrainischen Pass? Roma, Studierende aus afrikanischen Ländern, die teils anders behandelt werden.

Ukraine: Was können wir tun?

Zwei Wochen nach Kriegsbeginn war ich eingeladen auf ein Podium. Was kann der Kultursektor tun angesichts des Krieges? Die Panelisten, die das Literaturhaus Stuttgart versammelt hatte,

Koordinierungsstelle Kulturhilfe Ukraine

Was wir auf jeden Fall tun können: vermitteln, verbinden, vernetzen. Während die basalen Ankunftsstrukturen von anderen Stellen aufgebaut werden, fokussieren wir uns auf die Menschen, mit denen wir immer zusammenarbeiten – die aus der Kunst und Kultur. Auf Initiative der Ministerin Theresia Bauer haben das ifa und das baden-württembergische Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst daher für Kunst- und Kulturschaaffende aus der Ukraine eine Koordinationsstelle aufgebaut, die Kontakte und temporäre oder dauerhafte Anschlussperspektiven benötigen. Zugleich sammeln wir in der »Kulturhilfe Ukraine« Unterstützungsleistungen, die von Personen und Organisationen in der Kunst- und Kulturszene in Baden-Württemberg angeboten werden: Unterkünfte, Proberäume, Produktionsmöglichkeiten. Und matchen dann beide Seiten miteinander.

In der Zusammenarbeit mit dem Ministerium erreichen wir im Bundesland nicht nur die großen, gut vernetzten Kulturorganisationen, sondern auch kleinere Museen, Theater und soziokulturelle Vereine. So gehen wir auch in die Tiefe und Breite der Kulturlandschaft. Gut vernetzte ukrainisch-deutsche Partnerinitiativen helfen, auch in ukrainischen Kreisen auf das Angebot hinzuweisen. Welche Unterstützungsleistungen wir in der Folge anbieten,

der baden-württembergischen Landtagspräsidentin Muhterem Aras aufgegriffen worden. Das Programm arbeiten wir gerade aus.

Europäische Vernetzung

Die Auswirkungen des Angriffskriegs auf die Ukraine betreffen nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt. Globale Krisen brauchen globale Lösungsansätze. Waren wir im Handeln und im Aufsetzen der Koordinierungsstelle schnell, weil wir kurze Wege hatten, so dauert die europäische Vernetzung bisher noch länger. Aber sie ist umso wichtiger, um mehr Wirkungskraft zu entfalten. Im Mai werden wir uns mit den anderen europäischen Kulturinstituten im EUNIC-Netzwerk in einem Workshop austauschen, welche Perspektiven für afghanische Kulturarbeitende eröffnet werden können. Welche guten Beispiele für künstlerische Eingliederung, Ko-Kreation und Handlungsermächtigung gibt es in Europa und Asien – überall dort, wohin afghanische Kunstschaffende geflüchtet sind? Und was können wir davon für die Situation der Ukraine lernen und übertragen? Wenn die Krisen sich schon häufen, sollten wir wenigstens unsere Erfahrungen sich gegenseitig befruchten lassen.

Was ist also nun die Aufgabe im internationalen Handeln in der Kultur angesichts dieses Krieges mitten in Europa? Klassische Diplomatie kann man

Zeitenwende

Drei Fragen an Gabriele Woidelko von der Körber-Stiftung

Seit Jahren widmet sich die Körber-Stiftung der Wiederbelebung eines kritischen und konstruktiven Dialogs zwischen Russland und seinen europäischen Nachbarn. Dafür bringt sie unter anderem Politiker, Journalisten und Experten zusammen. Russlandexpertin und Leiterin des Bereiches Geschichte und Politik der Hamburger Stiftung, Gabriele Woidelko, ordnet das Engagement und die Position der Stiftung zum Ukraine-Krieg ein.

Der Krieg in der Ukraine ist ein historischer Wendepunkt: Wie positioniert sich die Körber-Stiftung dazu?

Der Angriff Russlands auf sein unabhängiges Nachbarland Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Krieg, der sich gegen die territoriale, nationale und politische Eigenständigkeit des Landes richtet. Es handelt sich um einen gezielten Angriff auf die Städte und Dörfer, die Infrastruktur und die Menschen in der Ukraine. Der Krieg führt zu unermesslichem Leid in der Bevölkerung und zerstört die Lebensgrundlagen unzähliger Menschen. Russland muss seine Angriffe deshalb sofort beenden. Die Folgen des Krieges für die europäische und internationale Friedens- und Sicherheitsordnung sind derzeit noch gar nicht abzusehen. Sicher ist aber, dass die Ordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges 1989/1991 entstand, nun ebenfalls in Trümmern liegt. In diesem Sinne handelt es sich tatsächlich um eine Zeitenwende. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt jetzt zuallererst unseren Partnern und Kollegen in und aus der Ukraine.

Verständigung mit Russland zählt seit Jahrzehnten zum Kern der Arbeit der Körber-Stiftung. Wie wird dieser Teil Ihrer Arbeit zukünftig aussehen? Inwieweit ist ein konstruktiver Dialog mit Russland überhaupt noch möglich?

Wir unterziehen alle Aktivitäten zur Verständigung mit Russland derzeit einer Überprüfung. Eines ist klar: Jegliche Zusammenarbeit mit denjenigen, die die Invasion politisch, verbal oder in anderer Weise unterstützen und damit die Zerstörung der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung und das Leid in der Ukraine befeuern, ist für uns ausgeschlossen. Wichtig ist aber auch: Wir dürfen es nicht zu einer pauschalen Verurteilung alles Russischen kommen lassen. Tausende Russinnen und Russen sind derzeit selbst Verfolgte in ihrem eigenen Land, oft bleibt ihnen kein anderer Ausweg als das Exil. Das betrifft beispielsweise unsere langjährige Partnerorganisation MEMORIAL International, die mittlerweile verboten wurde. Aber auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Medien- und Kulturschaaffende, die durch politische Repressionen aus dem Land gedrängt werden und mit denen wir oft seit Jahren verbun-

den sind. Diese Menschen verdienen auch weiterhin unsere Unterstützung. Und sie werden diese Unterstützung von uns auch bekommen. Für einen konstruktiven Dialog braucht es immer zwei Parteien, die an einem Austausch ernsthaft interessiert sind. Solange Russland in der Ukraine Städte und Menschen bombardiert, solange Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer gezwungen sind zu fliehen, solange es täglich neue Meldungen von Tod und Zerstörung gibt – so lange halte ich einen Dialog mit offiziellen Vertretern Russlands jeglicher Couleur und den Unterstützern des Systems Putin für ausgeschlossen. Und auch im Falle eines Friedens wird es Jahre dauern, bis das zerstörte Vertrauen auch nur annäherungsweise wieder hergestellt werden kann.

Wie wird die Körber-Stiftung das zentrale Handlungsfeld »internationale Verständigung« weiter ausrichten? Was gilt es, in ihrer Funktion als Brückenbauer jetzt zu tun?

Derzeit arbeiten wir vorrangig an kurzfristiger Soforthilfe: Wir unterstützen unsere Partner in der Ukraine dabei, die persönlichen und beruflichen Folgen des Krieges abzumildern. Wir helfen ihnen, anderen zu helfen. Also beispielsweise Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die vor dem Krieg innerhalb der Ukraine fliehen mussten und die jetzt Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten benötigen. Und wir unterstützen auch weiterhin liberale Kräfte der russischen Zivilgesellschaft wie beispielsweise die Kolleginnen und Kollegen von MEMORIAL International, von denen einige Russland bereits verlassen haben. Mit unseren Partnern, die durch Russlands Krieg gegen die Ukraine ins Exil gezwungen werden, werden wir mittelfristig Möglichkeiten identifizieren müssen, wie und wo sie ihre Arbeit weiterführen können. Als operative Stiftung sind unsere reinen Fördermöglichkeiten leider sehr begrenzt. Aber zum Glück gibt es in Deutschland weitere Stiftungen, Vereine sowie auch öffentliche Träger, die sich ebenfalls sehr engagieren und mit denen wir gut zusammenarbeiten. Was die langfristige Perspektive angeht, so werden wir in unserem Handlungsfeld internationale Verständigung vor allem über die Themen internationale Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch über Fragen der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik neu nachdenken müssen. Wie können demokratische Kräfte über nationale Grenzen hinweg der Instrumentalisierung von Geschichte als Waffe entgegenreten? Wie müssen wir zukünftig über die Entstehung von Kriegen und Friedensprozesse nachdenken? Welche Botschaft wollen und können wir über die Grenzen Deutschlands hinaus mit Gedenktagen wie dem 8. Mai verbinden? Das sind nur einige Beispiele für die Themen, die auf dem Tisch liegen.

Gabriele Woidelko leitet bei der Körber-Stiftung in Hamburg den Bereich Geschichte und Politik

damit beschreiben, dass Regierungen miteinander reden – »government to government«. Was wir am ifa machen, als internationales Kulturinstitut, ist »people to people«. Wir bringen Menschen zusammen. Menschen, die die Gesellschaft formen, sie verändern wol-

len. Die Menschen in der Ukraine haben sich für Freiheit, Demokratie, für eine offene Gesellschaft entschieden. Wir werden sie weiter unterstützen.

Gitte Zschoch ist Generalsekretärin des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa)

»Solange es geht, arbeiten wir weiter«

Johannes Ebert im Gespräch

Der Generalsekretär des Goethe-Instituts Johannes Ebert kennt sowohl die Ukraine als auch Russland gut. Er leitet in beiden Ländern Dependancen des Kulturinstituts. Im Gegensatz zu anderen Organisationen fördert das Goethe-Institut nach wie vor sowohl in der Ukraine als auch in Russland die deutsche Sprache und den Kulturaustausch. Im Gespräch mit Theresa Brüheim erläutert er Hintergründe und spricht über die aktuelle Situation.

Theresa Brüheim: Herr Ebert, Sie haben je fünf Jahre das Goethe-Institut Kiew und das Goethe-Institut Moskau geleitet. Wie blicken Sie aus diesen Erfahrungen auf den Krieg in der Ukraine?

Johannes Ebert: Ich bin natürlich sehr betroffen und schockiert von diesem Krieg, den wahrscheinlich niemand erwartet hatte. Der Krieg ist ein klarer Bruch des Völkerrechts. Und dass er in dieser Brutalität durchgeführt wird, ist natürlich verheerend. Ich finde es sehr gut, dass im Wirtschaftsbereich und in vielen anderen Bereichen harte Sanktionen gefahren werden. Nur so hat man überhaupt eine Chance, dem Einhalt zu gebieten, auch wenn es im Moment sehr deprimierend aussieht. Für mich, ich war von 1997 bis 2002 in Kiew, war die ukrainische Hauptstadt meine erste Stelle als Institutsleiter im Ausland – das ist sowieso eine beeindruckende und nachhaltige Erfahrung. Und Kiew ist eine wunderbare Stadt. Das Goethe-Institut hat in der ganzen Ukraine ein Netzwerk mit Sprachlernzentren, Lesesälen und anderem mehr. Es gab eine ungeheure Offenheit und ein Interesse am kulturellen Austausch mit Deutschland und Europa. Ich habe dieses Land gern, und diese Stadt insbesondere. Insofern nimmt mich das auch persönlich mit. Ich habe auch noch einige Bekannte dort, die ich kontaktiert habe. Auch meine Zeit in Moskau und die Begegnung mit der russischen Kultur hat mich sehr bereichert, aber schon damals, von 2007 bis 2012, hatte die Regierung begonnen, die Zügel vor allem in der Zivilgesellschaft stärker anzuziehen. Kurz nachdem ich weg war, kam das erste Gesetz heraus, um angebliche »ausländische Agenten« zu brandmarken. Seitdem gab es immer mehr Maßnahmen, die in Russland aktive Zivilgesellschaft sowie die Kulturszene einzuschränken und zu reduzieren.

Wo sehen Sie jetzt als Generalsekretär des Goethe-Instituts Ihre Verantwortung?

Die erste Verantwortung ist natürlich, dass wir unsere Mitarbeitenden, die entsandten und die lokal beschäftigten, in Sicherheit bringen. Das ist immer die erste Verantwortung, die eine Institution, die im Ausland arbeitet, hat. Wir haben auf Weisung des Auswärtigen Amtes unsere entsandten Mitarbeitenden etwa eine Woche vor dem Konflikt abgezogen. Damals haben selbst meine ukrainischen Bekannten nicht damit gerechnet, dass es zu einem Krieg kommt.

Wir haben dann unseren ukrainischen Mitarbeitenden Gehaltsvorschüsse und Tagegelder bezahlt, damit sie, wenn sie die Entscheidung getroffen haben, auszureisen – und das ist natürlich eine individuelle Entscheidung – ausreichende Ressourcen zur Verfügung haben. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich nur ganz wenige dazu entschieden und selbst unmittelbar nach dem Einmarsch hatte sich zunächst nur rund die Hälfte der rund 120 Mitarbeitenden auf den Weg gemacht. Inzwischen

sind aber fast alle, bis auf etwa 15 Personen, die noch privat gebunden sind, in der Westukraine, in den Nachbarländern oder in Deutschland.

Die zweite Verantwortung ist natürlich, dass wir unsere Kulturpartnerinnen und -partner in der Ukraine und auch, wenn sie geflohen sind, unterstützen. Da haben wir konkrete Pläne, deren Umsetzung begonnen hat. Beispielsweise haben wir gemeinsam mit der Kulturstiftung des Bundes (KSB) einen Fonds mit Nothilfestipendien aufgelegt, mit dem wir Partner des Goethe-Instituts und der KSB unterstützen wollen, damit sie weiter – angepasst an die Situation – tätig sein können. Desgleichen werden wir mit der Organisation Artists at risk bei deren Vermittlung von Angeboten für Geflüchtete kooperieren. Gemeinsam wollen wir all das, was deutsche und europäische Kulturinstitutionen anbieten – seien es Residenzen, Hospitationen, Jobs oder Wohnraum – mit der Nachfrage von ukrainischen Kulturschaffenden sinnvoll in Bezug zueinander setzen. Es wäre schön, wenn wir das mit einem begleitenden Fonds unterstützen können. Dazu wären aber zusätzliche Ressourcen notwendig. Wir unterstützen im Moment beispielsweise auch PASCH-Schulen, also aus dem Netzwerk »Schulen: Partner der Zukunft«, in der Ukraine mit zusätzlicher Ausstattung.

Für die Ukrainerinnen und Ukrainer, die planen auszureisen, unterwegs sind oder sich in Deutschland befinden, hat das Goethe-Institut Ukraine – die Kolleginnen und Kollegen arbeiten noch im Homeoffice – Sprachkurse auf dem Anfängerniveau zum symbolischen Preis von 7 hrywnja, das sind etwa 25 Cent angeboten. So können sich die Menschen, die unterwegs nach Deutschland oder schon hier sind, sprachlich auf ein Ankommen vorbereiten – noch bevor unsere Strukturen im Land mit Integrationskursen greifen. Die 1.700 Plätze waren innerhalb 48 Stunden vergeben und wir planen eine zweite Aktion im April. Wir fühlen eine große Verantwortung für die ukrainische Kulturszene und haben auch Angebote, die Ukrainern allgemein helfen können ... soweit es in unseren Kräften steht. Zu guter Letzt: Es ist unsere Aufgabe, auch über die unmittelbare Situation hinauszudenken und uns zu fragen, was wir mittelfristig für die ukrainische Exil-Community tun können. Hier gibt es erste Überlegungen und wir hoffen, diese realisieren zu können.

Sie haben es schon erwähnt, das Goethe-Institut Ukraine arbeitet noch. Zwar ist das Gebäude mit samt Programmabteilung und Bibliothek geschlossen. Aber die Sprachkurse werden weiter online aus dem Homeoffice durchgeführt. Wieso ist das gerade jetzt wichtig?

Der erste Punkt ist pragmatisch: Wir haben ein Semester laufen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind bereit dazu, weiter zu unterrichten. Und die Kurs teilnehmenden wollen Deutsch lernen, auch in dieser furchtbaren Situation. Wie kämen wir dazu, zu sagen: »Nein, wir ziehen uns zurück. Jetzt ist Krieg, da bieten wir nichts mehr an? Gerade in so einer Zeit haben wir die Verantwortung, das zu ermöglichen – insbesondere, wenn jetzt doch sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland kommen.

Wir haben 2015 mit Geflüchteten aus Syrien die Erfahrung gemacht, dass der Zugang zur deutschen Sprache enorm wichtig ist, um anzukom-



Prypjatsümpfe, 2015

FOTO: FLORIAN BACHMEIER

men. Damals hat es etwas gedauert, bis die Systeme in Deutschland greifen, die eigentlich sehr gut vorbereitet sind. Zudem haben wir durch Corona einen Sprung in den digitalen Sprachkursangeboten gemacht. Dies kommt uns dabei jetzt zugute.

Etwa 15 Mitarbeitende des Goethe-Instituts sind noch in Kiew. Inwieweit besteht weiterhin der Kontakt aktuell? Wie ist die Situation für sie?

Wir haben zu allen Mitarbeitenden Kontakt durch unsere Personalabteilung. Die Situation ist natürlich bedrohlich, da Kiew immer wieder von Angriffen und Raketenangriffen betroffen ist. In der vergangenen Woche waren zwei Mitarbeitende in Oblast Kiew, also in der Nähe von Kiew, im Kriegsgebiet. Sie sind zum Glück rausgekommen und dann per Zug weiter Richtung Deutschland ausge reist. Das beschäftigt dann auch alle in der Zentrale und den Nachbarlän dern stark. Was wir im Moment tun können, ist, den Kontakt halten und zu informieren, wenn es Möglich keiten der Ausreise gibt, wie sie biswei len von internationalen Organisatio nen koordiniert wurden.

Werfen wir noch einen Blick auf die Lage in Russland: Das Goethe-Institut ist im Gegensatz zu anderen Kulturinstitutionen auch weiter in Russland präsent. Sie haben Standorte in Moskau, St. Petersburg und Nowosibirsk sowie Sprachassistenten im ganzen Land. Was wird Ihnen berichtet? Wie ist die Situation für Ihre Mitarbeitenden in Russland?

Das Goethe-Institut ist seit fast 30 Jahren mit drei Instituten und einem großen Netzwerk von Sprachlernzen tren, Lesesälen, Kulturkontaktstel len und Sprachassistenten in Rus sland präsent. Wir sind sehr gut ver netzt – mit der freien Kulturszene, mit den jungen Menschen, die sich für Deutschland, für Europa interes sieren und die freiheitliche und de mokratische Werte schätzen, mit der Zivilgesellschaft. Russland ist keine monolithische Gesellschaft. Es gibt auch Widerstand gegen diesen Krieg, es gibt Kulturschaffende oder Wis senschaftler, die sich sehr eindeu tig dagegen geäußert und Mitgeföhl

mit den Ukrainern ausgedrückt ha ben und die für diese starke Haltung in vielen Fällen mit dem Verlust ihres Jobs oder gesellschaftlicher Ächtung bezahlen mussten. Viele haben auch davor gewarnt, dass sich die russische Kultur damit in die Isolation begibt. Vor diesem Hintergrund möchten wir mit diesen Partnern, solange es geht, weiterarbeiten und signalisieren, dass wir ihre Positionen unterstützen. Das ist natürlich immer eine Gratwan derung, eine Abwägung. Wir haben alle öffentlichen Veranstaltungen ab gesagt und arbeiten nicht mehr mit staatlichen Partnern zusammen. Wir haben die Teilnahme an Bildungs messen abgesagt, ein Jugendtheater Festival haben wir statt in staatlichen Räumen im Digitalen präsentiert. Wir halten den Kontakt zu den Partne rinnen und Partnern. Da genügt auch mal ein Telefonat. Man muss natür lich sehen, dass durch das jüngste Ge setz jede Art von »falscher« Aus sa ge über den Krieg mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft wird. Das setzt die Ge sellschaft extrem unter Druck. Zur Situation der Sprachassistenten: 13 Sprachassistentinnen und -assis tenten sind im ganzen Land verteilt. Zum Teil arbeiten sie im Rahmen von Projekten mit der deutschen Minder heit in Sibirien. Wir haben sie Mit te März gebeten, auszureisen, insbe sondere deshalb, weil wir befürchten, dass sich die Ausreisemöglich kei ten durch die Sanktionen stark ver ringern und sie dann nicht mehr gut rauskommen. Aktuell sind elf von den 13 Sprachassistentinnen und -assis tenten ausgeweist. Zwei bleiben auf eigenen Wunsch dort. Das muss man akzeptieren.

Verspüren Sie aktuell Druck von der russischen Regierung auf die Goethe-Institute in Russland?

Auf das Goethe-Institut selbst ver spüren wir keinen Druck. Aber wir er leben natürlich, dass manche unse rer Partner im Moment von einer Ko operation Abstand nehmen. Andere Partner aus der Zivilgesellschaft wie derum sagen: »Wir wollen unbedingt weiter mit euch zusammenarbeiten«. Man merkt schon, dass die Sankti onen greifen. Es gibt etwa die Pro blematik, dass der Zugang zu Bargeld für unsere Mitarbeitenden schwie rig ist. Aber politischen Druck auf das

Goethe-Institut sehen wir im Mo ment nicht. Deswegen werden wir, so lang wir den Eindruck haben, dass wir die demokratischen Kräfte noch un terstützen können, versuchen, unsere Arbeit umzusetzen.

Zum Abschluss noch ein Blick auf die europäische Perspektive: Sie sind auch Vizepräsident von EUNIC, dem Netzwerk der nationalen Kulturinstitute in der EU. Ab Juni übernehmen Sie auch das Präsidentenamt. Was tut EUNIC jetzt gemeinsam für Kulturschaf fende in der Ukraine?

Wir haben in der Tat sehr schnell als EUNIC eine Resolution verabschiedet, die den Krieg verurteilt und Solidari tät mit der Ukraine äußert. Dafür ha ben wir uns genau die Fragen gestellt, die Sie mich im Interview gefragt ha ben: Was können wir für die Ukrai ne tun? Wie gehen wir jetzt mit Rus sland um, wie gehen wir weiter voran? Dieser Prozess der internen Klärung ist noch nicht abgeschlossen. Wichtig ist aber das große gemeinsame Kul turprojekt: House of Europe, welches wir als Konsortialführer gemeinsam mit dem British Council, dem Institut français, dem tschechischen Kultur institut und EUNIC in der Ukraine seit zweieinhalb Jahren durchführen. Da bei fördern wir sowohl Künstlermobi lität als auch den Kreativwirtschafts sektor und kulturelle Entwicklungen in Mittelstädten – ein umfassendes Projekt. Aktuell passen wir auf eu ropäischer Ebene das Projekt an und sprechen mit der EU darüber, wie wir das in Unterstützung für Kultur- und Zivilgesellschaftsorganisationen so wie Künstlerinnen und Künstler in der Ukraine umwidmen können. Bei spielsweise laufen Zuwendungen von Projekten weiter, wenn sie noch statt finden. Sie können sogar in einzel nen Städten in humanitäre Hilfe um gewidmet werden. Auch Nothilfe Stipendien für Künstler werden ge währt. Das heißt, wir sind wirklich als europäische Kulturinstitutionen weiter aktiv.

Vielen Dank.

Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

»Die Zerstörung von Kulturdenkmälern trifft uns alle ins Herz«

Hermann Parzinger im Gespräch

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) erklärte als eine der ersten deutschen Kulturinstitutionen, die Zusammenarbeit mit staatlichen russischen Museen vorerst zu unterbrechen. Der Präsident Hermann Parzinger sprach unter anderen von einem »kulturellen Scherbenhaufen«. Im Gespräch mit Hans Jessen erläutert er, worin dieser genau besteht und mehr.

Hans Jessen: Herr Parzinger, haben Sie als Archäologe, als Altertumswissenschaftler, eine besondere Empfindung, wenn jetzt kulturelle Orte wie das Shoah-Denkmal Babyn Jar in Kiew oder die historische Bausubstanz ganzer Innenstädte durch Bomben und Raketen zerstört werden?

Hermann Parzinger: Die Zerstörung von Kulturdenkmälern trifft uns alle ins Herz. Wir müssen sehr genau hinschauen, was da jetzt passiert. Das Leid der Menschen ist natürlich das Allerschlimmste. Aber auch die Kulturgüter sind wichtig. Sie sind materialisierte Geschichte und prägen das kollektive Gedächtnis und die kulturelle Identität der Menschen in der Ukraine. Insofern ist es eine entscheidende Frage, ob das Kollateralschaden eines rücksichtslosen militärischen Vorgehens sind, oder ob Kulturdenkmäler auch gezielt zerstört werden, um die kulturelle Identität der Ukraine zu zerstören, die vom russischen Präsidenten, zusammen mit der Staatlichkeit, bewusst infrage gestellt worden ist. Fairerweise muss man sagen, dass diese Frage jetzt noch nicht genau zu beantworten ist. Im Augenblick sieht es eher danach aus, dass man ohne Rücksicht auf Verluste bombt und Raketen abfeuert – aber das werden wir noch sehr genau beobachten müssen.

Sie haben sehr schnell nach Beginn des Angriffs erklärt, die SPK werde ihre »Projekte und Planungen mit Russland zunächst einmal auf Eis legen«. War das eine spontane Reaktion oder abgesprochen – wenn ja, mit wem?

Das entspricht der Haltung der Bundesregierung und war auch mit der BKM abgesprochen. Hier wurde ein freies, demokratisches, unabhängiges Land angegriffen. Das ist seit 1945 in dieser Form nicht mehr geschehen. Man kann dann nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Dort, wo Kontakte bestehen zu staatlichen Stellen, müssen die jetzt auf Eis gelegt werden. Wir haben aber nie gesagt, dass wir Kontakte »abbrechen«, nur dass wir sie auf Eis legen, wie fast alle Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen, das halte ich für wichtig und richtig. Wir zeigen dadurch Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und setzen ein Zeichen gegen diesen verbrecherischen Angriffskrieg, aber das bedeutet nicht, dass wir alle Brücken nach Russland abbrechen. Ich sehe dabei zwei Ebenen: Einerseits die zwischen staatlichen Institutionen, da gibt es erst mal ein Stopp, und andererseits die persönliche Ebene. Meine Kollegen und ich telefonieren immer wieder, schreiben E-Mails, nicht nur in die Ukraine, sondern auch nach Russland, um dort nicht das Gefühl zu vermitteln, wir würden mit den Menschen in Russland nichts mehr zu tun haben wollen. Wir wissen sehr wohl, dass in Russland Tausende verhaftet werden, weil sie sich demokratisch äußern und den Ukra-

inern indirekt beistehen wollen. Sie verurteilen diesen Krieg ebenso wie wir. Innerhalb einer Woche haben über 8.000 russische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler namentlich einen Protestbrief gegen den Krieg unterzeichnet. Da zeichnet sich schon eine gewisse Spaltung in der russischen Gesellschaft ab. Es gibt viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die überlegen, das Land zu verlassen. Auch für die müssen wir da sein.

Wie reagieren die russischen Partner auf Ihrer Gesprächsebene – also Museumdirektoren und Kulturverwaltung – auf das Einfrieren? Gibt es Gegenreaktionen?

Nein, Gegenreaktionen gibt es nicht. Man hat Verständnis. Ich bin unter anderem Mitglied im »Internati-

lung. Diese getrennten Teile in einer gemeinsamen Ausstellung zusammenzuführen, daran arbeiten die Kolleginnen und Kollegen seit Jahren. Es wäre jetzt so weit gewesen, einen Vertrag mit dem Kulturministerium zu unterschreiben – das wird man jetzt nicht machen können, wenngleich die wissenschaftliche Arbeit daran hier und in Moskau sicher weitergeht.

Ein zweites Projekt: Seit vielen Jahren arbeiten wir mit dem Puschkin-Museum in Moskau an der Aufarbeitung der Sammlungsbestände des Florentiner Bildhauers Donatello, die ursprünglich in Berlin waren. Auch davon ist ein Teil 1945 nach Moskau gekommen, ein anderer Teil befindet sich hier. Die Bestände in Moskau haben Brandspuren und Beschädigungen – es geht darum, gemeinsam zu entscheiden, was wie restauriert wird.



Bei Debalzewe, 2015. Frontstellung an der Straße nach Debalzewe

onal Advisory Board« der Eremitage in St. Petersburg. Da sind die großen Museen vom Metropolitan Museum of Art über den Louvre bis zu den Vatikanischen Museen vertreten. Ein weltweiter Kreis hochkarätiger Museumsleute. Auch die Tätigkeit dieses Boards ist jetzt erst einmal ausgesetzt. In der Leitung der Eremitage hat man dafür Verständnis gezeigt, auch wenn man das natürlich bedauert. Wir sind uns alle darin einig, die freundschaftlichen persönlichen Verbindungen aufrechterhalten zu wollen. Wir wissen nicht, wie die Zukunft aussieht – aber wenn man wieder daran anknüpfen kann, werden Kunst und Kultur die ersten Bereiche sein, wo wir wieder Brücken bauen werden.

Welches sind die »zunächst auf Eis gelegten« Russland-Projekte der SPK?

Wir arbeiten seit einigen Jahren gemeinsam mit dem Staatlichen Historischen Museum in Moskau an einer großen Ausstellung zur griechischen Vasenmalerei. Da geht es um Bestände, die 1945 von Berlin nach Moskau verbracht worden waren – ein Teil ist aber auch hier in der Antikensamm-

lung. Diese wunderbare Kooperation schon seit einigen Jahren mit dem Ziel, eine große Donatello-Ausstellung in Moskau zu realisieren.

Es wäre nun eigentlich ein nächster, logischer Schritt gewesen, die lange, vertrauensvolle und auch freundschaftliche Zusammenarbeit in eine Ausstellung russischer »Beutekunst« in Berlin münden zu lassen – die Schliemann-Sammlung etwa, für einige Woche vielleicht einmal, trotz der unterschiedlichen Rechtspositionen beider Länder. Dieser Krieg hat solche Träume erst einmal beendet.

Was bedeutet die aktuelle Situation für den »Deutsch-Russischen Museumsdialog«, dessen Sprecher Sie sind? 2004 gegründet, arbeiten 80 deutsche Museen und eine Vielzahl russischer Einrichtungen an gemeinsamen Ausstellungsprojekten, mit einem besonderen Fokus auf Kulturgüter, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Russland befinden. Ist dieser Dialog jetzt auch eingefroren?

Soweit ich von den anderen Museen und Einrichtungen des Deutsch-Russischen Museumsdialogs weiß, haben

sie wie wir ebenfalls ihre Aktivitäten vorläufig eingestellt. Aber gleichzeitig bemüht man sich überall, die persönlichen Kontakte mit den Kolleginnen und Kollegen in Russland irgendwie aufrechtzuerhalten. Auch die Arbeit geht natürlich weiter. Wir machen ja nicht nur Ausstellungen, sondern erforschen und publizieren unsere Ergebnisse zu russischen und deutschen Kulturgutverlusten. So bereiten wir noch den einen oder anderen Band einer von der Kulturstiftung der Länder und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gemeinsam herausgegebenen Reihe »Studien zu kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern« zur Publikation vor. Das läuft weiter. Überhaupt ist der Dialog ein schönes Beispiel dafür, wie man auch ein für beide Seiten so schmerzliches Kapitel wie Kulturgutverluste zu etwas

oder St. Petersburg, aber die Komplexität zwischen Ukraine, Weißrussland, westlichem Russland – dass Weißrussisch und Ukrainisch eigene Sprachen sind, die dort auch von den meisten gesprochen werden, selbst wenn für sie alle Russisch eine Art zweite Muttersprache ist – diese Komplexität muss man erklären.

Es ist eine zentrale Aufgabe von Archäologen, Historikern, Kunsthistorikern, dem Missbrauch historischer Quellen durch die Politik entgegenzuwirken. Putin behauptet, die Kiewer Rus des 10. und 11. Jahrhunderts sei der Ursprung des russischen Staates. Natürlich hat der russische Staat dort Wurzeln, aber ebenso der ukrainische. Geschichte ist komplex. Wir müssen gegen Vereinnahmungen, Vereinfachungen und deren politischen Missbrauch vorgehen. Das kann man durch Ausstellungen machen, wir überlegen auch, eine Ringvorlesung zu organisieren und dabei die verschiedenen Aspekte dieses Kulturraumes zu betrachten, um ihn als Ganzes zu verstehen.

Gibt es neben der inhaltlichen Thematisierung konkrete Unterstützung für ukrainische oder auch russische Künstler und Wissenschaftler, von denen, Sie haben es angesprochen, auch Tausende gegen den Krieg protestieren?

Die Kolleginnen und Kollegen in unseren Staatlichen Museen und in der Staatsbibliothek haben aufgrund ihrer Bestände ja enge Kontakte. Viele Stiftungen – die Ernst von Siemens Kunststiftung, die Alexander von Humboldt-Stiftung, die Gerda Henkel Stiftung und andere – haben heute alle Programme, um Künstlerinnen, Kuratoren, Wissenschaftlerinnen aus der Ukraine und auch aus Russland und Belarus, die ihr Land verlassen wollen, aufzunehmen und zu unterstützen.

Für sie alle sind wir offen. Ich versuche gerade, eine ehemalige Humboldt-Stipendiatin von mir, die noch in Kiew ist, hierherzuholen. Wir versuchen, unsere Kolleginnen zu integrieren, damit sie hier weiter arbeiten können und nicht in ein Loch fallen. Daneben geht es auch um ganz praktische Unterstützung vor Ort: z. B. um Verpackungsmaterial. Die Museen in der Ukraine versuchen, ihre Dinge in Sicherheit zu bringen. Das kann im Grunde nur bedeuten, Objekte in die Keller zu schaffen – lange Transporte über Land sind viel zu gefährlich, deswegen bittet man uns um Verpackungsmaterial, um Kisten, die sich gut stapeln lassen. Das klingt erst mal banal, ist aber wichtig, um Kulturgüter schnell in Sicherheit bringen zu können. Eine weitere theoretische Möglichkeit wäre, falls der ukrainische Staat darum bittet, Kunstwerke zeitweilig zu evakuieren und außer Landes aufzubewahren. Auch dazu wären wir grundsätzlich bereit, aber das ist natürlich ungleich schwieriger, juristisch wie logistisch. An diesem Punkt sind wir noch nicht.

Schließlich geht es auch um Speicherkapazität: Vieles wird digital aufbewahrt, und man bittet uns bereits, Daten in Speichersysteme zu überführen und dort zu sichern.

Vielen Dank.

Hermann Parzinger ist Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Hans Jessen ist freier Publizist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

»Der Krieg hat unsere 30-jährige Zusammenarbeit schlagartig unterbrochen«

Jörg Morré vom Deutsch-Russischen Museum im Gespräch

Das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst erinnert mit seiner Dauerausstellung an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Dabei gehören zum Trägerverein unter anderen Museen in Moskau, Minsk und Kiew. Der Direktor Jörg Morré gibt im Gespräch mit Theresa Brüheim einen Einblick in die Arbeit des Museums sowie deren Rolle und Bedeutung im aktuellen Ukraine-Krieg.

Theresa Brüheim: Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst hat sich klar gegen den Krieg in der Ukraine positioniert – unter anderem wurde der Schriftzug »Deutsch-Russisches« überklebt und die ukrainische Fahne weht vor dem Museum. Welche Auswirkungen hat der Krieg in der Ukraine auf Ihre Arbeit?
Jörg Morré: Der Krieg hat unsere rund 30-jährige gute, freundschaftliche und enge Zusammenarbeit schlagartig unterbrochen. Bereits nach der Krim-Annexion 2014 war es schwierig, unseren ukrainischen Partner, das Weltkriegsmuseum in Kiew, dabei zu behalten. Aber auch wenn der Kie-

wer Kollege nicht mehr mit den russischen Vertretern an einem Tisch sitzen mochte, so konnten wir doch einen Modus Vivendi finden. Ausstellungsprojekte machte mein Museum nun bilateral, d. h. wir Karlshorster mit den ukrainischen oder den russischen und ebenso extra mit den belarussischen Partnermuseen. Darüber konnten alle miteinander in Kontakt bleiben. Karlshorst, mitunter ich auch persönlich, war der Mittler. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, und das zum Teil von belarussischem Boden aus, ist diese Form der Zusammenarbeit zusammengebrochen.

Neben dem Deutschen Historischen Museum ist auch das Zentralmuseum der russischen Streitkräfte in Moskau ein Hauptträger. Was bedeutet dies aktuell für das Museum und Ihre Arbeit?
So ganz genau kann ich Ihnen das in diesen Tagen gar nicht sagen. Leider sind die inneren Verhältnisse in der Russischen Föderation nicht so, dass ich da mal einfach den Moskauer Kollegen antelefonieren kann und

wir ausführlich alle Aspekte erörtern. Genau das war immer unsere Basis. Aber das war früher, Auge in Auge im persönlichen Gespräch. Und das war immer auch ein Stück unbeobachtet, was einem ehrlichen Gedankenaustausch sehr zugute kam. An dieser Stelle muss ich hinzufügen, dass die Coronapandemie bereits eine zweijährige Zwangspause geschaffen hat. Ich kann mir jetzt also nur all meine guten Erfahrungen mit dem Streitkräftemuseum in Erinnerung rufen. Und deswegen bin ich zuversichtlich, dass da noch eine gemeinsame Basis ist. Sehen Sie das mal aus beiden Perspektiven: Das Karlshorster Museum ist der historische Ort der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945. Das ist ein eminent wichtiger Erinnerungsort für alle unsere osteuropäischen Partner. Das Museum hat zudem in seiner Dauerausstellung den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zum Thema, ein sehr wichtiger Aspekt in der deutschen Erinnerungskultur. Diese Ausstellung haben wir zusammen mit unseren Partnern, den Feinden von damals, erarbeitet. Anfang der 1990er Jah-

re, als sich uns Deutschen diese Möglichkeit bot, waren wir froh und dankbar für diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit. So etwas wirft man nicht so schnell weg. Nachdem uns damals das Deutsche Historische Museum an den Start gebracht hatte, sind wir inzwischen ein eigenständiges Museum in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins mit institutionellen Mitgliedern. Wir sind klein, unabhängig, einigermaßen erfahren und werden in der Lage sein, uns an die neuen Herausforderungen anzupassen.

Hinter dem Museum stehen die vier Nationen: Russland, Belarus, Ukraine und Deutschland. Wie wird Ihre Museumsarbeit künftig aussehen? Ist diese Zusammenarbeit in Zukunft noch vorstellbar?
Vorstellbar ist alles. Zumindest halte ich derzeit an dieser Möglichkeit fest. Aber sicherlich kann der Krieg zukünftig nicht einfach vergessen werden. Er ist real, er fordert, das ist schon jetzt absehbar, viele Opfer und schlägt tiefe Wunden, die lange nicht werden heilen können. Auf der anderen Seite ist insbesondere der uk-

rainische Präsident so klug, dass er die engen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Bindungen zwischen Ukrainern und Russen nicht verschweigt. Es ist vollkommen richtig zu sagen: »Es ist Putins Krieg«. Es gibt in beiden Ländern so viele Menschen, die diesen Krieg ganz offenbar nicht wollen. Sie werden ihn nicht ungeschehen machen können. Aber ich glaube an die Wirkung historischer Aufarbeitung, durch die eine Bewältigung schlimmer Ereignisse gelingen kann. Das Karlshorster Museum hat das schon einmal geschafft. Wir werden uns ändern müssen, ohne dass ich Ihnen jetzt sagen kann, wie das aussehen wird. Geben Sie uns ein wenig Zeit. Und dann werden wir aus der hier in Karlshorst gewachsenen Zusammenarbeit etwas neues Völkerverbindendes entstehen lassen.

Vielen Dank.
Jörg Morré ist Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Rettungsanker für Kulturszene und Kulturgüter

Kunst- und Kulturerhalt in der Ukraine

BEATE REIFENSCHIED-
RONNISCH

Seit mehr als 20 Tagen tobt Krieg in der Ukraine, ausgelöst durch den Angriff von russischer Seite. Jegliche diplomatischen Bemühungen, den Frieden zu sichern oder ein Ende der Kriegshandlungen herbeizuführen, sind bislang ergebnislos gescheitert. Während die Politik eine europäische Allianz der Stärke sucht und weitreichende Sanktionen gegen Russland eingeleitet hat, findet auf internationaler Ebene eine zunehmend breit angelegte Vernetzung von Hilfsmaßnahmen statt, die, über die dringend notwendigen humanitären Hilfen hinaus, sich auch um Kunst- und Kulturerhalt in der Ukraine bemühen. Wenngleich vielerorts die Lage unübersichtlich ist und nur unzureichende Meldungen über Rettungsmaßnahmen von Kunst- und Kulturgütern innerhalb der Ukraine von außen nachverfolgt werden können, wissen wir dennoch über unsere ICOM Nationalkomitees sowie durch einige internationale Komitees, wo Zerstörungen bereits stattgefunden haben und welche speziellen Hilfsmaßnahmen gefordert werden. Auf ukrainischer Seite wurden – solange dies während der Angriffe möglich war – verschiedene, teils provisorische Schutzmaßnahmen ergriffen: Bewegliche Kulturgüter wurden in Keller oder auch in außerhalb der Städte liegende Depots verbracht, Kirchenfenster teils durch Gitter und Holzwände abgeschirmt, wertvolle Skulpturen im Außenraum eingewickelt und Museen sowie kulturelle Monumente mit dem Emblem der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut in bewaffneten Konflikten gekennzeichnet.

ICOM Deutschland steht seit Beginn des Krieges in Verbindung mit ICOM Ukraine sowie einigen ICOM Nationalkomitees aus den angrenzenden Staaten. Bereits vor der aktuellen Kriegssituation in der Ukraine hatten uns im vergangenen Jahr Hilferufe von Kolle-

ginnen und Kollegen aus Belarus erreicht, die unter massiven Repressionen und einer breiten politisch inszenierten Entlassungswelle litten. Schon damals mussten viele Künstlerinnen und Künstler, aber auch Museumsmitarbeitende fliehen. Noch vor Kurzem erreichte uns nicht nur ein Schreiben des Direktors der Eremitage in Sankt Petersburg, der um den wirtschaftlichen Erhalt seines Weltmuseums bangt, weil die Sanktionen auch die russische Kultur bannen, sondern auch von ICOM Russia, das sich explizit gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine aussprach. Auch dies ein Notschrei aus einem betroffenen Land. ICOM Deutschland wie auch International haben sich für den Fortbestand des dialogischen Miteinanders eingesetzt. In den vergangenen Tagen hat sich der Druck auf russische Kulturtreibende massiv erhöht, vielfach werden sie mit Auftrittsverbot belegt. Es wird eine Herausforderung bleiben, das Miteinander neu zu definieren, vertrauensvoll miteinander zu arbeiten und Perspektiven für die russische und ukrainische Seite zu eröffnen. Dies ist nicht nur eine Frage des bilateral angespannten Verhältnisses, sondern eine neue Dimension für den gesamten europäischen Kulturraum.

Die Lage hat sich durch die massive Bombardierung ukrainischer Städte erneut zugespitzt. Vor dem Hintergrund, dass vor Ort kaum aktiv geholfen werden kann, gilt es jetzt für alle Kulturverbände, Künstlerinnen und Künstler sowie Privatinitiativen, die Kräfte zu bündeln, um Hilfe bzw. Unterstützungsangebote an die jeweils Betroffenen richten zu können. Diverse Netzwerke, auch über private Kontakte, funktionieren für viele der betroffenen Künstlerinnen und Künstler relativ gut, zumal viele sich aktuell auf eine sichere Flucht aus der Ukraine fokussieren, um in einem der angrenzenden Staaten aufzufangen zu werden. Der Deutsche Kunstrat, der Deutsche Bühnenverein, das Deutsche Zentrum für Kul-



Prypjat, 2015. Ukrainischer Arbeiter des französischen Konsortiums Novarka, das gegründet wurde, um eine Schutzhülle um den Katastrophenreaktor von Tschernobyl zu bauen

turgutverluste und viele andere bringen derzeit ihre eigenen, bereits bestehenden Strukturen ein, um konkrete Hilfsmaßnahmen anbieten zu können. Neben dem hohen sozialen Engagement innerhalb Europas werden hier wichtige Strukturen der Vernetzung für die Kultur geschaffen, die bislang beispiellos sind.

ICOM Deutschland richtet im Auftrag der BKM derzeit eine Informations- und Koordinierungsstelle für Kulturgut in der Ukraine unter bit.ly/3D493rO ein. Hier sollen alle Informationen ge-

bündelt und Kontakte mit- und untereinander hergestellt werden, um effektiv und rasch Unterstützungen zu ermöglichen, vor allem aber Kulturgüter ggf. in Sicherheit zu bringen und zu schützen. Eine zuvor angelaufene Maßnahme ist die Vernetzung von ICOM Deutschland mit den Nationalkomitees in der Schweiz, Polen und Tschechien, um dringend benötigtes Verpackungsmaterial vor Ort zu bringen. Gerade über Polen werden noch informelle Wege genutzt. Ein wichtiger Aspekt, um vor Plünderungen und illegalem

Handel zu schützen, ist die digitale Erfassung der Kunst- und Kulturbestände in der Ukraine. Eine internationale Initiative unterstützt ukrainische Museen und Kulturerbeeinrichtungen bei der Sicherung der Daten und Erstellung digitaler Twins bedrohter Artefakte: Saving Ukrainian Cultural Heritage Online unter sucho.org. Alle Maßnahmen leisten ein solidarisches Bekenntnis zur ukrainischen Kultur inmitten Europas.

Beate Reifenscheid-Ronnisch ist Präsidentin von ICOM Deutschland

FOTO: FLORIAN BACHMEIER



Myroniwskij, 2016. Leichnam eines Jugendlichen, der von einer Granate getötet wurde

Science Diplomacy nach der Zeitenwende

DAAD friert Kooperationen mit Russland bis auf Weiteres ein

JOYBRATO MUKHERJEE

Am Morgen des 24. Februars endete in Deutschland und ganz Europa endgültig die Nachkriegsordnung, in der völkerrechtswidrige Angriffe auf souveräne Nachbarländer ausgeschlossen waren. Bundeskanzler Olaf Scholz prägte zu Recht den Begriff der »Zeitenwende« für das, was wir derzeit erleben. Dies ist der Ernstfall für die europäische und transatlantische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, den wir uns noch vor Kurzem nicht vorstellen konnten. Mit ihm geht auch die Frage einher, welche Konsequenzen sich für den akademischen Austausch und die wissenschaftliche Kooperation, also für die »Science Diplomacy« mit Blick auf die Ukraine, aber auch auf Russland als Aggressorstaat ergeben. Die deutschen Wissenschaftsorganisationen haben nach dem 24. Februar schnell reagiert und ihre Solidarität mit der Ukraine sowie ein Einfrieren des wissenschaftlichen Austauschs mit Russland verkündet. Als DAAD halten wir in dieser schwierigen Situation alle Kooperationen mit ukrainischen Partnern aufrecht, auch alle Fördermöglichkeiten in Deutschland. Gemeinsam mit unseren Mitgliedshochschulen sind wir zudem dabei, Kooperationen in den digitalen Raum zu verlegen, um sie trotz des Krieges möglichst lange beizubehalten.

Auch die deutschen Hochschulen sind umgehend mit eigenen Hilfsprogrammen aktiv geworden. Dieses lobenswerte Engagement wird aber mit Blick auf die erwartbare Zahl an Menschen, die aus der Ukraine zu uns kommen werden, nicht ausreichen können. Aktuelle Schätzungen gehen von bis zu 100.000 Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus, die zu uns kommen werden. Entsprechend hat der DAAD frühzeitig ein großes Unterstützungsprogramm für die deut-

schen Hochschulen angemahnt. Es sollte mehrere Säulen umfassen, die sich bereits in anderen Konflikten bewährt haben:

- Stipendien für ukrainische Studierende, Promovierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die unbürokratische Verlängerung der Förderung für diejenigen, die bereits bei uns sind;
- Unterstützung der deutschen Hochschulen bei der Betreuung und Begleitung der Ukrainerinnen und Ukrainer während der Förderung und darüber hinaus;
- Unterstützung der deutschen Hochschulen bei der fachlichen und sprachlichen Weiterqualifikation von akademischen Fachkräften mit Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt;
- Unterstützung der deutschen Hochschulen bei der Entwicklung und Bereitstellung von digitalen Angeboten für ihre ukrainischen Partnerhochschulen, solange diese ihren Betrieb aufrechterhalten können;
- Leadership-Programme für zukünftige Führungskräfte, die nach einer späteren Stabilisierung der Lage Leitungsfunktionen in der Ukraine übernehmen werden.

Für ein solches Programm wären im Vollausbau 80 Millionen Euro jährlich notwendig. Es würde die Hochschulen dazu befähigen, umfassend und zeitnah eine Perspektive für Studierende und Forschende aus der Ukraine zu entwickeln. Mit Blick auf Russland ergeben sich für die Außenwissenschaftspolitik nach dieser Zeitenwende zwei Leitprinzipien, an denen sich deutsche Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen orientieren müssen, wenn sie dies nicht bereits tun: Alle Maßnahmen zu Russland müssen zum Sanktionsregime

der Bundesregierung und der Europäischen Union passen. Gleichzeitig müssen auf individueller Ebene Gesprächskanäle dort, wo vertretbar, offengehalten werden. Der DAAD hat daher seine Kooperationen mit Russland bis auf Weiteres eingefroren. Fördergelder können nicht mehr nach Russland fließen. Daher sind alle Stipendien nach Russland abgesagt und aktuelle sowie zukünftige Auswahlen ausgesetzt worden. Unsere Mitgliedshochschulen sind ebenfalls aufgefordert, Projekte mit DAAD-Förderung in Russland auszusetzen. Gleichzeitig halten wir die Mobilität von Russland nach Deutschland ganz bewusst offen. Als »letzte Brücke« bietet sie russischen Studierenden und Forschenden, die sich mit oftmals großem persönlichem Risiko gegen den Krieg aussprechen, einen Weg an deutsche Hochschulen.

Gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz haben wir zudem Weltoffenheit und Toleranz an den deutschen Hochschulen auch in diesen schwierigen Zeiten angemahnt und jede Form der Diskriminierung gegen russische Studierende und Forschende, die bei uns sind, verurteilt. Auch wenn derzeit die Nothilfe zu Recht im Mittelpunkt steht, sollten wir bereits jetzt über sie hinausdenken. Für die Ukraine sind verschiedene Szenarien denkbar – vom vollständigen Verlust der Staatlichkeit und eigenständiger Hochschulen über einen lang andauernden (Partisanen-)Krieg bis hin zu einem Waffenstillstand und einem rasch einsetzenden Wiederaufbauprogramm; auf Letzteres hoffen wir derzeit alle. Der DAAD wird zeitnah »Science-Diplomacy«-Strategien für solche Szenarien und ihre Auswirkungen auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit erarbeiten.

Joybrato Mukherjee ist Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

Kiew als Kultur- und Friedenshauptstadt Europas

Drei Fragen zur Petition

Kristina Marion Jacobsen und Sonja Anne Lang haben gemeinsam eine Petition auf change.org gestartet, die sich an den Europäischen Rat richtet: Als Zeichen der Solidarität soll dieser die Hauptstadt der Ukraine, Kiew, zur »European Capital of Culture and Peace 2022« ernennen. Politik & Kultur fragt nach.

Welche Idee steht hinter der Petition?
Der Aufruf wird getragen durch die Unterzeichnenden und richtet sich an den Europäischen Rat, der mit der symbolischen Verleihung des Titels der »European Capital of Culture and Peace 2022« ein klares Zeichen für transkulturellen Dialog und Frieden setzen kann. Wir verstehen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine als Angriff auf Freiheit und Demokratie und auch als Angriff auf Kunst und Kultur. Unzählige Kultureinrichtungen und Kulturschaffende in Europa zeigen Haltung und engagieren sich auf verschiedene Weise. So verkörpert auch diese Initiative eine Stimme von vielen aus dem Kulturbereich, um sich für den Schutz der Ukraine und ihrer Kultur einzusetzen.

stadt« vorzunehmen. Besonders, seit die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die Zugehörigkeit der Ukraine zur europäischen Familie betont hat, kann mit der symbolischen Verleihung des Titels der »European Capital of Culture and Peace 2022« ein klares Zeichen der EU gesetzt werden, sich für Frieden, Unabhängigkeit und die volle Souveränität der Ukraine und ihrer Kultur einzusetzen.

Die Ernennung Kiews zur »European Capital of Culture and Peace 2022« wäre ein Zeichen für den kulturellen Brückenbau in Kriegszeiten. Wie sollte dieser weiter aussehen? Was fordern Sie?
Hinter der Idee steckt zunächst die Hoffnung, dass die EU mit der Verleihung dieses Titels eine Symbolkraft für die Herstellung von Frieden entfaltet. Weitere politische Forderungen außer den im Aufruf benannten sind mit dieser Initiative nicht verbunden. Neben wirtschaftlichen Sanktionen können auch kulturpolitische Signale für den Frieden gesetzt werden. Eine symbolische Titelverleihung würde ein deutliches Zeichen der Verbundenheit ausdrücken. So haben unter den mehr als 1500 Unterzeichnenden auch Kulturschaffende aus der Ukraine diesen Aufruf unterstützt. Darüber hinaus ist es natürlich wünschenswert, dass die EU-Kulturpolitik sich in jeder Hinsicht mit ihren ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die kulturelle Verständigung und Unterstützung der Kulturschaffenden der Ukraine einsetzt, den Dialog fördert und zur Schaffung von Frieden in Europa beiträgt.

Sonja Anne Lang und Kristina Marion Jacobsen sind Kulturwissenschaftlerinnen in Berlin

1 ZU DEN BILDERN

Von 2013 bis 2021 bereiste der Fotograf Florian Bachmeier intensiv die Ukraine, fotografierte in den Städten, auf den Dörfern und an der Front. »IN LIMBO« zeigt die dabei entstandenen Farbfotografien: Die Bilder beschreiben die Lebenswelten und Landschaften dieser Region.

Den Aufnahmen gelingt es, die historischen und gesellschaftlichen Prozesse bis in die Gegenwart sichtbar zu machen. Bachmeiers Porträts zeichnen dabei auch die psychologischen und sozialen Auswirkungen von politischen Konflikten, militärischer Gewalt und vielfacher Umbrüche auf die Menschen nach.

Der Titel »IN LIMBO« bezieht sich auf den in der katholischen Theologie entsprechend bezeichneten äußersten Höllenkreis, in welchem sich diejenigen Seelen aufhalten, die ohne eigenes Verschulden aus dem Paradies ausgeschlossen worden sind.

Aktuell lädt die Galerie Buchkunst Berlin mit Unterstützung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur virtuellen Ausstellung

»IN LIMBO Ukraine 2013–2021« mit Fotografien von Florian Bachmeier ein. Die Ausstellung wird von Ana Druga und Thomas Gust kuratiert und ist vom 6. Februar bis zum 31. Mai 2022 online unter buchkunst-berlin.de und gedenkportal.volksbund.de zu sehen. Die umfangreiche Ausstellung beginnt mit Motiven von den Auseinandersetzungen und Protesten des Euromaidan im Januar 2014. Sie bilden den Auftakt der langjährigen Dokumentation des Fotografen. Einen Eindruck der Ausstellung bekommen Sie bereits auf den Seiten 19 bis 33 dieser Ausgabe. Im Verlag Buchkunst Berlin ist außerdem das Fotobuch »IN LIMBO« mit den gezeigten Fotografien von Florian Bachmeier erschienen.

Auch aktuell reist Florian Bachmeier in die Ukraine und fotografiert im Auftrag des Rotary Magazins vor Ort. Aktuelle Aufnahmen sehen Sie auf Seite 1 und Seite 34.

Mehr zur Arbeit von Florian Bachmeier unter: florianbachmeier.com

Solidarisch

Die Städte stehen fest an der Seite der Ukraine

MARKUS LEWE

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Welt erschüttert. Wir sind fassungslos. Das unermessliche Leid der Menschen macht uns tief betroffen. Wie viele Menschen verlieren sinnlos ihr Leben, wie viele Bürgerinnen und Bürger der Ukraine sind auf der Flucht und müssen ihre Heimat verlassen. Die deutschen Städte stehen fest an der Seite der Ukraine. Die Bürgerinnen und Bürger zeigen ihre Solidarität und ihren Beistand mit praktischer Hilfe und Spenden, in Worten und mit Friedensdemonstrationen. Wir setzen alles daran, die Werte von Frieden, Freiheit und Demokratie hochzuhalten. Wir sind uneingeschränkt solidarisch mit der Ukraine und den Menschen, die dort leben und fliehen müssen. Viele Ukrainerinnen und Ukrainer sind gezwungen, ihr Land und ihr Zuhause zu verlassen. In unseren Städten sind die geflüchteten Menschen willkommen. Wir wollen Schutz und Zuflucht bieten, die Menschen gut unterbringen und versorgen. Aber auch die moralische Unterstützung und Ermutigung sind bedeutend. Dafür steht die Kultur. Die Bilder und Klänge des Orchesters in Kiew und des Chors in Odessa, die mit dem Mut der Verzweiflung gegen den Krieg anspielen und -singen, haben sich unvergesslich in unsere Herzen gebrannt. Sie sind Sinnbilder des Kampfs der Zivilisation, des Guten und Schönen gegen die Barbarei des Krieges.

Mit dem kulturellen Erbe wird gleichzeitig Identität zerstört

Ein bedeutendes Ziel kriegerischer Angriffe ist das Kulturerbe einer Nation, sind historische Bauten oder Stätten von besonderer kultureller Bedeutung. Mit dem Angriff auf kulturelle Stätten trifft man auch die Seele eines Landes. Es soll nicht nur die Infrastruktur zerstört werden, sondern auch das sinnstiftende Element. Zerstört wird auch das, was die Menschen verbindet, zusammenhält, ihnen Kraft gibt. Wer das Kulturerbe bombardiert, löscht die Geschichte aus, sagt die Leiterin des Khannenko-Museums in Kiew, Yulija Vaganova. Bei einem russischen Angriff auf Kiew ist bereits ein jüdischer Friedhof bei der Holocaust-Gedenkstätte Babyn Jar getroffen worden. In Odessa, Perle der Architektur und Kultur, schützen die Bürgerinnen und Bürger ihr Denkmal des Herzogs Richelieu mit Sandsäcken – das Bild geht um die Welt. Die dortige Oper ist mit Barrikaden geschützt. Die Ukrainerinnen und Ukrainer tun alles, um nicht nur ihr Land und seine Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch ihre Kultur zu beschützen. Bereits in anderen Kriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen sind kulturelle Stätten, die zum Teil einzigartige kulturelle Zeugnisse für die ganze Welt darstellen, gezielt zerstört worden.

Unterstützung ukrainischer Künstlerinnen und Künstler

Wo Menschenleben vernichtet werden, wird das Kulturerbe nicht verschont bleiben. Wir können ein aktives Signal für die ukrainische Kultur setzen und sollten ukrainische Künstlerinnen und Künstler umfassend unterstützen. Viele kommunale und freie Kultureinrichtungen, Kulturschaffende, Künstlerinnen und Künstler haben sich bereits solidarisch mit der Ukraine erklärt und Zeichen für den Frieden gesetzt. Viele Hilfsmaßnahmen sind schon angestoßen worden. Wir haben uns als Deutscher Städtetag gemeinsam mit Bund und Ländern darauf verständigt, den

geflüchteten Künstlerinnen und Künstlern schnell und unbürokratisch zu helfen. Sie sollen die Gelegenheit haben, künstlerisch zu arbeiten. Unsere kommunalen Kultureinrichtungen zeigen in vielfacher Weise Solidarität. Sie organisieren Sonderkonzerte, Auftritte, Ausstellungen und vieles mehr. Auch in unseren Städtepartnerschaften sehen wir große Chancen. Sie bauen auf die Verbindungen von Mensch zu Mensch und können damit gerade jetzt Friedensbrücken sein. Oft dienen sie auch dem kulturellen Austausch. Wir haben uns daher auch dagegen ausgesprochen, die Städtepartnerschaften zu russischen Städten per se zu beenden.

Kritische russische Kultur stärken, Kooperationen prüfen

In den letzten Wochen sind viele Diskussionen über den Umgang mit russischen Künstlerinnen und Künstlern aufgekomen, nicht zuletzt durch so bekannte Namen wie Waleri Gergijew und Anna Netrebko. Waleri Gergijew ist wegen seiner Nähe zu Putin und zu dessen politischer Agenda als Chefdirigent der Münchner Philharmonie entlassen worden. Anna Netrebko ist ebenfalls aus vielen Engagements verabschiedet worden. Sie hat sich von der Politik des russischen Präsidenten nicht eindeutig distanziert. Die Fälle von Gergijew und Netrebko sind eindeutig. Es ist jedoch nachdrücklich davor zu warnen, die russische Kunst und Kultur nun ganz und gar zu verdammen. Die Gefahr ist groß, dass in dem verständlichen Wunsch, die Ukraine zu unterstützen und sich solidarisch zu zeigen, sämtliche russische Kultur in Mithaftung genommen wird. Welche Forderungen kann man legitimerweise gegenüber Einzelnen erheben, wie weit darf eine »Gesinnungsprüfung« gehen? Wir müssen in jedem Einzelfall prüfen, wo eine Zusammenarbeit möglich und sinnvoll ist und wo nicht. Der Staat und alle staatlichen Ebenen sind hier ganz besonders zu Zurückhaltung aufgefordert. Diese Zurückhaltung endet bei staatlichen Institutionen, die das Regime Putin tragen oder bei Kulturakteurinnen und -akteuren, die sein Regime politisch unterstützen. Künstlerinnen und Künstler, die offen das Regime in Russland kritisieren, benötigen unsere umfassende Unterstützung. Die Kunst ist ein Reflexionsmedium für die Gesellschaft und ein Sprachrohr für gesellschaftliche Konflikte. Sie problematisiert politische Entwicklungen und ist oftmals explizit kritisch gegenüber den Herrschenden aufgestellt. Die transformative Kraft von Kunst und Kultur gilt es daher so weit wie möglich zu unterstützen und zu stärken.

Ukraine-Erklärung von Bund, Ländern und Kommunen

Im Kulturpolitischen Spitzengespräch haben sich die Kulturministerinnen und -minister von Bund und Ländern und die kommunalen Spitzenverbände auf eine gemeinsame Erklärung zum Ukraine-Krieg verständigt. In ihr wird festgestellt, dass sich der Krieg auch gegen die gemeinsame europäische Kultur richtet. Er zerstört Zeugnisse des kulturellen Erbes. Wir dürfen nicht nachlassen in unserer Solidarität, auch wenn der Krieg andauert. Die Menschen, die zu uns kommen, benötigen unsere Hilfe und Unterstützung. Die Menschen, die in der Ukraine bleiben, benötigen unsere moralische Ermutigung. Ich hoffe von Herzen, dass der Mut der Ukrainerinnen und Ukrainer nicht vergeblich sein wird.

Markus Lewe ist Oberbürgermeister der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetages

Pauschale Diskriminierung von Russen: njet

Reaktion des Friedrichstadt-Palast Berlin

BERNDT SCHMIDT

Als ich am Morgen des 24. Februar vom Überfall auf die Ukraine hörte, dachte ich an unser internationales Ensemble. Schon kurz nach 9 Uhr postete ich als Intendant auf den Social-Media-Seiten unseres Theaters dieses Statement: »Am Palast haben wir Kolleg:innen aus über 25 Nationen, auch aus der Ukraine und Russland. Unter unserem Leitbild »Respect each other« arbeiten wir vertrauensvoll, viele auch privat befreundet, miteinander und schaffen gemeinsam große und schöne Kunst auf der Bühne. Unverständnis und Sorge über diesen Krieg der staatlichen und militärischen Führung Russlands dürfen nicht umschlagen in Unverständnis und Wut auf russische oder russischstämmige Menschen und Mitmenschen. Am Palast werden wir auch in diesen Tagen und Wochen weiter respektvoll miteinander umgehen, selbstverständlich auch mit unse-

Auch nicht als Enkel eines SS-Obersturmbannführers, der 1943, ironischerweise nahe Charkiv, erschossen wurde.

Welches Recht sollte ich als Intendant haben, russische Künstlerinnen und Künstler zu fragen, wie sie es mit Putin halten? Allein die Überlegung halte ich für geschichtsvergessen.

Es gibt keine aktive Pflicht zur Distanzierung. Es gilt die Unschuldsvormutung.

Umgekehrt gilt meiner Meinung nach schon: Wer Putins Krieg aktiv gutheißt, hat in der zivilisierten Welt ausgespielt. Waleri Gergijew und Anna Netrebko sind mit ihrer offensichtlichen Nähe und Verstrickung mit Putins Regime sicherlich auch noch mal ein anderes Level, da kann man schon explizit nachfragen – und keine oder eine nichtssagende Antwort ist dann auch eine Antwort. Man kann, anders als die Netrebko das gerne hätte, die Kunst nicht von der Person trennen. Auch Leni Riefenstahl hat Bahnbre-

Natürlich wirkt der Krieg tief hinein in unser Ensemble. Die ukrainischen Kolleginnen und Kollegen machen sich größte Sorgen um ihre Familien daheim, die russischen und belarussischen ebenfalls, wenn auch teilweise aus unterschiedlichen Gründen. Entsetzen und Scham, Ohnmacht und gegenseitige Unterstützung vermischen sich in unserem Ensemble.

Derweil wird in Russland trotz Gefahren und Repressionen der Widerstand russischer Künstlerinnen und Künstler stärker. Es gibt zahlreiche russische Kulturverantwortliche, die aus Protest gegen Putin ihre offiziellen Ämter niederlegen. Der russische Dirigent Ivan Velikanov sagte in einem Interview mit der Deutschen Welle: »Wenn pauschal alle schuldig gesprochen werden, wirkt das wie blinde Rache. Ich verstehe, dass es ein Ausdruck der Solidarität ist, aber dieses Vorgehen ist irgendwie sinnlos, aggressiv, und vor allem trifft es meistens die Falschen.«



FOTO: FLORIAN BACHMEIER

Marjinka, 2016. Die Front verläuft quer durch das Stadtgebiet. In der Schule herrscht zu Beginn des Schuljahres eine Mischung aus Ausnahmezustand und Normalität

ren russischen und russischstämmigen Kolleg:innen. Unser Mitgefühl und unsere einhundertprozentige Solidarität sind bei unseren Kolleg:innen aus der Ukraine, die sich in diesen Stunden zu Recht größte Sorgen um ihre Familien und ihr Land machen.«

Schnell bestätigten sich Befürchtungen, dass russische Menschen für einen Krieg verantwortlich gemacht werden, den sie nicht begonnen haben. Selbst russischstämmige Kinder in deutschen Schulen mussten als billiges Ventil und Blitzableiter herhalten. Und russische Künstlerinnen und Künstler. Selbst verstorbene Literaten und Komponisten mussten dran glauben.

Wir sollten mit unserem germanischen Furor in Moralfragen sehr zurückhaltend sein. Als Deutscher werde ich bei Reisen oder künstlerischen Projekten in Israel, Polen, Russland oder Ukraine auch nicht gefragt, wie ich zu Faschismus und Nazismus stehe.

chendes für den Film geleistet und blieb, völlig zu Recht, in der Rezeption doch immer toxisch.

Zurück zum Palast: Schon 2014 hatten wir Künstlerinnen und Künstler, die von der Krim kamen. Die Mitglieder des Ensembles geben die Weltpolitik nicht an der Pforte ab, sondern bringen sie mit ins Gebäude. Die Konflikte in der Ukraine waren immer präsent bei uns. Auf die Politik haben wir keinen Einfluss, aber darauf, wie wir damit umgehen. Und bei aller emotionalen und persönlichen Betroffenheit versuchen doch alle bei uns, kultiviert und respektvoll damit umzugehen. Am Palast gibt es keine Gesinnungsprüfungen und keinen Generalverdacht, weil man einen russischen Pass hat. Unseren Tänzerinnen und Tänzern, Artistinnen und Artisten aus Russland haben wir angeboten, dass wir sie unterstützen, falls sie außerhalb des Hauses Anfeindungen erleben.

Zur Erinnerung: Wir Deutschen haben uns zwölf Jahre lang auch nicht selber vom Tyrannen befreit. Das mussten alliierte, insbesondere auch russische Soldatinnen und Soldaten unter schrecklichen Verlusten für uns tun. Die Demokratie, zunächst nur auf westdeutscher Seite, haben andere für uns erkämpft, und wir haben diese Befreier fanatisch bis zur letzten Patrone und am Schluss selbst noch mit Kindersoldaten bekämpft. Wenn es um Krieg und Moralfragen geht, würde ich sagen, ist schuldbewusstes Klappehalten erste Bürgerpflicht für Deutsche und deutsche Kulturinstitutionen.

Hundertprozentige Solidarität und Unterstützung der Menschen in der Ukraine, selbstverständlich. Moralische Belehrungen und pauschale Diskriminierung von Russinnen und Russen: njet.

Berndt Schmidt ist Intendant des Friedrichstadt-Palast Berlin

Preis der Macht

Die Reaktion der Musik auf Waleri Gergijew und Anna Netrebko

MORITZ EGGERT

Während das ukrainische Volk einem Angriffs-krieg ausgesetzt ist, der jeden Tag schrecklichste Opfer fordert, tobt in unseren sozialen Medien und Feuilletons ein Luxuskrieg darüber, wie am besten mit der Situation umgegangen werden soll. Die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit z. B. Waleri Gergijew oder Anna Netrebko – die prominentesten Beispiele – werden heiß und kontrovers diskutiert in einer ohnehin schon von Angst vor einer »Cancel Culture« aufgeheizten Atmosphäre. Ein beliebtes Argument ist hierbei die »Souveränität« der Kunst – als wäre sie mit einem Staat oder einem Land vergleichbar –, gerne werden auch kitschige Bilder wie das der »völkerverständigenden« Kraft der Musik bemüht. Als ob es vollkommen egal sei, wer da vorne spielt oder dirigiert, Hauptsache, man liegt sich danach rührselig in den Armen und kann alles vergessen, am besten mit ein paar Häppchen und einem Glas Sekt.

Diese Argumentation macht die Musik dümmere, als sie eigentlich ist. Und vor allem macht sie die Protagonisten der Musikszene dümmere, als sie es in Wirklichkeit sind.

Kultur braucht immer einen Kontext. Ein Ton, ein Akkord, ein Farbleck auf einer Leinwand – das alles sind allein noch keine politischen Statements wie es vielleicht Worte sein können. Sie finden aber in einem Kontext statt, der sehr wohl politisch ist. Und die Kunst wird von lebendigen Personen gemacht, die in einer politischen Situation agieren und darin auch eine Stimme haben, selbst wenn sie sich entscheiden, diese nicht zu erheben – auch unpolitisch zu sein ist politisch. Diese Personen machen Karrieren und treffen Entscheidungen, die mit einer politischen Situation zu tun haben, selbst wenn sie dies gar nicht wollen.

In den langen Jahren des europäischen Friedens haben viele von uns vergessen, wie gefährlich es eigentlich sein kann, Kunst zu machen. Wir haben hierzulande schon lange nicht mehr erlebt, wie Kunst wegen Staatsrepressalien oder religiösem Fundamentalismus unterdrückt wird. Aber auch unsere hiesige Kunst war die letzten Jahrzehnte sehr »politisch«, ohne dass wir es merkten, denn die Idee einer freien und vom Staat zwar geförderten, von seinem Einfluss aber unabhängigen Kunst ist an sich schon ein Statement, das nicht jeder Ideologie passt und konträr zu dem steht, was in vielen Ländern – darunter auch Russland und China – praktiziert wird. Wir schmunzelten über die Karikaturen von Charlie Hebdo, anderswo galten sie als politisches Statement, dem man mit Gewalt begegnen muss.

Sind Künstler und Musiker harmlose Naivlinge, die von all dem nichts wissen? Wenn Anna Netrebko in ihren Tweets vorgibt, »unpolitisch« zu sein, verheimlicht sie, dass ihre ganze Laufbahn Resultat politischen Agierens war. Daher kann sie nicht in einem Moment, in dem sie Farbe bekennen muss, so tun, als sei ihr dies plötzlich nicht möglich, als sei sie plötzlich nichts weiter als ein armes kleines unschuldiges Mädchen, das nur singen will.

Wer wie Netrebko oder Gergijew proaktiv, ohne Zwang und bei völliger geistiger Gesundheit einen Weg beschritten hat, der ganz bewusst die opportune Nähe zur Macht gesucht

hat, muss in Kauf nehmen, dass dies in dem Moment kritisch werden kann, wenn diese Macht unmenschlich und verachtungswürdig agiert. Dass solche Persönlichkeiten im aktuellen Moment nach ihrer Positionierung gefragt werden, ist nicht Ausdruck einer übertriebenen »Cancel Culture«, sondern direktes Resultat ihres vorherigen Agierens. Die öffentliche Positionierung war Teil ihrer Karrierestrategie.

Was viele der Gergijew-Verteidiger z. B. gerne vergessen, ist die Tatsache, dass es nicht nur für die vielen Ukrainer in München – Kiew ist die Partnerstadt Münchens – unerträglich gewesen wäre, einen bekennenden Unterstützer und Vertreter der Putin-Politik weiterhin dirigieren zu sehen. Denn auch ohne Worte macht Gergijews Taktstock indirekt Putin-Propaganda, denn er schlägt nur an diesem Ort, weil eine politische Karriere ihn dahin geführt hat. Die Kündigung gegen Gergijew richtet sich weniger gegen ihn selbst, sie ist eine Rücksichtnahme auf das Publikum, dem man die Person Gergijews nicht mehr zumuten kann und möchte. Das hat nichts mit seinem Dirigat zu tun, allein mit ihm. Man kann Kunst von ihren Schöpfern trennen, das ist leichter, wenn diese nicht mehr unter uns sind. Aber manchmal agieren die lebenden Schöpfer so unerträglich, dass sie ihre eigene Kunst überschatten. Auch ein Schweigen – wie im Fall Gergijews – kann als unerträglich empfunden werden, das Schweigen in Deutschland zwischen 1933 bis 1945 angesichts unserer Nazi-verbrechen war es auch. Da Netrebko und Gergijew diesen Weg der Macht gegangen sind – anders als z. B. die vielen russischen Künstlerinnen und Künstler, deren große internationale Karrieren ohne Nähe zu Putin zustande kamen – mussten sie auch immer das mögliche Risiko einkalkulieren, »unerträglich« zu werden. Das Mitleid mit ihnen sollte sich daher in Grenzen halten, zu dieser Lebensentscheidung hat sie niemand gezwungen, genauso wie auch ein Herbert von Karajan nie dazu gezwungen wurde, eines der ersten NSDAP-Mitglieder zu werden.

Anders liegt der Fall, wenn es um Künstlerinnen und Künstler geht, die nicht im Rampenlicht stehen, die keine öffentliche Rolle einnehmen. Es ist völlig absurd, von jeder Russin und jedem Russen eine öffentliche Positionierung zu verlangen, wenn sie keinerlei öffentliche Rolle einnehmen und dem System auch nicht öffentlich dienen. Wenn Menschen ihre politische Gesinnung zur Privatsache machen und sie nicht hinausposaunen, gebührt es der grundsätzliche Respekt, diese nicht zu erzwingen. Russische Orchestermusiker und Musikstudenten repräsentieren nicht automatisch das »System Putin«, zum größten Teil sind sie gerade wegen des Systems Putin hier und nicht in Russland. Noch ist keine allgemeine »Russenhetze« zu spüren, sollte es diese je geben, müssen wir ihr aber dringend Einhalt bieten, denn sie wäre unmenschlich und ungerecht.

Wer sich aber – Russe oder nicht – bewusst zum opportunistischen Sprachrohr der Mächtigen macht, muss einkalkulieren, dass der Preis der Macht sehr hoch sein kann. Nämlich dann, wenn sich diese Macht als etwas erweist, dem man lieber nicht hätte dienen sollen.

Moritz Eggert ist Präsident des Deutschen Komponistenverbandes, freischaffender Komponist, Pianist, Blogger (»Bad Blog of Music«) sowie Professor für Komposition an der Musikhochschule München



Awdijiwka, 2016

FOTO: FLORIAN BACHMEIER

Gesinnungsprüfungen?

Wie die Musik- und Orchesterszene um Haltung ringt

GERALD MERTENS

Sag mir, ob du für oder gegen den Präsidenten deines Heimatlandes bist. Sag mir, ob du für oder gegen den Krieg bist, den dieser Präsident veranlasst hat. Dann sage ich dir, ob du bei uns im Konzert auftreten darfst oder ob wir uns voneinander trennen.« So oder ähnlich lauteten seit Ausbruch des Ukraine-Krieges Fragen, die vielen aus Russland stammenden Künstlerinnen und Künstlern außerhalb ihrer Heimat gestellt wurden. Prominenteste Protagonistin: die weltweit gefeierte Sopranistin Anna Netrebko. Prominentester Protagonist: der Dirigent Waleri Gergijew, unter anderem Chef der Münchner Philharmoniker.

In den deutschen Berufsorchestern, die sich aus Mitgliedern unterschiedlichster Herkünfte zusammensetzen, auch aus Russland und der Ukraine, hat der völkerrechtswidrige Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine blankes Entsetzen ausgelöst, ebenso wie in weiten Teilen der Gesellschaft. Es gibt kaum ein Orchester, das in den vergangenen Wochen nicht spontan Stücke ukrainischer Komponisten kurzfristig auf das Programm gesetzt oder in Benefizveranstaltungen Spenden für Betroffene gesammelt hat. Immer wieder haben dabei aus Russland oder der Ukraine stammende Orchestermitglieder im Konzert das Wort ergriffen und gegen den Krieg, für Frieden und für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der Ukraine plädiert.

Manche Orchester vereinen Menschen aus bis zu 30 Nationen, aus allen fünf Kontinenten, in ihren Reihen. Viele davon haben in Deutschland oder Europa Musik studiert und sich schließlich auf »ihr« Orchester in Deutschland, dessen Selbstverständnis und Traditionslinien, eingelassen.

Auch deswegen, weil alle anderen Orchestermitglieder nach gewonnenem Probespiel und mindestens einem Jahr Probezeit mehrheitlich der Auffassung waren, dass genau diese Person künstlerisch, menschlich und musikalisch in den Organismus passt und sich gut einfügt, unabhängig von nationaler Herkunft.

Im Orchesteralltag spielen nationale Herkünfte kaum eine Rolle, allenfalls dann, wenn es gelegentlich gilt, besondere nationale Eigenheiten – Klischees? – in den Kontext künstlerischer Programmgestaltung zu bringen, z. B. den aus Schottland stammenden Musiker, der auch den Dudelsack beherrscht. Oder wenn das Orchester auf Tournee im Heimatland eines Orchestermitglieds auftritt und dadurch besonders enge, geradezu gewünschte Identifikationsmöglichkeiten für das örtliche Publikum entstehen.

Ist es vor diesen Hintergründen sinnvoll, angemessen oder gar zielführend, Künstlerinnen und Künstler unter Druck zu setzen, mit Fristsetzung eine bestimmte politische Positionierung von ihnen einzufordern und sie bei Nichterfüllung hinauszuwerfen oder nicht zu engagieren? Nein, ist es nicht. Nicht sinnvoll, nicht angemessen und schon gar nicht zielführend. Auch nicht im Zusammenhang mit dem aktuellen Krieg gegen die Ukraine, der rhetorisch von Bundeskanzler Olaf Scholz als »Putins Krieg« gebrandmarkt wird. Auch Presse und Medien sprechen bei Gergijew und Netrebko von »Putins Künstlern«. Wenn man also schon nicht wirksam gegen Putin vorgehen kann, dann wenigstens gegen »seine« Künstler. »Jetzt haben wir es ihnen aber gezeigt«, mögen Verantwortliche anschließend denken und damit nach außen Tatkraft und Entschlossenheit symbolisieren. Wie

kurzsichtig. Denn das eigentliche Ziel – »Putin« – wird verfehlt, nicht erreicht, vielleicht sogar eine gegenteilige Wirkung erzeugt.

Man sollte annehmen, dass insbesondere prominente Spitzenkünstlerinnen und -künstler – gerade in der klassischen Musik – von den Verantwortlichen ausschließlich aufgrund ihrer herausragenden künstlerischen Qualifikation und ihrer Aura engagiert werden; nicht wegen ihrer Herkunft oder gar ihrer politischen oder religiösen Anschauungen. Wenn es künstlerisch dann irgendwann nicht mehr »passt«, trennt man sich wieder. Das ist normal. Schwierig bzw. geradezu scheinheilig ist es aber, z. B. Waleri Gergijew wegen besonderer Nähe zu und Sympathie für Wladimir Putin jetzt mit großem Tamtam hinauszuwerfen, obwohl diese Umstände schon vor seiner Verpflichtung als Chefdirigent der Münchner Philharmoniker bekannt waren und 2018 im Münchner Stadtrat auch öffentlich kritisiert wurden. Nur nicht von einer Mehrheit. Dieser Protest wurde seinerzeit geflissentlich ignoriert. Vier Jahre später statuiert man hier nun ein – vermeintliches – Exempel.

Der frühere Kulturstatsminister und stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Ethikrates Julian Nida-Rümelin hat sich richtigerweise dagegen ausgesprochen, wegen des Angriffs auf die Ukraine russischen Künstler ihre Engagements zu entziehen; es dürfe in Deutschland keine »Gesinnungsprüfungen« von Künstlern und Wissenschaftlern geben. Künstlerinnen und Künstler haben wie alle Menschen das Recht zur freien Meinungsäußerung, jedenfalls in demokratisch regierten Staaten. Dies umfasst auch das Recht zu schweigen.

Gerald Mertens ist Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung

Unterstützung von Demokratie und Meinungsfreiheit

Die Reaktion der internationalen Bibliotheksgemeinschaft

BARBARA LISON

Die IFLA, International Federation of Library Associations and Institutions, ist der Dachverband von rund 150 nationalen Bibliotheksverbänden und hat darüber hinaus mehr als 1.500 Bibliotheken als Mitglieder. Damit vertritt die IFLA das globale Bibliotheksfeld im internationalen Kontext. Das Motto »IFLA – the Global Voice of Libraries« zeigt den Anspruch, den die IFLA erhebt, die Stimme der Bibliotheken zu sein, wenn es um deren Repräsentanz, aber auch um deren Stellenwert im globalen Geschehen geht.

stand, dem ich als Präsidentin vorsitze. In diesem Governing Board sind elf gewählte oder »geborene« Mitglieder aus vier Kontinenten: Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika. Die Beschlüsse dieses Gremiums sind die Basis für die Handlungsoptionen des Verbandes.

Wenige Tage nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine, am 1. März, veröffentlichte die IFLA auf ihrer Website folgendes Statement: »Die IFLA steht in Solidarität mit unseren Kollegen in der Ukraine – verurteilt alle gewalttätigen Aktionen und schließt sich der internationalen Gemeinschaft in ihren Erklärungen zur Situation an. In Verbindung mit dem Protest der internationalen Bibliotheksgemeinschaft appelliert die IFLA dringend an die Bibliotheken auf der ganzen Welt, sich für die Verbreitung genauer Informationen über den Konflikt als Mittel zur Unterstützung

der Deutsche Bibliotheksverband, insistierten auf einer Aussetzung der Mitgliedschaft bzw. der vollständigen Einstellung aller professioneller Aktivitäten. Dies hätte z. B. auch ein Verbot der Teilnahme von Menschen aus Russland an unserem Weltkongress im Juli zur Folge gehabt, ebenso auch die Aussetzung der Aktivitäten der russischen Mitglieder unserer über 50 Facharbeitsgruppen.

Vor diesem Hintergrund war es notwendig, dass die IFLA dieses Thema noch einmal intensiv bearbeiten musste. Gewichtige Argumente, die in diesem Zusammenhang vorgebracht wurden, war die Frage von nichteuropäischen Vorstandmitgliedern, warum nun im Kontext Europa zum ersten Mal über den Ausschluss von IFLA-Mitgliedern gesprochen wurde, obwohl es in anderen Teilen der Welt bereits seit Jahren

Seriöse Quellen zugänglich halten

Reaktion des Deutschen Bibliotheksverbandes

BARBARA SCHLEIHAGEN

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine und das damit verbundene sinnlose Leid der Menschen erschüttert uns alle. Gleich nach Kriegsbeginn nahm der Deutsche Bibliotheksverband (dbv) Kontakt zum Ukrainischen Bibliotheksverband auf, um seine Solidarität spürbar zu zeigen, um zu verdeutlichen, dass wir an der Seite unserer ukrainischen Kolleginnen und Kollegen stehen und um zu erfahren, welche Bedarfe es vor Ort gibt.

Der Aufbau und die Vertiefung solcher Netzwerke ist derzeit eine der vorrangigen Aufgaben, die im Austausch unter einigen großen Bibliotheken mit traditionell guten Verbindungen nach Osteuropa sowie mit anderen europäischen Bibliotheksverbänden geleistet wird. So konnte das Hilfsangebot der Deutschen Nationalbibliothek bei der Sicherung von schriftlichem Kulturgut sowie von Stipendien auf direktem Wege in die Ukraine weitergegeben werden. Bibliotheken beteiligen sich auch am »Netzwerk Kulturgutschutz Ukraine«, initiiert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Auswärtigen Amt, das Informationen zur Lage vor Ort sowie zu bestehenden Hilfsbedarfen- und angeboten koordiniert und als zentraler Ansprechpartner für alle Anfragen in diesem Bereich fungiert.

Der dbv spricht sich dafür aus, dass Bibliotheken den Empfehlungen ihrer jeweiligen Träger folgen und ihre offiziellen Kontakte zu Russland z. B. im Rahmen einer Hochschulkoope-ration oder einer Städtepartnerschaft bis auf Weiteres auf Eis legen. Zusätzlich fordert er den internationalen Bibliotheksverband IFLA auf, die offiziellen Kontakte ebenfalls auszusetzen und keine russische Delegation zu seinem Kongress zuzulassen. Persönliche Kontakte sollten aufrechterhalten werden, denn Einzelpersonen dürfen nicht für Staatshandlungen verantwortlich gemacht werden. Der dbv drückt seine Hochachtung vor den mutigen Menschen in Russland aus, die sich unter Gefahr für sich und ihre Familien öffentlich gegen den Krieg äußern.

Auf seiner Webseite hat der dbv Informations- und Hilfsaktivitäten von Bibliotheken sowie Stellungnahmen verschiedener Verbände zusammengetragen. Viele Bibliotheken haben aktuelle Medien zur Ukraine, zu Russland, Europa, der Weltordnung oder Analysen ausgewählter Einrichtungen zum Krieg in der Ukraine, aber auch zu ukrainischer Kunst, Literatur und Kultur zur (elektronischen) Ausleihe zusammengestellt. Einige Bibliotheken organisieren in Kooperation mit anderen kommunalen Einrichtungen Veranstaltungen und Lesungen ukrainischer Schriftstellerinnen und Schriftsteller.

Gerade jetzt müssen alle Informationen besonders sorgsam überprüft und kritisch eingeordnet werden. Bibliotheken leisten Aufklärung und ermöglichen Zugang zu seriösen Quellen, Ressourcen zum Faktencheck und zur Überprüfung von Informationen. Sie unterstützen Menschen dabei, Falschinformationen besser zu erkennen und wirken so Desinformationen entgegen. Sehr schnell stellte z. B. die Stadtbibliothek München einen Überblick über unabhängige Medien aus der Ukraine, Russland und Belarus, Faktenchecks sowie seriöse

Informationsquellen zur aktuellen Situation auch für Kinder und Jugendliche auf ihrer Webseite bereit. Darüber hinaus listet sie lokale Hilfs- und Unterstützungsangebote für Geflüchtete auf. Die Bayerische Hörbücherei für blinde und sehbehinderte Menschen nimmt als Informationsanbieter für eine spezielle Zielgruppe eine besondere Rolle ein und hat ebenfalls eine Infoseite zur Ukraine erstellt. Die Internationale Jugendbibliothek stellt Plakatmotive gegen den Krieg auf Deutsch und Ukrainisch bereit. Die Einnahmen kommen einer polnischen Stiftung zugute, die mit dem Geld ukrainische Kinderbücher kauft und an geflüchtete Kinder in Polen verteilt. Darüber hinaus nutzen viele Bibliotheken eine vom dbv bereitgestellte Grafik, um sowohl auf Postern in ihren Räumlichkeiten als auch auf ihren Webseiten mit den ukrainischen Farben ihre Solidarität zu bekunden und deutlich zu machen, dass sie eine Anlaufstelle für Geflüchtete sind.

Täglich kommen weitere Geflüchtete aus der Ukraine in unser Land. Es sind Menschen, die unsere Landessprache nicht sprechen und die verwaltungsrechtlichen Schritte einleiten müssen.

Bibliotheken stellen ihnen in ihren frei zugänglichen Räumlichkeiten Ruhezonen mit Sitzcken sowie Steckdosen zum Aufladen ihrer Geräte, Zugang zu Arbeitsplätzen, Datenbanken mit Zugriff auf die internationale Presse sowie freiem W-LAN und Räume für Dialog- und Informationsveranstaltungen zur Verfügung. Der Landesverband Sachsen im dbv hat Hinweise zur Nutzung von öffentlichen Bibliotheken unter anderem in ukrainischer Sprache veröffentlicht. Öffentliche Bibliotheken haben begonnen, Bücher und E-Books in ukrainischer Sprache für Kinder und Erwachsene zu erwerben und unterstützen Geflüchtete mit zuverlässiger Beratung und Informationen über rechtliche Fragen, örtliche Vorschriften, Unterkunft oder Beschäftigung. Die »Digitale Bibliothek der ukrainischen Literatur« ist im Internet erreichbar und bietet neben Büchern auch Hörbücher. Auch Filme auf DVD oder Blu-Ray haben häufiger ukrainische oder russische Untertitel. Einige Bibliotheken suchen Ehrenamtliche möglichst mit ukrainischen Sprachkenntnissen für Gespräche und zur Begleitung bei Sprachunterricht.

Der dbv beteiligt sich an einer europäischen Initiative, die ein bereits bestehendes Netzwerk von öffentlichen Bibliotheken in verschiedenen Ländern auf die Bibliotheken in der Ukraine ausweiten wird, um Aktionen zu koordinieren und beim Austausch von Ideen und Ressourcen zusammenzuarbeiten und vor allem langfristig zu etablieren.

Bibliotheken als öffentliche Orte der Begegnung und des Zusammenhaltes unterstützen Menschen gerade auch in Zeiten, in denen die freiheitlichen Werte unserer offenen, pluralistischen und toleranten Gesellschaft gefährdet sind. In unseren Bibliotheken als Orte der gelebten Demokratie können Menschen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, politische Meinungsbildung und gesellschaftliche Teilhabe ausüben. Bibliotheken helfen, Dinge sichtbar zu machen und sich zu informieren.

Barbara Schleihagen ist Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Bibliotheksverbandes



FOTO: FLORIAN BACHMEIER

Anhöhe von Sawur-Mohyla, 2016. Grab eines Soldaten der separatistischen Streitkräfte

Wie hat sich also diese »Globale Stimme der Bibliotheken« zu der russischen Invasion positioniert? Welchen Herausforderungen musste und muss sich unsere Föderation stellen?

Diese Fragen kann ich nicht beantworten, ohne vorher auf die Ziele, die Struktur und die Governance unseres Verbandes einzugehen. Denn, wie bereits gesagt, die IFLA ist ein Weltverband mit Mitgliedern aus allen Kontinenten, politischen Systemen und auch Bibliothekstypen, von den großen Nationalbibliotheken bis zu den Stadtbibliotheken auf lokaler Ebene.

Einer der wesentlichsten Grundwerte, zu denen sich die IFLA als professionelle Nichtregierungsorganisation verpflichtet hat, ist »die Befürwortung des Grundsatzes des freien Zugangs zu Informationen, zu Ideen und Werken der Imagination und des Grundsatzes der Meinungsfreiheit, die in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind.« Das oberste Entscheidungsgremium der IFLA ist das Governing Board, der Vor-

von Demokratie und Meinungsfreiheit zu mobilisieren. Die IFLA fordert die Bibliotheken auch auf, alle ukrainischen Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen. Wir sollten bereit sein, praktische Lösungen zu finden, und bereit sein, den Ukrainern bei Bedarf Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen.«

Dieses Statement spiegelte nicht im selben Umfang und in derselben Aussage die entsprechenden Verlautbarungen vieler nationaler Bibliotheksverbände und einiger weniger internationaler Verbände des Kulturbereiches. Schon gar nicht folgte es den Forderungen, die nicht nur der ukrainische Bibliotheksverband, sondern auch andere Partnerverbände erhoben hatten, nämlich, die russischen IFLA-Mitglieder wenn nicht vollständig auszuschließen, so doch die Mitgliedschaften ruhen zu lassen. Der ukrainische Verband wiederholte seine Forderung nach Ausschluss ausdrücklich, einige andere Verbände, so auch

und Jahrzehnten Kriege oder kriegsähnliche menschenverachtende Aggressionen gibt, die noch nie zu einer derartigen Diskussion geführt hätten. Hier kam sogar das Wort »Eurozentrismus« auf. Schließlich sind gut 40 Prozent der IFLA-Mitglieder aus Europa. Und tatsächlich hatte IFLA außer von den USA und Mitgliedern des Commonwealth so gut wie keine außereuropäischen Aufforderungen erhalten, die russischen Mitglieder zu sanktionieren.

In seiner letzten Sitzung hat sich nun der IFLA-Vorstand zur Publikation einer neuen, umfassenderen Stellungnahme entschieden, die vor allem die Aggression verurteilt, den Schutz der Kulturgüter einfordert und zur Unterstützung für die ukrainischen Kolleginnen und Kollegen aufruft.

Mein Fazit: Ein Weltverband hat kaum eine andere Option, als sich aus einer globalen Perspektive zu positionieren.

Barbara Lison ist Präsidentin des Weltbibliotheksverbandes IFLA

Europa zwischen Kobane und Kiew

Was sind die europäischen Werte wert?

DENIZ YÜCEL

Im Oktober 2014, in jenen Tagen, als die Terrormiliz »Islamischer Staat« mit schweren Waffen, die man zuvor bei der Eroberung von Mossul erbeutet hatte, die syrisch-kurdische Stadt Kobane angriff und die Verteidiger bis auf wenige Straßenzüge zurückgedrängt hatte, schrieb Stéphane Charbonnier einen denkwürdigen Gastbeitrag in der Tageszeitung L’Humanité.

»Ich bin kein Kurde, ich kann kein Wort Kurdisch, ich könnte keinen kurdischen Autor nennen, kurdische Kultur ist mir völlig fremd. Heute bin ich Kurde. Ich denke kurdisch, ich spreche kurdisch, ich singe kurdisch, ich weine kurdisch. Die belagerten Kurden in Syrien sind keine Kurden, sie sind die Menschheit, die sich der Dunkelheit widersetzt. Sie verteidigen ihr Leben, ihre Familie, ihr Land, aber ob sie wollen oder nicht, sie stellen das einzige Bollwerk gegen

ich spreche ukrainisch, ich singe ukrainisch, ich weine ukrainisch.«

Und vermutlich geht es nicht nur mir so. Denn wieder blicken die Welt und vor allem Europa auf einen Krieg im Osten. Mit Schauern vor den Aggressoren, mit Sympathie für die Bedrängten, aber mit Zögern und Zaudern beim praktischen Beistand.

Die Waffenlieferungen, die nicht nur Präsident Wolodymyr Selenskyj, sondern, soweit ich das überblicken kann, alle ukrainischen Intellektuellen und Künstler seit Monaten erbeten haben, kamen viel zu spät; die flehentliche Forderung nach einer Flugverbotszone wird beiseitegewischt, ohne sie auch nur ernsthaft anzuhören.

Auch in einer anderen Hinsicht stoßen die Stimmen aus der Ukraine kaum auf Gehör: »Nicht Sie helfen uns, der Ukraine«, formuliert es etwa die Schriftstellerin Oksana Sabuschko. »Indem sich die Ukraine gegen die russischen Besatzer verteidigt, hilft die gerade der

Europa. Allein ein Land am Rande des Kontinents schien aus der Zeit zu fallen: die Ukraine. In der Maidan-Revolution ging es meisten darum, ihr Land in Richtung Europa auszurichten, über hundert weitere Menschen bezahlten dafür mit ihrem Leben. Bei allen anhaltenden Defiziten, Unzulänglichkeiten und Rückschritten hat die Ukraine diese Orientierung nicht verlassen – und wurde genau darum vom Putin-Regime überfallen.

Dieses Land an der Peripherie des Kontinents gehört zum Kern jener Region im Osten des Kontinents, das der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder vor zehn Jahre als »Bloodlands«, zu Deutsch »Blutländer«, bezeichne-

»Heute bin ich Ukrainer. Ich denke ukrainisch, ich spreche ukrainisch«



Marjinka, 2016. Vermintes Feld

den Vormarsch des »Islamischen Staates« dar. Sie verteidigen, nicht gegen einen fantasierten Islam, den die Terroristen der ISIS nicht vertreten, sondern gegen das barbarischste Gangstertum«.

Stéphane Charbonnier, bekannt unter seinem Künstlernamen Charb, war Chefredakteur der Satirezeitschrift Charlie Hebdo. Vier Monate danach wurde er mit neun Kollegen und weiteren Menschen von eben diesem »bar-

freien Welt.« So wie die Kurden, verteidigen heute die Ukrainer nicht allein ihr Land.

Für den Westen und speziell für Europa steht viel mehr auf dem Spiel – Sicherheit, Frieden und Glaubwürdigkeit. Und um die steht es schlechter, als man in Kerneuropa vielleicht glaubt. Nicht ohne Grund: Srebrenica und Ruanda, Abu Ghraib und Guantanamo, Julian Assange und Alan Kurdi ... Chiffren, die auf je ihre Weise für die Frage stehen, was die berühmten »westlichen Werte« tatsächlich wert sind, wenn es ernst wird.

Die Idee einer liberalen und gerechten Demokratie hat in weiten Teilen Osteuropas, im Nahen und im Fernen Osten und anderswo vieles von der Ausstrahlungskraft eingebüßt, die sie nach der Zeitenwende von 1989 hatte. Zugleich sind in allen westeuropäischen Staaten Kräfte erstarkt, die bis vor Kurzem noch offen für Putin schwärmten, weil dieser die offene Gesellschaft genauso verachtet wie sie selber. Eurokrise, Flüchtlingskrise, Brexit – das vergangene Jahrzehnt war kein gutes für

te, den größten Schauplatz monströser Verbrechen des Nationalsozialismus und des Stalinismus.

Noch mal zehn Jahre vor ihm legte Dan Diner seine »universalhistorische Deutung« des 20. Jahrhunderts vor: Sein fiktiver Betrachter saß auf der Potemkinschen Treppe in Odessa blickte von dort auf die prägenden Konflikte des 19. Jahrhunderts, die er in der östlichen Peripherie des Kontinents verortete und in denen er wiederum den Schlüssel für die Konflikte des 20. Jahrhunderts sah.

Das »Buch der Stunde« aber, wie kürzlich die Frankfurter Rundschau schrieb, stammt von einem anderen Historiker, Karl Schlögel, – nur hat er nicht jetzt, sondern bereits 2015 geschrieben; die »sogenannte Ukraine-Krise« sei für ihn die »Stunde der Wahrheit«, eine »Stunde der Prüfung und Selbstprüfung«. Eben auch für Europa.

Kein anderes Land musste jemals einen höheren Preis bezahlen, um Teil eines demokratischen, liberalen Europas werden zu können. Wenn sich

Gegen mediale Düsternis

Reporter ohne Grenzen hilft ukrainischen und russischen Medien

CHRISTIAN MIHR

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich auch zu einer existenziellen Bedrohung für die Pressefreiheit entwickelt. In der Ukraine ist die Berichterstattung zum Teil lebensgefährlich, Russland droht aufgrund drakonischer Zensurgesetze zu einem medialen schwarzen Loch zu werden. Um auf diese Bedrohungen zu reagieren, arbeitet Reporter ohne Grenzen auf mehreren Ebenen: Wir helfen vor Ort in der Ukraine, unterstützen bei der Ausreise und dem Schutz von russischen Medienschaffenden, kämpfen für den freien Zugang zu Informationen in Russland und unterstützen langfristig beim Aufbau von Exilmedien.

Der Krieg hat dramatische Auswirkungen auf die Pressefreiheit in der Ukraine. Die Situation von Journalistinnen und Reportern, die vor Ort über den Krieg berichten, ist lebensgefährlich. Bis zur Drucklegung dieses Artikels wurden sechs Medienschaffende getötet und etwa 30 verletzt. Immer mehr Journalistinnen und Reporter, aber auch mediale Infrastruktur wie Sendeantennen werden zu Zielen. Weil es sich bei bewussten Angriffen auf die Medien um Kriegsverbrechen handelt, haben wir vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bereits zwei Strafanzeigen gegen Russland eingereicht.

Um Berichterstattende vor Ort zu unterstützen, haben wir wenige Tage nach Kriegsbeginn gemeinsam mit unserer ukrainischen Partnerorganisation, dem Institut für Masseninformati-on (IMI), ein Zentrum für Pressefreiheit im westukrainischen Lwiw eröffnet. Es dient als Anlaufstelle für alle, die finanzielle oder psychologische Unterstützung suchen, vor allem aber können sich Kriegsberichterstattende dort Schutzausrüstung wie kugelsichere Westen oder Helme ausleihen. Die Nachfrage ist hoch.

Der Krieg hat auch dramatische Auswirkungen auf die Medienlandschaft in Russland. Schon in den Jahren zuvor war die Repression gegenüber unabhängigen Medien massiv. Seit dem vergangenen Jahr hat der Kreml sie noch mehrmals verschärft, mithilfe von Gesetzen gegen angebliche »Falschnachrichten«, durch den massiven Einsatz von Überwachungstechnik und durch die Einschränkung internationaler Plattformen wie Facebook oder Twitter. Über 120 Redaktionen und einzelne Medienschaffende sind zu »ausländischen Agentinnen und Agenten« erklärt worden, ein Status, der unabhängige, gar kritische Berichterstattung bewusst unmöglich machen soll. Internet und soziale Medien sind nur in Teilen eine Alternative. Hunderte von Webseiten wurden durch die staatliche Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor blockiert. Mit dem System SORM kann der Kreml die

Kommunikation der Bevölkerung in großem Stil überwachen, für kritische Kommentare droht jahrelange Haft.

Wenige Tage nachdem er den Krieg gegen die Ukraine begonnen hat, am 4. März, hat Wladimir Putin ein neues Zensurgesetz unterzeichnet. Medienschaffenden drohen nun bis zu 15 Jahren Haft, wenn sie Informationen veröffentlichen, die denen des Verteidigungsministeriums widersprechen. In der Folge stellten verschiedene internationale Medien ihre Arbeit vorübergehend ein. Mehrere russische Medien beendeten die Berichterstattung über den Krieg. Die kremlkritische Zeitung Nowaja Gaseta mit dem Friedensnobelpreisträger Dmitri Muratow entfernte sämtliche Beiträge über die Invasion aus dem Netz.

Der Zugang zu sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram und Twitter ist blockiert. Telegram und YouTube funktionieren derzeit noch. Aber: Für den weitaus größten Teil der russischen Bevölkerung ist das nach wie vor wichtigste Medium das staatliche Fernsehen. Hier ist seit Jahren nur Propaganda für die Zwecke des Kremls zu sehen.

Die Situation der Pressefreiheit in Russland ist so schlecht wie seit dem Ende der Sowjetunion nicht mehr. Das Zensurgesetz zwingt eine große Zahl russischer Journalistinnen und Journalisten zur Flucht ins Ausland. Ihnen hilft Reporter ohne Grenzen unter anderem auf politischer Ebene: Wir setzen uns gegenüber der Bundesregierung für einen Schutzstatus für diejenigen ein, die dringend das Land verlassen müssen oder das bereits getan haben. Viele der bedrohten Medien wollen ihre Arbeit im Exil fortsetzen und dafür neue Redaktionen aufbauen, auch in Deutschland. In Zeiten von internationalen Konflikten und steigendem Autoritarismus sind unabhängige Informationen wichtiger denn je. Damit die dafür notwendigen Mittel unbürokratisch und schnell bei denjenigen ankommen, die sie benötigen, haben wir den »IX Fund – European Fund for Journalism in Exile« gegründet. Der Fonds greift zwar das Momentum rund um die Entwicklungen in der Ukraine und in Russland auf, denkt aber bewusst größer und nimmt den Exil-Journalismus insgesamt in den Blick.

Wir versuchen aber auch, unabhängige Journalistinnen und Journalisten in Russland selbst zu unterstützen. Um den Zugang zu Informationen im Land zu sichern und zensierte Nachrichtenseiten zugänglich zu machen, spiegeln wir diese auf internationalen Cloud-Servern, unterstützen VPN-Anbieter und betreiben mehrere Server im Anonymisierungsnetz Tor. Das mögen Tropfen auf den heißen Stein sein. Doch ohne wirksame Gegenmaßnahmen wird das russische Internet, werden die russischen Medien insgesamt, bald vollständig von Kreml-Propaganda beherrscht sein.

Christian Mihr ist Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen Deutschland

Für Europa stehen Sicherheit, Frieden und Glaubwürdigkeit auf dem Spiel

barischsten Gangstertum« ermordet. Bevor der Aufschrei »Je suis Charlie« durch die Welt ging, hatte er zu einer wortgleichen Solidaritätsadresse gegriffen: »Aujourd’hui, je suis kurde«.

Bei allem, was die Massenmörder des »Islamischen Staates« vom Kriegsverbrecher Wladimir Putin unterscheidet, sage ich heute mit Charbonnier: »Heute bin ich Ukrainer. Ich denke ukrainisch,

FOTO: FLORIAN BACHMEIER

das Wort von den »europäischen Werten« nicht auf sehr lange Zeit diskreditieren soll, darf Europa die Ukraine nicht fallen lassen. Übrigens: Kobane wäre nicht verteidigt, der IS in Syrien und im Irak nicht besiegt worden, ohne den heldenhaften und verlustreichen Kampf der Kurdinnen und Kurden. Aber ohne die US-Luftwaffe auch

nicht. Und den Amerikanern ist nicht ihr Eingreifen in letzter Minute vorzuwerfen, sondern der Verrat, den sie begannen, kaum dass der IS niedergedrungen worden war.

Deniz Yücel ist Journalist, Publizist und Präsident des PEN-Zentrums Deutschland



Lwiw, 2021. Sofja und Solomija bestritten zwischen 2014 und 2020 elf Fronteinsätze mit den ukrainischen Streitkräften

Gegen Propaganda, für Dialog

Die Bedeutung der Deutschen Welle in der Berichterstattung in Russland und der Ukraine

PETER LIMBOURG

Als Auslandssender der Bundesrepublik Deutschland ist es unser Auftrag, unsere Zielgruppen weltweit mit unabhängigen, verlässlichen Nachrichten und Informationen zu versorgen, den Dialog zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen zu fördern und ihnen eine freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Insbesondere in Kriegsgebieten können die Aktualität von Nachrichten und die Verbreitung verifizierter Fakten lebenswichtig sein. In der Berichterstattung über Kriege und Konflikte sind wir unseren Werten in besonderem Maße verpflichtet: Wir treten ein für Medienfreiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegt Russland aktuell Platz 150 von 180. Diese Platzierung ist das Ergebnis einer Jahrzehnte währenden Entwicklung: So jährt sich der Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja 2022 bereits zum 16. Mal. Nach den Massenprotesten gegen das Putin-

Regime vor gut zehn Jahren wurde die Internetzensur massiv verschärft, 2017 folgte das umstrittene Mediengesetz, das der Regierung ermöglicht, ausländische Medienschaffende zu »Agenten« zu erklären. Zu den Repressalien gehört

Russland belegt Platz 150 von 180 der Rangliste für Pressefreiheit

unter anderem, dass solche »ausländischen Agenten« ihre vollständigen Einnahmen und Ausgaben dem russischen Justizministerium melden müssen. Seit längerer Zeit sieht sich auch die Deutsche Welle (DW) in Russland der Kritik und Willkür der Behörden ausgesetzt. In diesem Jahr gipfelte diese Entwicklung in der Schließung unseres DW-Studios in Moskau Anfang Februar. Unseren Mitarbeitenden wurde die Akkreditierung entzogen, vier Wochen später wurde unser Internet-

auftritt dw.com in Russland in allen 32 Sendesprachen blockiert und sukzessive auch die sozialen Medien. Seit Ende März steht nun auch die DW auf der Liste der »ausländischen Agenten«, gemeinsam mit mehr als 100 Medienorganisationen und Personen. Eine Willkür-Entscheidung, die wir leider erwartet haben. Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wird sehr deutlich, dass die immer drastischere Einschränkung freier Berichterstattung in den vergangenen Jahren offenbar Teil einer langfristigen politischen Strategie war. Unser Ziel ist es, den Zugang zu Informationen in Russland und der Ukraine dennoch umfassend zu gewährleisten. Für Nutzende in Russland bieten wir verschiedene Maßnahmen zur Zensur- und Blockadeumgehung an und verbreiten Anleitungen zu deren Nutzung. Dazu gehören unter anderem Umgehungssoftware, z. B. VPN-Clients wie Psiphon oder der Tor-Browser. Die russische Bevölkerung hat ein Recht darauf, sich über den Krieg in der Ukraine zu informieren, auch wenn die russische

Regierung ihr Informationen vorenthält und stattdessen Falschinformationen verbreitet. Die erzwungene Schließung des Studios in Moskau hält uns nicht davon ab, über Russland und die Region zu berichten – das Studio wird in die lettische Hauptstadt Riga verlegt. Wir werden alles technisch und organisatorisch Mögliche tun, um unser Publikum in Russland und weltweit mit wichtigen Informationen zu versorgen.

Die Deutsche Welle ist in Russland der Willkür der Behörden ausgesetzt

In der Ukraine ist die DW weiterhin mit mehreren Korrespondentinnen und Korrespondenten vor Ort, ebenso in den Nachbarländern, um von der Situation an den Grenzen zu berichten. Die Russisch- und Ukrainisch-Redaktionen der DW berichten detailliert über den Krieg. In den dynamischen Entwicklungen des

Kriegs werden weltweit viele Falschinformationen in Umlauf gebracht. Sie gefährden die Demokratie und erschweren einen sachlichen, lösungsorientierten Dialog. Mit Blick auf Russland kann man von einer massiven und jahrelangen Desinformations-Kampagne sprechen. Dem wirkt das Team von DW Fact-Checking entgegen: Es verifiziert Inhalte und erläutert Nutzenden, wie sie Fake News erkennen können. Das Hinterfragen von Quellen und Botschaften ist wichtig: Wer trifft diese Aussage? Was möchte eine Person damit erreichen? Faktenchecks sind insbesondere in Kriegszeiten unerlässlich: Die journalistische Recherche ermöglicht einen klareren Blick auf das Geschehen und setzt Propaganda, Desinformation und Gerüchten geprüfte Informationen entgegen. Faktenchecks sind außerdem frei von Meinung und tragen zu einem Dialog auf Sachebene bei – dieser wird vor allem in der Zeit nach dem Krieg dringend nötig sein.

Peter Limbourg ist Intendant der Deutschen Welle

FOTO: FLORIAN BACHMEIER

»Medial abgebildete Realität wird im staatlichen Auftrag verzerrt«

Vier Fragen an Frank Überall vom Deutschen Journalisten-Verband

Politik & Kultur fragt bei Politologe und Journalist Frank Überall nach, wie der Deutsche Journalisten-Verband die Lage der Berichterstattung aus Russland beurteilt und welche Konsequenzen diese für Journalistinnen und Reporter im Land mit sich bringt.

Wie beurteilt der Deutsche Journalisten-Verband die Verschärfung des russischen Mediengesetzes? Das ist der ultimative Versuch der russischen Staatsführung, kritische und unabhängige Berichterstattung unmöglich zu machen. Ultimativ deshalb, weil es kritischer Journalismus auch schon vor dem Überfall auf die Ukraine in Russland schwer hatte. Jetzt drohen bis zu 15 Jahre Haft, wenn sich Berichterstatter nicht an die vorgegebene Sprachregelung des Kreml halten. Davon betroffen sind auch die internationalen Korrespondenten in Russland. Mit Pressefreiheit hat das nicht mehr viel zu tun –

ganz im Gegenteil. Die russische Bevölkerung soll nur noch mit gefilterten Informationen versorgt werden, die medial abgebildete Realität wird im staatlichen Auftrag verzerrt. Es gibt einen einfachen Ausdruck dafür: Zensur.

Wie kann jetzt für den Schutz der Pressefreiheit gesorgt werden; welche Forderungen erhebt der DJV? In Russland gibt es keine Pressefreiheit mehr, die sich schützen ließe. Was wir fordern? Rückkehr des russischen Herrschaftssystems zur Demokratie, Wiedereinrichtung der Menschenrechte, zu denen auch die Pressefreiheit gehört. Aber ich mache mir keine Illusionen: Von Demokratie und Menschenrechten ist Russland jetzt so weit entfernt wie zu Sowjetzeiten. Deshalb müssen wir auch endlich zu einem funktionsfähigen System bei den Vereinten Nati-

onen kommen, das Einschränkungen des Grundrechts auf Pressefreiheit konsequenter thematisiert und sanktioniert. Wenn wir nicht wollen, dass noch mehr als fast die Hälfte der Menschen auf der Erde ohne Demokratie leben, muss endlich etwas passieren. Dazu zählt die vom Deutschen Bundestag 2017 beschlossene Forderung, eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten einzusetzen.

Der DJV fordert alle deutschen Auslandsreporter in Russland auf, aus Sicherheitsgründen schnellstmöglich das Land zu verlassen. Wie ist die aktuelle Situation für deutsche Journalisten in Russland? Die Korrespondenten der meisten Medien haben das Land zunächst verlassen. Es gibt eine nicht bekannte Zahl an Berichterstattern in dem Land, die dageblieben ist und trotz-

dem zu berichten versucht. Das ist eine dynamische Lage, die jeden Tag, ja fast jede Stunde neu eingeschätzt werden muss. Ich wünsche den Kollegen Glück und hoffe in ihrem Interesse, dass sie so vorsichtig wie möglich sind und ihre Redaktionen und die deutschen Behörden hinter ihnen stehen – vor allem dann, wenn Russland mit seiner Verfolgung unabhängiger Berichterstattung ernst macht.

Welche langfristige Bedeutung hat es, wenn deutsche Journalistinnen und Journalisten nicht mehr aus Russland berichten können? Auf Dauer ist es für die Medien schwierig, über ein Land zu berichten, in dem keine eigenen Korrespondenten arbeiten oder die, die vor Ort sind, bestimmte Themen ausklammern müssen. Informationen dringen natürlich nach außen, allein schon über die Social Media. Und es gibt

viele Möglichkeiten, zu Menschen in Russland Kontakt aufzunehmen. Allerdings muss dabei darauf geachtet werden, diese Menschen nicht in Lebensgefahr zu bringen. Darüber hinaus ist es von anderen Standorten aus ungleich schwieriger, die Stimmung in Russland wirklich adäquat einzufangen, Quellen zu prüfen und Informationen, Fotos oder Videos zu verifizieren. Was in den sozialen Netzwerken kursiert, ist oft genug nicht vertrauenswürdig und hat mit Journalismus und einer möglichst objektiven Darstellung und Einordnung der Lage nichts zu tun. Das alles zeigt: Die journalistische Information ist ohne Korrespondenten vor Ort problematisch, wir drohen den Blick in die Russische Föderation als wichtiges Land zu verlieren.

Frank Überall ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV)



Ukraine Umland, 2022

FOTO: FLORIAN BACHMEIER

Mit Rückgrat gegen Desinformation

Drei Fragen an Claus Grewenig zur Situation für private Rundfunkunternehmen

Private Medien berichten nach wie vor vor Ort aus der Ukraine sowie auch aus Russland. Claus Grewenig beantwortet Politik & Kultur erste Fragen zur Lage.

Wie beurteilen Sie die Verschärfung des russischen Mediengesetzes? Wie kann jetzt für den Schutz der Pressefreiheit gesorgt werden? Die Verschärfung des russischen Mediengesetzes ist eine äußerst bedenkliche Entwicklung und gibt Anlass zu großer Sorge. Unbestimmte Rechtsbegriffe eröffnen bei der Anwendung des Gesetzes breiten Raum und erschweren schon aufgrund der erheblichen Strafandrohungen – etwa für die Verbreitung von »Falschnachrichten« – die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten erheblich. Ein »Schutz von Presse- und Rundfunkfreiheit« in unserem freiheitlichen Verständnis ist daher leider illusorisch. Bis auf Weiteres

wird man daher alle Chancen und verbliebenen Kanäle nutzen müssen, um aus Russland und über die Situation im Land zu berichten. Dies vor allem auch, um den im Umfeld des aktuellen Krieges verbreiteten Fake News fundierte und verlässliche Einordnungen entgegenzusetzen. Ein Journalismus mit diesem Anspruch ist das gesellschaftliche Rückgrat gegen Desinformation. Nicht zu vergessen ist bei alledem der Mut derjenigen, die gegen das Gesetz und das Regime trotz drakonischer Maßnahmen auf die Straße gehen, um ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen.

Wie ist die aktuelle Situation für private Rundfunk- und Telemedienunternehmen in Russland und der Ukraine? Natürlich ist sie sehr herausfordernd und schwankt mit der jeweils aktuellen

Gefahrenlage. Zahlreiche Journalistinnen und Journalisten der privaten Rundfunk- und Presseunternehmen wie z. B. WELT, BILD oder RTL sind in der Ukraine und auch in Russland mit Reportern und Teams durchgehend vor Ort vertreten. Programme und die Berichterstattung beispielsweise unseres Hauses wurden sofort umgestellt und durch eine Vielzahl an Sondersendungen und Live-Schalten der aktuellen Situation angepasst. Dabei hat die Sicherheit der jeweils für die Unternehmen Tätigen in der Ukraine wie in Russland oberste Priorität und es ist klar, dass die Berichterstattung in Russland auch vor dem Hintergrund des neuen Mediengesetzes mit Bedacht erfolgen muss. Aber nur die Vor-Ort-Präsenz ermöglicht wichtige eigene, unmittelbare Anschauungen und einen ungefilterten Blick auf die gesellschaftliche Realität. Das

ist in Zeiten systematisch betriebener Desinformation wichtiger denn je und schlägt sich entsprechend in der hohen Qualität der Berichterstattung der Privaten nieder. Darüber hinaus haben die Medienunternehmen vielfältige Initiativen gestartet, um für die Betroffenen der kriegerischen Auseinandersetzungen Hilfe und Unterstützung zu organisieren.

Wie schätzen Sie die Berichterstattung privater Medien aus Russland zukünftig ein? Dazu ist eine verlässliche Prognose schwierig. Eine Beurteilung der Lage erfolgt täglich auf Grundlage der jeweiligen Entwicklungen und eng abgestimmt mit den vor Ort für die Privaten vor und hinter der Kamera Tätigen. Es ist eine fortlaufende Abwägung zwischen ihrer individuellen Sicherheit bzw. der Zumutbarkeit die-

ser Aufgabe sowie dem journalistischen Anspruch der dort vertretenen privaten Medienhäuser, möglichst selbst vor Ort zu recherchieren und fundierte und verlässliche Informationen aus erster Hand aus diesen Gebieten zu liefern. Solange es vertretbar und verantwortbar ist, werden die Reporterinnen und Reporter ihre Einschätzungen auch unmittelbar liefern. Zudem ergänzen wir dies mit dem Blick und der Einordnung der hiesigen Redaktionen – oder erweitern die Berichterstattung über die Ukraine um eine weitere Perspektive mit dem Einsatz von geflüchteten ukrainischen Journalistinnen und Journalisten.

Claus Grewenig ist Vorstandsvorsitzender des VAUNET – Verband Privater Medien und Bereichsleiter Medienpolitik von RTL Deutschland

Ganztag mit kultureller Bildung gestalten! Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs für Ganztagsförderung in der Primarstufe

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates



Berlin, den 23.03.2022. Der Rechtsanspruch von Grundschülerinnen und Grundschülern auf Ganztagsförderung gemäß SGB VIII muss ab dem Jahr 2026 flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik umgesetzt werden. Grundlage ist das »Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter«. Die Umsetzung ist eine große Herausforderung, denn längst sind noch nicht alle Schulen und Kommunen hierfür räumlich, infrastrukturell, personell und mit Blick auf Konzepte ausgerüstet. Auch gibt es in Deutschland erhebliche Unterschiede zwischen Bundesländern mit einer bereits gewachsenen Infrastruktur für den Ganztag und Bundesländern mit hohen Entwicklungsbedarfen.

Zugleich ist die Umsetzung aber auch eine große Chance, wenn von Anfang an Kinder und ihre Interessen und Bedürfnisse in den Mittelpunkt gerückt werden. Der Ganztag muss ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot vorgehalten, das zur Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit beiträgt, in dem Persönlichkeitsentwicklung, Kreativität und Diversität gefördert werden.

In den letzten Jahren hat es viele gute Ansätze gegeben, den Ganztag mit der kommunalen Bildungslandschaft zu vernetzen. Originäre Einrichtungen der kulturellen Bildung, Kultureinrichtungen und außerschulische Weiterbildungsträger sind fester Bestandteil der kommunalen Bildungslandschaft und vielfach treibende Kraft bei Kooperationen in der Ganztagsgestaltung. Sie sind zugleich Orte der künstlerischen und kulturellen Freizeitgestaltung junger Menschen, die sie selbstbestimmt und ihren Interessen entsprechend nutzen können. Bei der anstehenden flächendeckenden Implementierung des Ganztags in der Primarstufe sollte an bereits erfolgreiche Projekte angeknüpft und von gelungenen Kooperationen durch Wissenstransfer profitiert werden. Neben Erfolgsmodellen aus Bundesländern sollten auch die vielfältigen Erfahrungen aus dem Programm »Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung«, das auf der Zusammenarbeit verschiedener Akteure beruht, genutzt werden.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich mit dieser Stellungnahme erstmals zur anstehenden Implementierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Primarstufe und verweist zugleich darauf, dass im Ganztag neben und in Kooperation mit dem obligatorisch vorgesehenen Schulunterricht, namentlich den unabdingbaren Schulfächern Kunst, Musik und Theater zu denen sich der Deutsche Kulturrat jüngst positioniert hat¹, ein breites und qualitativvolles Angebot Kultureller Bildung erforderlich ist, um gerechte Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen und Bildungspotenziale wirksam werden zu lassen. Dabei kommt der Vielfalt des Angebots und der Träger eine herausragende Bedeutung zu. Grundschulkinder müssen die Gelegenheit haben, aus verschiedenen Angeboten, diejenigen auszuwählen, die ihren Neigungen, Interessen und Begabungen entsprechen bzw. zur Beschäftigung mit Neuem anregen und damit Interessen zu wecken. Darüber hinaus muss die Qualifizierung von Lehrkräften und außerschulischen Partnern für neue Aufgaben im Ganztag in der Grundschule gewährleistet sein. Der Deutsche Kulturrat meldet sich frühzeitig zu Wort, da die Vorbereitung und flächendeckende Umsetzung des Ganztags in der Primarstufe eines Vorlaufs bedürfen.

Qualitätsrahmen verbindlich gestalten!

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern in den Klassen 1 bis 4 (Primarstufe) ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die die Zusammenarbeit von Akteuren aus den verschiedenen Politikfeldern, insbesondere Bildungspolitik, Jugendpolitik und Kulturpolitik, erfordert. Ferner müssen am Implementierungsprozess die unterschiedlichen staatlichen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen sowie die Schul- und Hortträger, die Elternvertretungen und die außerschulischen Träger der kulturellen Bildung beteiligt werden. Das gemeinsame Vorgehen soll ermöglichen, auf der Basis von klaren Standards jeweils regional angepasste Lösungen zu finden.

- **Der Deutsche Kulturrat begrüßt**, dass im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien formuliert ist, einen gemeinsamen Qualitätsrahmen für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztag in der Primarstufe gemeinsam mit Ländern und Kommunen zu entwickeln.
- **Der Deutsche Kulturrat fordert**, dass die Fachverbände der außerschulischen Träger kultureller Bildung in den Entwicklungsprozess eingebunden werden. Die außerschulischen Träger der kulturellen Bildung verfügen über vielfältige Erfahrungen im Ganztag. Im Wissenstransfer aus diesen Erfahrungen liegt eine große Chance für die Erarbeitung eines Qualitätsrahmens für den Ganztag in der Grundschule.
- **Der Deutsche Kulturrat fordert weiter**, den Erarbeitungsprozess für den Qualitätsrahmen Ganztag in der Primarstufe als Praxistest zu nutzen, um das im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien angekündigte Kooperationsgebot von Bund und Ländern in bildungspolitischen Fragen anzuwenden. Gemeinsam sollte zudem vereinbart werden, wie der Qualitätsrahmen verbindlich implementiert werden kann.

Mehr finanzielle Verantwortung durch den Bund!

Der Bund wird den Aufbau der Infrastruktur für den Ganztag in den Grundschulen mit bis 3,5 Milliarden Euro unterstützen und sich darüber hinaus auch an den laufenden Kosten beteiligen. Ab 2030 sind hierfür bis zu 1,3 Milliarden Euro pro Jahr geplant. Der Finanzbedarf soll 2027 und 2030 überprüft werden.

- **Der Deutsche Kulturrat begrüßt**, dass sich der Bund finanziell engagiert und bereits jetzt Mittel hierfür verbindlich vorgesehen hat.
- **Der Deutsche Kulturrat sieht den Bund darüber hinaus in der Pflicht**, sich auch mit Blick auf die Qualität der Bildungsangebote im Ganztag finanziell zu engagieren. Der geplante gemeinsame Qualitätsrahmen ist ein positives Signal in diese Richtung.
- **Der Deutsche Kulturrat fordert den Bund ferner auf**, die finanzielle Handlungsfähigkeit insbesondere der Kommunen bei der Umsetzung des Ganztags in der Primarstufe zu sichern.

Kooperationen gestalten!

Länder und Kommunen sind gefordert, die Weichen für die Umsetzung des Ganztags zu stellen. Die Ausgangsbe-

dingungen sind hierfür in den Ländern sehr unterschiedlich.

- **Der Deutsche Kulturrat fordert die Länder und Kommunen auf**, den Ganztag in der Primarstufe nicht vorwiegend als Betreuung, sondern als ein eigenständiges, qualitativ hochwertiges Bildungsangebot auszugestalten. Daraus folgt, dass hierfür die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen vorgesehen und bereitgestellt werden müssen, damit die Partner für den Ganztag ausschließlich nach Qualitäts- und nicht nach Preisaspekten ausgewählt werden.
- **Aus Sicht des Deutschen Kulturrates zählt hierzu**, dass die außerschulischen Träger der kulturellen Bildung im Ganztag entweder qualifiziertes Personal einsetzen, das bei ihnen angestellt ist oder qualifizierten Honorarkräften verbindliche Mindesthonorare sowie Zeitkontingente anzubieten. Die Qualität der Ganztagsbildung lebt von der Qualifikation und dem Einsatz der Fachkräfte.
- **Weiter hält es der Deutsche Kulturrat für erforderlich**, dass eine Abstimmung zwischen Kultusministerkonferenz und Jugendministerkonferenz erfolgt und dass die Kultusministerkonferenz ihre Empfehlung zur kulturellen Kinder- und Jugendbildung weiterentwickelt. In den Ländern sind in Schulgesetzen und Ausführungsverordnungen zu SGB VIII die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Schulen und außerschulische Akteure sich Zuständigkeiten und Aufgaben teilen und Entscheidungen gemeinsam treffen.

Schule als Lebensraum gestalten und zum Sozialraum öffnen!

Die flächendeckende Einführung des Ganztags im Grundschulalter wird einen weiteren Beitrag dazu leisten, die Schule als Lebensraum für Lernende und Lehrende zu gestalten und sie zum Sozialraum zu öffnen. Viele Schulen haben bereits Vorbildliches geleistet, was als Orientierung für andere dienen kann. Andere machen sich jetzt auf den Weg und können dabei von den gesamten Erfahrungen und dem Wissen profitieren. Das Gelingen des Ganztags hängt entscheidend davon ab, dass sich Schule und außerschulische Bildungsträger auf der Basis gut ausgestatteter Schulfächer – im Bereich der kulturellen Bildung insbesondere die Fächer Kunst, Musik und Theater – auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam ein Bildungsangebot für den ganzen Tag entwickeln und umsetzen.

- **Der Deutsche Kulturrat sieht daher die Schulen in der Verantwortung**, zusammen mit den Trägern der außerschulischen Bildung ggfs. auch mit Trägerverbänden qualitativ hochwertige Ganztagsangebote zu entwickeln und umzusetzen.
- **Der Deutsche Kulturrat appelliert**, bei der Umsetzung des Ganztags in Bildungslandschaften und sozialräumlich zu denken, um so ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges, von Fachkräften gestaltetes Angebot zu ermöglichen und Dritte Orte als Erfahrungs- und Lernräume einzubeziehen.

Potenziale kultureller Bildung nutzen!

Die Träger der kulturellen Bildung bieten den Schulen, Horten und Schulträ-

Zum Digital Services Act

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates



Berlin, den 15.03.2022. Mit dem Vorschlag für eine Verordnung über digitale Dienste (sog. Digital Services Act) beabsichtigte die EU-Kommission eine Weiterentwicklung der E-Commerce-Richtlinie. Die Verordnung soll die Verantwortlichkeiten von digitalen Diensten und großen digitalen Gatekeepern klarer definieren und diese Dienste stärker in die Pflicht nehmen.

Im laufenden Trilog zwischen EU-Kommission, Rat und EU-Parlament drohen an entscheidenden Punkten die avisierten Regelungen dieses Ziel aus den Augen zu verlieren.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände richtet sich mit seiner Stellungnahme maßgeblich an die Bundesregierung und fordert diese auf, sich in den Trilog-Verhandlungen im Sinne einer vielfältigen und pluralistischen Medien- und Kulturlandschaft und entsprechend der Maßgabe des Koalitionsvertrags für eine faire Regulierung der Plattformen und Intermediäre auf europäischer Ebene einzusetzen, die die Besonderheiten des Kreativsektors in den Blick nimmt.

Der Digital Service Act ist eine große Chance, das Internet sicherer zu machen. Er hat insoweit – gemeinsam mit dem Digital Markets Act –

weltweit Vorbildcharakter. Das Prinzip »What is illegal offline, is also illegal online.« muss sich im Sinne der Kulturschaffenden, der Kultur- und Kreativunternehmen, der öffentlichen und privaten Medien sowie der Verbraucher und Verbraucherinnen in diesem, den digitalen Raum auf Jahre prägenden Rechtsakt widerspiegeln. Für eine vielfältige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Kultur- und Kreativlandschaft müssen daher illegale Inhalte aus dem Netz entfernt und die Nichteinhaltung solcher Verpflichtungen sanktioniert werden. Umgekehrt dürfen redaktionell verantwortete Inhalte von den Plattformen nicht aufgrund ihrer eigenen Community Standards gelöscht oder blockiert werden.

Für Suchmaschinen darf es hierbei – wie bisher – keine Ausnahmen geben. Gerade Betreiber von Suchmaschinen, die über ihre Suchergebnisse Geld verdienen, haben auch einen finanziellen Anreiz, Nutzer auf illegale Inhalte zu leiten. Deshalb spricht sich der Deutsche Kulturrat gegen weitergehende Haftungsprivilegierungen für Betreiber von Suchmaschinen aus. Die Errungenschaften der europäischen und nationalen Urheberrechtsreform dürfen durch den DSA nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Künstlersozialabgabe: Auch für die kommenden Jahre Künstlersozialkasse durch Entlastungszuschuss stabilisieren

Resolution des Deutschen Kulturrates



Berlin, den 23.03.2022. Die Coronapandemie hat in den letzten zwei Jahren den gesamten Kulturbereich – Künstlerinnen und Künstler, Kultureinrichtungen, Kulturunternehmen und Kulturvereine – schwer getroffen. Gerade Kulturveranstaltungen konnten über lange Zeiträume nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden.

Die soziale Absicherung der selbstständigen Künstlerinnen und Künstler bzw. Publizistinnen und Publizisten erfolgt in der Künstlersozialversicherung und wird durch die Beiträge der Versicherten, einen Bundeszuschuss und die Künstlersozialabgabe finanziert. Die Höhe der Künstlersozialabgabe wird anhand der im Vorjahr gezahlten Honorare und den Honorarverauschätzungen der Versicherten für das laufende Jahr von der Bundesregierung auf dem Verordnungsweg festgelegt. Zur Künstlersozialabgabe sind alle Unternehmen, Kultureinrichtungen und -vereine verpflichtet, die Aufträge für freiberufliche Tätigkeit von Künstlerinnen und Künstler bzw. Publizistinnen und Publizisten vergeben. Auch viele Abgabepflichtige haben in den letzten zwei Jahren starke Einnahmeverluste hinnehmen müssen. Viele sorgen sich um ihre Zukunft, bei einigen ist der Fortbestand ungewiss.

In den letzten zwei Jahren hat der Bund durch einen Entlastungszuschuss die Künstlersozialabgabe stabilisiert. Dieses war sehr wichtig, um die Abgabepflichtigen nicht zusätzlich zu belasten und in ungewissen Zeiten zumindest hier Planungssicherheit zu haben. Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien für die Jahre 2021 bis 2025 vereinbart, die Künstlersozialkasse finanziell zu stabilisieren.

- **Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung auf**, auch für die kommenden Jahre einen Entlastungszuschuss einzuplanen und damit die Künstlersozialabgabe weiterhin zu stabilisieren. Es ist davon auszugehen, dass auch noch in den kommenden Jahren viele Kulturunternehmen, -einrichtungen und -vereine vor einer schwierigen wirtschaftlichen Situation stehen. Es ist nicht auszuschließen, dass im Herbst dieses Jahres erneute Einschränkungen von Kulturveranstaltungen mit damit einhergehenden Umsatzeinbußen erfolgen werden. Die Beitragsstabilität in der Künstlersozialabgabe wird zur Planungssicherheit beitragen und damit Kulturveranstalter ermutigen, jetzt für 2023 und folgende Jahre zu planen.

gern, den Kommunen und den Ländern ihre Expertise und Erfahrungen an. Sie verfügen über die Konzepte, die Kompetenzen und das Personal, um den Ganztag in der Grundschule qualitativ hochwertig mitgestalten zu können. Sie verstehen sich als Teil von kommunalen bzw. regionalen Bildungslandschaften und bieten, da sie selbst schon ausdiffe-

renziert sind, ein breites, die verschiedenen künstlerischen Genres und Erfahrungsräume umfassendes Portfolio an Angeboten.

¹ Siehe hierzu: Künstlerische Schulfächer gehören zum unverzichtbaren Bildungsauftrag von Schulen. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates vom 14.12.2021 bit.ly/3JbaFMk

Kurz-Schluss

Wie ich einmal trotz meines fortgeschrittenen Alters über den Umweg der Toleranz zu aufschlussreichen Einsichten kam

THEO GEISSLER

Daran kann ich mich noch ganz gut erinnern: Wenn ich, oft »Lausub« genannt, in Nachbars Garten die – im Vergleich zu den unseren – wesentlich süßeren Erdbeeren klaute und erwischt wurde, drohte mir der wachsame Nachbars-Opa – ich war schon auf der Flucht: »Das nächste Mal holt dich der schwarze Mann, und dann gibt's ordentlich Watschen«. Diese Drohung schien seinerzeit sehr in Mode gewesen zu sein – sie wurde mir bei ungefähr jedem zweiten meiner Vergehen von unterschiedlichsten Autoritäten meist nachgeschrien. Damals war ich noch recht flink. Das führte bei mir zu einer seelischen Störung. Jedes Mal, wenn der Kaminkehrer kam, also bei uns monatlich, verkroch ich mich unter der Küchenbank. Ähnliches geschah gottlob nur einmal jährlich, wenn der Nikolaus mit dem – wie man heute sagen würde, blackfaceten Krampus kam – um mir die lange Liste meiner Sünden vorzutragen, samt finaler Vergebung und Marzipankugeln. Erst nach der Kindergartenzeit erlöste mich das Spiel »Wer hat Angst vorm schwarzen Mann...« von den Panikattacken und ich erfuhr, dass es sogar Glück bringe, einen Kaminkehrer zu treffen.

Weiter Sprung in die digitale Welt: Seinerzeit, also kürzlich, stöberte ich noch durch Facebook, immerfort zu Scherzen aufgelegt. So las ich einst bei einem mir namentlich bekannten Musikstudenten eine aufgrund zahlrei-

cher anglo-technizistischer Fachvokabeln für mich nicht ganz leicht verständliche Abhandlung, dass das Ende des konventionellen musikalischen Instrumentariums nah sei, da mittlerweile alle weltweit und demnächst weltraumweit vorhandenen Klangmöglichkeiten gesampelt und gespeichert vorlägen und auf Tastendruck abrufbar seien. Das ergäbe unendliche kompositorische Möglichkeiten und man könne beispielsweise das bekannt zwanghafte Bach-Geklimper und -Getröte endlich vergessen. Natürlich unter Klarnamen schrieb ich als Kommentar – vielleicht noch restdeformiert durch meine kindlichen Angsterfahrungen: »Lieber Xy,« (kein kambodschanischer Klarname, sondern ein Meme, ich bin ja kein Denunziant) »zur Nervenklinik in zweihundert Metern rechts abbiegen – und die Zahnbürste nicht vergessen...«.

Oh ach und weh – das löste einen unerwartet saftigen Shitstorm aus. Es folgt eine sehr kleine Zusammenfassung, ein Konzentrat der kritischen Repliken: Was ich Ignorant mir einbilde, das dumme Maul aufzureißen. Ob ich mich von meiner Lobotomie schon erholt hätte. Weshalb ich mich mit meinem Halbwissen aus der Mottenkiste der Reichsmusikkammer überhaupt ans Tageslicht traue. In Stockhausens Feuerofen möge ich verschmoren. Das alles konnte ich ja noch verstehen, aber folgender, in Abwandlungen mehrfach geäußelter Vorwurf irritierte mich: Als alter weißer Mann sei ich ein aus jeder

Zeit gefallener Nix-mehr-Kapierer. Alte weiße Männer wie ich seien schuld am Artensterben, am Kapitalismus, an Kriegen aller Art, an der Klimakatastrophe und überhaupt ... Nun, eine derartige Vorwurfskanonade sollte ja einige Gründe haben. Dabei entsinne ich mich meiner mühsamen aber durchaus spannenden Altgriechisch-Lektüre, in der die Erfahrungen und der Rat »alter weis(s)er Männer« überwiegend ehrend geschätzt wurde. Natürlich gab es im Lauf der Zeit nicht nur Dichter und Denker, sondern jede Menge machtgeile Vollidioten. Dass die Reihenfolge des »Dreiwortsatzes« eine Rolle spielt, scheint klar: Es geht ja nicht um weiße männliche Alte oder alte männliche Weiße. An der Spitze das Geschlecht, gefolgt von der Rasse und dann dem Alter. Der bekannt mannstollen Neuen Zürcher Zeitung entnehme ich, dass ausgerechnet Ursula von der Leyen im Jahre 2012 die schwächelnde deutsche Wirtschaft als »old white man« charakterisierte. Der Google Books Ngram Viewer ermöglicht es, die Häufigkeit der Nutzung von Begriffen in ca. acht Millionen Büchern zu ermitteln. Der Club der alten weißen Männer erreicht Spitzenwerte.

Und der NZZ entnehme ich ferner, dass zunächst die alten weißen Männer noch Adjektive wie langweilig, mürrisch, fett oder dreckig zur Charakterisierung umgehängt bekamen, heutzutage kann man auch die Anführungszeichen weglassen, weil die »Marke« so bekannt ist wie Coca-Cola. In der mitt-

lerweile reichlich zu findenden Literatur – ich verschweige, welchen Geschlechtes die Autorinnen sind – steht als quasi lexikalische Definition des alten weißen Mannes: Er ist ein Typ Mensch, der seine privilegierte Situation verdrängt, den gesellschaftlichen Wandel belächelt und glaubt, sein überlegenes gesellschaftliches Standing aus eigener Kraft erreicht zu haben.

Da senkt sich mein Blutdruck auf deutlich spürbare 200. Ich muss mich nicht betroffen fühlen – oder nur ein ganz klein wenig. Jede Menge gesellschaftlichen Wandel halte ich nämlich für nötig: Die Rückstufung der FDP unter die Fünf-Prozent-Hürde beispielsweise: Ihr verantwortungsloser Umgang mit den Corona-Gesetzen, ihr aufgeblasenes Wirtschaftskompetenz-Gelaber schmerzt. Genau dieses Thema habe ich mir für meinen abendlichen Schafkopfstammtisch vorgenommen. Und morgen beim Senioren-Kegelabend werde ich dafür plädieren, dass künftig auch

Damen mitspielen dürfen. Eigentlich sollte ich dankbar sein für all die aufrüttelnden Hinweise infolge meines Facebook-Kommentars. Für mich eine Wokeness. Ich melde mich jetzt erst mal bei Studi-VZ an. Und meinem Urenkel werde ich nicht mehr mit dem schwarzen Mann drohen, wenn er meine Windelhosen mit dem Filzstift gelb anmalte.



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

NEWS AUS DER P&K-PRAWDA

Berlin: Bundesjustizminister Buschmann (FDP) verstärkt die Präsenz seines Lebenszieles »Freiheit«. So institutionalisiert er neben dem Freedom Day (erster April) den monatlichen »Free Monday« (freie Fahrt für alle Bürger in Kooperation mit dem ADAC). Schüler ab der vierten Klasse erhalten täglich zwei Freistunden (Free Hours) zur freien Verfügung. Mittwochs werden alle Gaststätten verpflichtet, drei steuerlich absetzbare Freibiere (Free Beers) an ihre Gäste ab zwölf Jahren auszugeben, am Freitag (Free Day) ist generell arbeitsfrei und Samstag ist der Tag der Freikörperkultur (Free-Corpus-Culture), Nacktfahren im ÖPV verpflichtend.

Moskau: Nachdem sich der echte Putin zur Tarnung und aus Sicherheitsgründen in den balsamierten Körper von Lenin zurückgezogen hat, wurden vom Generalstab drei Ersatz-Putin-Klone aktiviert. Bei einem ersten Aufeinandertreffen spaltete Putin 2 den Schädel von Putin 1 mit einem Eispickel. Die kurze Unaufmerksamkeit nutzte Putin 3 zu einem tödlichen Karateschlag an den Hals von Putin 2. Der hatte ihn kurz zuvor allerdings schon mit Nowitschok vergiftet. Man darf gespannt sein, schreibt die BILD-Zeitung, ob von den nächsten fünf Klons einer überlebt.

Köln: Eigentlich wollte Madonna im Kölner Dom nur einen Remix ihres Hits »Frozen« ankündigen. Doch die Fan-Ansprache wollte einfach nicht in

geordneten Bahnen verlaufen. »This is Madonna, the mother of Jesus«, begrüßt sie ihre Anhängerschaft – dabei trägt sie eine enge Lackleder-Kluft, zwei Kreuze zieren ihr Dekolleté. Nach einer Tanzeinlage gipfelt die Präsentation in einer Handbewegung, mit der sich Madonna die Nase hochzieht: »Warte, bis das Kokain wirkt«, spricht sie daraufhin in die Kamera. Kölns Bischof Wölki, als Madonna-Fan im Publikum, springt daraufhin auf die Bühne, reicht Madonna ein Tempotaschentuch und ruft nach Gebrauch, er werde die Reliquie sofort in den Vatikan fliegen lassen.

Berlin: Entlastung der Bundesbürger: Eine neunköpfige Arbeitsgruppe aus Vertretern der Regierungsparteien hat die Vorarbeit geleistet, am Mittwochabend sollen nun die Partei- und Fraktionschefs, wichtige Minister und Kanzler Olaf Scholz (SPD) entscheiden. Nachdem insbesondere Energiepreise vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine zuletzt stark gestiegen sind, geht es um Entlastungen für alle Bürger. Da die Arbeitsgruppe in mehreren Gesprächsrunden keine Einigung über die passenden Erleichterungen erzielte, wird auch am Abend mit einem harten Ringen zwischen den Vertretern von SPD, Grünen und FDP gerechnet. Um eine Schlichtung zu erreichen, hat Kanzler Scholz drei große Beraterfirmen engagiert. Die Kosten: 600.000 Millionen Euro. (thg)

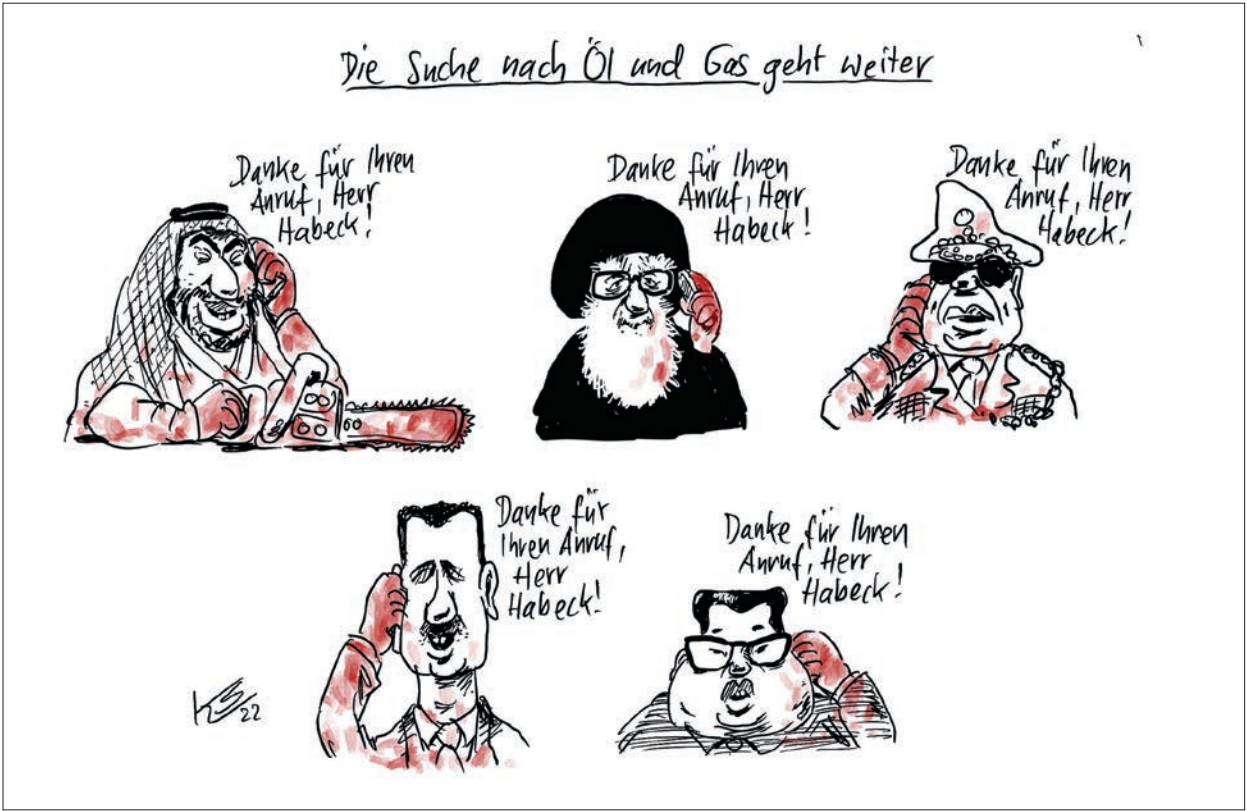


FOTO: KLAUS STUTTMANN

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Markgrafendamm 24, Haus 16
10245 Berlin
Telefon: 030. 226 05 280
Fax: 030. 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Barbara Haack, Maike Karnebogen,
Andreas Kolb

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941. 945 93-35
Fax: 0941. 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat oder über
info@politikundkultur.net und
www.kulturrat-shop.de.

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.